



21. Sitzung

Düsseldorf, Mittwoch, 15. Februar 2006

Mitteilungen der Präsidentin2075

1 Nachwahl einer Schriftführerin beziehungsweise eines Schriftführers des Landtags Nordrhein-Westfalen

Wahlvorschlag
 der Fraktion der SPD
 Drucksache 14/1166.....2075

Ergebnis.....2075

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2006 und Gesetz zur Änderung haushaltswirksamer Landesgesetze (Haushaltsstrukturgesetz 2006)

Gesetzentwurf
 der Landesregierung
 Drucksache 14/1000

In Verbindung damit:

Mittelfristige Finanzplanung (MFP) des Landes Nordrhein-Westfalen für die Jahre 2005 bis 2009

Vorlage 14/190

Und:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2006

Gesetzentwurf
 der Landesregierung
 Drucksache 14/1102

erste Lesung2075

Einbringung:

Minister Dr. Helmut Linssen 2075
 Minister Dr. Ingo Wolf 2084

Beratung Haushaltsgesetz:

Hannelore Kraft (SPD)..... 2088
 Helmut Stahl (CDU)..... 2094
 Sylvia Löhrmann (GRÜNE) 2102
 Dr. Gerhard Papke (FDP)..... 2110
 Ministerpräsident Dr. J. Rüttgers 2118
 Gisela Walsken (SPD)..... 2126
 Volkmar Klein (CDU) 2130
 Rüdiger Sagel (GRÜNE) 2135
 Angela Freimuth (FDP)..... 2139
 Dr. Jens Petersen (CDU)..... 2142

Beratung GFG:

Ralf Jäger (SPD)..... 2145
 Minister Dr. Helmut Linssen 2148
 Rainer Lux (CDU) 2149
 Horst Becker (GRÜNE) 2151
 2159
 Horst Engel (FDP) 2154
 Minister Dr. Ingo Wolf 2156
 2159

Ergebnis..... 2160

3 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Aufnahme von Aussiedlern, Flüchtlingen und Zuwanderern (Landesaufnahmegesetz – LAufG) und Drittes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Zuweisung und Aufnahme ausländischer Flüchtlinge (Flüchtlingsaufnahmegesetz – FlüAG)

Gesetzentwurf
 der Landesregierung
 Drucksache 14/964

Beschlussempfehlung und Bericht
 des Ausschusses für Generationen,
 Familie und Integration
 Drucksache 14/1199

zweite Lesung.....	2160	<i>Ergebnis</i>	2171
<i>Ergebnis</i>	2160		
4 Gesetz zur Neuordnung der Finanzierungsbeteiligung zum Schwangerschaftskonfliktgesetz (Neufin SchKG)		7 Zwölftes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung im Lande Nordrhein-Westfalen	
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/1149		Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/834	
erste Lesung.....	2160	Beschlussempfehlung und Bericht des Rechtsausschusses Drucksache 14/1159	
Minister Armin Laschet.....	2160	zweite Lesung.....	2171
Helga Gießelmann (SPD).....	2162	<i>Ergebnis</i>	2171
Maria Westerhorstmann (CDU).....	2163		
Barbara Steffens (GRÜNE).....	2164		
Angela Freimuth (FDP)	2165		
<i>Ergebnis</i>	2166	8 Neuwahl eines ordentlichen Mitglieds für den Kongress der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE) beim Europarat	
5 Über- und außerplanmäßige Ausgaben im dritten Quartal des Haushaltsjahres 2005		Wahlvorschlag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 14/1202	
Antrag des Finanzministers gemäß Artikel 85 Abs. 2 der Landesverfassung Vorlage 14/205		<i>Ergebnis</i>	2171
Beschlussempfehlung und Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 14/1200.....	2166	9 Beschlüsse zu Petitionen	
Manfred Luckey (CDU).....	2166	Übersicht 14/8	2171
Michael Groschek (SPD).....	2167	<i>Ergebnis</i>	2171
Rüdiger Sagel (GRÜNE)	2168		
Angela Freimuth (FDP)	2168		
Minister Dr. Helmut Linssen	2169		
<i>Ergebnis</i>	2170		
6 Verwaltungszustellungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Landeszustellungsgesetz – LZG NRW)			
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/913			
Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses Drucksache 14/1201			
zweite Lesung.....	2171		

Beginn: 10:03 Uhr

Präsidentin Regina van Dinter: Meine Damen und Herren! Ich heiße Sie zu unserer heutigen 21. Sitzung des Landtages Nordrhein-Westfalen herzlich willkommen. Mein Gruß gilt auch den Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich acht Abgeordnete **entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Meine Damen und Herren, wir haben heute wieder ein Geburtstagskind. Seinen **Geburtstag** feiert heute Herr Holger Ellerbrock. Er wird 58 Jahre alt. Herzlichen Glückwunsch, Herr Kollege!

(Allgemeiner Beifall)

Meine Damen und Herren, wir treten nunmehr in die Beratung der heutigen **Tagesordnung** ein.

Ich rufe auf:

1 Nachwahl einer Schriftführerin beziehungsweise eines Schriftführers des Landtags Nordrhein-Westfalen

Wahlvorschlag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/1166

Eine Debatte ist hierzu nicht vorgesehen.

Wir kommen deshalb gleich zur Abstimmung über den **Wahlvorschlag**, der Ihnen in **Drucksache 14/1166** vorgelegt worden ist. Wer ist damit einverstanden? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Wahlvorschlag einstimmig **angenommen**. Herr Becker ist als neuer Schriftführer gewählt. Herzlichen Glückwunsch!

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2006 und Gesetz zur Änderung haushaltswirksamer Landesgesetze (Haushaltsstrukturgesetz 2006)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/1000

In Verbindung damit:

Mittelfristige Finanzplanung (MFP) des Landes Nordrhein-Westfalen für die Jahre 2005 bis 2009

Vorlage 14/190

Und:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2006

erste Lesung

Zur **Einbringung** der Gesetzentwürfe erteile ich zuerst dem Finanzminister, Herrn Dr. Linssen, das Wort. Bitte schön.

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vor Ihnen liegt der Haushaltsentwurf für das Jahr 2006. Es ist der erste Haushalt der neuen Landesregierung. Mit diesem Haushalt steuern wir um und stellen die Weichen in Richtung Zukunft. Der Haushaltsentwurf ist von vier Grundsätzen geprägt:

Erstens. Haushaltskonsolidierung hat höchste Priorität für die Gestaltung unserer Zukunft. Wir sind verpflichtet, den nachfolgenden Generationen finanzielle Handlungsspielräume zurückzugeben und zu erhalten.

Zweitens. Haushaltskonsolidierung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wir brauchen künftig eine Kultur des Verzichts. Nahezu jede Bürgerin und jeder Bürger wird von Kürzungen betroffen sein. Die Kürzungen sind schmerzhaft. Aber wir haben alles daran gesetzt, die Belastungen gerecht zu verteilen.

Drittens. Haushaltskonsolidierung ist Aufgabe der gesamten Regierung und des Parlaments. Dahinter müssen viele, auch viele berechnete Ressortinteressen zurückstehen.

Viertens. Haushaltskonsolidierung erfordert Ehrlichkeit. Auf Dauer bringen wir den Landeshaushalt nur in Ordnung, wenn wir unsere Einnahmen und Ausgaben realistisch kalkulieren. Haushaltstricks mit schön gefärbten Zahlen gehören der rot-grünen Vergangenheit an. Das ist vorbei!

(Beifall von CDU und FDP)

Die öffentliche Verschuldung in Deutschland hat inzwischen ein gewaltiges Ausmaß angenommen. Zum 31. Dezember 2005 belief sich der Schuldenstand aller öffentlichen Gebietskörperschaften auf knapp 1,5 Billionen €. Auf Nordrhein-Westfalen entfielen davon 112,2 Milliarden €. Der Schuldenstand des Landes stieg allein in den letzten fünf Jahren um 42 %, meine Damen und Herren. Dank historisch niedriger Zinsen können wir von Glück

reden, dass die Zinsausgaben des Landes im gleichen Zeitraum nur um 5 % gestiegen sind.

Dieser riesige Schuldenberg ist das Ergebnis einer langen Entwicklung. Den letzten ausgeglichenen Bundeshaushalt hatten wir 1970, auf Landesebene stammt der letzte Haushalt ohne Neuverschuldung aus dem Jahre 1973. Seitdem stieg die Verschuldung rasant mit teilweise zweistelligen Zuwachsraten.

Nun müssen Schulden nicht grundsätzlich schlecht sein. Das weiß jeder Unternehmer, der mithilfe kreditfinanzierter Investitionen sein Unternehmen am Markt günstiger positioniert, das weiß auch jeder Häuslebauer. Wenn man allerdings Schulden macht, muss man zweierlei im Auge behalten:

Erstens. Bringt uns das, was wir mit Schulden finanzieren auf die Dauer wirklich weiter? – Diesen Aspekt berücksichtigt beispielsweise der verfassungsrechtliche Grundsatz in Art. 83 der Landesverfassung, dass die neuen Schulden die Summe der Investitionen nicht überschreiten dürfen.

Zweitens. Können wir die Schulden irgendwann zurückzahlen? – Beide Punkte, meine Damen und Herren, gelten erst recht für die öffentliche Hand, die mit dem Geld des Steuerzahlers arbeitet. Deswegen können und dürfen wir nicht dauerhaft über unsere Verhältnisse leben!

(Beifall von CDU und FDP)

Grund für die rasante Steigerung der öffentlichen Verschuldung seit Beginn der 70er-Jahre war zunächst ein Politikwechsel. Die damals herrschende Lehre in der Ökonomie, die auch Eingang in die praktische Wirtschaftspolitik fand, ging davon aus, dass man durch gezielte Staatsnachfrage Konjunkturschwankungen glätten könne. Auch das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz aus dem Jahre 1967, das noch heute Gültigkeit hat, basiert auf diesem keynesianischen Wirtschaftsverständnis.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, seit einiger Zeit sind wir schlauer. Die tatsächliche Entwicklung hat uns gelehrt, dass antizyklische Nachfragesteuerung aus den unterschiedlichsten Gründen nicht funktioniert. Viele unserer heutigen Probleme haben nicht konjunkturelle, sondern strukturelle Ursachen. Dafür ist das keynesianische Instrumentarium – wenn es denn überhaupt funktioniert – ungeeignet. Die immense Ausweitung des öffentlichen Sektors seit den 70er-Jahren macht uns heute zu schaffen, und zwar hauptsächlich in Form von Personal- und Zinskosten, aber auch in

Form von Besitzständen, an die sich viele inzwischen gewöhnt haben.

Um es mit dem Zauberlehrling zu sagen:

„Die ich rief die Geister, werd ich nun nicht los.“

Allerdings können wir es uns nicht leisten, auf den Hexenmeister zu warten. Wir müssen selbst tätig werden, und dies schnell und nachhaltig.

Der Erfolg dieses Umsteuerns, liebe Kolleginnen und Kollegen, wird sich nicht von heute auf morgen einstellen. Es ist ein langer und mühsamer Prozess. Deswegen werden wir – leider – auch im Haushalt 2006 neue Schulden machen müssen. In diesem Jahr wird die Nettoneuverschuldung bei 5,89 Milliarden € liegen. Damit liegt sie zwar deutlich unter dem Ergebnis von 2005, ist aber dennoch bei Weitem zu hoch. Die Nettoneuverschuldung liegt über der Summe der eigenfinanzierten Investitionen und somit oberhalb der von der Verfassung vorgesehenen Grenze für die Kreditaufnahme.

Das ist ein Umstand, mit dem ich mich als Finanzminister auf die Dauer nicht abfinden kann. Niemand, der in der Politik Verantwortung trägt, kann und darf sich damit abfinden.

(Beifall von CDU und FDP)

Die SPD-Fraktion hat gegen den zweiten Nachtragshaushalt 2005 vollmundig eine Klage vor dem Verfassungsgerichtshof in Münster angekündigt.

(Ralf Jäger [SPD]: Schriftlich, nicht vollmundig!)

Ich kann mir das Wehklagen, das Sie angesichts der Überschreitung der Kreditverfassungsgrenze auch mit dem vorgelegten Haushaltsentwurf 2006 erheben werden, lebhaft vorstellen. Ich sage Ihnen an dieser Stelle aber klipp und klar: Trotz der Überschreitung der Kreditverfassungsgrenze verstößt der Haushaltsentwurf nicht gegen die Landesverfassung.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das haben Sie aber sonst immer anders gesagt!)

Wie wir dies schon mit dem zweiten Nachtragshaushalt 2005 getan haben, legt Ihnen die Landesregierung auch in diesem Jahr einen Haushalt vor, der mit der Landesverfassung im Einklang steht, und wir werden dies auch in den nächsten Jahren tun.

Die Landesregierung ist angetreten, die Sanierung und Konsolidierung des Landeshaushaltes nachhaltig voranzutreiben. Sie ist gleichzeitig an-

getreten, den Grundsätzen der Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit endlich wieder Anerkennung und Bedeutung zu verschaffen.

(Beifall von CDU und FDP)

Dies, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben wir bei den Haushalten der Vorgängerregierung schmerzlich vermisst.

Diese Regierung wird sich nicht darauf einlassen, pro forma eine verfassungsrechtliche Rechtfertigung für die Überschreitung der Kreditverfassungsgrenze aus dem Hut zu zaubern, die den tatsächlichen Gegebenheiten nicht entspricht.

(Beifall von Christian Weisbrich [CDU])

Deswegen haben wir den Rechtfertigungstatbestand der Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts eben nicht in Anspruch genommen, obwohl Sie uns ja immer dazu aufgefordert haben. Die Voraussetzungen sind schlichtweg nicht gegeben, wie sie im Übrigen auch in der Vergangenheit nicht gegeben waren.

Vielmehr ist es uns angesichts der prekären Finanzlage des Landes, die uns die Vorgängerregierung hinterlassen hat, objektiv unmöglich, einen Haushalt aufzustellen, der in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen ist, ohne gleichzeitig die Kreditverfassungsgrenze des Art. 83 der Landesverfassung in Höhe von 2,59 Milliarden € zu überschreiten.

Dieses Argument der objektiven Unmöglichkeit bezeichnet einen Zustand, in dem das Land die Kreditobergrenze überschreiten muss, weil es sonst seinen bundesrechtlichen Verpflichtungen und den Aufgaben, die sich aus der Landesverfassung ergeben, nicht nachkommen kann. In diesem Fall ist über den Wortlaut des Art. 83 Satz 2 der Landesverfassung hinaus eine Ausnahme vom dort statuierten Kreditbegrenzungsgebot verfassungsrechtlich zulässig. Diese Modifizierung des landesverfassungsrechtlichen Kreditbegrenzungsgebots dient dem Erhalt der Handlungsfähigkeit des Staates.

Die Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, hat einen Haushalt vorgelegt, der diese Handlungsfähigkeit erhält. Gleichzeitig haben wir den Beurteilungs- und Einschätzungsspielraum genutzt, der uns trotz der verfassungsrechtlichen Ausnahmesituation noch zur Verfügung steht, und haben eine zukunftsorientierte politische Ziel- und Schwerpunktsetzung vorgenommen. Diese Gratwanderung war nur unter Inkaufnahme einer erhöhten Kreditaufnahme möglich, die aber – ich wiederhole es – nicht im Widerspruch zur Landesverfassung steht.

Das Argument der objektiven Unmöglichkeit, meine Damen und Herren, müsste Sie von der Opposition eigentlich freuen – weil es der Landesregierung finanziell Grenzen setzt.

(Ralf Jäger [SPD]: Das, was Sie machen, freut uns gar nicht!)

Es verpflichtet die Regierung und insbesondere mich als Finanzminister, an dem erklärten Ziel festzuhalten, den Landeshaushalt nachhaltig zu konsolidieren. Dieses Ziel kann – das betone ich – angesichts der horrenden Verschuldung nicht sofort erreicht werden.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das hat sich vor der Wahl noch anders angehört!)

Die dauerhafte Sanierung der Haushaltswirtschaft des Landes erfordert eine mittel- bis langfristige Perspektive.

(Sören Link [SPD]: Das wussten Sie alles vor der Wahl nicht?)

Der Sanierungspfad, den wir beschreiten werden, hat deshalb drei Etappenziele:

Erstens. Spätestens bis zum Ende der Legislaturperiode, also bis 2010, wollen wir wieder Haushalte aufstellen, die die Kreditverfassungsgrenze einhalten. Ich habe keine Zweifel, dass wir dieses Ziel erreichen werden. Es ist auch mein persönliches Ziel.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Ja, wegen der Mehrwertsteuer!)

Zweitens. Danach werden wir die Neuverschuldung schrittweise bis auf null zurückführen.

(Beifall von CDU und FDP – Ralf Jäger [SPD]: Sie sollten sich mehr beeilen!)

Drittens. Am Ende des Sanierungspfades schließlich muss der Eintritt in den Schuldenabbau stehen. Anders können wir eine dauerhafte Sanierung der Landesfinanzen nicht erreichen.

(Beifall von CDU und FDP)

Zur Beschreitung dieses Sanierungspfades hat die Landesregierung mit dem Haushalt 2006 ein dreistufiges Konsolidierungskonzept beschlossen, das eine nachhaltige und zügige Konsolidierung des Landeshaushalts gewährleistet. Das Konzept ist gegliedert in erstens Konsolidierungsmaßnahmen, die schon im Haushalt 2006 umgesetzt werden, zweitens Maßnahmen, die mittelfristig eine Haushaltsentlastung bewirken, und schließlich drittens Haushaltsverbesserungen aufgrund bundespolitischer Beschlüsse; diese werden aus-

schließlich zur Haushaltskonsolidierung verwendet.

Lassen Sie mich Ihnen zunächst die Konsolidierungsmaßnahmen erläutern, die schon im Haushalt 2006 enthalten sind. Sie führen zu Einsparungen von insgesamt 1,265 Milliarden €. Davon entfällt mit 936 Millionen € der größte Batzen auf Einsparungen bei den landesgesetzlichen Leistungen. Hiervon wiederum macht mit 628 Millionen € das Sonderzahlungsgesetz Nordrhein-Westfalen den Löwenanteil aus, das heißt die Weihnachtsgeldkürzungen bei den Beamten und Versorgungsempfängern.

Die 936 Millionen € Einsparungen bei den landesgesetzlichen Leistungen lassen sich allerdings aus einem reinen Vergleich der Ausgabenansätze des Jahres 2005 mit denen des Jahres 2006 nicht erkennen. Ich will dies am Beispiel der Einsparungen beim Weihnachtsgeld kurz erläutern.

Die von der alten Landesregierung beschlossene Kürzung des Weihnachtsgeldes war bis zum Ende des Jahres 2005 – welch eine Illusion, meine Damen und Herren! – befristet. Im Jahr 2006 wäre demnach das Weihnachtsgeld wieder auf das Niveau des Jahres 2002 gestiegen. Im Jahr 2006 wären dann aufgrund dieses Effektes die Personalausgaben im Vergleich zu 2005 um 408 Millionen € angestiegen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Aber damals waren Sie dagegen!)

Aufgrund der nunmehr vorgenommenen weiteren Absenkung des Weihnachtsgeldes werden nun nicht nur diese ansonsten zwangsläufigen Ausgabensteigerungen eingespart, sondern darüber hinaus weitere 220 Millionen €.

(Ralf Jäger [SPD]: Wenn Sie das Weihnachtsgeld weiter kürzen!)

Im Ergebnis führt diese Maßnahme demnach zu Kürzungen in Höhe von insgesamt 628 Millionen €. Bei ansonsten unveränderten Personalausgaben ließen sich aber bei einem reinen Vergleich der Ausgaben des Jahres 2005 mit denen des Jahres 2006 nur Einsparungen in Höhe von 220 Millionen € erkennen – also Haushaltssystematik und tatsächliche Einsparungen gegenüber 2005.

Es ist die Leitlinie der Landesregierung, dass beim Sparen kein Bereich ausgenommen werden darf.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das stimmt nicht!)

Trotz der Schwerpunktsetzung auf Kinder- und Jugendförderung und Bildung

(Lachen von SPD und GRÜNEN)

haben wir Änderungen vorgenommen beim Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder und beim Kinder- und Jugendfördergesetz. Dies ist uns sehr schwer gefallen. Dennoch sind auch diese Maßnahmen alternativlos.

(Carina Gödecke [SPD]: Das stimmt nicht!)

Bei den Förderprogrammen haben wir 165 Millionen € eingespart, indem wir die Ausgaben aller Förderprogramme gegenüber den Ansätzen des Jahres 2005 um durchschnittlich 20 % gekürzt haben.

Die Ausgaben für investive Beschaffungen wurden gegenüber den Ansätzen des Jahres 2005 um 10 % gekürzt. Hierdurch wurden Ausgaben in Höhe von rund 40 Millionen € eingespart.

35 Millionen €, meine Damen und Herren, sparen wir durch die sogenannte Effizienzdividende im Zusammenhang mit der Personalausgabenbudgetierung ein. Mit dem Haushalt 2006 ist die Personalausgabenbudgetierung flächendeckend eingeführt. Damit ist die Vorgabe des Haushaltsgesetzgebers fristgerecht umgesetzt worden.

Eine Effizienzdividende in Höhe von 0,5 % der Personalausgaben ist in allen Bereichen zu erbringen. Eine Ausnahme wird beim Schulbereich gemacht. Die Effizienzdividende ist der Preis für eine höhere Flexibilität der Personalausgaben. Die Ressorts können jetzt selbst entscheiden, ob sie eine freigewordene Stelle sofort wiederbesetzen oder ob sie die Stelle einen gewissen Zeitraum lang unbesetzt lassen und das so ersparte Geld für Sachausgaben verwenden.

Dass der Schulbereich, liebe Kolleginnen und Kollegen, keine Effizienzdividende zu erbringen hat, ist sachgerecht. Lehrerstellen müssen möglichst schnell wieder besetzt werden, weil eine Unterrichtsverpflichtung besteht. Die Schule kann nicht wie andere Behörden Stellen bewusst eine Zeit unbesetzt lassen, da es sonst zu Unterrichtsausfall kommen würde.

Das zu vermeiden ist jedoch das erklärte Ziel der Landesregierung. Wir haben uns entschieden, politische Prioritäten zu setzen. Das haben wir auch mit dieser Maßnahme getan.

(Beifall von CDU und FDP)

Weitere Einsparungen ergeben sich aus der in der Koalitionsvereinbarung beschlossenen jährlichen pauschalen Stelleneinsparung von 1,5 %, die wir mit dem Entwurf des Haushalts 2006 konsequent umsetzen. Da die Bereiche Schule und Hoch-

schule, Polizei, Justiz und Finanzen grundsätzlich ausgenommen sind, sind rund 37.000 Stellen betroffen.

Anders als ursprünglich geplant können wir die fünf großen Bereiche jedoch nicht völlig von der Stelleneinsparung ausnehmen.

(Sören Link [SPD]: Das wussten Sie doch vor der Wahl!)

Soweit reine Verwaltungstätigkeiten betroffen sind, haben auch diese Bereiche die Einsparvorgabe von 1,5 % zu erbringen. Bis 2010 werden daher in der Summe fast 3.000 Stellen zusätzlich abgebaut werden.

(Zuruf von Carina Gödecke [SPD])

Die monetäre Einsparung beträgt im Jahr 2006 zwar erst knapp 10 Millionen €, wird aber im Jahr 2007 schon das Dreifache betragen und bis 2009 auf rund 80 Millionen € anwachsen.

Meine Damen und Herren, vergleicht man die Haushalte 2005 und 2006, so ist auf den ersten Blick die Zahl der Stellen um mehr als 19.000 gestiegen. Grund hierfür ist, dass die Landesregierung nunmehr die Stellen der ausgegliederten Bereiche wieder in der Gesamtzahl der Stellen mizählt, um die Transparenz zu erhöhen. Das war dringend erforderlich.

(Beifall von CDU und FDP)

Das betrifft alle Landesbetriebe, wie zum Beispiel den Landesbetrieb Straßenbau, und alle Sondervermögen, wie zum Beispiel den BLB. Um diesen Effekt bereinigt ist die Stellenzahl von 2005 auf 2006 um 306 Stellen gesunken, obwohl sogar 2.363 Stellen neu eingerichtet worden sind.

Weitere 80 Millionen € sparen wir durch die Realisierung von kw-Vermerken. Einschließlich der kw-Vermerke zum Stellenabbau um 1,5 % bestehen zum 1.1.2006 rund 12.400 kw-Vermerke – das hatte ich Ihnen auch schriftlich mitgeteilt. Ohne weitere Maßnahmen werden hiervon bis zum Ende des Jahres 2006 etwa 3.100 kw-Stellen abgebaut werden.

Die alte Landesregierung hat für den Abbau der kw-belasteten Stellen auf die natürliche Fluktuation gesetzt. Auf diesem Wege scheiden – meistens wegen Erreichens der Altersgrenze – jährlich etwa 2,5 bis 3,5 % der Bediensteten in der Landesverwaltung aus. Ob weitere Instrumente zur Beschleunigung eingesetzt werden, die möglicherweise schon 2006 haushaltswirksam werden, ist noch nicht entschieden. Geprüft wird bei-

spielsweise, ob eine Forcierung der Altersteilzeit bei Beamten sinnvoll ist.

Nimmt man alle geschilderten Maßnahmen zusammen, so ergibt sich eine Gesamtsumme der Einsparungen von 1,265 Milliarden €. Die erzielten Einsparungen, meine Damen und Herren, sind allerdings bei einem bloßen Zahlenvergleich des Etatvolumens des Jahres 2005 mit dem des Jahres 2006 nicht erkennbar.

Die Vergleichbarkeit der Haushalte 2006 mit den Haushalten vergangener Jahre wird durch Sondereffekte im Hochschulbereich stark eingeschränkt. Ab 2006 werden dort flächendeckend Globalhaushalte eingeführt. Gleichzeitig werden ab diesem Zeitpunkt aufkommende Drittmittel im Hochschulbereich nicht mehr im Landeshaushalt veranschlagt. Beide Maßnahmen haben erhebliche Auswirkungen auf Volumen und Struktur des Landeshaushalts.

Rechnet man diese strukturellen Veränderungen heraus, haben die eben dargestellten Einsparungen zunächst einmal nur dazu geführt, dass das Etatvolumen des Jahres 2006 gegenüber dem vergleichbaren Volumen des Jahres 2005 um rund 230 Millionen € abnimmt.

Gleichzeitig haben die Einsparungen jedoch dazu gedient, zwangsläufige Mehrausgaben, die sich aus der inneren Dynamik des Haushalts ergeben, zu kompensieren. Ich will nur einige Beispiele für solche zwangsläufigen Mehrausgaben nennen:

So steigen zum Beispiel – trotz der vorgenommenen Kürzungen beim Weihnachtsgeld, trotz der Effizienzdividende und trotz der Realisierung von 3.100 kw-Vermerken – die Personalausgaben des Jahres 2006 gegenüber 2005 um rund 250 Millionen €. Ohne die zuvor genannten Einsparungen wären die Personalausgaben sogar um rund 1 Milliarde € angestiegen.

Wesentliche Ursache für den verbleibenden Anstieg bei den Personalausgaben in Höhe von 250 Millionen € sind die steigenden Versorgungsausgaben. Grund hierfür ist vor allem der deutliche Anstieg der Versorgungsempfänger von knapp 144.000 in 2005 auf rund 149.000 in 2006.

Die veranschlagten Ausgaben für den Länderfinanzausgleich steigen um 150 Millionen €.

Die Landesleistungen für die Steinkohle steigen um 78 Millionen €, und zwar von 494 auf 572 Millionen €. Dies ist die Folge davon, dass wir die sogenannte Bugwelle auflösen; so sind ja die Vereinbarungen Ihrer Regierung mit dem Bund seinerzeit gewesen.

Die Ausgaben im Bereich der Ersatzschulfinanzierung steigen um 35 Millionen €.

Des Weiteren ist das Land – wie alle Privathaushalte auch – von der allgemeinen Preissteigerung betroffen. So steigen zum Beispiel die Ausgaben für die Unterbringungen in Form von Mieten und Bewirtschaftungskosten insbesondere auch wegen der steigenden Energiekosten um rund 18 Millionen €.

Die Einsparungen im Haushalt 2006 sind demnach erheblich gravierender, als es bei einem Vergleich der Haushaltsvolumina zunächst den Anschein hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, mit dem Haushalt 2006 konnten wir nur die ersten Schritte auf dem langen Weg der Haushaltskonsolidierung gehen. Um den Haushalt dauerhaft zu sanieren, werden wir den eingeschlagenen Sparkurs auch künftig konsequent beibehalten.

(Beifall von CDU und FDP – Sören Link [SPD]: Da kann man nur lachen!)

Neben den Einsparungen, die bereits im Etat 2006 angelegt sind und die künftig mit zum Teil steigenden Zuwachsraten fortwirken werden, haben wir als zweite Stufe unseres dreistufigen Konsolidierungskonzepts unter anderem folgende Maßnahmen beschlossen, die Sie auch der mittelfristigen Finanzplanung entnehmen können:

Bei den Transferausgaben werden wir auch künftig um weitere Kürzungen nicht herumkommen. Geplant sind im Jahr 2007 dauerhafte Einsparungen von einer halben Milliarde Euro, die bis einschließlich 2009 um jährlich 100 Millionen € anwachsen. Im Zuge des geänderten Haushaltsaufstellungsverfahrens für 2007 werden wir den vorgesehenen Einsparbetrag einzelplanscharf aufteilen.

Das bedeutet, den Ressorts stehen entsprechend gekürzte Budgets zur Verfügung, mit denen sie ihre Aufgaben erfüllen müssen. Sie haben die Freiheit, aber auch die Pflicht, die Einsparvorgaben jeweils durch konkrete und realistische Maßnahmen für ihr Ressort umzusetzen. Wir nutzen die vor Ort vorhandenen Informationen und Kenntnisse, um die Haushaltsmittel einer möglichst effizienten Verwendung zuzuführen.

Wir wollen den Zuwachs der Personalausgaben senken, und zwar 2007 um 100 Millionen €, 2008 um 250 Millionen € und 2009 um 300 Millionen €. Dabei werden wir uns strukturelle Veränderungen zum Beispiel durch die demographische Entwicklung und durch die sich abzeichnende Erweite-

rung der Gestaltungskompetenzen im Beamten- und Tarifbereich zunutze machen.

Darüber hinaus werden wir Maßnahmen ergreifen, um die kw-Vermerke künftig schneller abzubauen. Geeignete Instrumente hierfür müssen nicht noch erfunden werden, sondern bestehen bereits in anderen Bundesländern wie Berlin, Niedersachsen und Hessen in der Form eines Personaleinsatzmanagements.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Berlin ist ein super Vorbild!)

Mit dem Personaleinsatzmanagement wollen wir erreichen, dass Mitarbeiter, die in überbesetzten Bereichen arbeiten, künftig an anderen Stellen der Verwaltung eingesetzt werden können, wo Personal dringend benötigt wird. Die Beschäftigten werden also zukünftig optimal auf freie Stellen und Einsatzmöglichkeiten vermittelt. Ich versichere Ihnen, dass wir dabei das größtmögliche Maß an Transparenz gewährleisten werden.

An die Sicherung eines sozialverträglichen Personalabbaus, einer angemessenen Beschäftigung, einer anforderungsgerechten Unterbringung dieses Personals werden von uns hohe Anforderungen gestellt.

Das Personaleinsatzmanagement soll durch Beratung, Qualifizierung und Vermittlung effizient und zügig eine angemessene Beschäftigung von möglichst vielen der oben genannten Personen in und außerhalb der Landesverwaltung schaffen und sicherstellen. Durch das Personaleinsatzmanagement streben wir für die kommenden Jahre Einspareffekt in erheblichem Umfang an, die einen Beitrag zur dringend notwendigen Konsolidierung des Landeshaushalts leisten. Das Personaleinsatzmanagement soll spätestens Anfang 2007 einsetzbar sein. Eine entsprechende Ausschreibung läuft bereits.

Im Bereich der Kohlesubventionen wollen wir, meine sehr verehrten Damen und Herren, bis 2009 300 Millionen € einsparen. Dazu möchte ich an dieser Stelle Folgendes sagen: Es bleibt bei der Verabredung, dass die Landesregierung in der Legislaturperiode bis einschließlich 2010 insgesamt 750 Millionen € Kohlesubventionen kürzen wird. Wie wir das Ziel genau erreichen, steht noch nicht fest. Das müssen wir in den anstehenden Verhandlungen mit Bund und RAG und im Zuge der künftigen Etatdebatten gemeinsam erarbeiten.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Donnerwetter!)

Im Rahmen der neuen Finanzplanung hat die Landesregierung den angestrebten Konsolidie-

rungspfad bis 2010 dokumentiert; er liegt Ihnen vor. Setzen wir diese Planungen konkret um – ich sage es noch einmal, dass ich keinen Grund habe, daran zu zweifeln –, werden wir die Neuverschuldung schrittweise von 5,9 Milliarden € im Jahr 2006 bis auf rund 3,4 Milliarden € im Jahr 2010 zurückführen. Das bedeutet: Die in der Landesverfassung vorgesehene Grenze für die Kreditaufnahme wird endlich wieder eingehalten.

(Beifall von CDU und FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, eine Bemerkung gehört an dieser Stelle der Vollständigkeit halber dazu: Die Finanzplanung ist – wie der Name schon sagt – eine Planung. Sie kann sich nur auf die Grundzüge der künftigen Haushaltsentwicklung beschränken. Einnahme- und Ausgabeentwicklungen können über einen solchen Zeitraum nicht punktgenau prognostiziert werden.

Und dennoch, liebe Kolleginnen und Kollegen, unterscheidet sich unsere Finanzplanung in einem wesentlichen Punkt von den Finanzplanungen der Vorgängerregierung: Wir haben nach heutigem Stand realistische Ansätze gewählt. Während die abgewählte Landesregierung die Etatpositionen regelmäßig schön gerechnet hat, um die Kreditverfassungsgrenze wenigstens auf dem Papier einzuhalten, haben wir solide kalkuliert.

(Beifall von CDU und FDP)

Nehmen Sie zum Beispiel die Steuereinnahmen: Die alte Landesregierung hatte die Steuereinnahmen für 2006 noch mit einem Plus von 4,7 % kalkuliert und in den Folgejahren mit knapp über 4 %. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass die Einnahmeerwartungen völlig unrealistisch waren und folglich auch nicht eingetreten sind. Wir planen mit einem Zuwachs der Steuereinnahmen von 1,8 % für 2006 und 3 % in den Folgejahren des Finanzplanungszeitraums.

Gegenüber der Mai-Steuerschätzung in 2005 haben wir in der Planung einen Sicherheitsabschlag von durchschnittlich einem halben Prozentpunkt veranschlagt. Meine Damen und Herren, ich bitte um große Aufmerksamkeit: Sollten wir bei der Planung der Steuereinnahmen doch zu pessimistisch gewesen sein und die Steuereinnahmen höher ausfallen, dann sollten wir uns alle darüber freuen. Das Geld geht dann nämlich voll in die Reduzierung der Neuverschuldung.

(Beifall von CDU und FDP)

An dieser Stelle komme ich zur dritten Stufe unseres Konsolidierungskonzepts: aufgrund von Beschlüssen, die die Regierungskoalition auf Bun-

desebene gefasst hat, rechnen wir auf Landesebene in den kommenden Jahren mit Haushaltsverbesserungen. In unseren bisherigen Planungen sind diese Mehreinnahmen nur zu einem ganz geringen Anteil erfasst. Die Landesregierung hat beschlossen, dass alle aus der Bundespolitik resultierenden zusätzlichen Einnahmeverbesserungen – zum Beispiel aus der geplanten Mehrwertsteuererhöhung, wenn sie denn kommt – in vollem Umfang zur Haushaltskonsolidierung verwendet werden.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Wir wollen die doch gar nicht! – Dr. Axel Horstmann [SPD]: Unterstützen Sie die Mehrwertsteuererhöhung denn?)

Ich will Ihnen an einem zweiten Beispiel zeigen, wie wir realistisch kalkuliert haben: Im Haushaltsplanentwurf 2006 sind Einnahmen aus Privatisierungen von Landesbeteiligungen nicht enthalten. Wir werden keine Privatisierungserlöse im Haushalt ansetzen, solange nicht Privatisierungsmöglichkeiten hinreichend konkretisiert und Einnahmen für den Landeshaushalt tatsächlich zu erwarten sind.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir werden die vorhandenen Vermögenswerte des Landes zunächst einer genauen Bestandsaufnahme unterziehen und Veräußerungsmöglichkeiten sorgfältig prüfen – getreu dem Grundsatz „Privat vor Staat“. Gleichwohl werden wir Landesvermögen nicht verschern, meine Damen und Herren. Bei jeder Veräußerung wird das Land einen angemessenen wirtschaftlichen Verkaufserlös erzielen.

Für die LEG ist inzwischen die Erarbeitung eines Privatisierungskonzeptes in die Wege geleitet worden. Die Landesregierung hat entschieden, die Beauftragung eines Beratungsunternehmens mit dem Ziel auszuschreiben, die LEG mit ihren unterschiedlichen Tätigkeitsfeldern zu analysieren, deren Wert zu ermitteln sowie Chancen unterschiedlicher Verkaufsoptionen zu bewerten.

Neben einer Veräußerung der Wohnungsbestände und der Beteiligungen an den Wohnungsgesellschaften kommt grundsätzlich auch eine Veräußerung weiterer Betätigungsfelder bis hin zum Gesamtverkauf der Anteile des Landes an der LEG in Betracht. Derzeit läuft das EU-weite Ausschreibungsverfahren für das Gutachten. Nach Vorlage des Gutachtens entscheidet die Landesregierung über das weitere Privatisierungskonzept für die LEG.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte meinem Kollegen, Herrn Innenminister Wolff, nicht vorgreifen. Gestatten Sie mir dennoch einige Anmerkungen zu den Auswirkungen des Haushaltsplanentwurfs 2006 auf die Kommunen.

Die Finanzlage der Städte und Gemeinden ist weiterhin schwierig. Die Landesregierung legt deshalb Wert darauf auf folgende Punkte:

Erstens. Die Kommunen sollen finanziell angemessen unterstützt werden.

Zweitens. Die Landesregierung will zu mehr Berechenbarkeit und Verlässlichkeit der kommunalen Haushaltsplanung beitragen.

Drittens. Bürokratie soll abgebaut und Verwaltungshandeln vereinfacht werden.

(Beifall von CDU und FDP)

Die Gesamtleistungen des Landes an seine Kommunen betragen im Jahr 2006 rund 11,7 Milliarden €. Das sind 24,1 % an den bereinigten Gesamtausgaben des Landes. Für alle Förderprogramme und Leistungsgesetze des Landes gelten harte Sparvorgaben. Der Verbundsatz aber kann bei 23 % verbleiben.

Manche sind schnell dabei, den nominellen Rückgang des kommunalen Steuerverbunds im Jahr 2006 um 6,2 % zu kritisieren. Sie dürfen dann aber nicht vergessen, den Grund dafür zu nennen. Dahinter steht kein Eingriff des Landes in die kommunale Finanzmasse. Hier schlägt nur die Verrechnung von Krediten der Vorjahre von insgesamt 674 Millionen € durch. Dieser zinslose Kredit hat die Kommunen in schwieriger Zeit unterstützt. Auf seine Rückzahlung konnten und mussten sich die Städte und Gemeinden seit langem einstellen.

(Lachen von der SPD)

Die Beteiligung des Bundes an den Leistungen für Unterkunft und Heizung nach dem SGB II ist – auch dank des Einsatzes von Nordrhein-Westfalen – für das Jahr 2006 auf 29,1 % festgeschrieben. Das Land wird weiterhin die saldierten Wohngeldersparnisse an die Kreise und kreisfreien Städte weitergeben. Wir haben sie investiv herausgenommen und konsumtiv genau dort veranschlagt, wo sie hingehören.

In der Vergangenheit musste im kommunalen Finanzausgleich viel zu oft nachjustiert werden. Die Kommunen waren an die Steuereinnahmeprognozen gekoppelt, die immer wieder korrigiert werden mussten. Eine Berg-und-Tal-Fahrt mit allen

negativen Auswirkungen auf die kommunalen Haushalte war die zwangsläufige Folge. Dieses Auf und Ab wollen wir abschaffen, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP)

Das GFG 2006 wird auf exakt bekannte Ist-Steuererinnahmen in einem zurückliegenden Zeitraum umgestellt. Die Kommunen sind vor bösen Überraschungen gefeit. Außerdem wird der Steuerverbund auf seine originäre Aufgabe, nämlich die Verbesserung der kommunalen Finanzausstattung, konzentriert. So kommen die zweckgebundenen Zuweisungen dahin, wo sie hingehören, nämlich in die Einzelpläne der Ressorts. Das schafft klare Strukturen in haushaltswirtschaftlicher und fachpolitischer Hinsicht.

In diesem Zusammenhang wird auch die rot-grüne Mär von der Benachteiligung des Ruhrgebiets entlarvt. Mit dem bewussten Verzicht auf ein neues Solidarbeitragsgesetz werden gerade die Kommunen des Ruhrgebiets besser gestellt als vorher – und das von der neuen schwarz-gelben Landesregierung.

(Beifall von CDU und FDP)

Sprechen Sie doch einmal mit den wenigen noch verbliebenen roten Oberbürgermeistern im Revier darüber!

Bei allen Konsolidierungsbemühungen, die die sehr angespannte Haushaltslage erfordert, verlieren wir nicht die Zukunftsfähigkeit des Landes aus den Augen. Es geht nicht nur darum, die Probleme der Vergangenheit zu bewältigen. Genauso wichtig ist es, die Weichen für die Zukunft zu stellen. Deshalb investieren wir in Kinder und Köpfe.

(Beifall von CDU und FDP)

Die Landesregierung ist angetreten, die nordrhein-westfälische Schulbildung aus ihrer Mittelmäßigkeit herauszuholen und die Schulen im Hinblick auf Pisa national und international konkurrenzfähig zu machen. Die Unterrichtsversorgung soll zum Wohle unserer Kinder und letztlich im Interesse unserer aller Zukunft verbessert und verlässlicher werden. Dem tragen wir auch im Haushalt 2006 Rechnung.

1.000 zusätzliche Lehrerstellen gegen Unterrichtsausfall haben wir bereits 2005 eingerichtet. Weitere 1.000 Stellen werden wir, wie versprochen, mit dem Haushalt 2006 schaffen. Darüber hinaus werden noch 2.000 weitere Lehrerstellen in dieser Legislaturperiode hinzukommen.

Für die Grundschulen richten wir 900 neue Stellen für eine dauerhafte Vertretungsreserve ein. Wir wollen damit gezielt gegen den Unterrichtsausfall in dieser Schulform antreten. Die Stellen finanzieren sich aus einem Teil der bisher nur für befristete Beschäftigungsverhältnisse ausgebrachten Mittel.

Von den 2.000 Lehrerstellen, die zur Zeit der rot-grünen Landeregierung einen sogenannten kw-Vermerk hatten und damit am 31. Juli 2006 weggefallen wären, bleiben ab 1. August 2006 zunächst 1.500 im System.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir bauen die offenen Ganztagsangebote im Primarbereich auf der Basis eines verdoppelten Lehrerstellenanteils weiter aus. Für Ganztagsangebote im Primarbereich und für sonstige Betreuungsmaßnahmen stellen wir mit dem Haushalt 2006 insgesamt rund 130 Millionen € und 945 Lehrerstellen zur Verfügung. Gegenüber dem Haushalt 2005 bedeutet das ein Plus von rund 46 Millionen € und 210 Lehrerstellen.

(Beifall von CDU und FDP)

Wer mitgerechnet hat, kommt so auf insgesamt 1.610 Stellen, die den Schulen für das Schuljahr 2006/2007 zusätzlich zur Verfügung stehen werden. Das ist eine enorme Leistung, meine Damen und Herren,

(Beifall von CDU und FDP)

das Geld muss man an anderer Stelle einsparen.

Ferner setzen wir die am 1. Februar 2006 beginnende Förderung der Ganztags Hauptschule und Ganztagsförderschulen in der Sekundarstufe I auf hohem Niveau fort. Es stehen weiterhin über den 1. August hinaus 620 zusätzliche Lehrerstellen für den Aufbau und den Ausbau des Ganztags an diesen Schulen zur Verfügung. Bis 2012 sollen 50.000 vollwertige Ganztagsangebote in der Hauptschule entstehen.

Im Sommer 2006 werden wir für Referendarinnen und Referendare die bisherigen Einstellungskapazitäten von 7.000 um 500 zusätzliche Einstellungsermächtigungen deutlich ausweiten. Wir schaffen damit die Grundlage, um gezielt für Mangelfächer an Gymnasien und Gesamtschulen auszubilden.

Bei der vorschulischen Sprachförderung werden wir die Ansätze mehr als verdoppeln. Im Haushalt 2006 stehen dann insgesamt 15,6 Millionen € für die Sprachförderung zur Verfügung.

Auch bei den Hochschulen nehmen wir wegen der besonderen Bedeutung keine Kürzungen vor. Bei einem Vergleich der Zahlen des Haushaltsplans 2005 mit denen des Haushaltsplans 2006 wird man allerdings einen Rückgang feststellen. Dies liegt aber ausschließlich daran – ich bitte die Opposition, gut zuzuhören –,

(Ralf Jäger [SPD]: Das tun wir immer!)

dass ab dem Haushaltsjahr 2006 aufkommende Drittmittel in Höhe von rund 345 Millionen € nicht mehr durch den Landeshaushalt, sondern direkt an die Hochschulen fließen.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, mit der Regierungsübernahme im Juni letzten Jahres haben wir den Menschen in unserem Land eine neue Finanzpolitik versprochen. Wir haben versprochen, in der Haushaltspolitik umzusteuern, damit wir in Nordrhein-Westfalen in Zukunft wieder Gestaltungsspielräume bekommen. Wenn wir den Kurswechsel nicht konsequent verfolgen, zahlen unsere Kinder immer mehr für unsere Schulden.

(Beifall von CDU und FDP)

Verantwortung für unser Land heißt für mich: Das Richtige tun für die nachfolgenden Generationen und das Vertrauen der Menschen gewinnen, die jetzt mit uns gemeinsam die Probleme lösen müssen. Das schaffen wir nur im Dialog.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Den haben wir schon!)

Mein Eindruck ist, dass die Menschen längst wissen, wie schwierig die finanzielle Situation des Landes ist. Schon aus diesem Grund ist die Politik gut beraten, damit aufzuhören, die Dinge schönzureden und auf Dauer mehr auszugeben als einzunehmen.

(Beifall von CDU und FDP)

Mit dem Haushalt 2006 lege ich Ihnen einen Entwurf vor, der diesen Weg geht. Wir haben bei der Haushaltsaufstellung klare Grundsätze festgelegt. Der Haushalt 2006 trägt genau diese neue Handschrift: Er ist ehrlich und transparent. Er beschönigt nichts und ist solide und realistisch kalkuliert.

(Widerspruch von SPD und GRÜNEN)

Er belegt den ausdrücklichen Willen der Landesregierung, die Finanzen des Landes wieder in Ordnung zu bringen.

(Beifall von CDU und FDP – Dr. Axel Horstmann [SPD]: Schulden wie nie!)

Meine Damen und Herren, ich bin meinen Ressortkolleginnen und -kollegen dankbar, dass sie mit ihren Sparbeiträgen, die sie im Jahre 2006 leisten werden, das gemeinsame Ziel unterstützen. Mir ist bewusst, dass das nicht immer einfach ist. Umso mehr habe ich mich über die konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit gefreut.

Das Ziel, am Ende der Legislaturperiode einen Haushalt vorzulegen, der die Kreditverfassungsgrenze einhält, muss auch das Anliegen aller Abgeordneten sein, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP)

Sie vertreten die Interessen der Menschen, und für die Menschen ist es gut, wenn Haushalte wider Spielräume bieten, wenn wirklich nachhaltige Finanzpolitik praktiziert wird.

Die Landesregierung wird ihren Beitrag dazu leisten, indem sie die Konsolidierungslinie konsequent weiterverfolgt. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Finanzminister. - Ich gebe nun das Wort an Herrn Innenminister Dr. Wolf.

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Für die Landesregierung lege ich den Entwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2006 vor. Der Gesetzentwurf schafft die notwendigen Rechtsgrundlagen für die Finanzmittel, die den Gemeinden, Kreisen und Landschaftsverbänden im Jahre 2006 aus der Landeskasse zugewiesen werden sollen. Die finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen des Jahres 2006 sind sowohl für den Landeshaushalt als auch für viele kommunale Haushalte schwierig.

Herr Kollege Linssen hat eindrucksvoll belegt, mit welchen Problemen der Landeshaushalt in diesem Jahre fertig werden muss. Vergleichbaren Schwierigkeiten sind auch die Haushalte vieler Kommunen in Nordrhein-Westfalen ausgesetzt. Die Lage der Kommunalfinanzen ist nach wie vor sehr angespannt. Darüber habe ich Sie, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, bereits detailliert im Kommunalfinanzbericht vom November 2005 informiert.

Es gibt aber auch eine erfreuliche Entwicklung im Jahre 2005: Das Gewerbesteueraufkommen stieg 2005 gegenüber dem Vorjahr um 13,7 % auf rund 8 Milliarden €. Damit setzte sich die Aufwärtsentwicklung bei der Gewerbesteuer fort, die bereits im Jahr 2004 zu verzeichnen war.

Aber trotz dieser positiven Entwicklung des Gewerbesteueraufkommens können die Einnahmen der Kommunen ihre Ausgaben im Jahre 2005 nicht decken. Einschließlich der Fehlbeträge aus Vorjahren tragen die Kommunen im Jahr 2006 eine Fehlbetragslast von 11,8 Milliarden € vor sich her, die in den kommenden Jahren abgebaut werden muss. Entsprechend kritisch ist die Liquiditätslage der Kommunen. Das Kassenkreditvolumen erreichte am 30. September 2005 mit rund 10,2 Milliarden € einen neuen Höchststand.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, diese angespannte Finanzlage der Kommunen war Ausgangspunkt der Landesregierung bei der Konzeption des kommunalen Finanzausgleichs für das Jahr 2006. Mit den Leistungen, die der Entwurf des GFG 2006 vorsieht, schöpft das Land unter den gegebenen Rahmenbedingungen seine finanziellen Möglichkeiten voll aus. Ohne Wenn und Aber kommt das Land seiner Verpflichtung aus Art. 79 der Landesverfassung nach, im Rahmen seiner finanziellen Leistungsfähigkeit einen übergemeindlichen Finanzausgleich zu gewährleisten. Klar ist, dass angesichts der schwierigen Finanzlage des Landes finanzielle Wohltaten nicht erwartet werden können. Umso wichtiger ist es, dass die Landesregierung den kommunalen Finanzausgleich mit diesem Gesetzentwurf auf seine wesentlichen Funktionen konzentriert und für die Gemeinden des Landes bereits eine Reihe positiver Veränderungen einleitet.

Zugleich werden damit die Ziele des Koalitionsvertrages umgesetzt. Bereits mit dem ersten GFG, das die neue Landesregierung vorlegt, werden diese Ziele erreicht. Meine Damen und Herren, das GFG ist transparenter, es ist gerechter. Dieses GFG macht den kommunalen Finanzausgleich planbarer als seine Vorgänger.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir erreichen diese Ziele durch folgende Maßnahmen: Wir halten den Verbundsatz von 23 % trotz der schwierigen Haushaltslage des Landes. Wir machen den kommunalen Finanzausgleich durch die Festlegung eines neuen Referenzzeitraumes für die Steuereinnahmen planbarer. Wir machen Schluss mit neuen Kreditierungen und Abrechnungen. Wir stellen über 85 % des Steuerverbundes als freie Deckungsmittel zur Verfügung und stärken damit die kommunale Selbstverwaltung. Wir reduzieren die Befragungen um rund 50 %. Wir dotieren die Schulpauschale ungekürzt mit 460 Millionen € und die Sportpauschale erstmals mit 50 Millionen €. Damit setzen wir einen

Schwerpunkt für Investitionen in den Bereichen Schule und Sport.

Wir überführen die Zweckzuweisungen in den Landeshaushalt und konzentrieren damit den Finanzausgleich auf seine Ausgleichsfunktion. Schließlich verzichten wir auf ein neues Solidarbeitragsgesetz.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat – Kollege Linssen hat es schon angedeutet – durch die Umstellung des Referenzzeitraumes für die Steuereinnahmen, die in den Steuerverbund fließen, einen bedeutenden Systemwechsel eingeleitet. Ab sofort werden zur Ermittlung der Verbundgrundlagen die exakt bekannten Steuerlsteinnahmen in einem zurückliegenden Zeitraum zugrunde gelegt. Für das GFG 2006 sind das die Steuereinnahmen vom 1. Oktober 2004 bis zum 30. September 2005. Die Wahl dieser Referenzperiode erfolgt dabei im Interesse der Kommunen so zeitnah wie möglich zum Haushaltsjahr, um eine Beteiligung der Kommunen an der jeweils tatsächlichen Entwicklung der Steuereinnahmen zu gewährleisten.

In der Vergangenheit wurde der Steuerverbund zunächst durch eine Prognose künftiger Steuereinnahmen vorläufig bestimmt. Die teilweise erheblichen Abweichungen in der tatsächlichen Entwicklung machten dann ein aufwendiges und kompliziertes Abrechnungsverfahren erforderlich. Durch die Systemumstellung entfällt ab dem Jahr 2008 endgültig dieses Abrechnungsverfahren mit den bisher unter anderem durchzuführenden fiktiven Berechnungen früherer Steuerverbünde. Kreditierungen aufgrund von unerwarteten Steuermindereinnahmen des Steuerverbundes erübrigen sich damit.

Perspektivisch wird der kommunale Finanzausgleich durch diese Systemumstellung nicht nur besser planbar, sondern die Transparenz wird deutlich erhöht und das Verwaltungsverfahren wird erheblich vereinfacht.

Ich komme zum Abbau bei der Befrachtung des Steuerverbundes. Seit dem Jahr 2001 ist der Steuerverbund in Höhe von 158,5 Millionen € befrachtet im Zusammenhang mit der Übernahme des Straßenbaus von den Landschaftsverbänden in die Zuständigkeit des Landes. Damit wurde die Kostenverlagerung zulasten des Landes ausgeglichen. Mit diesem Gesetzentwurf wird diese auf Dauer angelegte Befrachtung des Steuerverbundes aufgegeben und bei der Verbundsatzfestlegung berücksichtigt. Insgesamt werden die Befrachtungen damit um rund 50 % zurückgeführt.

Das ist ein Beitrag zu mehr Klarheit und Ehrlichkeit im Steuerverbund.

Ein weiterer Schritt zu mehr Transparenz ist im Bereich der zweckgebundenen Zuweisungen erfolgt. Die sogenannten Zweckzuweisungen, zum Beispiel für Stadterneuerung und Kulturförderung, werden ab sofort nicht mehr im GFG veranschlagt, sondern dort, wo sie schon lange hingehören, nämlich im originären Landeshaushalt. Die bisherigen Zweckzuweisungen finden Sie in Höhe der Ansätze 2005 von zusammen rund 176 Millionen € in den Einzelplänen der jeweiligen Ressorts. Bitte beachten Sie bei Vergleichen des GFG 2006 mit den früheren GFG diese strukturellen Veränderungen.

Damit konzentriert der Entwurf des GFG 2006 den Finanzausgleich auf seine ureigenen Aufgaben, auf seine Ausgleichs- und Aufstockungsfunktionen. Die Lenkungsfunktion geht damit zu einem großen Teil wie bei allen anderen bereits im Landeshaushalt etatisierten zweckgebundenen Zuweisungen auf den originären Landeshaushalt über.

Die bei den entsprechenden Titeln im Steuerverbund bis Ende 2005 aufgelaufenen Ausgabereste verbleiben übrigens titelscharf im Steuerverbund und können dort von den zuständigen Ressorts weiterhin der bisherigen Zweckbestimmung entsprechend bis zur endgültigen Abwicklung nach den steuerverbundsrelevanten Regelungen bewirtschaftet werden.

Schließlich hat die Landesregierung im Zusammenhang mit der Aufstellung des GFG 2006 beschlossen, auf einen Entwurf für ein Solidarbeitragsgesetz 2006 zu verzichten. Sie hält es aufgrund veränderter Rahmenbedingungen weder für möglich noch für gerechtfertigt, landesgesetzlich den interkommunalen Ausgleich des gemeindlichen Teils an den Beiträgen zu den Einheitslasten erneut so wie bisher zu regeln.

Zunächst ist festzuhalten, dass die bisherige Regelung nicht abgeschafft wird. Die Solidarbeitragsgesetze waren wie die Gemeindefinanzierungsgesetze Jahressgesetze, die planmäßig außer Kraft treten.

Nun ist behauptet worden, die Landesregierung verletze den Vertrauensschutz, wenn sie keinen Entwurf für ein Solidarbeitragsgesetz 2006 vorlege.

Dieser Vorwurf ist unbegründet, meine Damen und Herren. Prinzipiell kann es bei Gesetzen, die der Jährlichkeit unterliegen, keinen Vertrauensschutz auf das Fortbestehen entsprechender Re-

gelungen über das Außer-Kraft-Treten des Gesetzes hinaus geben.

Außerdem bestehen im vorliegenden Fall für den Landesgesetzgeber weder verfassungsrechtliche Verpflichtungen, überhaupt Regelungen zu treffen, noch verfassungsrechtlich verpflichtende Vorgaben, wie diese Regelungen auszugestalten sind. Der kommunale Solidarbeitrag wurde und wird auf der Grundlage des Gemeindefinanzreformgesetzes über die erhöhte Gewerbesteuerumlage erbracht, die nach diesem Bundesgesetz den Ländern zufließt. Daran ändert sich auch in Zukunft nichts.

Das Gemeindefinanzreformgesetz überlässt es dabei eindeutig den Ländern, ob und in welchem Umfang eine Feinabstimmung im Hinblick auf das Anteilsverhältnis an den Steuereinnahmen zwischen dem Land und seinen Kommunen insgesamt vorgenommen wird. Es gibt also keinerlei rechtliche Verpflichtung für das Land, ein Solidarbeitragsgesetz zu beschließen.

Ich weise zudem darauf hin, dass es auch keine Rückwirkung gibt. Sie finden in § 34 des vorliegenden Gesetzentwurfs die endgültige Festsetzung des Solidarbeitrages und des auszugleichenden Solidarbeitrages nach dem Solidarbeitragsgesetz 2004. Eine entsprechende Regelung wird das GFG 2007 für das Solidarbeitragsgesetz 2005 enthalten. Für die Vergangenheit ändert sich also nichts, meine Damen und Herren.

Neu ist allerdings, dass die bisherige Spitzberechnung nun nicht mehr erfolgt, weil die Voraussetzungen dafür entfallen sind.

Zum einen lässt sich die Annahme, nur die Zahlungen für den Länderfinanzausgleich als Einheitslasten zu bestimmen, wegen der Entwicklung seit 1995 nicht mehr aufrechterhalten. In den vergangenen Jahren haben sich unter anderem die Relationen zwischen den Ländern erheblich verschoben. Ohne die Einbeziehung der neuen Länder in den Länderfinanzausgleich wäre Nordrhein-Westfalen vermutlich sogar Empfänger von Zahlungen im Finanzausgleich.

Zum anderen erfordert die Ermittlung der Kompensationsverluste des Landes Nordrhein-Westfalen nach Übernahme der Annuitätsleistungen für den Fonds Deutsche Einheit durch den Bund eine Rückrechnung des aktuellen Länderfinanzausgleichs auf die Berechnungsbasis vor 2005. Hierzu wären alle seit 1995 eingetretenen Änderungen im Bereich des Steuerrechts und des Länderfinanzausgleichs gedanklich und rechnerisch wieder rückgängig zu machen. Man muss kein Steuerexperte sein, um einzusehen, dass

derartige Rechnungen im Jahre 2006 nicht mehr mit einem exakten Ergebnis möglich sind.

Deshalb erscheint es der Landesregierung sachgerecht und gerechtfertigt, eine Spitzberechnung der Einheitslasten für die kommenden Jahre aufzugeben. Auch die meisten anderen Länder verfahren zum Teil schon seit Jahren so, wie es nun in Nordrhein-Westfalen vorgesehen ist.

Wenn schon eine exakte Ermittlung des Landesanteils an den Einheitslasten nicht mehr möglich ist, kann auch der kommunale Anteil hieran nicht exakt festgelegt werden. Für einen interkommunalen Ausgleich fehlt es damit bereits an der Grundlage.

Unabhängig davon besteht aber auch keine Notwendigkeit mehr für diesen Ausgleichsmechanismus, weil die erhobene erhöhte Gewerbesteuerumlage in den beiden anderen Ausgleichssystemen des kommunalen Finanzausgleichs, dem Schlüsselzuweisungssystem und dem Umlagegrundlagensystem, berücksichtigt wird.

Zunächst mindert die erhobene erhöhte Gewerbesteuerumlage in voller Höhe die Steuerkraft bei der Berechnung der Schlüsselzuweisungen. Hohe Zahlungen an erhöhter Gewerbesteuerumlage führen durch diesen ersten Ausgleichsmechanismus zu einem anteiligen Ausgleich durch Schlüsselzuweisung.

Nur wenn eine Gemeinde so steuerstark ist, dass sie mit ihrer normierten Steuerkraft trotz des Abzugs der Gewerbesteuerumlage den für sie ermittelten fiktiven Bedarf decken kann oder gar überschreitet, erhält sie keinen weiteren Ausgleich mehr. Ihre Steuerkraft ist dann nach Abzug der erhöhten Gewerbesteuerumlage für die Einheitslasten und ohne Ausgleichsbeträge anderer Gemeinden immer noch höher als die sich aus normierter Steuerkraft und Schlüsselzuweisung ergebene Finanzkraft nicht abundanter Gemeinden.

Ein zweiter Ausgleichsmechanismus setzt im Umlagegrundlagensystem ein. Bei der Ermittlung der Umlagegrundlagen für die Umlageverbände, also der Kreise, der Landschaftsverbände und des RVR, reduziert die erhöhte Gewerbesteuerumlage wiederum die Steuerkraft. Von diesem Ausgleich profitieren alle Gemeinden unmittelbar, auch die sogenannten abundanten Gemeinden, die keine Schlüsselzuweisungen erhalten.

Der Verzicht auf ein Solidarbeitragsgesetz ist gut durchdacht. Er ist systemgerecht, und er ist schließlich auch – das ist allerdings nicht ausschlaggebend – ein Beitrag zur Verwaltungvereinfachung und zum Bürokratieabbau.

Ich kann verstehen, dass die Gemeinden, die auf Ausgleichszahlungen auf der Grundlage eines neuen Solidarbeitragsgesetzes gehofft haben, nicht begeistert sind. Es bleibt aber festzuhalten, dass das Land von der Neuregelung keinen Vorteil hat. Vielmehr wird auf ein System von Ausgleichszahlungen verzichtet, das die Lasten ausschließlich innerhalb der kommunalen Familie verteilt hat.

Richtig ist, dass leistungsfähigere Gemeinden künftig mehr zu den Einheitslasten beitragen. Es wird auf eine Subventionierung abundanter Städte durch gewerbesteuerschwache Kommunen verzichtet. Ich glaube, das hat Herr Linssen sehr deutlich gesagt. Letztendlich ist das ein Abbau einer interkommunalen Subvention.

Nicht richtig ist jedoch, dass deswegen Landeszuweisungen gekürzt oder gestrichen werden. Der Verzicht auf das Solidarbeitragsgesetz führt bei etwa 75 % der Städte und Gemeinden in NRW zu finanziellen Vorteilen, bei etwa 25 % zu Nachteilen.

Ich komme nun zu den finanziellen Eckdaten des Steuerverbunds 2006. Auch im Jahr 2006 werden die Kommunen mit 23 % am Landesanteil der Gemeinschaftssteuern sowie mit 23 % an vier Siebtel des Aufkommens aus der Grunderwerbsteuer beteiligt. Ich halte das für bemerkenswert. Trotz der schwierigen Haushaltslage des Landes hat bei den Verbundgrundlagen keine Verschiebung zugunsten des Landes stattgefunden. Das Land stellt den Kommunen auf dieser Grundlage im Steuerverbund 2006 eine originäre Verbundmasse von 6,64 Milliarden € zur Verfügung.

Die größte Belastung für den Steuerverbund ergibt sich 2006 in der weiteren Abteilung durch die Verrechnung von Kreditierungen aus den Vorjahren. Insgesamt müssen die Kommunen Kreditierungen aus früheren Steuerverbünden in Höhe von rund 674 Millionen € zurückzahlen. Dieser zinslose Kredit hat die Kommunen in den beiden Vorjahren unterstützt. Die Kommunen wussten, dass er in diesem Jahr zurückzuzahlen ist.

Der positive Abrechnungsbeitrag aus dem Steuerverbund 2004 in Höhe von knapp 15 Millionen € fällt dagegen kaum ins Gewicht. Danach beträgt die verteilbare Verbundmasse im Jahr 2006 5,8 Milliarden €. Diese verteilbare Verbundmasse wird auf Schlüsselzuweisungen, Investitionspauschalen, Sonderpauschalen und Bedarfszuweisungen aufgeteilt.

Für Schlüsselzuweisungen stehen im Steuerverbund 2006 knapp 5 Milliarden € zur Verfügung.

Das entspricht einem Anteil an der gesamten verteilbaren Steuerverbundmasse von 85,4 %. Das ist einer der höchsten Anteile im Steuerverbund in den letzten Jahren. Im Jahr 2005 waren es nur 82,7 %.

Außer den Schlüsselzuweisungen, die den kommunalen Verwaltungshaushalten als allgemeine Deckungsmittel zufließen, erhalten die Gemeinden, Kreise und Landschaftsverbände im Steuerverbund 2006 pauschale Mittel für investive Maßnahmen, die den Vermögenshaushalten zufließen. Diese Zuweisungen werden, anders als die Schlüsselzuweisungen, finanzkraftunabhängig verteilt. Sie eröffnen den Kommunen Spielräume für eigene Investitionen. Für Investitionspauschalen stehen im Steuerverbund 2006 insgesamt 321 Millionen € zur Verfügung.

Einen Schwerpunkt setzt die Landesregierung bei der Schulpauschale und der Sportpauschale. Die Schulpauschale wird ohne Abstriche erneut mit 460 Millionen € dotiert. Neu ist, dass davon 70 Millionen € konsumtiv ausgewiesen werden. Damit wird im Landeshaushalt der Tatsache Rechnung getragen, dass die Kommunen die Schulpauschale auch für konsumtive Zwecke nutzen dürfen. Für die Kommunen bleiben die Verwendungsmöglichkeiten allerdings unverändert.

Die Sportpauschale wird erstmals in der ursprünglichen Höhe von 50 Millionen € dotiert. Damit wird den Kommunen ermöglicht, selbst Investitionen in Sportstätten durchzuführen oder entsprechende Maßnahmen von Sportvereinen zu fördern.

Insgesamt ist festzuhalten, dass durch diesen Entwurf des GFG 2006 die Finanzkraft der meisten Kommunen als Summe der eigenen Steuerkraft und der Schlüsselzuweisungen im Jahr 2006 höher sein wird als in den Jahren zuvor. Lediglich 19 Gemeinden im Land weisen eine niedrigere Finanzkraft auf als im Jahr 2005, während 377 Gemeinden in Nordrhein-Westfalen eine höhere Finanzkraft als im Vorjahr haben.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich darf noch darauf hinweisen, dass die Gemeinden und die kommunalen Spitzenverbände über die voraussichtlichen Wirkungen dieses GFG-Entwurfs 2006 im Detail informiert sind. Wie Sie wissen, hat das Innenministerium im Januar eine entsprechende Proberechnung vorgelegt. Außerdem haben die Gemeinden zum 30. Januar 2006 eine erste Abschlagszahlung erhalten.

Abschließend ist festzustellen, dass die Landesregierung mit dem Gesetzentwurf zum GFG 2006 ihrer Verantwortung gegenüber allen nordrhein-

westfälischen Kommunen unter schwierigen Rahmenbedingungen gerecht geworden ist. Ich weiß, dass die von uns vorgenommenen strukturellen Veränderungen nicht bei allen Kommunen im Land Zustimmung finden.

Ich hoffe aber, dass ich die Ursachen und Wirkungen deutlich gemacht habe und dass diese sowie die Bereitschaft der Landesregierung, auch bei schwierigster Lage des Landeshaushalts eine angemessene, zukunftsfähige Mischung aus notwendiger Orientierung und Kontinuität zu finden, vor Ort sehr wohl erkannt werden. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Innenminister.

Ich eröffne die **Beratung zum Haushaltsgesetz**. – Für die SPD spricht Frau Kraft.

Hannelore Kraft (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach langem Warten ist er jetzt da: der erste eigenständige Haushaltsentwurf der neuen Regierungskoalition.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Manfred Kuhmichel [CDU])

– Warten Sie lieber ab, Herr Kuhmichel. – Er trägt Ihre Handschrift; er ist ein Ausweis Ihrer Politik.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Sehr richtig!)

Herr Minister Linssen, wie haben Sie eingangs gesagt: „Weichen stellen Richtung Zukunft“? – Herr Minister, Ihre Weichen führen NRW auf das Abstellgleis,

(Beifall von der SPD)

und das Schlimme daran ist: Die Menschen, die in dem Zug sitzen, werden wohl erst 2010 die Chance haben, wieder auszusteigen.

(Beifall von der SPD)

Die Fakten liegen klar auf dem Tisch. Der Haushaltsentwurf enthält mit 5,9 Milliarden € die höchste Neuverschuldung bei Einbringen in der Geschichte unseres Landes.

(Zuruf von Manfred Kuhmichel [CDU])

– Das hören Sie nicht gern, Herr Kuhmichel. – Er überschreitet die Verfassungsgrenze um 2,6 Milliarden €. Interessant ist, Herr Minister, dass Sie uns diesmal eine lange Begründung geliefert haben. Ich denke, das spricht für das schlechte Gewissen. Oder Sie wollen schon einmal für die Verfassungsgerichtsverfahren vorbeugen.

(Beifall von der SPD)

Wie schon beim zweiten Nachtrag 2005 begründen Sie das wieder mit objektiver Unmöglichkeit. – Herr Linssen, das geht für die Menschen im Land nicht zusammen. Sie berufen sich auf objektive Unmöglichkeit, haben aber frisches Geld: für die Landwirtschaftskammern 16,3 Millionen €, für den Flughafen Münster/Osnabrück 11 Millionen € aus dem Umweltetat oder für die Reiterstaffel. Und in vielen Ressorts, insbesondere in der Staatskanzlei, erhöhen Sie die Ansätze für Öffentlichkeitsarbeit, Beratung und externen Sachverstand.

(Zurufe von der SPD)

Diese Aufgaben, Herr Minister, ergeben sich meines Wissens nicht aus der Landesverfassung. Wenn dann solche innovativen Sanierungspläne dabei herauskommen wie der, den Sie uns heute vorgestellt haben, dann rate ich Ihnen, dafür wirklich nicht mehr Geld auszugeben.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, die Verfassung zu ignorieren ist an sich schon schlimm genug.

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Schlimmer ist jedoch das, was jetzt hinter den Zahlen klar erkennbar ist, nämlich die dort angelegte Veränderung unserer Gesellschaft, unseres Landes. Sie nennen das Erneuerung. Ich stelle fest: Sie erneuern das Land nicht. Denn Erneuerung würde bedeuten, das Land voranzubringen. Sie verändern es zwar, aber zum Schlechteren. Sie sind auf einem Irrweg, Herr Minister.

(Beifall von der SPD)

Ihr Weg ist geprägt von zwei Prinzipien, die wir hier immer wieder in den Reden zu hören bekommen, nämlich „Freiheit vor Gleichheit“ und „Privat vor Staat“.

Der Staat soll ausschließlich das tun, was die Bürger nicht selbst tun können. Bei allem, was auch Private erledigen können, soll sich der Staat heraushalten. Das ist Ihr Credo, Herr Papke.

(Beifall von der FDP)

Stück für Stück ziehen Sie das Land aus seiner Verantwortung zurück. Sie geben damit den Menschen nicht mehr Freiheit. Nein, Sie lassen sie alleine. Bei Ihnen werden Waggon des Zuges NRW abgehängt. Viele müssen deshalb am Bahnsteig stehen bleiben. Das ist die Realität.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wir sind an diesem Punkt in einer sehr grundsätzlichen und, ich glaube, sehr wichtigen Debatte. Denn unser Weg ist ein anderer. Für uns Sozialdemokraten steht fest: Ein starker, handlungsfähiger Staat ist unverzichtbar. Zusammen mit einer starken Wirtschaft und einer menschlichen Gesellschaft ist er für uns Garant für eine gute Zukunft.

Herr Minister, Sie haben viel, fast ausschließlich, über Zahlen geredet. Das ist der Unterschied zwischen uns. Wir reden über die Menschen in diesem Land.

(Beifall von der SPD)

Die Aufgabe eines Staates, wie wir ihn verstehen, ist es, für soziale Gerechtigkeit zu sorgen. Die Menschen müssen gleiche Chancen auf Teilhabe, auf Bildung, auf Gesundheit, auf Wohlstand haben. Diese Chancen muss und kann ihnen nur der Staat eröffnen. Diese Aufgabe kann und darf nicht wegfallen. Denn die Privaten, der Markt, werden diese Aufgaben nicht übernehmen.

(Beifall von der SPD)

Manche von Ihnen glauben – Herr Papke an vorderster Front –: Wenn man nur mehr Markt oder mehr Wettbewerb schafft, dann werden sich quasi automatisch Chancen für alle ergeben. – Herr Papke, das ist ein Irrtum.

(Beifall von der SPD)

Markt oder Wettbewerb sind nur Instrumente. Man darf sie nicht ideologisch zu einem Prinzip überhöhen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, der Weg, auf den die FDP Sie da führt, der ist gefährlich. Ich höre ja, Sie fliegen jetzt in die USA. Ich empfehle Ihnen einen Besuch bei der John F. Kennedy School of Government. Reden Sie mit den Wissenschaftlern, mit den Fachleuten! Denen ist längst klar, dass gänzlich unregelter Markt den sozialen Zusammenhalt und damit die Voraussetzung seiner eigenen Wirksamkeit zerstören würde. Der Markt kann weder ausreichend für öffentliche Güter sorgen noch den sozialen Zusammenhalt stützen. Er würde sich quasi selbst den Ast absägen, auf dem er sitzt.

Deshalb sind Staat und staatliches Handeln, Herr Papke, auch nicht mit Unfreiheit gleichzusetzen. Ein handlungsfähiger Staat beeinträchtigt nicht die Freiheit des Menschen. Im Gegenteil, er garantiert Freiheit. Er garantiert die Möglichkeit, selbstbestimmt zu leben.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Sie wollen etwas anderes. Sie wollen Freiheit von staatlichen Regeln statt Freiheit für mehr Selbstbestimmung.

(Zuruf von der FDP: Quatsch!)

Sie wollen dieses Land verändern. Sie werden es kälter, und Sie werden es weniger gerecht gestalten. Für uns ist das Politik ohne Herz und Verstand.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, dieses andere Staatsverständnis kann man in diesem Haushalt deutlich ablesen. Bei Ihnen zieht sich der Staat fast überall zurück. Sie schieben die Verantwortung ab: auf Kommunen, Hochschulen, Verbände, Kirchen, Selbsthilfeorganisationen und im schlimmsten Fall sogar auf die Betroffenen, die Hilfesuchenden selbst. Um im Bild des Zuges zu bleiben: Sie nehmen die Lasten aus Ihrem Waggon des Zuges und laden sie in die Waggons der anderen. Aber damit wird der Zug NRW nicht schneller fahren. Das ist Ihr Denkfehler dabei.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Eine Politik nach der Maxime „Wenn jeder an sich selbst denkt, ist an alle gedacht“ reißt stattdessen tiefe Löcher in das soziale Netz. Die bittere Wahrheit ist, dass oftmals gerade die, die Hilfe besonders brauchen, durch diese Löcher fallen werden. Beispiele hierfür gibt es in Ihrem Haushalt viele.

Nur exemplarisch: Was bedeuten 7,8 Millionen € Kürzungen bei der Familienbildung? – Die Familienbildung ist ein wichtiges Standbein der Elternarbeit. Und die halten Sie in Ihrer Idee der Familienzentren doch hoch! Die wollen Sie doch mit einbinden! Warum kürzen Sie sie dann in diesem Haushalt an dieser Stelle?

(Beifall von der SPD)

Was ist mit einer Frau, die sich am Wochenende in höchster Not mit ihren Kindern an ein Frauenhaus wendet und dort keine qualifizierte Hilfe mehr findet, weil 3,5 Millionen € bei der Finanzierung der Frauenhäuser und dem Programm „Gewalt gegen Frauen“ gestrichen wurden? Was ist mit diesen Frauen? Was sagen Sie ihnen in Zukunft?

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Von den vier Stellen fällt eine weg. Das heißt, es gibt nur noch eine qualifizierte Fachkraft. Auch diese hat einmal Wochenende und auch diese ist einmal im Urlaub. Was passiert dann mit diesen

Frauen? Sagen Sie das den Menschen draußen im Land!

(Wolfgang Hüsken [CDU]: Das tun wir! Habe ich gestern noch gemacht!)

– Deshalb demonstrieren die morgen ja auch! – Ich nenne ein weiteres Beispiel.

(Zuruf von der CDU)

Wie mögen sich die Behinderten fühlen, die auf die Zusagen gerade des Ministerpräsidenten, aber auch des Sozialministers vertraut haben, dass ihnen die Belange der Behinderten besonders am Herzen liegen? Jetzt sehen diese, dass die Mittel für die Integration der Behinderten um 12,9 Millionen € zurückgefahren werden. Das ist die Realität, Herr Laumann. Das ist etwas anderes. Die Taten sehen anders aus als die Worte.

(Beifall von der SPD)

Die Krankenhäuser im Land leiden nicht nur unter dem von Ihnen verhängten Investitionsstopp, nein, in 2006 fehlen ihnen jetzt auch noch 3,5 Millionen €, weil die fällige Anpassung der Pauschalen an die Kostenentwicklung um zwei Jahre hinausgeschoben wird. Das sind Realitäten in diesem Lande. Das trifft die Menschen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Zuruf von Rudolf Henke [CDU])

– Sie können es ja gleich richtig stellen.

Solche Kürzungen sind schon für sich gesehen nicht akzeptabel. Was uns aber wirklich alarmiert, ist die Tatsache, dass viele dieser Maßnahmen mit einer Neuorientierung der Sozialpolitik begründet werden. Der Rückzug des Landes aus der Verantwortung wird öffentlich als Stärkung der Selbstverantwortung der Betroffenen verkauft. Für die Menschen, die auf diese Einrichtungen und die bisherige Hilfe, auf diese Netzwerke angewiesen sind, muss das zynisch klingen. Ihr Grundsatz „Privat vor Staat“ erhält an dieser Stelle seinen bittersten Beigeschmack, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, Sie haben mit Ihren Wahlversprechungen die Wahl gewonnen. Bereits jetzt erkennen viele Menschen, die Ihnen die Stimme gegeben haben, ...

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

– Hören Sie zu! Hören Sie den Menschen im Land zu. Ich komme in meiner Funktion ziemlich viel im Land herum. Es sind auch Ihre Leute, die bei den

Punkten, die ich gleich aufliste, inhaltlich auf unserer Seite sind.

(Beifall von der SPD)

Die Menschen erkennen, dass Ihre Wahlversprechen nichts mehr wert sind: „Versprochen – gebrochen“. – Sie machen Politik gegen die Menschen in diesem Lande. Das ist auf vielen Feldern mittlerweile schon Ihr Markenzeichen.

Beispiel: Schulpolitik. – Nicht nur bei der Aufhebung der Grundschulbezirke und der Aushebelung des Elternwillens löst Ihr Schulgesetz Empörung, Wut und Entsetzen bei Lehrerinnen und Lehrern, bei Eltern, aber auch bei Schülern aus.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Mit der Vorfahrt beim Abitur nach zwölf Jahren Gymnasium wird die Durchlässigkeit des Systems verstopft. Daran ändert auch Ihre Versicherung des Gegenteils nichts, Herr Ministerpräsident. Vielleicht haben Sie die Realitäten noch gar nicht zur Kenntnis genommen. Wer denn soll den Aufstieg in diesem System noch schaffen, wenn die zweite Fremdsprache am Gymnasium schon in der Klasse sechs beginnt und in den anderen Schulformen erst ein Jahr später?

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das ist doch das Problem, was dahinter steht.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Alles das verbinden Sie dann noch mit einer marktradikal geprägten Politik der Ökonomisierung der Schulen. Herr Ministerpräsident, auch in Ihrer Partei hat dieses Zündeln bei der Chancengerechtigkeit längst einen flächendeckenden Schwelbrand ausgelöst. Es sind längst nicht mehr einzelne Kritiker, wie Sie sagten.

Beispiel: Kommunalpolitik. – Ich fürchte, das Land wird die Kommunen daran hindern, ihre wirtschaftliche Betätigung zum Nutzen der Bürgerinnen und Bürger im selben Umfang wie bisher fortzusetzen. Auch in diesem Fall von der FDP getrieben, betreiben Sie den Ausverkauf städtischer Betriebe aus Prinzip.

(Beifall von der SPD)

Jede Form wirtschaftlicher Betätigung der Kommunen ist Ihnen suspekt. Es kommt nicht darauf an, wer die Leistungen günstiger oder besser erbringt. Aus Prinzip sollen sie privat erbracht werden. Die Folge ist absehbar, meine Damen und Herren. Bisherige Einnahmen gehen verloren. Sie werden dann privat erzielt. Die Kosten verbleiben aber bei den Steuerzahlern. Das ist ein Parade-

beispiel übertriebener ideologiegeprägter Politik. Als Ergebnis werden die Gewinne privatisiert und die Verluste sozialisiert.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Herr Papke, Ihnen es geht schon lange nicht mehr um den schlanken Staat. Ihr Staat ist schon magersüchtig. Den können sie bei Heidi Klum anmelden!

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Beispiel: Strukturpolitik. – Herr Ministerpräsident, Sie haben beim politischen Forum Ruhr nette Worte gesagt: NRW braucht ein starkes Ruhrgebiet.

(Zuruf von der CDU: Sie waren doch gar nicht da!)

– Aber ich habe den Text gelesen. Ich bin durchaus in der Lage, mir das zu besorgen und zu lesen. Haben Sie keine Bange. Das tue ich auch.

(Zurufe von der CDU)

Schwarze Wolken über der Ruhr gibt es aber wirklich, wenn im Haushalt die Mittel für die Kofinanzierung der EU-Gelder um 60 Millionen € gekürzt werden. Das lässt sich nicht durch einen Wettbewerb wettmachen. Ich bin ein Freund des Wettbewerbs. Ich bin Ökonomin.

Es ist aber ein Wettbewerb, bei dem die Startchancen nicht gleich sind. Bei der Winterolympiade in Turin starten auch nicht die einen auf dem Rennrodel und die anderen auf einem Holzschlitten. Das wäre die Parallele dazu.

(Beifall von der SPD)

Beispiel: Hochschul- und Innovationspolitik. –

(Christian Lindner [FDP]: Jetzt sind wir gespannt!)

Ein Durchstarten bei der Innovationspolitik, Herr Lindner, damit einzuleiten, das Technologie- und Innovationsprogramm radikal wegzukürzen, ist nicht liberal, sondern konzeptionslos.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Im Gegenzug werden mit der Einführung von Studiengebühren die Zukunftschancen vieler junger Menschen

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Verbessert!)

und des Standortes NRW gefährdet.

Herr Minister Pinkwart, Sie hätten den Abstecher von Paderborn nach Bielefeld machen sollen. Warum haben Sie sich gedrückt? Reden Sie doch mit

den Studentinnen und Stud-enten! Lassen Sie sich doch einmal von deren Lebenswirklichkeit einholen.

Anstatt seinen Talenten Wege zu ebnen, errichtet diese Landesregierung neue und höhere Hürden. Das ist der falsche Weg für unser Land.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Beispiel: Förderung des Ehrenamtes. Anstatt das großartige ehrenamtliche Engagement Hunderttausender Bürgerinnen und Bürger in diesem Land zu fördern und zu unterstützen, setzen Sie auch hier den Rotstift an.

(Minister Armin Laschet: Stimmt doch gar nicht!)

Sie schlagen den Menschen vor den Kopf, die unzählige Stunden ihrer Freizeit widmen, um ihren Enthusiasmus unentgeltlich in den Dienst unserer Gesellschaft zu stellen. Und was ist Ihr Dank? Sie kürzen. Deutlicher kann eine Landesregierung nicht zeigen, dass ihr Gemeinwohlorientierung, das Einsetzen für den Schwächeren und das Dasein für den anderen wenig, fast nichts wert ist, meine Damen und Herren.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Minister Armin Laschet: Wo denn?)

Aber lassen Sie mich zu dem zentralen Punkt kommen. Herr Ministerpräsident, Ihr eigener Anspruch lautet: Sagen, was man tut, und tun, was man sagt.

(Christian Weisbrich [CDU]: Richtig!)

Wenn Sie das einlösen wollten, müsste dieser Haushalt einen deutlichen Schwerpunkt bei der Förderung von Kindern setzen. Sie selbst, Herr Ministerpräsident, haben schließlich das Jahr 2006 zum Jahr der Kinder ausgerufen.

(Zurufe von der SPD: Oho!)

Damit haben Sie Erwartungen bei den Menschen geweckt. Kinder und Familie sind ja auch zurzeit das zentrale Thema der Politik in Bund und Ländern. Der Bund engagiert sich auch finanziell in erheblichem Maße. Natürlich wird jetzt die Frage laut: Was tut NRW? Was tut die Landesregierung? Was tut Jürgen Rüttgers, um die selbst geweckten Erwartungen zu erfüllen?

Ein Blick in den Landeshaushalt zeigt: Sie machen gerade die Kleinsten zu den größten Verlierern. Und das ist der Skandal in diesem Landeshaushalt.

(Anhaltender lebhafter Beifall von SPD und GRÜNEN)

Sie, Herr Ministerpräsident, kürzen die Mittel für Kindertagesstätten um 114 Millionen €.

(Minister Armin Laschet: Stimmt doch gar nicht!)

Sie kürzen den Landesjugendplan gegenüber den geltenden gesetzlichen Vorgaben um 20,9 Millionen €. Sie kürzen bei den Schülerfahrtkosten um 27,4 Millionen €. Und Sie kürzen auch noch bei der Übungsleiterpauschale und bei der Schulumilch. Das ist Realität, die in diesem Haushalt abgebildet ist.

(Lebhafter Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das ist Ihr Auftakt für das Jahr der Kinder. Sie machen Politik auf dem Rücken derjenigen, die sich nicht wehren können. Sie machen Politik gegen Kinder im Jahr der Kinder.

(Beifall von der SPD – Dr. Axel Horstmann [SPD]: So ist es!)

Vielleicht noch einiges zum Jugendförderungsgesetz! Das ärgert mich wirklich zutiefst: Mit einem Federstrich zerstören Sie das Vertrauen der Jugend in die Verlässlichkeit der Politik.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wir erinnern uns – und mit uns viele Bürgerinnen und Bürger –: Sie hatten sich doch an die Spitze derer gestellt, die den Jugendverbänden jetzt eine gesetzliche Garantie geben wollten.

(Zurufe von der SPD)

Sie wollten das schon 2005 machen. Jetzt brechen Sie dieses Versprechen. Das kann man bei den Jugendlichen nicht mehr gut machen.

(Beifall von der SPD)

Herr Minister, Sie haben davon gesprochen, Sie wollten das Vertrauen der Menschen zurückgewinnen. Sie haben in den neun Monaten so viel Vertrauen verspielt; das werden Sie nicht mehr zurückholen können.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Zu den Kindertagesstätten: Ihre Kürzungen werden zu höheren Elternbeiträgen führen. Sie verlassen sich darauf, dass die Kommunen schon einspringen werden, obwohl Sie wissen, dass die meisten das gar nicht können. Wenn Sie uns nicht glauben wollen, dann hören Sie doch auf die Caritas oder auf den Städte- und Gemeindebund. Diese sprechen von Verteuerung von 25 %. Das ist die Realität, und das wird dazu führen, dass weniger Kinder in den Kindergarten gehen und nicht mehr, wie wir es wollen.

(Beifall von der SPD)

Und dann der Gipfel: In dieser Situation ...

(Christian Lindner [FDP]: 22 % der Kinder zahlen doch gar keinen Beitrag!)

– Hören Sie mir doch geduldig zu, ich habe vorhin auch geduldig zugehört. Sie haben noch genug Zeit. Wir sind ja noch eine Weile hier.

Der Gipfel: In dieser Situation ermuntert Herr Minister Laschet auch noch die reichen Kommunen des Landes, sich zulasten der finanzschwächeren Städte und Gemeinden zu profilieren. Wettbewerb! Die sollen Elternbeiträge aus der Stadtkasse zahlen. Damit würde ein fataler Wettbewerb in Gang gesetzt, den nur die finanzstarken Kommunen mitmachen können. Das kann nicht der richtige Weg sein.

(Beifall von der SPD)

Herr Wittke ist nicht da. Aber in Ihrer Regierung weiß offensichtlich die Linke nicht, was die Rechte tut. Herr Wittke sorgt sich wegen des Wegzugs junger Familien mit Kindern aus dem Ruhrgebiet, und Herr Laschet gibt den finanzkräftigeren Kommunen im Umfeld mal eben ein Instrument in die Hand, um gerade diese Familien zum Umzug zu bewegen. Das ist doch ein Stück aus dem Tollhaus, was wir hier erleben.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir Sozialdemokraten wissen um die Verantwortung für dieses Land.

(Minister Dr. Helmut Linssen: Dann machen Sie mal Vorschläge!)

– Warten Sie doch ab; dazu sage ich noch etwas. Warum sind Sie denn so hektisch? Ich habe noch 52 Minuten.

(Zurufe von der FDP)

Wir wissen um unsere Verantwortung für dieses Land. Unser Gegenentwurf zu Ihrer Politik ist darum nicht Fundamentalopposition. Uns geht es um den besten Weg für dieses Land. Darüber wollen und werden wir mit Ihnen streiten.

(Beifall von der SPD)

Wir bieten den Menschen in Nordrhein-Westfalen einen zweiten Weg an, einen, der die soziale Balance wahrt, einen Weg, der die Kinder als unser kostbarstes Gut nicht links liegen lässt, sondern Perspektiven sichert und Chancen eröffnet. Wir werden im Land für unseren Weg werben. Um es

klar zu sagen: Eine Rotstiftpolitik auf dem Rücken von Familien und Kindern muss nicht sein.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Der Weg der Konzentration auf unsere Kinder, unsere Zukunft, den wir in den letzten Jahren begonnen haben, muss fortgesetzt werden, und die Sozialnetze dürfen nicht reißen. Dafür stehen wir in diesem Land, meine Damen und Herren.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Deshalb, Herr Finanzminister, werden wir auch keine Vielzahl von Änderungsanträgen zum Haushalt stellen – ohne Deckung.

(Zurufe von der CDU: Ah! – Christian Weisbrich [CDU]: Das ist eine Verschwörung!)

Wir werden Änderungen in zentralen Bereichen vorschlagen und aufzeigen – und aufzeigen! –, wie sie zu finanzieren sind.

(Christian Weisbrich [CDU]: Geisterbeschwörung!)

Dazu gehört die Rücknahme der Kürzungen in den Bereichen Kinder, Jugend, Familie und soziale Netze.

(Beifall von einzelnen Abgeordneten der SPD)

– Da darf man ruhig einmal dazwischen klatschen; das ist völlig in Ordnung.

(Beifall von der SPD)

Aber wir gehen sogar noch einen Schritt weiter. Wir sagen: Das Land muss sich in zwei Bereichen besonders engagieren, um die Bildungs- und Betreuungskette weiter zu schließen.

Bei der Betreuung von unter Dreijährigen müssen wir schneller vorankommen. Unser Ziel bleibt ein verlässliches Angebot für 20 %. Wir hatten diesen Weg bereits begonnen. Und jetzt, Herr Ministerpräsident, haben wir gemeinsam auf der Bundesebene das Elterngeld verabredet. Welche Verpflichtung ergibt sich aus dem Elterngeld? – Ein sinnvolles Instrument, wenn nach dem einen Jahr Elterngeld für diejenigen, die es brauchen, auch ein verlässlicher Betreuungsplatz zur Verfügung steht. Deshalb ist U3 zentral und wichtig.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Zweitens. Wir fahren fort mit unserem Anspruch, den Bildungsauftrag des Kindergartens zu stärken. Deshalb sollen künftig alle Kinder eines Jahrgangs das letzte Kindergartenjahr besuchen.

(Christian Weisbrich [CDU]: Das Geld kommt von den Kohleinvestitionen!)

– Das ist nicht so, und das wissen Sie auch; Sie kennen die Zahlen. – Hierfür muss das letzte Jahr beitragsfrei gestaltet werden.

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

– Wir reden hier – wir wissen das – über rund 90 Millionen.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Warum haben Sie es denn nicht gemacht?)

Wir sind schrittweise vorgegangen, Herr Papke. Wir haben nicht alles geschafft. Aber wir haben diesen Weg begonnen und werden ihn konsequent weitergehen, auch wenn Ihnen das nicht gefällt, Herr Papke.

(Beifall von der SPD – Rudolf Henke [CDU]: Mehr Schulden oder weniger Schulden? – Gegenruf von Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Sie sind doch die Schuldenmacher!)

– Ich komme gleich noch darauf.

(Christian Lindner [FDP]: Das haben Sie immer abgelehnt, und jetzt plötzlich!)

– Das haben wir nicht abgelehnt. Das steht schon in unseren uralten Programmen, schon in denen, die unter Rau entstanden sind. Das können Sie nachlesen. Da waren Sie noch nicht dabei, Herr Lindner. Aber da war es schon so.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Das ist unglaublich, Frau Kollegin! – Christian Lindner [FDP]: Das ist lächerlich!)

Ich weiß es, weil ich es nachgelesen habe. Offensichtlich bin ich ein bisschen fleißiger.

(Fortgesetzt Zurufe)

Meine Damen und Herren, um das auch klar zu stellen: Das letzte Jahr beitragsfrei zu gestalten, bedeutet auch, dass die Kosten dafür vom Land nicht auf die Kommunen umgelegt werden können. Sie wären damit überfordert.

(Beifall von der SPD – Christian Lindner [FDP]: 100 Millionen!)

Wir werden hinsichtlich dieser Maßnahmen in diesem Haushaltsverfahren aufzeigen, Herr Lindner, dass sie finanzierbar sind, wenn man Schwerpunktsetzung ernst meint, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Um Ihre Frage direkt zu beantworten: Dafür sind keine neuen zusätzlichen Schulden erforderlich.

Auch das werden wir in unseren Anträgen belegen.

(Beifall von der SPD)

Wir laden Sie ein, wir laden alle Fraktionen des Landtags ein, diese Initiative gemeinsam zu tragen.

(Lachen von Dr. Gerhard Papke [FDP])

Sie ist von so zentraler Bedeutung für die zukünftige Entwicklung unseres Landes, unseres Schul- und Bildungswesens, dass eine breite Unterstützung jenseits des Parteienstreits in höchstem Maße sachdienlich wäre. Ein Projekt mit diesem Stellenwert darf nicht an Ressortegoismen oder fachpolitischen Scheuklappen scheitern. Dieses Angebot steht.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. – Eine Politik, ein Haushalt, der geprägt ist von einer Flucht aus der Verantwortung, von „versprochen – gebrochen“, kann nicht unsere Zustimmung finden. Der Haushaltsentwurf der Landesregierung setzt, wie ich Ihnen gezeigt habe, falsche Schwerpunkte. Er wird schlimme Konsequenzen insbesondere in der Kinder-, Jugend- und Sozialpolitik haben, wenn er umgesetzt wird. Wir machen uns Sorgen um dieses Land.

(Zurufe von CDU und FDP: Oh!)

– Ja, Sie offensichtlich nicht!

(Ursula Meurer [SPD]: Das Lachen wird Ihnen noch vergehen!)

Sie machen das nur in Ihren Sonntagsreden; das ist der Unterschied. Wir werden zeigen, wie man das handfest im Haushalt macht.

(Beifall von der SPD)

Das Land spart auf Kosten der Kommunen. Hören Sie sich einmal Ihre Landräte, Ihre Kämmerer und Ihre Bürgermeister dazu an. Das Land zieht sich in vielen Bereichen aus der Verantwortung zurück und wälzt diese auf andere ab oder lässt die Betroffenen gänzlich ohne Schutz beziehungsweise Hilfe. Sie machen eine Politik ohne Herz und Verstand.

(Beifall von der SPD und Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Unser Fazit zu diesem Haushalt lautet: mehr Schulden, weniger Chancen und neue Privilegien.

Nach neunmonatiger schwarz-gelber Landesregierung zeigt es sich: Sie haben ein anderes Bild von der Gesellschaft unseres Landes. Sie lehnen es ab, die Möglichkeiten des Staates zu nutzen, um die Bedingungen für die Menschen besser und gerechter zu gestalten. Im Interesse unseres Landes müssen aber soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Kompetenz eng miteinander verknüpft werden. Das ist und bleibt die originäre Politik der Sozialdemokraten für Nordrhein-Westfalen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und Sylvia Löhrmann und Barbara Steffens [GRÜNE] – Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

Sie setzen stattdessen radikal auf Markt und Wettbewerb. Sie tragen dieses Credo „Privat vor Staat“ wie eine Monstranz vor sich her. Sie setzen auf die Kraft des Stärkeren. Die Kinder und die Schwachen, diejenigen, die Förderung und Hilfestellung brauchen, um überhaupt gleichberechtigt teilhaben zu können, sind die Verlierer ihrer Politik.

(Beifall von der SPD und Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Abschließend: Unser Angebot steht. Wir bieten im Haushalt eine Zusammenarbeit für Kinder und Jugend an. In der Form, in der Sie den Entwurf vorgelegt haben, können wir ihm nicht zustimmen. – Vielen Dank.

(Lang anhaltender Beifall von der SPD – Beifall von den GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinther (in den Beifall hineinsprechend): Danke schön, Frau Kraft. – Für die CDU spricht nun Herr Stahl.

Helmut Stahl (CDU): Ich interpretiere das als Anfangsapplaus für mich.

(Sören Link [SPD]: Wir klatschen nur für Leistung, Herr Stahl! – Weitere Zurufe von der SPD)

Frau Kollegin Kraft, Sie haben in einem Interview mit dem WDR am 5. Februar Ihr Selbstverständnis offen gelegt. Das war spannend. Ich zitiere, Frau Präsidentin:

„Wir verstehen uns als Regierung im Wartestand. Ich glaub', das trifft es kurz auf den Punkt gebracht.“

Ja, Frau Kraft, dann warten Sie mal ab in Ihrem Wartestand! Da steht man, wenn der Zug abgefahren ist,

(Ralf Jäger [SPD]: Die Uhr läuft ab!)

und fragt sich, ob überhaupt noch ein Zug kommt.

(Beifall von Manfred Kuhmichel [CDU] – Zurufe von der SPD)

Das ist das Thema, um das es geht. Der Zug, Frau Kraft, auf den Sie in Ihrem Wartestand warten, der ist doch realiter abgehängt –

(Unruhe – Glocke)

abhängt am 22. Mai des vergangenen Jahres bei der Landtagswahl.

Dass Sie selbst bisher den Anschluss nicht gefunden haben, immer noch abgehängt sind, zeigen die Anträge, die Sie stellten und weiter stellen. Das klingt dann wie folgt: Sicherheitsarchitektur nicht gefährden, Schulbezirke bestehen lassen, Kündigungssperrfristverordnung nicht aufheben, Atomausstieg nicht antasten, ZVS nicht abschaffen usw. usf.

(Lebhafter Beifall von der SPD – Beifall von Barbara Steffens [GRÜNE])

Das lehrt doch, dass Sie sich ganz, ganz ängstlich an eine Politik klammern, die objektiv gescheitert ist, die die Wählerinnen und Wähler in unserem Bundesland abgewählt haben.

(Beifall von der CDU und Christian Lindner [FDP])

So lange und so viel und so intensiv man sucht: Neues fällt Ihnen wirklich nicht ein. Am letzten Wochenende haben Sie eine sogenannte Gelsenkirchener Erklärung vorgestellt. Als Knaller kündigen Sie darin an: Wir werden in den kommenden zwei Jahren ein Konzept „Beste Schule für NRW“ erarbeiten.

(Beifall von Christian Weisbrich [CDU] – Ralf Jäger [SPD]: Genau!)

Das Ganze wollen Sie auf Ihrem Landesparteitag Ende 2007 beschließen.

(Ralf Jäger [SPD]: Wenn Sie wollen, laden wir Sie ein!)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, nun weiß inzwischen jeder, der sich über die Themen, die in unserem Bundesland diskutiert werden, annähernd kundig gemacht hat, dass

(Marc Jan Eumann [SPD]: Dass Ihre Schulgesetze in die falsche Richtung gehen!)

wir zum 1. August dieses Jahres ein neues Schulgesetz verabschieden werden.

(Unruhe)

Jeder in Nordrhein-Westfalen weiß, dass Ihre Schul- und Bildungspolitik für Sie und das Land alles andere war als ein Bringer.

(Beifall von CDU und FDP)

Das wird Frau Schäfer, Ihrer letzten Schulministerin, inzwischen ja auch in Ihren parteiinternen Machtkämpfen entgegengehalten. So sagt der Fraktionsvize Rudolph treffend: „Schulpolitik war im letzten Wahlkampf kein Gewinnerthema.“

(Zustimmung von der CDU)

Wo er Recht hat, hat er Recht. Ihre Schulpolitik – so der Landeselternrat Nordrhein-Westfalens –, das war ein Großversuch mit Schutzbefohlenen. – Deshalb begrüßen wir, dass Sie sich neu positionieren wollen.

(Zuruf von der SPD: Haben Sie auch eine Meinung zum Haushalt?)

Doch wenn Sie das Ende 2007 geleistet haben werden, dann, verehrte Kolleginnen und Kollegen, ist die beste Schule in Nordrhein-Westfalen längst Realität, schon anderthalb Jahre lang Realität.

(Beifall von CDU und FDP – Widerspruch von der SPD)

Frau Kollegin Kraft, Kolleginnen und Kollegen von der SPD, ich grüße Sie fröhlich in Ihrem Wartestand.

(Anhaltende Unruhe – Glocke)

Präsidentin Regina van Dinter: Meine Damen und Herren, darf ich Sie bitten, dem Redner das Wort zu lassen.

Helmut Stahl (CDU): Recht hat Ihr Vorsitzender, der Kollege Dieckmann – ich zitiere, Frau Präsidentin, mit Ihrem Einverständnis –: Wir müssen uns hüten vor Realitätsverweigerung. – So nachzulesen in der „Westfälischen Rundschau“ am Montag!

(Jochen Dieckmann [SPD]: Bei der Rente! Sie sind schlecht vorbereitet, Herr Stahl!)

Realität anerkennen, lieber Kollege Dieckmann, das bedeutet, sich fragen, wie es zu Ihrer miserablen Leistungsbilanz kommen konnte, welche nun wir aufarbeiten müssen.

(Beifall von CDU und FDP – Widerspruch von der SPD)

Das heißt: über eine Million arbeitslose Menschen in Nordrhein-Westfalen! Das heißt: jahrelang Wachstumsraten unterhalb des Bundesdurchschnitts! Das heißt: letzte Plätze bei Schultests und innerer Sicherheit!

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von der SPD: Das ist doch peinlich!)

Das heißt: Ergebnisse im Exzellenzwettbewerb der Hochschulen, die zeigen, wie dringend notwendig eine Aufholjagd in Nordrhein-Westfalen ist.

(Beifall von der CDU – Zuruf von der SPD: Es geht um den Haushalt!)

Das ist Ihre Bilanz. Und an dieser Bilanz sollten Sie Ihre eigenen Konzepte prüfen.

Hinzu kommt ein Schuldenberg in unvorstellbarer Größenordnung von 112 Milliarden €.

(Ralf Jäger [SPD]: 103! Keine Legendenbildung, Herr Stahl!)

Das bedeutet, Sie haben und hatten nicht nur die falschen Konzepte für Ihre Politik – eine Politik, die unser Land auf die hinteren Plätze gebracht hat –, Sie haben darüber hinaus für Ihre zukunftsfeindliche Politik Milliarden Euro verheizt, die wir jetzt mühsam zurückzahlen wollen und zurückzahlen müssen. Das war Ihre Sünde an der Zukunft unseres Landes!

(Beifall von CDU und FDP)

Das, Frau Kollegin Kraft, das ist unsoziale Politik, das ist Politik ohne Herz und Verstand!

(Beifall von CDU und FDP)

Solange Sie als Opposition unfähig sind zur Korrektur Ihrer offensichtlich falschen, weil gescheiterten Politikkonzepte, so lange verdienen Sie nicht ernst genommen zu werden in Ihrer Kritik.

(Zurufe von der SPD)

Sie hatten keine Kraft zur Haushaltssanierung, Sie hatten keine Kraft für eine wirkliche Bildungsreform.

(Fortgesetzt Zurufe von der SPD)

Sie hatten keine Kraft für eine wirkliche Reform unserer Hochschulen, keine Kraft für eine Verwaltungsreform, keine Kraft für neue Ansätze zur Förderung des Strukturwandels der Metropole Ruhr.

(Ralf Jäger [SPD]: Herr Stahl, wir haben die Kraft! Sie nicht! Sie hätten gerne die Kraft!)

Sie sind heute als Opposition ebenfalls ohne Kraft. Sie, Frau Kraft, sind nur laut. Herr Dieckmann ist wenigstens kleinlaut.

(Beifall von CDU und FDP – Ralf Jäger [SPD]: Das ist unglaublich!)

Das alles ist nachzulesen in der Presse vom Wochenende und Wochenanfang.

(Zurufe von der SPD)

Mit der Auswahl meiner Zitate war ich Ihnen gegenüber noch relativ freundlich.

(Beifall von der CDU – Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Zum Haushalt! – Zuruf von der SPD: Zu den Schulden! – Weitere Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die massivste inhaltliche Kritik, die ich vonseiten der Opposition entdeckte, lautet: Um Himmels willen, ihr verändert ja unser Land!

(Hendrik Wüst [CDU]: Sehr richtig!)

Kolleginnen und Kollegen, erschrecken Sie nicht: Ja, wir tun's!

(Beifall von CDU und FDP – Zurufe)

Wir verändern unser Land, weil unser Land Zukunft braucht.

(Ralf Jäger [SPD]: Zukunft – ohne Sie!)

Wir verändern Nordrhein-Westfalen, damit Nordrhein-Westfalen eine gute Zukunft hat.

(Beifall von CDU und FDP – Zurufe von der SPD)

Dabei setzen wir natürlich auch auf den Rückenwind durch den Bund. Union und SPD stehen dort in gemeinsamer Verantwortung für strukturelle Reformen in Deutschland.

(Zuruf von Sören Link [SPD] – Weitere Zurufe)

Wir wollen, um gar keinen Zweifel aufkommen zu lassen, Nordrhein-Westfalen verändern: gründlich und nachhaltig.

(Gisela Walsken [SPD]: Das befürchten wir! – Weitere Zurufe)

Dabei haben wir ein Leitbild,

(Ralf Jäger [SPD]: Jetzt kommt es: „Privat vor Staat“!)

das wir mit unserem Koalitionspartner teilen – bei allen Unterschieden, die es naturgemäß zwischen zwei eigenständigen Parteien gibt.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Jetzt kommt: „Privat vor Staat“! – Weitere Zurufe)

Dieses gemeinsame Leitbild zieht sich quasi als schwarz-gelber Leitfaden durch alle Politikfelder.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Als Schreckensbild!)

Wir vertrauen auf die Fähigkeiten der Menschen statt auf die Regulierung durch den Staat und die Bürokratie.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir vertrauen auf Wachstum und wirtschaftliche Chancen für nachhaltige Arbeitsplätze, statt Wachstum zu blockieren und Vergangenes zu konservieren.

(Zurufe von Rüdiger Sagel [GRÜNE] und Marc Jan Eumann [SPD])

Wir vertrauen auf Bildung, Wissen und Forschung, damit jeder sein Bestes geben kann, statt alle dem Mittelmaß zu überlassen.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Durch Einsparungen! – Weitere Zurufe)

Jawohl, wir wollen die staatliche Macht beschneiden zugunsten der Freiheit.

(Fortgesetzt Zurufe von der SPD)

Wir wollen verzichten auf eine Vielzahl staatlicher Subventions- und Interventionsmöglichkeiten. Wir wollen die wirtschaftliche Betätigung des Staates begrenzen. Ja, wir wollen einen starken Staat, der sich auf seine Kernaufgaben konzentriert und sie deshalb wirksamer wahrnehmen kann.

Ich sage Ihnen zu Ihren Ausführungen zum Thema „Staatsverständnis“: Ein Staat, der überall seine Finger drin hat,

(Ralf Jäger [SPD]: Überall? – Zuruf von der SPD: Auch im Kindergarten? – Heiterkeit von der SPD)

kann nicht mehr mit der Faust auf den Tisch hauen.

(Unruhe)

Ein bürokratisierter, von Normen durchzogener Staat ist ein ungerechter Staat, weil er all denen Möglichkeiten eröffnet, die sich mit Paragraphen, Gesetzen und Verordnungen auskennen, besser wegzukommen, als anderen, die sich das nicht leisten können.

(Beifall von CDU und FDP)

Ein überregulierter Staat ist ein sozial ungerechter, unfreiheitlicher Staat.

(Beifall von CDU und FDP – Zurufe von der SPD)

Werfen Sie uns nicht vor, einem Staatsverständnis nachzuhängen, das Sie möglicherweise in irgendwelchen ideengeschichtlichen Exkursen des 17. Jahrhunderts gelesen haben.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Im Grundgesetz!)

Lesen Sie einmal Walter Eucken zu den konstitutiven und regulativen Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft. Lesen Sie einmal Müller-Armack. Nehmen Sie wahr, was Ludwig Erhard an wissenschaftlichen und politischen Schriften verfasst hat.

(Hannelore Kraft [SPD]: Haben Sie nichts Neuere, Herr Stahl?)

Lesen Sie seine Reden nach. Dann werden Sie feststellen: Wir wollen einen starken Staat. Wir wollen einen Staat, der Rahmen setzt. Aber wir wollen den Menschen die Möglichkeit geben, sich innerhalb dieses Rahmens freiheitlich zu entfalten, sozial zu sein und soziale Bezüge zu pflegen.

(Beifall von der CDU und Horst Engel [FDP])

Das ist unser Ziel. Das ist unser Staatsverständnis.

(Zurufe von der SPD und Johannes Rimmel [GRÜNE])

Wir wollen, dass es in Nordrhein-Westfalen sozial gerecht zugeht.

(Lachen von der SPD)

Wir wollen das uns Mögliche dafür tun. Frau Kraft, Sie sagten vorhin, wir würden 12 Millionen € bei Behinderten kürzen,

(Hannelore Kraft [SPD]: Bei der Wohlfahrtspflege! – Zuruf von Gisela Walsken [SPD])

Diese Information ist falsch. Es wird nichts gekürzt.

(Zuruf von Gisela Walsken [SPD] – Gegenruf von Minister Karl-Josef Laumann: Das ist doch gar nicht wahr! Das wird euch teuer zu stehen kommen! Fragen Sie Frau Fischer, wie sie das vor zwei Jahren gemacht hat! – Gegenruf von der SPD: Fragen Sie den Landkreistag! – Weitere Zurufe)

Das wird aus anderen Stellen im Haushalt ausgeglichen.

Wir wollen Subsidiarität und Solidarität stärken.

(Unruhe)

Wir wollen den Menschen das zutrauen, was einzelne und kleine Einheiten in eigener Verantwortung leisten können. Das wollen wir ihnen überlassen.

Dieses Leitbild,

(Ralf Jäger [SPD]: Das Leidsbild mit „d“!)

das ich gerade skizziert habe, werden Sie in allen Vorhaben, die die Landesregierung und die Koalition der Erneuerung auf den Weg gebracht haben und auf den Weg bringen, wiederfinden.

Das gilt beispielsweise für das neue Schulgesetz.

(Zuruf von der SPD)

Was Sie als Wut und Empörung empfunden haben, habe ich gestern auf einer Veranstaltung als blanke Zustimmung erlebt.

(Lautes Lachen und Zurufe von der SPD)

Offenbar verkehren Sie in den falschen Kreisen, verehrte Frau Kollegin Kraft.

Wir stellen die Weichen so, dass sich Kinder und Jugendliche entfalten können, individuell gefördert werden und frühzeitig die nötige Sprachkompetenz erlangen.

(Beifall von Manfred Kuhmichel [CDU])

Wir geben den Schulen mehr Eigenverantwortung und mehr Freiheit.

(Zuruf von Martin Börschel [SPD])

Wir wollen, dass Leistung gefördert und gefordert wird.

(Johannes Rimmel [GRÜNE]: Redet da die CDU oder die FDP?)

Wir wollen die Schulleitungen und das Recht der Lehrerinnen und Lehrer stärken und den Fortbestand kleiner, wohnortnaher Schulen erleichtern. Darum geht es. Wir haben 4.000 zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer verfügbar gemacht oder werden sie in dieser Legislaturperiode verfügbar machen.

(Beifall von CDU und FDP – Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Das erleichtert die Unterrichtsversorgung in unserem Land NRW – über die neuen gesetzlichen Bestimmungen hinaus. Das bringt unsere Kinder und das Land wirklich voran.

(Zuruf von der SPD: Da sind wir gespannt, Herr Stahl!)

Als Koalition der Erneuerung bringen wir ein Hochschulfreiheitsgesetz auf den Weg.

(Zurufe von der SPD: Ui!)

Werte Kollegin Kraft, auch dabei ist der Unterschied zwischen Ihrem und unserem Politikansatz klar erkennbar.

(Zuruf von der SPD: Zu Recht!)

Und das ist gut so.

Ihr 2003 verkündetes Hochschulkonzept war ein planwirtschaftliches Programm.

(Lachen von der SPD)

Sie haben Mengen und nicht Qualität steuern wollen. Sie wollen Studienplatzzahlen unter anderem abhängig machen von irrumsbehafteten allgemeinen Berufsaussichten. Sie wollten Hochschulen steuern – etwa nach der Formel: Normstudienplätze gleich Lehrangebot mal Regelstudienzeit des Diploms dividiert durch curriculare Normwerte des zugeordneten Diplomstudiengangs. – Das haben sie unter Hochschulpolitik verstanden.

(Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Das ist Planwirtschaft pur, und damit machen wir Schluss.

(Beifall von CDU und FDP – Lachen und Zurufe von der SPD)

Mit diesen „lächerlichen“ Dingen habe ich übrigens im Wahlkampf Punkte gemacht.

(Widerspruch von der SPD)

Sie wollten die Universitäten zwingen, lediglich 20 % ihrer Mittel für Masterprogramme aufzuwenden. Bei Fachhochschulen waren das lediglich 10 % und später 16 %. Das, Frau Kraft, ist Planwirtschaft. Das ist Planwirtschaft pur.

(Zurufe von der SPD)

Wir werden mit dem neuen Hochschulrecht unseren Hochschulen ein Höchstmaß an Gestaltungs- und Entfaltungsfreiheit geben, wir werden jede unserer Hochschulen in die Lage versetzen, sich selbst ihren Weg zu mehr Exzellenz und bester Lehre zu suchen.

(Zurufe von der SPD)

Hochschulen werden nicht mehr dem staatlichen Weisungsrecht unterliegen. Sie werden sich starke Leitungsstrukturen geben können und nicht mehr unter einer Bürokratie leiden, wie sie unter

Rot-Grün in den letzten zehn Jahren und lange davor vorzufinden war.

(Beifall von CDU und FDP – Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Das machen Sie mit 200 Stellen weniger!)

Das ist unsere Chance, die Chance unserer Hochschulen, durch Freiheit und Profil ihren Platz im Hochschulranking zu verbessern. Das ist einmalig in Deutschland – fast schon eine Revolution. Der Begriff Revolution stammt in diesem Zusammenhang nicht von mir, sondern von Prof. Labisch, dem Rektor der Düsseldorfer Universität. Ich zitiere: „Eine solche Revolution hat es seit Humboldt nicht mehr gegeben.“ Nachzulesen ist dies in der „Rheinischen Post“ vom 10. Februar 2006.

(Zurufe von der SPD – Marc Jan Eumann [SPD]: Mit dem Humboldt'schen Ideal haben Sie nichts mehr zu tun!)

Das Leitbild in unserer Politik erkennen Sie und werden Sie immer stärker erkennen, wenn es um die Reform der Landesverwaltung geht, die wir verschlanken wollen und müssen, wo wir Aufgaben insbesondere an die Kommunen unter Wahrung des Konnexitätsprinzips abgeben wollen und werden.

Wir trauen Unternehmern und Arbeitnehmern, wir trauen Kammern und Verbänden mehr zu. Rot und Grün bauten auf Misstrauen. Wir, Schwarz-Gelb, bauen auf Vertrauen. Das unterscheidet uns.

(Beifall von CDU und FDP – Widerspruch von SPD und GRÜNEN)

Das gilt auch für die Metropole Ruhr. Jeder verständige Mensch in Nordrhein-Westfalen erkennt die immense Leistung des Ruhrgebiets für das deutsche Wirtschaftswunder an. Natürlich erkennen wir an, erkennt jeder Verständige in Nordrhein-Westfalen die gewaltigen Leistungen an, die im Zuge des Strukturwandels im Revier erbracht wurden.

(Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron)

Aber dabei stehen bleiben, alte Förderwege immer neu, immer weiter austreten zu wollen, immer neue Leuchttürme hochziehen zu wollen, um sie anschließend zu sprengen, kann nach so vielen Jahren des Strukturwandels für das Ruhrgebiet nicht mehr zukunftsweisend sein.

(Beifall von CDU und FDP – Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Wir freuen uns mit dem Ministerpräsidenten über die Anerkennung und Wertschätzung, die er für seine Rede vor dem politischen Forum Ruhr

(Lachen und Zurufe von SPD und GRÜNEN)

am 7. Februar in Essen erhalten hat.

Wer wie die SPD den Menschen im Revier die immer gleiche Förderkulisse als Mantel umhängen will, sie immer nur vor Wettbewerb und Herausforderung schützen will, der traut den Menschen der Metropole Ruhr in Wahrheit nichts zu.

(Beifall von CDU und FDP)

Frau Kraft, Sie haben vorhin zur Metropole Ruhr gesprochen. Den Vergleich mit einem Holzschlitten sollte man auf Plakate ziehen, und diese Plakate sollte man im Ruhrgebiet aufhängen. Denn da dokumentieren Sie, wie Sie die Wettbewerbsfähigkeit, die Qualität der Menschen, der Einrichtungen im Ruhrgebiet realiter einschätzen. Das tut den Menschen im Ruhrgebiet – da bin ich mir sicher – viel mehr weh als alle Veränderungen, die notwendig sind.

(Beifall von CDU und FDP – Sören Link [SPD]: Das sind nur Ausreden!)

– Nein, das sind keine Ausreden. Ich erinnere mich gut daran, wie beispielsweise Herr Lange-meyer im Hauptausschuss in der letzten Woche aufgetreten ist. Das war im wahrsten Sinne des Wortes abgehängt und rückwärts gewandt.

(Zurufe von der SPD)

Aussagen nach dem Motto: „Alles, was nicht nach Dortmund geht, alles, was nicht ins Revier geht, ist revierfeindlich und gegen die Ruhr“, dokumentieren doch ein Denken, das prähistorisch ist. Das ist doch rückwärts gewandt und prähistorisch.

(Zurufe von der SPD – Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Das ist Quatsch! Das ist ein absolutes Zerrbild!)

Dass er dann auch noch „O.Vision“ in Oberhausen verteidigt, als beispielgebend hinstellt und die Nichtverwirklichung dieses unwirtschaftlichen und gar nicht mehr verwirklichtbaren Projektes

(Ralf Witzel [FDP]: Millionengrab!)

kritisiert, zeugt doch von einem Denken, das ich und wir alle längst für überwunden halten müssten.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir begrüßen die Ankündigung des Ministerpräsidenten, bis Jahresmitte ein Initiativprogramm Ruhrgebiet vorzulegen. Wir wollen eine gute und

effektive Zusammenarbeit in der Region und mit dem Land. Ich bin sicher: Auf dieser Grundlage wird der Durchbruch bei der Erneuerung der wirtschaftlichen Strukturen im Ruhrgebiet endlich gelingen.

(Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, jeder von uns im Landtag weiß: Konsolidieren ist keine vergnügungssteuerepflichtige Veranstaltung. Einsparen, Geld einsammeln, Konsolidieren – das ist harte Arbeit und macht nicht beliebt. Wir alle – zumindest die Kolleginnen und Kollegen der Koalitionsfraktionen – werden täglich mit Protesten gegen Einsparungen überhäuft,

(Sören Link [SPD]: Das geht noch viereinhalb Jahre so!)

die vorzunehmen wir gezwungen sind; das ist auch in den Medien von heute und gestern nachzulesen.

Wir stellen uns der damit verbundenen Diskussion; selbstverständlich tun wir das.

(Bodo Wißen [SPD]: So ist das, wenn man gewählt wird!)

Wir sagen sowohl den Menschen als auch den Vertretern durchaus berechtigter Interessen die Wahrheit. Die Wahrheit ist; wie der Finanzminister es heute hier deutlich gemacht hat:

(Zuruf von der SPD: Dass er die Wähler getäuscht hat!)

Wir stecken in einer katastrophalen Haushaltssituation – verursacht durch Sie, verursacht durch Rot und Rot-Grün.

(Beifall von CDU und FDP – Bodo Wißen [SPD]: Sie haben vor der Wahl gelogen!)

Über 39 Jahre haben Sie Haushalte durch Kreditaufnahme ausgeglichen. Alleine in der 13. Legislaturperiode in der Zeit von 2000 bis 2005 haben Sie über 30 Milliarden € neue Schulden gemacht.

(Martin Börschel [SPD]: Sie machen die höchste Neuverschuldung in der Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen!)

Immer neu haben Sie die Rückführung der Nettokreditaufnahme versprochen. Jedes Mal haben Sie dieses Versprechen gebrochen. Es mutet schon selbstvergessen und verantwortungslos an, dass die SPD gegen den Nachtragshaushalt Klage beim Verfassungsgerichtshof erhebt.

(Sören Link [SPD]: Wundert Sie das?)

Derob schüttelt jeder anständige Mensch den Kopf.

Allerdings gilt auch: Selbstanzeige ist nicht strafbar – manchmal sogar strafmildernd.

Wirklich einmalig und ungehörig ist, dass die Kolleginnen Kraft und Walsken wegen der objektiven Unmöglichkeit, in 2006 die Kreditverfassungsgrenze einzuhalten, die Landesregierung des Verfassungsbruchs zeihen.

(Sören Link [SPD]: Weil Sie es einfach nicht können!)

Was rot-grüne Landesregierungen – der Finanzminister hat es aufgezeigt – in den vergangenen Jahren an Manipulationen betrieben haben, um den Schein – Herr Dieckmann, das betone ich – einer Einhaltung der Kreditverfassungsgrenze zu erzeugen, war der Versuch der Volksverdummung und liegt nahe bei einer betrügerischen Absicht.

(Beifall von CDU und FDP)

Einnahmetitel wurden mehr als üppig ausgestattet. Ausgabentitel wurden massiv heruntergefahren. Jeder kundige Thebaner wusste, dass auf jeden Haushalt von Rot-Grün der Stempel gehört „Garantiert jenseits der Verfassungsgrenze“.

(Beifall von CDU und FDP – Marc Jan Euemann [SPD]: Machen Sie es doch besser, Herr Stahl!)

Genau das ändert sich mit dem Haushalt 2006.

(Lachen und Widerspruch von der SPD)

Das ist der erste Haushalt, den wir als Koalition der Erneuerung vorlegen.

(Sören Link [SPD]: Haben Sie das bei Merz abgeschrieben?)

Dieser Haushalt ist ehrlich, realistisch und frei von Manipulationen.

(Beifall von CDU und FDP – Lachen von der SPD)

Das ist angesichts Ihrer jahrelangen Praxis, genau andersherum zu verfahren, ebenfalls eine gute Revolution für die Politik in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von CDU und FDP)

Der Haushalt 2006 leistet 1,26 Milliarden € echte Konsolidierung. Diese Einsparung kann angesichts der dramatischen Haushaltssituation des Landes nicht einmal die letzte sein. Ministerpräsident wie Finanzminister haben es oft und auch heute wieder gesagt: Auch der Haushalt 2007

wird zu Einsparungen zwingen. Dazu gibt es keine Alternative.

(Zuruf von der SPD: Wieder eine Rekordverschuldung?)

Wir wissen, dass wir damit wehtun. Es kann bei echter Konsolidierung auch gar nicht anders sein. Das haben wir vor der Landtagswahl 2005 gesagt, und dazu stehen wir. Jeder wird spüren, dass eingespart werden muss.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Außer bei den Bauern, oder was? – Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Sie haben allen alles versprochen!)

In der Vergangenheit haben wir manche Förderatbestände geschaffen, die es mit knapperen Mitteln nie gegeben hätte. Dadurch ist die Förderlandschaft – übrigens nicht nur bei uns, sondern auf allen Ebenen des öffentlichen Sektors – immer vielfältiger und üppiger geworden.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Dadurch ist eine bürgerschaftliche Zivilgesellschaft entstanden!)

In Anbetracht der angespannten Haushaltslage galt es, diese üppigen Förderatbestände zu sichten und den Förderwald zu lichten.

(Sören Link [SPD]: Das haben Sie vor der Wahl aber ganz anders gesehen! – Zurufe von Carina Gödecke [SPD] und Marc Jan Eumann [SPD])

Das ist ein Zitat aus einer Rede des damaligen Finanzministers zum Haushalt 2004/2005.

(Zuruf von der SPD: So wie Merz schreiben Sie doch auch ab!)

Ich finde es immer gut, sich an so etwas zu erinnern, wenn man so massiv auf eine Landesregierung, auf eine Koalition der Erneuerung losgeht, die Ihre Schulden, die Sie über Jahre hinweg gemacht haben, zurückführen wird und dazu kommen will, dass endlich Schulden in diesem Land abgebaut werden können.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Ihr Erinnerungsvermögen ist einseitig, Herr Stahl!)

Wenn im gesamten Spektrum der Beratungs- und Hilfsangebote eingespart wird, ist mit der Tatsache, dass eingespart werden muss, keineswegs eine Geringschätzung der vielen Initiativen, Vereine und Verbände und der Arbeit, die dort geleistet wird, verbunden.

(Ralf Jäger [SPD]: Das wird die alle trösten, Herr Stahl! – Marc Jan Eumann [SPD]: Das sehen die aber anders!)

Jeder von uns, der ernsthaft Wahlkreisarbeit betreibt, weiß um die Probleme und Nöte vor Ort und, Frau Kraft, beispielsweise auch um die Probleme von Frauenhäusern. Wenn eine Förderung nicht mehr möglich ist, außer dadurch, dass man wieder zur Bank geht, um neue Kredite aufzunehmen,

(Ralf Jäger [SPD]: 5,9 Milliarden!)

liegt die Verantwortung dafür, dass es notwendig ist, so etwas zu tun, nicht auf dieser Seite des Hauses, sondern auf Ihrer.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von der SPD: Das ist aber ein komisches Haushaltsverständnis!)

Wenn Frau Kollegin Löhrmann in Ihrer Pressekonferenz am Montag lauthals klagte, dass ungeniert weiter gekürzt wird – das war ein Zitat –,

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: So ist das!)

frage ich Sie: Was ist die Alternative? Sie kennen die Alternative und verschweigen sie den Menschen. Die Alternative ist, wieder und noch mehr Kredite aufzunehmen. Diese Schulden würden die Politik handlungsunfähig machen.

(Ralf Jäger [SPD]: 5,9 Milliarden!)

Diese Schulden führen dazu, dass das Land selbst seine Kernaufgaben nicht mehr erfüllen könnte – ob das Bildung, innere Sicherheit oder eine leistungsfähige Gerichtsbarkeit sind. Das ist unsozial, Frau Löhrmann. Das ist ungerecht.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von der SPD: Und was ist mit der Landwirtschaftskammer?)

Weiter an der Schuldenspirale zu drehen, heißt, sich weiter an unserer Zukunft, an unseren Kindern zu versündigen.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Für Bauern haben Sie Geld, für Kinder nicht, Herr Stahl! – Sören Link [SPD]: Rinder statt Kinder!)

Frau Löhrmann, ich habe Ihre Reden und die Ihrer Kolleginnen aus der letzten Legislaturperiode noch sehr gut im Ohr. Sie sprachen über die zwingende Notwendigkeit einer nachhaltigen Finanzpolitik.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Richtig!)

Ich rate Ihnen, Frau Löhrmann, die Schiene zukunftsbezogener Moral für lange Zeit nicht mehr zu fahren.

(Zurufe von der SPD: Oh! - Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Überlassen Sie mir, welche Schiene ich fahre!)

Diesen Überlegenheitsanspruch haben Sie durch Ihre Mitwirkung an einer unverantwortlichen Schuldenpolitik über viele Jahre hinweg verwirklicht.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von der SPD: Ist diese Rede schlecht!)

Frau Kraft, Sie arbeiten bewusst mit Unwahrheiten. Es ist doch gar nicht so, dass diese Koalition den Jugendförderplan gekürzt hätte.

(Zuruf von der SPD)

Gekürzt haben Sie sowohl an dieser Stelle als auch bei den Kindergärten bei den Sachkosten.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Reden Sie sich doch nicht raus!)

Die alte Mehrheit hat die Mittel im Jahr 2004 gekürzt, deren Kürzung Sie jetzt beklagen.

Ich gehe jede Wette mit Ihnen ein – sie ist allerdings theoretisch –, dass Sie im Jahre 2006 bei Vorlage dieses Haushaltes haargenau in der gleichen Weise verhalten hätten wie wir uns aufgrund Ihrer miserablen Finanzpolitik nun verhalten müssen.

(Beifall von CDU und FDP – Widerspruch von der SPD – Zuruf von den GRÜNEN: Schämen Sie sich!)

Wie unredlich Sie sind, sieht man unter anderem daran, dass Sie uns anlasten, die Bugwelle von 54 Millionen €, die wir im Kindergartenbereich wie in vielen anderen Bereichen vor uns her geschoben haben, jetzt aufzulösen. Das verkaufen Sie als Kürzung, obwohl Sie sie verursacht haben.

(Minister Dr. Helmut Linssen: So ist es! – Widerspruch von der SPD)

Zu Ihrem Versprechen, die Beitragsfreiheit für den Kindergarten einzuführen, ist in der Vergangenheit hier im Plenum schon mehrfach darauf hingewiesen worden, dass Sie diese Diskussion seit 1975 führen. Sie haben die Beitragsfreiheit nicht realisiert. Sie sind auch heute nicht in der Lage zu zeigen, wie die halbe Milliarde Euro, die das kosten würde, außer durch neue Schulden aus einer anderen Stelle des Haushalts erbracht werden kann.

(Beifall von CDU und FDP)

Das zu tun, ist unseriös, wie Ihre Schuldenpolitik insgesamt unsozial war.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen in der Opposition, wir haben nicht nur ein anderes Leitbild als Sie, wir haben auch einen anderen Fortschrittsbegriff. Sie hatten sich angewöhnt, es Fortschritt zu nennen, wenn Sie beim Rückwärtsgehen nicht stolpern.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Sie nehmen die Faust zum Gehen!)

Unser Fortschrittsbegriff nimmt 2015 in den Blick. Dann nämlich sind wir weg von der Talsohle, in die Sie uns gebracht hatten, haben einen beschwerlichen Aufstieg hinter uns und sind – wie es Minister Prof. Pinkwart am 2. Februar hier für die Landesregierung formuliert hat – in Deutschland das Innovationsland Nummer 1. Vor allem dafür lohnt es sich zu arbeiten.

Wir konsolidieren, um die Zukunft zu gewinnen, die Zukunft für die Menschen in unserem Land. Das ist unsere Verantwortung. Dafür stehen wir heute. Dafür stehen wir morgen. Diese Arbeit werden wir als CDU-Fraktion im Landtag mit unserem Finanzminister Helmut Linssen, mit der Landesregierung und mit unserem Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers leisten. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Stahl. – Wir setzen die Aussprache fort. Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat die Fraktionsvorsitzende, Frau Löhrmann, das Wort. Bitte schön.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Stahl, ich bin jetzt doch etwas enttäuscht über Ihren Beitrag. Das kann ich nicht verhehlen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Zurufe von der CDU: Oh!)

Ich hatte schon gedacht, dass Sie uns sowohl quantitativ als auch qualitativ etwas mehr bieten würden. Wenn ich jetzt noch das in Rechnung stelle, was Sie gesagt haben, finde ich, haben Sie etwa die Hälfte Ihrer Redezeit – wenn ich das richtig nachgehalten habe – darauf verwendet, sich an der SPD abzuarbeiten. Das ist mir besonders aufgefallen, dass Sie sich mehr mit der SPD

auseinander gesetzt haben als mit der Landespolitik

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

und mit dem Haushalt, den Sie hier heute als regierungstragende große Fraktion zu verantworten haben.

Um Beifall von der SPD zu bekommen, braucht es ein bisschen mehr, als eine rote Krawatte anzuziehen. An Ihrem Beitrag hat mich, besonders am Anfang, irritiert, was Sie zum Staatsverständnis ausgeführt haben – dazu komme ich im Weiteren noch –, und ich frage mich, ob Herr Papke überhaupt noch etwas dazu sagen muss. Denn Sie haben im Grunde eine Rede gehalten, die auch ein FDP-Kollege halten könnte.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Mir sind CDU-Zusammenhänge vor meinem familiären Hintergrund nicht ganz fremd, wie Sie wissen. Ich habe das früher anders verstanden, was ich in meinem Elternhaus und im Umfeld gelernt habe. Das hat mich heute sehr an die marktradikalen Ausführungen, die ich sonst nur von Herrn Papke kenne, erinnert. Ich finde das sehr erstaunlich, und das hören wir ja von den CDU-Kollegen an der einen oder anderen Stelle auch, dass das erstaunlich ist.

Die Schonfrist für die neue Landesregierung ist vorbei. Herr Stahl, ab heute reicht es nicht mehr, sich gebetsmühlenartig, wie Sie das gerade wieder getan haben, auf die letzte Legislaturperiode zu beziehen. Damit kommen Sie nicht mehr durch.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Die 100 Tage sind jetzt lange vorbei. Das ist nun Ihre Regierung, und es geht um Ihre Politik. Es geht um Ihren Haushalt.

(Zurufe von der CDU)

– Genau. Darauf komme ich noch. Sie brauchen sich gar nicht so aufregen.

Deshalb – Herr Weisbrich und Herr Klein sind nicht da; Herr Klein als haushaltspolitischer Sprecher müsste eigentlich da sein –

(Ralf Jäger [SPD]: Beim Mittagessen!)

erlaube ich mir noch eine kleine Replik auf Ihre Pressenotiz von vorgestern. Das hat mich doch sehr zum Schmunzeln gebracht. Wenn Sie wüssten, wie gut meine Suppen schmecken, würden Sie dafür garantiert jedes niederrheinische Linsengericht stehen lassen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das nur am Rande. Ich bin ja zu Wetten bereit, aber die werden immer ausgeschlagen, der Ministerpräsident will es noch nicht mal probieren.

Meine Damen und Herren, mit dem jetzt vorgelegten Haushalt wird klar, wohin die schwarz-gelbe Landesregierung NRW führt. Herr Stahl hat leider Recht. Ja, Sie verändern dieses Land. Es wird kalt werden in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Zurufe von der CDU: Oh!)

Dieser Haushalt ist unseriös. Er ist ungerecht, und er ist zukunftsfeindlich.

(Rudolf Henke [CDU]: Du liebes bisschen!)

Sie setzen nichts von dem um, was Sie noch vor wenigen Monaten vollmundig angekündigt haben:

Erstens. Statt den Haushalt, wie von Ihnen versprochen, zu konsolidieren, stürzen Sie das Land in eine neue Rekordverschuldung.

(Beifall von den GRÜNEN)

Zweitens. Sie könnten problemlos Subventionen im Landeshaushalt deutlich abbauen, aber Sie tun es nicht.

Drittens. Stattdessen zerstören Sie das Fundament der nordrhein-westfälischen Zivilgesellschaft, indem Sie genau da massiv kürzen, wo sich in Nordrhein-Westfalen Menschen für Menschen engagieren.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Dass nicht nur wir das so sehen, sondern auch andere, können Sie heute in der Stellungnahme der Wohlfahrtspflege nachlesen, die schon zur ersten Lesung vorliegt. Das zeigt doch, wie alarmiert die Menschen von dem, was Sie in unserem Land anrichten, sind.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Viertens. Sie verursachen durch planlose und kurzsichtige Kürzungen in zahllosen Bereichen präventiver Arbeit eine Kostenlawine, die in kürzester Zeit zu erheblichen Mehrbelastungen führen wird.

(Beifall von den GRÜNEN)

Fünftens. Weil Ihnen all das noch nicht reicht, bedienen Sie Ihre eigene Klientel dermaßen unverschämt, dass es Ihnen eigentlich die Schamesröte ins Gesicht treiben müsste.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wenn dieser Haushalt ein Leitmotiv hat – es ist kein Zufall, dass auch die SPD darauf kommt –, ist es dies: versprochen, gebrochen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vielleicht hat das damit zu tun, Herr Ministerpräsident, dass Sie seit Monaten irgendwie auf Wolke sieben durchs Land schweben, soziale Gerechtigkeit, soziale Marktwirtschaft und wirtschaftliche Vernunft predigen, während ihre marktradikalen Kabinettkollegen die Fundamente eben dieser sozialen Marktwirtschaft ruinieren.

(Minister Karl-Josef Laumann: Wer ist hier marktradikal?)

– Herr Papke ist das. Die FDP ist das. Herr Stahl hat ihnen heute noch sekundiert. Haben Sie gar nicht zugehört, Herr Laumann? Es wundert mich, dass Sie das so klaglos hinnehmen.

(Unruhe von CDU und FDP)

– Mehr von solchen Zwischenrufen! Das bringt mich richtig in Stimmung!

Herr Rüttgers, der Widerspruch zwischen Reden und Handeln wird in Ihrer Regierung zum bestimmenden Gestaltungsprinzip. Diesen Widerspruch haben Sie in der Regierungserklärung für die schwarz-gelbe Koalition selbst angelegt: „Freiheit vor Gleichheit“ haben Sie der FDP folgend formuliert.

Wir haben schon bei der Auseinandersetzung über Ihre Regierungserklärung und zuletzt anlässlich Ihres Besuches in unserer Fraktion darüber gestritten. Wir Grünen bleiben dabei: Die Grundwerte der Französischen Revolution, von denen Sie, Herr Stahl, sagen – so habe ich Sie zumindest verstanden – sie seien nicht mehr – 17. Jahrhundert! – so wichtig, sind Grundwerte unserer Demokratie, die gleichwertig und gleichberechtigt nebeneinander stehen müssen: Freiheit – Gleichheit – Brüderlichkeit. Oder sagen wir Solidarität!

(Beifall von den GRÜNEN)

Das eine ist ohne das andere nicht zu haben. Wer die Freiheit absolut setzt, wird nicht Freiheit, sondern Rücksichtslosigkeit ernten. Auf dem Weg befinden Sie sich.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich bin erstaunt darüber, dass Sie das zulassen. Auch nach den ernüchternden Wahlergebnissen bei der Bundestagswahl haben Sie diesen fundamentalen Widerspruch bislang nicht aufgelöst. Solange Sie diesen Widerspruch nicht auflösen, werden Sie die Einheit von Reden und Handeln

nicht erreichen, selbst wenn Sie noch so oft Johannes Rau zitieren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Versprochen, gebrochen, das fängt schon bei den Eckdaten des Haushalts an: Der NRW-Landeshaushalt soll endlich saniert werden. Herr Ministerpräsident, das haben Sie den Menschen in NRW versprochen und flächendeckend plakatiert. Deshalb kommt jetzt ein freundlicher, älterer Herr daher. Er redet wie ein richtig erfahrener Kaufmann: Wir dürfen nicht mehr ausgeben als wir einnehmen. Und dann noch viele andere schöne Sätze mehr!

Herr Linssen, was aber machen Sie? – Als Erstes haben Sie mit billigen Buchhaltertricks versucht, die Schulden für das Jahr 2005 soweit es nur irgendwie geht nach oben zu treiben, damit Sie sagen können: Schaut her, das war Rot-Grün, das können wir besser. Wir werden es besser machen!

Blöd ist nur, dass Sie sich anstrengen können, wie Sie wollen. Nach dem ersten Jahr Schwarz-Gelb wird das Ergebnis lauten: Höchste Verschuldung aller Zeiten! Sie werden keines Ihrer versprochenen Konsolidierungsziele annähernd erreichen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Strukturell übersteigt die Verschuldung des Haushaltsentwurfs 2006 schon bei der Einbringung die des rot-grünen Haushalts 2005. Berücksichtigt man die Einmaleffekte wie zum Beispiel die Mittelzuführung zum Bau- und Liegenschaftsbetrieb und zur Beteiligungsverwaltungsgesellschaft, die zusammen 943,6 Millionen € ausmachen, reduziert sich die tatsächliche Neuverschuldung für das Jahr 2005 auf etwa 5,7 Milliarden €. – Ja, das ist zu viel!

Aber mit Ihrem Haushalt wird die Verschuldung schon bei der Einbringung um weitere 5,9 Milliarden € anwachsen. Das Defizit liegt mit 2,59 Milliarden € über der Verfassungsgrenze. Damit ist – das haben Sie in der Vergangenheit selber schon gesagt – der Haushalt offensichtlich verfassungswidrig. Da nutzen Ihnen Ihre heutigen windigen Feststellungen nichts, Herr Finanzminister.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: So ist es!)

Sie konsolidieren nicht, sondern Sie satteln drauf, obwohl es absolut nicht nötig wäre.

Meine Damen und Herren, weg mit den Steinkohlesubventionen, haben Sie versprochen, allen voran die FDP, die jetzt schon gar nicht mehr da ist.

(Angela Freimuth [FDP]: Das ist ja wohl eine Unverschämtheit!)

– Ja, Sie sind noch da, aber alle anderen nicht. Das ist sehr erstaunlich. Wahrscheinlich kungeln die in den Hinterzimmern wieder irgendwelche Spitzenpositionen aus. Darin sind Sie ja gut.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich finde es ungewöhnlich, dass der Fraktionsvorsitzende der Debatte nicht folgt. Nun gut!

Sie wollten schnell aussteigen, am liebsten vorgestern, sämtliche Wohltaten wollten Sie gleich mehrfach mit dem kompletten Wegfall der Steinkohlesubventionen finanzieren. Sie haben mit dieser Position bei den Menschen in unserem Land im Wahlkampf hohe Erwartungen geweckt. Im Koalitionsvertrag schrumpfte diese Einsparsumme dann auf 750 Millionen € bis zum Jahre 2010.

(Minister Dr. Helmut Linssen: Schrumpfte?)

– 750 Millionen € bis zum Jahre 2010! Das haben Sie von der CDU vorher gesagt, während die FDP immer etwas ganz anderes erzählt haben.

Der Finanzminister hat den Eindruck erweckt, als wäre er sich nicht sicher, wie er das schafft. Heute haben Sie es wieder anders dargestellt: 750 Millionen € haben Sie heute noch einmal bestätigt. Das finden wir gut. Wir – insbesondere der Kollege Priggen – wären wirklich sehr dankbar, wenn Sie endlich einmal genau darstellten, wann und wie Sie dieses Ziel erreichen wollen. Wir unterstützen Sie bei der Erreichung dieses Ziels.

Wir sind auch der Meinung, dass Sie die anvisierten 750 Millionen € Einsparung locker erreichen. Sie brauchten nur die gestiegenen Weltmarktpreise für Kohle bei den Subventionen zu berücksichtigen.

(Minister Dr. Helmut Linssen: Warten Sie doch einmal ab, Frau Löhrmann!)

– Wir wollen Taten sehen, nicht nur Worte hören.

(Unruhe von CDU und FDP)

Dann hätten Sie im Jahre 2006 schon aus den letzten beiden Jahren mögliche Einsparungen in Höhe von 200 Millionen € bei den Ausgleichszahlungen. Das sehen die rechtlichen Rahmenbedingungen des Kohlekompromisses ausdrücklich vor. Doch statt hier ranzugehen, werfen Sie der RAG das Geld hinterher.

(Beifall von den GRÜNEN)

Herr Papke scheint immer wichtige Termine zu verpassen. Vielleicht ist er auch gar nicht eingeladen. Das weiß ich nicht. Auf jeden Fall macht er hier immer – jetzt gerade nicht – den dicken Max und will sich durch die Hintertür davonmachen. Das war wohl nichts mit dem großspurigen Subventionsabbau!

Es ist zwar erstaunlich, aber wahr – deshalb erlaube ich mir, das so festzustellen –: Die einzige politische Kraft in Nordrhein-Westfalen, die substanziell und faktisch Kürzungen bei den Steinkohlesubventionen durchgesetzt hat, sind wir Grünen, auch wenn uns das noch zu wenig war. Bis heute haben Sie noch nicht bewiesen, dass Sie es besser machen können, auch wenn Sie es sich vorgenommen haben. Die Steinkohlepolitik der FDP ist einfach lächerlich.

Ich bin sehr gespannt, wie die Diskussion um das Thema Mehrwertsteuererhöhung ausgeht. Welchen Eiertanz wird die FDP aufführen, um zu sagen: „Wir nehmen zwar gerne das Geld, aber wir werden nicht zustimmen“? Das wäre nichts Neues, wenn Sie sich so verhielten.

Meine Damen und Herren, die RAG hat offensichtlich zu viele Freunde. Aus unserer Sicht ist es ein Unding, dass die RAG versucht, sich politischen Einfluss einzukaufen, in dem sie Exkanzler Schröder und das noch aktive Mitglied des Bundestages Friedrich Merz als Berater engagiert.

(Beifall von den GRÜNEN)

Es verträgt sich nicht mit dem Anspruch eines Abgeordneten, der dem Gemeinwohl verpflichtet ist, sich einseitig in den Dienst eines Konzerns zu stellen. Das gilt auch für den Exkanzler, der auf Lebenszeit als Repräsentant dieses Landes aus Steuermitteln bezahlt wird. Er kann das machen, aber ich finde, man muss sich entscheiden, ob man den einen Weg oder den anderen Weg geht. Man muss sich entscheiden, wem man dienen und wessen Interessen man vertreten will.

(Beifall von den GRÜNEN)

Auf jeden Fall nehmen wir wahr, dass bezogen auf die Steinkohle in Nordrhein-Westfalen die große Koalition unterwegs ist.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Und zwar gegen Rüttgers!)

– Das wird Herr Rüttgers vielleicht mit Herrn Merz besprechen. Ich erlaube mir dazu kein Urteil. Vielleicht, Herr Ministerpräsident, klären Sie uns ja gleich auf.

Statt die Steinkohlesubvention anzugehen, kürzt die Regierung lieber auf anderen Baustellen. Kohle statt Kinder.

Herr Ministerpräsident, in Sonntagsreden singen Sie das Hohelied auf das bürgerschaftliche Engagement. Zugleich lassen Sie zu, dass Ihr Kabinett in vielen Bereichen das Fundament zivilgesellschaftlichen Engagements zerstört.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vereine und Initiativen – Umweltinitiativen, Aids-hilfe, „Frauen helfen Frauen“, kirchliche Eine-Welt-Gruppen und viele andere – leisten mit minimaler staatlicher Unterstützung Großartiges, und genau da kürzen Sie. Da, wo sich in Nordrhein-Westfalen Menschen für ihre Mitmenschen einsetzen, kürzen Sie.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich mache es gerne an drei Beispielen konkret. Sie setzen die Mittel für den Flüchtlingsrat auf null. Da wird ein für die Betroffenen existenziell wichtiges Netzwerk von Ehrenamtlichen zerschlagen und die politische Lobbyarbeit für Flüchtlinge mundtot gemacht. Sehr christlich, Herr Rüttgers!

(Beifall von den GRÜNEN)

Auch Umweltminister Uhlenberg wünscht sich zwar ehrenamtliches Engagement, aber bitte nur begrenzt kritisch. Deshalb werden Fortbildungsmaßnahmen wie Ausstellungen, Tagungen, Informationsveranstaltungen in den Bereichen Umwelt und Naturschutz radikal auf null gekürzt. Natürlich wollen Sie auch die nachhaltige Entwicklung in NRW stoppen. Deshalb hat der Umweltminister die Mittel gleich um mehr als 66 % gekürzt. Von wegen, es werden alle gleich behandelt! Das bedeutet das Aus für zahlreiche Agenda-21-Projekte vor Ort, übrigens von sehr vielen Gruppen der christlichen Gemeinden. Das ist ein weiterer Todesstoß für das Ehrenamt.

(Beifall von den GRÜNEN)

All dem ziehen Sie mit Ihren Plänen den Boden unter den Füßen weg. Wenn Sie dieses Netz einmal zerschlagen haben, braucht es Jahre, um es neu zu knüpfen, wenn es überhaupt möglich ist, meine Damen und Herren.

NRW soll ein Land mit neuen Chancen für Kinder werden. Das ist ein weiteres Ihrer Versprechen. Die Schulen sollen die Kinder individuell fördern, die Kinder sollen in die Schulen gehen, die für sie richtig sind, die Kindertagesstätten sollen sich zu Familienzentren entwickeln und viele schöne Dinge mehr.

Aber was passiert hinter diesen schönen Sprüchen? Wer soll denn die Familienzentren bilden, wenn die Beratungseinrichtungen vor Ort durch das Land systematisch kaputt gekürzt werden? Welchen Sinn sollen diese Familienzentren haben, wenn man in der Grundschule durch den Wegfall der Schulbezirke Bildungsghettos produziert und soziale Bezüge systematisch zerstört? Wer soll denn die Kinder individuell fördern, wenn in den Schulen diese Selektion zum obersten Prinzip erhoben wird? Stärkt man denn die Kinder damit, dass man die Eltern bei der Entscheidung über ihren Bildungsweg entmündigt? Gibt es denn überhaupt etwas Absurderes, als Kinder im Alter von neun Jahren drei Tage von fremden Lehrkräften und Schulaufsichtsbeamten prüfen zu lassen, ob sie abiturfähig sind oder ob es eine, wie es in Ihren Papieren so schrecklich heißt – ich zitiere –, „definitive Negativgewissheit über ihre Lernentwicklung und damit ihre Lebenschancen gibt“?

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Zuruf von den GRÜNEN)

Mit dieser Sprachgebung haben Sie große Chancen, sich das nächste Unwort des Jahres ausgedacht zu haben.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren, dass Sie so einen kinderfeindlichen Irrsinn zum Gesetz erheben wollen, noch dazu gegen profunde wissenschaftliche Erkenntnisse, beweist zweierlei:

Erstens. Sie sind fest in Ihren ideologischen Denkkäfigen gefangen, und die stammen wirklich aus dem 18. Jahrhundert, Herr Stahl.

Zweitens. Sie haben keinen blassen Schimmer von Kindern und deren Entwicklungspotenzial. „Neue Chancen für Kinder!“, „Alles zum Wohle des Kindes!“ – vergessen Sie es, Sie machen das glatte Gegenteil.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Zuruf von der CDU)

Sie stampfen – der nächste Wortbruch – den Landesjugendplan zusammen. Zur Erinnerung möchte ich nun etwas Aufklärung betreiben. Sie von CDU und FDP haben vor der Wahl die Volksinitiative zur Wiederaufstockung und Festschreibung der Mittel tatkräftig unterstützt. Sie von der CDU haben hier am 18. März 2004 beantragt – der Antrag trägt auch die Unterschrift des damaligen Oppositionsführers Dr. Rüttgers –, die Jugendarbeit brauche mehr Verlässlichkeit.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Hört, hört!)

Um Ihrem Erinnerungsvermögen, an dem ich wirklich ernsthaft Zweifel habe, ein bisschen auf die Sprünge zu helfen, zitiere ich:

„Die Förderung der Jugendarbeit erfolgt in Nordrhein-Westfalen durch den Landesjugendplan, dessen Finanzrahmen bislang jährlich neu zu verhandeln ist. ... Gerade in Zeiten einer angespannten Lage der öffentlichen Haushalte“

– die haben wir ja offensichtlich unstreitig damals wie heute –

„wirkt sich das Fehlen einer verbindlichen finanziellen Grundförderung besonders negativ aus. Es bedarf ständiger Verhandlungen und politischer Auseinandersetzungen, um die Kontinuität von Maßnahmen der Jugendarbeit abzusichern. Diese Unsicherheit ist sowohl für die betroffenen Jugendlichen als auch für die Träger der Jugendarbeit auf Dauer unerträglich.“

Das stimmt, damals wie heute!

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Die Fraktionen von SPD und Grünen haben damals eingesehen, dass die Kürzung ein Fehler war, und ein Jugendförderungsgesetz mit einer festen Mittelzusage von 96 Millionen € ab 2006 beschlossen. Wir haben – der Finanzminister hat es vorgeschlagen – damals den Finanzminister überzeugt, dass das falsch war und haben es korrigiert. Dass wir diese Erwartung jetzt auch an Sie richten,

(Zurufe von CDU und FDP – Zuruf von Christian Lindner [FDP])

ist doch wohl nur zu verständlich.

(Weitere Zurufe von CDU und FDP)

– Herr Lindner, Ihnen war das damals noch nicht genug. Sie wollten es sofort. Nun kürzen Sie genau da.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Widerspruch von CDU und FDP)

Wir und viele andere, auch die ganzen Jugendverbände, wissen heute, das war alles Wahlkampfgetöse und leeres Gerede. Von wegen, tun, was man sagt, und sagen, was man tut. Versprochen – gebrochen! Auf Sie ist kein Verlass.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Herr Laschet, der ja bei vielen Veranstaltungen ist und immer ein sehr freundliches Gesicht macht, ist aus unserer Sicht der größte Verlierer dieses Haushaltsplanentwurfs. Das muss man ganz klar feststellen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Nächster Punkt, meine Damen und Herren: Im Wahlkampf wurden – je nach Parteifarbe – 4.000 bis 8.000 neue Lehrerstellen versprochen.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Im Dezember 2005 waren noch 1.000 für 2006 geplant. Nun stehen nur noch 710 neue Stellen im Haushaltsentwurf. Wenn Sie alles andere abrechnen, bleiben 710 neue Stellen übrig. Herr Finanzminister, das ist eine Unverschämtheit.

Herr Ministerpräsident, die Halbwertszeit Ihrer Ankündigungen beträgt weniger als zwei Monate. Ich erinnere mich auch noch an die Plakate, auf denen „kleinere Klassen“ und „Unterrichtsgarantie“ stand. Davon ist überhaupt keine Rede mehr.

(Beifall von den GRÜNEN)

Stattdessen gibt es eine „Klimakatastrophe“ in unseren Schulen, wie sogar der Vorsitzende des CDU-nahen Philologenverbandes enttäuscht feststellen musste. Auf der einen oder anderen Veranstaltung im Vorfeld hat er Ihnen begeistert zugejubelt; die Ernüchterung kam schnell.

Bei sämtlichen innovativen Schulreformen schmücken Sie sich jetzt mit unseren politischen Initiativen: offene Ganztagschule, selbstständige Schule. – Wir haben sie entwickelt, wir haben sie durchgesetzt, und Sie waren dagegen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Von nachhaltiger Finanzpolitik kann wahrlich keine Rede sein, denn Ihre massiven Kürzungen in der sozialen Arbeit und Infrastruktur sowie in der Jugend- und Familienpolitik sind nicht nur ungerecht, sondern auch zukunftsfeindlich. Denn: Wer bei der Prävention spart, wird eine Kostenlawine ernten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ihre planlosen Streichungen werden den Haushalt nicht entlasten, sondern in kürzester Zeit dauerhaft belasten.

Dazu nur ein paar Beispiele: Was Sie bei der externen Drogenberatung in den Knästen kürzen, legen Sie bei den Hafttagen um ein Vielfaches drauf.

(Beifall von den GRÜNEN)

Unterstützungsangebote für Frauen und Kinder, die von Gewalt betroffen sind, werden entgegen dem Koalitionsvertrag massiv zusammengestrichen. Bei der AIDS-Prävention und beim Youth-Worker-Programm wird gestrichen. Dabei helfen

auch die, eine AIDS-Infizierung zu vermeiden. Herr Linssen, hier sparen Sie nicht, sondern hier verursachen Sie menschliches Leid und zusätzliche Ausgaben. Das muss Ihnen doch bewusst werden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, eines hätte ich von Ihnen nicht erwartet: mit welcher Arroganz, mit welcher Dreistigkeit und mit welcher Schamlosigkeit Sie die Verteilung von Steuergeldern an ideologischer Gefügigkeit orientieren und mit welcher Unverschämtheit Sie Ihr eigenes Klientel bedienen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ja, hier nenne ich auch noch einmal die vielen hoch dotierten Stellen in der Staatskanzlei, in Brüssel und in den Ministerien.

(Ralf Witzel [FDP]: Unverschämtheit! Frechheit!)

– Ich freue mich, dass Sie sich so aufregen, Herr Witzel. Ich habe Sie offensichtlich getroffen. Vielleicht sind Sie sauer, dass Sie es nicht geworden sind, Herr Witzel.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von der FDP: Auch noch scheinheilig!)

Auf der anderen Seite kürzen Sie drastisch beim Personal. Es ist kein Wunder und kein Zufall, dass Ihnen die Beschäftigten Ihren Neujahrsempfang verdorben haben.

Herr Uhlenberg, Sie streichen auf der einen Seite den unabhängigen Naturschutz- und Umweltverbänden die Unterstützung so radikal auf null, dass sie ihre schon gedruckten Veranstaltungsprogramme einstampfen können, weil sie ihre Veranstaltungen nicht mehr durchführen dürfen.

(Zuruf von der FDP)

Auf der anderen Seite erhält die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald zusätzliche Mittel. Es ist natürlich reiner Zufall, dass die Kollegin Fasse aus der CDU-Fraktion die Vorsitzende ist und ein CDU-Ratsfraktionsvorsitzender langjähriger Bundesgeschäftsführer. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Während Sie die unabhängigen Verbraucherzentralen in existenzielle Schwierigkeiten bringen, bekommt die Bauernlobby 17 Millionen € mehr.

(Beifall von den GRÜNEN)

Anstatt eine Reform der Landwirtschaftskammer zu erzwingen, pumpt die Landesregierung zusätz-

liche Millionen in das marode System des bäuerlichen Zunftsozialismus.

Rinder statt Kinder – so sieht Ihre Realpolitik abseits von Sonntagsreden aus, meine Damen und Herren!

(Beifall von den GRÜNEN)

Dass Sie auch noch die sicherheitspolitisch völlig überflüssige Polizeireiterstaffel wieder einführen, setzt dem ganzen die Krone auf. Haben Sie eigentlich keine anderen Probleme, Herr Rüttgers? Erinnern Sie sich nicht mehr daran, dass Sie 1 Million Arbeitsplätze versprochen haben? Abgesehen davon, dass dieses Versprechen eine Unverschämtheit an sich und nur dem Wahlkampf geschuldet war: Was tut diese Regierung denn dafür? Gut, die Wirtschaftsministerin macht ein freundliches Gesicht und redet von Mittelstandsorientierung, Bürokratieabbau und Innovation. Das kommt mir alles sehr bekannt vor.

Wir haben Ernst gemacht mit Mittelstandorientierung und Innovation, zum Beispiel bei den erneuerbaren Energien. Was machen Sie? Im Energieland Nr. 1 machen Sie als Erstes die Windenergie kaputt – O-Ton Wittke. Das muss man sich einmal vorstellen: Da wird einer richtig innovativen und zukunftssträchtigen Branche, die nicht zuletzt dank unserer grünen Politik technologisch auf dem Weltmarkt ganz vorne liegt, einfach die Luft abgedreht, nur weil den Herren Pinkwart und Papke die Windräder nicht gefallen. Frau Thoben sagt sogar, in NRW gebe es nicht genug Wind.

Und im Haushalt? Da geht es den erneuerbaren Energien an den Kragen: bei der Solarenergie, bei der Biomasse und bei der Geothermie. Mit einer solchen Politik gibt es bestimmt nicht mehr Arbeit.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wenn es nach der Landesregierung geht, haben wir in NRW demnächst nicht weniger, sondern mehr Arbeitslose. Der selbst ernannte Innovationsminister wickelt das Technologie- und Innovationsprogramm ab – auch Frau Kraft hat schon darauf hingewiesen –, während er auf der anderen Seite den Studierenden das Geld aus der Tasche zieht. So wenig Zukunft gab es noch nie, meine Damen und Herren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das gilt auch für die Verkehrspolitik. Mehr Geld für Straßen – von wegen, es wird überall gekürzt. Der ÖPNV wird zusammengestrichen und das Schülerticket wird verteuert. Auch hier trifft es wieder Kinder und Familien. Dafür wird am liebs-

ten an jeder Ecke ein Flughafen gebaut, noch dazu mit fetten öffentlichen Subventionen. Von wegen Subventionsabbau – Beton statt Kinder!

Ich fasse zusammen: Versprochen, gebrochen – das ist Ihre Politik, Herr Rüttgers. Herr Stahl – er ist auch schon davongelaufen –, hören Sie doch endlich mit dem Unsinn auf, Sie hätten nicht gewusst, was auf Sie zukommt. Immer wieder – auch heute – hören wir die gleiche Leier: Das haben wir alles nicht gewusst. Wir mussten erst einmal einen Kassensturz machen. Das ist alles viel schlimmer, als wir gedacht haben.

Damit mit diesem Gerede ein für alle Mal Schluss ist, Herr Ministerpräsident, haben wir Ihnen und Ihren Kolleginnen und Kollegen heute ein ganz besonderes Dokument mitgebracht.

(Die Rednerin hält ein Buch hoch.)

Das möchte ich Ihnen im Anschluss gern überreichen. Dieses Dokument beweist, dass Sie es gewusst haben.

(Zuruf von der FDP: Das grüne Buch von Ghaddafi!)

Sie haben es gewusst. Sie haben alles gewusst, bis ins letzte Detail. Sie können es nachlesen. Es sind die gesammelten Reden von Helmut Diegel, Ihrem früheren finanzpolitischen Sprecher.

(Gisela Walsken [SPD]: Das möchte ich auch haben! – Zurufe von CDU und FDP)

Es ist eigentlich schade, dass er heute nicht mit uns diskutieren kann. Ich habe gehört, dass er sehr krank ist. Er hat eine Lungenentzündung. Ich möchte ihm an dieser Stelle ausdrücklich – ich hoffe, auch in Ihrem Namen – gute Besserung wünschen.

(Allgemeiner Beifall)

Er wusste um die Finanzlage des Landes. Er hatte zwar genauso wenig wie Sie ein Konzept, wie man den Haushalt konsolidieren kann, aber die Lage hat er in diesem Parlament oft detailliert und zutreffend beschrieben.

Herr Stahl, Herr Papke, Herr Klein, Frau Freimuth, Sie waren auch alle schon dabei. Sie haben alle hier gesessen, und Sie haben ihm alle applaudiert. Sie haben es offenbar richtig gefunden, was er Ihnen da vorgetragen hat.

(Christian Lindner [FDP]: Sie haben ihm nicht applaudiert?)

– Nein, wir haben ihm nicht applaudiert. Wir haben nämlich gewusst, dass das nicht so einfach

geht, wie Sie getan haben. Deswegen haben wir nicht applaudiert.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie sollten das alles noch einmal nachlesen. Dann bleiben Ihnen Ihre Sprüche im Halse stecken. Denn Sie reden mit gespaltener Zunge.

(Helmut Stahl [CDU]: Opposition ist Mist! – Gegenruf von Gisela Walsken [SPD]: Regieren scheint auch Mist zu sein!)

Es gibt natürlich noch eine andere Erklärung, nämlich dass Sie an kollektivem Gedächtnisschwund leiden. Das würde mir Leid tun. Dann gehörten Sie aber in eine ordentliche Behandlung und nicht in die Regierung, meine Damen und Herren.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie haben um die Finanzsituation gewusst. Sie haben es auch plakatiert, und zwar schon vor der Wahl. Sie haben den Menschen trotzdem das Blaue vom Himmel versprochen. Sie haben sich bei jeder sich bietenden Gelegenheit an die Seite der Demonstrierenden gestellt, die sich gegen von uns verantwortete Kürzungen gestellt haben. Es ist nur richtig, dass Ihnen das heute auf die Füße fällt.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Wir haben Sie nämlich gewarnt. Ich habe Ihnen mehrfach gesagt: Nehmen Sie den Mund nicht so voll! Das fällt Ihnen auf die Füße! – Aber Sie haben nicht darauf gehört. Genauso passiert es jetzt. Deswegen hält sich unser Mitleid auch wirklich in Grenzen.

(Johannes Rimmel [GRÜNE]: Allerdings!)

Meine Damen und Herren, Sie hatten kein Gesamtkonzept, und Sie haben auch heute kein Gesamtkonzept. Mit diesem Haushaltsentwurf zeigt sich: Sie haben die Menschen wissentlich getäuscht. Sie haben keinerlei Idee, keinerlei Konzept, keinerlei Vision davon, wie Sie unser Land zukunftsfähig gestalten wollen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Herr Rüttgers, Sie führen eine Landesregierung an, die sich spätestens mit dem heutigen Tag als Abrissgruppe erweist. Sie und Ihr Kabinett und die die Regierung tragenden Fraktionen sind weder „praktisch“ noch „intellektuell“ begabt genug, das Land NRW vernünftig zu regieren.

(Zurufe von der FDP)

Das ist doch Ihr Jargon.

Herr Rüttgers, wir werden Ihnen den Bauschutt, den Ihre Regierung produziert, systematisch und immer wieder vor die Füße kippen. Das verspreche ich Ihnen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall von den GRÜNEN –
Beifall von der SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Löhrmann. – Für die FDP-Fraktion gebe ich Herrn Abgeordneten Dr. Papke das Wort.

Dr. Gerhard Papke (FDP): Herr Präsident! Meine Kolleginnen und Kollegen! Nach zehn Jahren Rot-Grün bekommt das Land Nordrhein-Westfalen jetzt endlich wieder einen Haushalt, der ehrlich und transparent ist. Nordrhein-Westfalen bekommt einen Haushalt, der auf realistischen Annahmen über Einnahmen und Ausgaben basiert. Die Koalition der Erneuerung aus CDU und FDP verabschiedet sich von rot-grünen Luftbuchungen und Trickereien. Die Koalition der Erneuerung kommt ohne Scheinprivatisierungen und Schattenhaushalte aus. Diese Instrumente rot-grüner Haushaltspolitik gehören jetzt der Vergangenheit an.

(Beifall von FDP und CDU)

Der Haushalt 2006, den Sie, Herr Finanzminister Linssen, heute dem Parlament vorgestellt haben, ist in der Tat der Haushalt eines ehrbaren Kaufmanns.

(Beifall von FDP und CDU)

Dafür möchte ich Ihnen im Namen der FDP-Fraktion, aber auch, denke ich, im Namen aller Bürgerinnen und Bürger draußen im Land sehr herzlich Dank sagen.

(Beifall von FDP und CDU – Zurufe von der SPD)

Die alte rot-grüne Landesregierung hat in den vergangenen Jahren systematisch die Steuereinnahmen zu hoch und die Ausgaben zu niedrig angesetzt. Nur so ist es ihr dann immer scheinbar gelungen, bei der Aufstellung der Landeshaushalte formal die Verfassungsgrenze für die Nettokreditaufnahme einzuhalten.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Was machen Sie?)

Anschließend mussten dann regelmäßig – Sie können es über all die Jahre verfolgen, Herr Sagel – Nachtragshaushalte vorgelegt werden, eben weil die Einnahmen von vornherein viel zu hoch und

die Ausgaben zu niedrig angesetzt waren. Rot-Grün, meine Damen und Herren, hat auf diese Weise bewusst und gezielt Jahr für Jahr gegen die Landesverfassung verstoßen. Das ist die Realität.

(Beifall von FDP und CDU)

Ich will Ihnen gern noch einmal ein paar Zahlen nennen.

Haushalt 2003: Die ursprüngliche Nettokreditaufnahme lag bei 3,8 Milliarden €. Mit dem Nachtragshaushalt kamen 1,8 Milliarden € hinzu. Dann waren es 5,6 Milliarden €.

Für 2004 waren ursprünglich 5,3 Milliarden € neue Schulden vorgesehen. Zwei Nachtragshaushalte später waren es 6,9 Milliarden €.

Haushalt 2005: Es gab eine Nettokreditaufnahme im Haushaltsentwurf – in der ersten Lesung, bevor er endgültig vom Parlament verabschiedet wurde – in Höhe von 3,8 Milliarden €. Im ersten Nachtragshaushalt wurde das aufgestockt auf 5,2 Milliarden €. Schließlich landeten wir – das war die Abschlussbilanz von Rot-Grün – bei 7,4 Milliarden €.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer wie Rot-Grün seit 2001 fünf verfassungswidrige Haushalte in Folge zu verantworten hat, wer den Bürgern einen gigantischen Schuldenberg in Höhe von über 112 Milliarden € hinterlassen hat,

(Ralf Jäger [SPD]: 103! Keine Legendenbildung!)

wer allein in den letzten zehn Jahren rot-grüner Regentschaft in Nordrhein-Westfalen mehr als 45 Milliarden € neue Schulden angehäuft hat, der sollte sich bei einer solchen Debatte wie heute Morgen etwas stärker zurücknehmen, liebe Frau Kollegin Kraft,

(Beifall von FDP und CDU)

anstatt – von Frau Löhrmann will ich da gar nicht reden – hier solche Töne anzuschlagen.

Frau Kollegin Kraft, Sie wollen dieser neuen Regierung allen Ernstes etwas von sozialer Gerechtigkeit erzählen? Sie haben doch den Haushalt so ausgeplündert, dass gar nichts mehr übrig geblieben ist, was wir noch großzügig verteilen könnten.

(Beifall von FDP und CDU)

Sie wollen dieser Koalition etwas von sozialer Gerechtigkeit erzählen? Darf ich Sie noch einmal daran erinnern, dass in kaum einem anderen Bundesland der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungschancen so ausgeprägt

war wie unter Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen? Wer eine solche Politik zu verantworten hat, der hat das Recht verloren, einer neuen Regierung, frisch mandatiert durch die Bürgerinnen und Bürger, etwas von sozialer Gerechtigkeit zu erzählen. Darüber sollten Sie einmal nachdenken, Frau Kollegin Kraft.

(Beifall von FDP und CDU)

Das, was Sie hier zur marktwirtschaftlichen Erneuerung unseres Landes erzählt haben, dieses Zerrbild der sozialen Marktwirtschaft, das Sie hier gezeichnet haben, war wirklich bemerkenswert. Ich will Ihnen, Frau Kollegin Kraft, das einfach noch einmal ans Herz legen. Schauen Sie sich bitte noch einmal an, wie die Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft nach den Verheerungen des Krieges unser Land wieder nach vorne gebracht hat. Die Ordnung der Freiheit war der Schlüssel für die Gesundung unseres Landes, für einen Wohlstand, wie wir ihn in unserer Geschichte nie zuvor erlebt haben.

(Beifall von der FDP)

Diese Ordnung der sozialen Marktwirtschaft werden wir mit unserer Koalition neu beleben – im Gegensatz zu der Staatserwartung, die Sie auch heute in Ihrer Rede noch geschürt haben und die enttäuscht worden ist.

Die Bilanz Ihrer Regierung, für die Sie von den Wählerinnen und Wählern dann auch in die Wüste geschickt worden sind, war eindeutig. Die Mittel, die Sie heute wieder vorgelegt haben, haben sich in den 39 Jahren Ihrer Regentschaft als erkennbar untauglich erwiesen.

(Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

– Frau Kollegin Kraft, der Gipfel ist nun wirklich, dass Sie uns allen Ernstes mit der angeblichen SPD-Initiative eines beitragsfreien Kindergartenjahres kommen.

(Minister Dr. Helmut Linssen: Ja!)

Das toppt nun wirklich alles.

(Minister Dr. Helmut Linssen: Das toppt alles! – Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

– Frau Kollegin Kraft, schenken Sie mir bitte einen kleinen Augenblick Ihrer werten Aufmerksamkeit. Es wird Ihrer Erkenntnisbildung dienen.

(Ralf Jäger [SPD]: Sie können nicht zur Erkenntnis beitragen, Herr Papke!)

Zur Erinnerung darf ich die Drucksache 13/3716, Antrag der Fraktion der FDP, Kostenfreiheit des Bildungsangebotes von Tageseinrichtungen für

Kinder, nennen. Der Antrag ist aus dem März 2003. Soll ich Ihnen noch einmal sagen, wie sich Ihre Fraktion zu diesem Antrag eingelassen hat?

(Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

Sie haben den Antrag abgelehnt, Frau Kollegin Kraft.

(Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

Sie hatten Jahrzehnte Zeit, um eine solche Initiative nicht nur einzubringen, sondern auch umzusetzen.

(Zurufe von Hannelore Kraft und Ralf Jäger [SPD])

Sie haben unsere Initiative abgelehnt. Ich will Ihnen auch nicht vorenthalten, wie sich Frau Kollegin Schäfer in der damaligen Debatte dazu eingelassen hat. Sie ist jetzt offensichtlich rechtzeitig geflüchtet.

(Ralf Jäger [SPD]: Die war schlau!)

Ich darf mit Genehmigung des hoch verehrten Präsidenten Frau Kollegin Schäfer zitieren. Sie hat vor nicht ganz drei Jahren gesagt:

„Es ist sicherlich populär, die Forderung nach einer finanziellen Entlastung der Eltern zulasten des Staates zu erheben. Aber ohne ein verlässliches Finanzierungskonzept – und damit rede ich über die gesamte Bildungsfinanzierung – sind solche Forderungen nicht seriös zu realisieren und nicht seriös zu diskutieren.“

So äußerte sich Kollegin Schäfer vor nicht einmal drei Jahren.

(Beifall von der FDP)

Das nenne ich eine systematische Realitätsverdrängung, Frau Kollegin Kraft.

(Beifall von FDP und CDU)

Kommen Sie uns bitte nicht noch einmal mit einer solchen Initiative. Das ist nun wirklich der Gipfel.

Ich darf daran erinnern, dass Peer Steinbrück als Finanzminister und Ministerpräsident für diese maroden rot-grünen Haushalte der letzten Jahre unmittelbar verantwortlich war; Herr Finanzminister Linssen hat noch einmal darauf hingewiesen. Es ist beunruhigend, dass Herr Steinbrück – der im Übrigen damals von den Wählern in die Wüste geschickt worden ist – jetzt ausgerechnet als Finanzminister in der Bundesregierung agiert. Das ist wohl das, was man gemeinhin einen Treppwitz der Geschichte nennt. Es läuft nach der Devise: Zuerst habe ich die Finanzen von Nordrhein-

Westfalen gründlich ruiniert; jetzt nehme ich mir größere Aufgaben in Berlin vor.

(Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE])

Wir sind das Problem Gott sei Dank los. Dass wir aber in Sorge um die Zukunft der Haushaltspolitik der Bundesrepublik Deutschland sind, werden Sie wohl nachvollziehen können, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP – Johannes Remmel [GRÜNE]: Spricht das doch einmal im Koalitionsausschuss an! – Zuruf: Das hat er schon!)

Gott sei Dank sind SPD und Grüne bei uns in NRW abgewählt. Die Zeiten unseriöser Haushaltspolitik in Nordrhein-Westfalen sind vorbei. Jetzt stellen wir die Haushaltsplanung unseres Landes wieder auf eine verlässliche Grundlage. Der Finanzminister hat es vorgetragen.

Herr Linssen, ich darf Ihnen versichern, die Landtagsfraktion der FDP wird Sie bei Ihrem Sanierungskurs ohne Wenn und Aber unterstützen. Das ist der richtige Kurs für die Gesundung unseres Landes. Wir werden Ihnen auch gerne behilflich sein, dort, wo es nötig sein sollte, noch mehr Tempo bei der Haushaltssanierung zu machen.

(Hannelore Kraft [SPD]: Sie wollten doch noch drauflegen und nicht kürzen, Herr Papke!)

Dabei werden wir den Finanzminister genauso unterstützen. Das darf ich hier sagen.

(Ralf Jäger [SPD]: Gute Reise, Herr Papke!)

Wir wissen, dass mit dem Haushalt 2006 erst der Einstieg in die Sanierung Nordrhein-Westfalens gelungen ist und noch weitere erhebliche Anstrengungen erforderlich sein werden. Dabei ist die Sanierung des Landeshaushalts kein Selbstzweck. Sie ist alternativlos, wenn Nordrhein-Westfalen im nationalen wie im internationalen Vergleich wieder an die Spitze kommen soll.

Aktuelle wissenschaftliche Untersuchungen belegen, dass die Haushaltspolitik der Länder eine wichtige Erklärung dafür liefert, warum Länder im Standortwettbewerb unterschiedlich erfolgreich sind. Das ist ein ganz entscheidender Parameter. Aus Sicht von Investoren stellt es eben ein Investitionshindernis dar, wenn Bundesländer auf eine Haushaltskrise zusteuern und Landesregierungen nicht mehr in der Lage sind, eigene Handlungsspielräume zu nutzen, um Investitionen anzulegen.

Es ist das erklärte Ziel der Koalition der Erneuerung, diesen Teufelskreis aus unsolider Haushaltspolitik und den Rückfall im Standortwettbewerb der Länder zu durchbrechen. Mit der Sanierung des Haushalts schaffen wir die Voraussetzung dafür, dass Nordrhein-Westfalen wieder mehr Wachstumsdynamik entfalten kann.

Am Ende dieser Sanierungsphase muss ein ausgeglichener Haushalt stehen. Das ist das eigentliche Ziel. Erst dann können wir mit der Rückführung der Schulden beginnen.

Die Herkulesaufgabe, vor der wir stehen, besteht nicht nur darin, das Gesamtvolumen der Ausgaben und der Neuverschuldung zurückzufahren. Der Haushalt muss zudem strukturell neu aufgestellt werden. Hier hat es in der Vergangenheit unter rot-grüner Regierung besonders gravierende Fehlentwicklungen gegeben. Ich will nur eine erwähnen: Während die Zinsbelastung 1980 noch bei 3,8 % der Gesamtausgaben lag, verschlingen die Zinsausgaben heute fast 10 % des Haushalts. Zur Bedienung seiner Schulden muss das Land fast 5 Milliarden € pro Jahr – das sind täglich rund 13 Millionen € – an Zinsen zahlen.

All das gehört mit zur Erblast von Rot-Grün, meine Damen und Herren. Wir müssen sie jetzt übernehmen, aber wir werden sie bewältigen. Wir werden es aber nicht zulassen, dass Sie uns für eine Politik kritisieren, mit der wir das abtragen, was Sie dem Land an Lasten aufgebürdet haben, meine Damen und Herren.

(Beifall von FDP und CDU)

Ich will Ihnen kurz drei Bereiche nennen, die im Zentrum unserer Anstrengungen stehen müssen.

Die erste Aufgabe besteht in der Strukturbereinigung der Landesverwaltung. Um den Haushalt nachhaltig zu konsolidieren, reichen die bisher vorgenommenen Einsparmaßnahmen insgesamt nicht aus. Es geht darum, strukturelle Reformen der Verwaltung systematisch mit der nötigen Haushaltskonsolidierung zu verzahnen. Darüber sind wir uns in der Koalition einig.

Ein zentrales Element unserer Sanierungsstrategie ist deshalb in der Tat die konsequente Rückführung staatlicher Aufgaben durch eine Verlagerung auf Private. Aufgaben, die jahrzehntelang wie selbstverständlich der öffentlichen Hand zugeordnet waren, müssen den Privaten wieder zurückgegeben werden.

Das war übrigens auch ein Ziel der abgewählten rot-grünen Landesregierung. Sie hat es allerdings nicht umgesetzt.

Unsere neue Landesregierung wird in Kürze mutige Überlegungen zur Privatisierung von Landesaufgaben vorlegen. Ich begrüße dies ausdrücklich. Statt wie unter Rot-Grün immer nur über Aufgabenkritik zu fabulieren, macht sich die neue Landesregierung auch in diesem Bereich an die Arbeit und setzt die Vereinbarungen des Koalitionsvertrages um. Dort haben wir verabredet, alle Landesbetriebe, Anstalten, Institute und Agenturen daraufhin zu überprüfen, ob ihr Bestand weiterhin erforderlich ist bzw. eine Privatisierung ermöglicht werden kann. Diese Verabredung wird schon bald mit Leben erfüllt werden.

Auch bei der Reform der Umweltverwaltung, einem weiteren großen Ziel, meine Damen und Herren, muss im Übrigen klar sein, dass es um die Auflösung von Behörden und nicht nur um bloße Umetikettierungen geht. Es ist ein offenes Geheimnis, dass meine Fraktion gerade in diesem Bereich, der von Frau Höhn so besonders stark aufgebläht worden ist, noch erhebliche Einsparpotenziale sieht.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das war Herr Matthiesen!)

Die zweite Aufgabe, die wir bei der Sanierung der Landesfinanzen bewältigen müssen, ist die Begrenzung der Personalausgaben. Rot-Grün hat uns eine Personalsteuerquote von fast 60 % hinterlassen. Das macht deutlich, dass an massiven Einsparungen in diesem Bereich kein Weg vorbei führt.

Die Möglichkeiten, Stellen zu kürzen, sind kurzfristig eher begrenzt. Das wissen wir alle. Deshalb kommen wir leider nicht umhin, auch den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes Opfer abzuverlangen. Trotz der vorgesehenen sozialen Staffelung ist die Kürzung des Weihnachtsgeldes ohne Frage eine Zumutung für die Beamten. Das wissen wir auch.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das ist Wortbruch!)

Wir nehmen diese Kürzung nicht leichten Herzens vor, aber diese Kürzung ist ohne Alternative.

Ich habe – das will ich offen sagen – überhaupt kein Verständnis dafür, dass die Angestellten des öffentlichen Dienstes, die von diesen Kürzungen ebenso wie von der Verlängerung der Arbeitszeit bisher verschont geblieben sind, jetzt wegen der geplanten Gleichbehandlung mit den Beamten streiken.

Wir rufen allen Mitarbeitern im öffentlichen Dienst zu, dass wir ihre Arbeitsplätze erhalten wollen.

(Ralf Jäger [SPD]: Die reden gar nicht mit Ihnen, Herr Papke – Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

Allerdings müssen wir auch mehr Flexibilität und Verständnis für die finanzielle Notlage des Landes erwarten – ein Verständnis, das wir übrigens auch von Verdi-Funktionären erwarten, die den eigenen Gewerkschaftsmitgliedern Kürzungen zumuten und uns dann dafür kritisieren, dass wir, um Stellen zu erhalten, um das Land mit seiner starken Verwaltung lebensfähig zu erhalten, in begrenztem Maße Einschnitte vornehmen müssen.

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, die Sanierung der Landesfinanzen wird selbstverständlich nur dann erfolgreich sein, wenn wir die Steinkohlesubvention so konsequent zurückführen, wie wir uns das vorgenommen haben.

Der Finanzminister hat es gesagt: In diesem Haushalt schlagen sie mit 572 Millionen € zu Buche. Wir müssen hier nicht groß darüber debattieren, was mit diesem Geld an alternativen Verwendungsmöglichkeiten im Haushalt gestaltet werden könnte.

Ich erkläre hier, gerade vor dem Hintergrund der öffentlichen Diskussion über den RAG-Börsengang in den letzten Wochen, noch einmal klipp und klar: Die schwarz-gelbe Koalition, die Koalition der Erneuerung wird auch bei den Steinkohlesubventionen genau das umsetzen, was sie verabredet hat. Wir werden genau das machen, was wir angekündigt haben. Wir steigen aus dem subventionierten Steinkohlebergbau aus. Wir wollen bis zum Jahre 2010 750 Millionen € einsparen.

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, und dass der Finanzminister das in die mittelfristige Finanzplanung eingespeist hat,

(Ralf Jäger [SPD]: Herr Linssen hat überhaupt nicht zugehört!)

das zeigt im Übrigen auch, wie ernst es uns mit diesem Ziel ist.

(Ralf Jäger [SPD]: Herr Linssen, Neuigkeiten für Sie!)

Wir können und wir wollen nicht zulassen – das sage ich an der Stelle auch –, dass der Börsengang der RAG, den wir im Interesse Nordrhein-Westfalens wollen, auf Sand gebaut wird und die Steuerzahler möglicherweise die Zeche zahlen müssen. Das wird es mit uns, wird es mit der Koalition der Erneuerung nicht geben.

Noch eine Bemerkung zu Ihnen, Frau Kollegin Löhrmann, weil Sie gerade wieder so vehement eingefordert haben, wir müssten doch die überschüssigen Subventionen schon in diesem Haushalt verrechnen. – Da haben Sie sich entweder von Ihrem Kollegen Priggen nicht richtig informieren lassen, oder Sie erzählen hier bewusst die Unwahrheit. Sie waren nämlich mit verantwortlich dafür – Rot-Grün im Bund wie im Land –, dass mit Blick auf die Jahre 2006 bis 2008 die Verrechnungsmöglichkeiten nicht substanziell verbessert worden sind – ganz im Gegenteil.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Mit 20 % sind wir mit dabei!)

Diese sogenannte Sprechklausel, die es uns leider nicht ermöglicht, zu einer zügigen Spitzabrechnung zu kommen, ist von Ihnen zu verantworten, Frau Kollegin Löhrmann.

Was Sie in den letzten Tagen gegenüber der Öffentlichkeit verbreitet haben, ist – entschuldigen Sie – in der Sache genauso falsch wie das, was Sie heute hier noch einmal wiederholt haben. Es ist schlichtweg falsch.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das stimmt nicht!)

Sie haben es verbockt. Sie als Grüne in der Verantwortung im Land und im Bund hätten dafür Sorge tragen müssen, dass wir zu einer zeitnahen Verrechnung der Steinkohlesubvention mit gestiegenen Weltmarktpreisen kommen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Mit 20 % sind wir mit dabei!)

Das haben Sie verpennt. Also machen Sie der neuen Regierung bitte daraus keinen Vorwurf. Das ist unredlich.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Sie werden gar nicht mehr zu den Gesprächen eingeladen! – Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Sie spielen in den Gesprächen gar keine Rolle!)

Meine Damen und Herren, jetzt möchten wir noch einen Blick auf die SPD werfen. Da gibt es Frau Kraft, die uns regelmäßig, gerade auch in der Haushaltspolitik, seit Beginn der Wahlperiode mit einer Mischung aus Dreistigkeit und Konzeptionslosigkeit daherkommt. Frau Kollegin Kraft, Sie haben diesem Land mit Ihrer rot-grünen Chaostruppe einen Schuldenberg von 112 Milliarden € hinterlassen. Sie haben die Landesfinanzen derart ausgeplündert, dass wir wirklich nichts mehr zu verteilen haben.

Frau Kollegin Kraft, es wird höchste Zeit,

(Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

dass Sie sich politisch zu dem Schaden bekennen, den Sie diesem Land zugefügt haben,

(Beifall von FDP und CDU)

statt hier so rotzfrech aufzutreten, wie das Ihrem Stil entspricht. Das ist Ihre Bilanz. Auch deshalb haben die Menschen in Nordrhein-Westfalen diese rot-grüne Schreckensperiode beendet.

Doch statt über die Verantwortung der SPD für diesen Schuldenberg nachzudenken, versucht Frau Kraft, systematisch von dieser Verantwortung abzulenken und die Öffentlichkeit für dumm zu verkaufen.

Das ging schon – ich habe es noch einmal nachgelesen – in der Debatte über die Regierungserklärung los. Das Kabinett Rüttgers war noch keine vier Wochen im Amt, da haben Sie dem Ministerpräsidenten zugerufen – ich zitiere mit der Genehmigung des Präsidenten –: Jeder Euro höhere Verschuldung fällt Ihnen künftig auf die Füße. – Da war die neue Regierung – nach vier Jahrzehnten SPD-Regierung! – noch keine vier Wochen im Amt!

Es ging weiter: 20. September, Hannelore Kraft: Rüttgers und Linssen machen 2,2 Milliarden € mehr Schulden als nötig.

(Hannelore Kraft [SPD]: Richtig!)

25. Oktober, Hannelore Kraft: Rüttgers muss schnell konkrete Einsparvorschläge vorlegen. – Die Einsparvorschläge haben Sie doch jetzt.

(Zuruf von der SPD)

29. November – es kommt immer besser –, Kraft: Rüttgers schon nach sechs Monaten bei der Haushaltssanierung gescheitert.

Frau Kraft, das ist keine seriöse Oppositionspolitik, wenn Sie sich so als Lautsprecher betätigen.

(Beifall von der FDP)

Wer solche Verheerungen in unserem Land anrichtet und alle vier Wochen solche Presseerklärungen herauspustet, der ist unglaublich, Frau Kollegin Kraft, und der ist weit davon entfernt, wirklich Oppositionsführerin genannt werden zu können.

(Hannelore Kraft [SPD]: Versprochen – gebrochen! Sie haben Ihre Versprechen gebrochen!)

Das ist einer Oppositionsführerin nicht angemessen.

(Ralf Jäger [SPD]: 5,9 Milliarden, Herr Papke, Sie Konsolidierungswunder!)

Ich habe eigentlich darauf gewartet, Frau Kollegin Kraft, dass Sie heute in der Debatte den Rücktritt der Regierung Rüttgers und vorgezogene Neuwahlen fordern. Das hätte Ihre Art und Weise, wie Sie hier auftreten, eigentlich nur noch rund gemacht.

(Ralf Jäger [SPD]: Die Privatisierung dieser Regierung, das wäre Ihr Stil!)

Ich bin ein bisschen enttäuscht, dass Sie das nicht so rund gemacht haben. Ich frage mich manchmal, auf welchem Planeten Sie eigentlich leben, Frau Kollegin Kraft. Meinen Sie allen Ernstes, dass die Bürgerinnen und Bürger Ihnen diese Show durchgehen lassen? – Die sind nicht so dumm, wie Sie immer annehmen.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Es kommt noch besser: Ich weiß nicht, wer von Ihnen, meine Kolleginnen und Kollegen, vor zwei Wochen den Westpol-Beitrag gesehen hat, in dem Frau Kollegin Kraft die SPD als „Regierungspartei im Wartestand“ bezeichnet hat. – Mit Verlaub: Zunächst hatte ich gedacht, das wäre ein verfrühter Karnevalsscherz.

(Ralf Jäger [SPD]: Nein! Das ist bitterer Ernst!)

Inzwischen dämmert mir aber langsam: Sie meinen das wirklich ernst. Ich versuche einmal, das sozusagen psychologisch zu interpretieren:

(Zurufe von der SPD)

Ich kann mir das nur als Ausdruck eines völlig verdrehten Realitätssinnes erklären, der wiederum wahrscheinlich Ausdruck einer machtpolitischen Arroganz ist, die sich offensichtlich einschleicht, wenn man 40 Jahre lang ein Land reagiert hat und davon ausgeht, dass einem dieses Land gehört. Dieses Land Nordrhein-Westfalen gehört nicht der SPD, Frau Kollegin Kraft, und das haben Ihnen die Bürgerinnen und Bürger in aller Deutlichkeit vor Augen geführt.

(Beifall von FDP und CDU – Gisela Walsken [SPD]: 39!)

Nach dem, was man so hört, gibt es ja bei der SPD abgewählte Minister, die, wenn sie vor das Landtagsgebäude treten, immer noch einen Moment innehalten und auf ihre Ministerkarossen warten, die aber nicht vorfahren. Die Veränderungen

scheinen bei Ihnen noch nicht so richtig angekommen zu sein.

Ich möchte Ihnen etwas sagen, Frau Kollegin Kraft: Die SPD ist keine „Regierungspartei im Wartestand“, die SPD hat sich bisher – jedenfalls so, wie sie sich hier aufstellt – noch nicht einmal die Bezeichnung Opposition verdient.

(Beifall von FDP und CDU – Sören Link [SPD]: Das müssen Sie uns gerade sagen! – Weitere Zurufe von der SPD)

Ich darf Ihnen – mit nochmaliger Genehmigung des Präsidenten – aus dem Handbuch „Demokratie in Deutschland“ – zweite Auflage, erschienen in Bonn im Jahre 2003, herausgegeben von der Bundeszentrale für Politische Bildung – die Definition von parlamentarischer Opposition vortragen – ich zitiere –:

„Diejenigen Fraktionen im Parlament, die nicht zur Regierungskoalition gehören und den Absichten und Handlungen der Regierung eigene Entwürfe entgegenstellen.“

Frau Kollegin Kraft, das ist fundamentaler Bestandteil der Bezeichnung parlamentarische Opposition. – Wir warten seit Beginn der Legislaturperiode darauf, dass Sie einen eigenen Vorschlag unterbreiten. Sie haben keine eigenen Vorschläge für die Erneuerung unseres Landes, von Alternativen und von eigenen Entwürfen kann überhaupt nicht die Rede sein.

(Beifall von FDP und CDU – Zuruf von Sören Link [SPD])

Das ist der erbärmliche Zustand der parlamentarischen Möchte-gern-Opposition ein gutes halbes Jahr nach Beginn der Wahlperiode.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Das müssen Sie gerade sagen!)

Aber vielleicht kommt ja jetzt bald etwas von Herrn Dieckmann, der – wie ich der Berichterstattung am letzten Wochenende habe entnehmen können – immer noch SPD-Landesvorsitzender ist. Herr Dieckmann ist im wahrsten Sinne des Wortes ein gesuchter Mann. Die „WAZ“ hat vor wenigen Tagen getitelt: Wo ist Jochen? – Jetzt vermissen wir ihn auch.

(Ralf Jäger [SPD]: Herr Papke, sagen Sie doch einmal etwas zu Ihrer Regierungsarbeit! Sagen Sie mal, wie Klasse Sie sind!)

In der „Westdeutschen Zeitung“ hieß es: Zu den meisten Themen schweigt der Vorsitzende.

Wir nehmen zur Kenntnis – das muss man in einer solchen Debatte einmal sagen können, ob es Ihnen gefällt oder nicht –, dass sich der SPD-Landesvorsitzende Ärmelschoner übergezogen hat – das ist zunächst einmal auch in Ordnung –, um sich ganz in Ruhe auf die programmatische Arbeit seiner Partei zu konzentrieren. Das hat er angekündigt.

Ich habe die Ahnung, dass wir, wenn er in dem Tempo mit der programmatischen Grundsatzarbeit weitermacht wie bisher, pünktlich zur Landtagswahl im Jahre 2015 mit den ersten Alternativvorschlägen der SPD rechnen können. 2015, meine Damen und Herren, und darauf freuen wir uns jetzt schon!

(Beifall von FDP und CDU – Ralf Witzel [FDP]: 2050! – Ralf Jäger [SPD]: Das ist Ihre Auffassung! – Gisela Walsken [SPD]: Was haben Sie damit zu tun?)

Werfen wir doch einen Blick auf die Grünen, die wirklich tiefe Spuren im Landeshaushalt hinterlassen haben, Frau Kollegin Löhrmann. Das muss man ihnen attestieren.

Da gibt es beispielsweise – bei dieser Debatte kann ich Ihnen das heute nicht vorenthalten – die Stiftung „Umwelt und Entwicklung“:

(Ralf Jäger [SPD]: Sie können uns nichts vorenthalten!)

eine klassische grüne Spielwiese, gegründet im Jahre 2001. Der Vorstand ist fest in der Hand grüner Funktionäre, das Stiftungsvermögen beträgt 20 Millionen € und das Haushaltsvolumen jährlich etwa 5 Millionen €.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Globalisierung!)

Jetzt möchte ich dem Hohen Hause gerne vortragen, wofür mit diesen Stiftungsmitteln – mit Steuergeldern finanziert – grüne Ausgaben getätigt worden sind.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Sagen Sie lieber, was Sie damit wollen!)

Einige Kostproben, welche Projekte von Rot-Grün aus Steuergeldern finanziert worden sind: die Ausstellung „Blumenwelten – der dornige Weg vom Fels zur Vase“, Zuwendungsempfänger: die Gesellschaft für Friedenserziehung; ein gewisses „Archiv für alternatives Schriftentum in NRW“ hat 163.000 € für die Geschichte der deutschen Antipartheidbewegung kassiert.

(Sören Link [SPD]: Geht es um Ihren Haushalt, Herr Papke?)

Für knapp 100.000 € konnten Sie bei der Ausstellung „Rikscha, Rikscha“ – ich zitiere, Herr Sagel, hören Sie gut zu – einen realistischen Einblick in aktuelle soziale und ökologische Aspekte der Rikscha als städtisches und ländliches Nahverkehrsmittel gewinnen.

(Heiterkeit von FDP und CDU – Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Gutes Projekt! Das sollten Sie sich mal ansehen!)

Das war bestimmt eine interessante Studie für die Verkehrspolitiker.

Herr Umweltminister Uhlenberg hat sicherlich einen erheblichen Erkenntnisgewinn aus der Studie – für 167.000 € gefertigt – über einen alternativen Waldschadensbericht gezogen, der die – ich zitiere – negativen Auswirkungen beleuchtet, die Deutschland auf die Wälder anderer Länder hat.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Ihnen ist der Wald egal! Ihr Auto fährt auch ohne Wald!)

Sie haben in Ihrer Stiftung – mit Steuergeldern! – die Auswirkungen untersucht, die Deutschland auf andere Länder hat.

Ich könnte die Liste beliebig fortsetzen: „Umweltpädagogik mit Wurmkompostkisten“ für 12.000 €, „Aldi und globale Sozialverantwortung“ hat die Steuerzahler „nur“ 99.000 € gekostet.

(Heiterkeit und Beifall von Ralf Witzel [FDP])

„Die Schafbeweidung als integratives Projekt für Nachhaltigkeit“ gab es für lumpige 52.424 €.

(Volkmar Klein [CDU]: Das war ja ein Schnäppchen!)

Dann gab es noch den „Internetgestützten Fernlehrgang zu nachhaltigen Kapitalanlagen“. Der hat die Menschen in Nordrhein-Westfalen „nur“ 129.463,60 € gekostet, meine Damen und Herren.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Da saßen Ihre Leute genauso!)

Das sind Dinge – das möchte ich Ihnen klar sagen –, die wir jetzt beenden werden. Diese Zeit der grünen Spielwiesen ist vorbei!

(Beifall von FDP und CDU)

Ich kann Ihnen, Frau Kollegin Löhrmann, nur empfehlen, mit den Menschen draußen auf der Straße zu diskutieren, was sie davon halten, dass Sie mit Ihrer Truppe das Geld der Steuerzahler, für das viele Menschen hart arbeiten müssen, für solche Projekte ausgegeben haben. Fragen Sie einmal, was die Menschen davon halten!

(Beifall von FDP und CDU)

Und die SPD hat mitgemacht!

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das gleiche Niveau! Bitte mit Hamstern!)

– Frau Kollegin Löhrmann, das war Ihre Regierungspolitik. Ich habe sie hier nur noch einmal in Erinnerung gerufen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Machen Sie uns den Hamster!)

Sie haben ja möglicherweise etwas daraus gelernt, Frau Löhrmann.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Wo sind Ihre Zukunftsprojekte? Wo ist Ihr Zukunftsminister?)

Sie haben am vergangenen Wochenende angekündigt, sich in Zukunft stärker um die Wirtschaft zu kümmern.

(Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Die Grünen, meine Damen und Herren, haben angekündigt, sie würden sich in Zukunft stärker um die Wirtschaft kümmern. Ich halte das für die gefährlichste Drohung der jüngeren Landesgeschichte.

(Heiterkeit und Beifall von FDP und CDU)

Ich darf noch einmal in Erinnerung rufen, was der Gesamtbetriebsratsvorsitzende der Bayer AG im vergangenen Jahr zu Protokoll gegeben hat.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Jetzt kommt die Nummer wieder!)

Der Gesamtbetriebsratschef der Bayer AG – ich darf Ihnen verraten: Er war und ist kein Mitglied der Freien Demokratischen Partei – hat damals gesagt: „Wer Grün wählt, entscheidet sich gegen Jobs in Deutschland“. – Die Grünen, meine Damen und Herren, waren und sind der Arbeitsplatzvernichter in Nordrhein-Westfalen und in Deutschland. Und deshalb sind Sie abgewählt worden, Frau Kollegin Löhrmann.

(Beifall von FDP und CDU – Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Ihre Steuersenkungsprojekte sind doch die Katastrophe!)

Meine Damen und Herren, „Opposition ist Mist“ hat Franz Müntefering gesagt. Dieser inzwischen legendäre Satz von Franz Müntefering bekommt in der Tat eine ungeahnte Bedeutung, wenn man sich anschaut, was SPD und Grüne hier im Landtag Nordrhein-Westfalen seit der Landtagswahl so abgeliefert haben.

(Heiterkeit von FDP und CDU)

Ich hätte nicht gedacht, welch visionäre Dimension dieser Satz einmal haben würde.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Wann reden Sie eigentlich zum Haushalt?)

– Herr Kollege Sagel, wir haben Ihnen das dargelegt.

(Gisela Walsken [SPD]: Wer hat das dargelegt?)

Die Sanierung der Landesfinanzen ist die fundamentale Voraussetzung dafür, Nordrhein-Westfalen wieder an die Spitze zu bringen. Die Sanierung der Landesfinanzen – das ist mir mit Blick auf die Melodie, die Frau Kraft heute hier gesungen hat, wichtig – ist aber auch ein Gebot der Generationengerechtigkeit. Wenn Ihre abgewählte rot-grüne Regierung jedem neugeborenen Kind in Nordrhein-Westfalen über 6.100 € Landesschulden in die Wiege legt, dann ist das ein elementarer Verstoß gegen die Generationengerechtigkeit. Darüber müssen wir im Zuge der Haushaltsberatungen reden.

(Beifall von FDP und CDU – Hannelore Kraft [SPD]: Sie legen drauf, Herr Papke!)

Deshalb müssen wir jetzt bei jeder Ausgabe genau prüfen, ob sie uns wirklich so wichtig ist, dass wir sie zulasten unserer Kinder und Enkelkinder weiter auf Pump finanzieren dürfen. Das ist der eigentliche Maßstab, meine Kolleginnen und Kollegen, für eine verantwortliche Haushaltspolitik, die den Begriff Generationengerechtigkeit ins Zentrum rückt. Darum geht es bei diesem Sanierungshaushalt der Koalition der Erneuerung.

(Beifall von FDP und CDU)

Jede Generation muss die Chance erhalten, unbelastet von der Politik der Vorgängerregierungen über das zu verfügen, was sie sich selbst erwirtschaftet. Sonst kann sich eine Generation nicht mehr frei entfalten. Und das wäre aus unserer Sicht sozial ungerecht. Eine solche Politik ist mit uns nicht zu machen.

Wir richten unsere Politik als Koalition der Erneuerung konsequent an der Zukunft unseres Landes aus. Die Zukunft liegt in den kommenden Generationen.

Deshalb hat die Bildungspolitik für uns auch diesen zentralen Stellenwert. Deshalb sind wir dabei, das leistungsfähigste und modernste Bildungssystem bundesweit zu schaffen: mit mehr Verantwortung für die Schulen, mit mehr Verantwortung für die Lehrer und mit mehr Wettbewerb – im Interes-

se der besten Bildungsergebnisse. Natürlich brauchen wir dafür mehr Wettbewerb.

Die Erneuerung des Schulsystems, meine Damen und Herren, ist die Voraussetzung dafür, dass wir bei Forschung, Innovation und Entwicklung wieder weltweit in der ersten Liga mitspielen können. Da müssen wir hin, wenn wir den Wohlstand unseres Landes verteidigen wollen. Dann haben wir gar keine Alternative dazu. Entweder wir werden wieder wettbewerbsfähig, entweder wir schaffen es, dass unser Land wieder mithalten kann, oder wir werden einen Wohlstandsverlust erleiden, von dem sich viele in unserem Land noch keine Vorstellung machen.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Das ist die zentrale Herausforderung, an die wir herangehen, vor der wir nicht zurückschrecken, vor der wir uns nicht verstecken, wie Sie das über all die Jahre getan haben.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Dass es der Landesregierung trotz der schwierigen Haushaltslage gelungen ist, politische Schwerpunkte bei Bildung und Innovation zu setzen, verdient unser aller Anerkennung. Es ist im Übrigen der Beweis dafür, meine Damen und Herren, dass erfolgreiche Politik nicht allein von Haushaltsmitteln abhängt, sondern auch von guten Ideen, durchdachten Konzepten und einer klaren Vision von der Zukunft unseres Landes. All das hat die Koalition der Erneuerung.

Das ist einer der weiteren großen Unterschiede zu der abgewählten rot-grünen Regierung, die ja nur von einem Tag in den nächsten getaumelt ist, die versucht hat, auftauchende Probleme kurzatmig zu lösen, und die keine Vorstellung davon hatte, wohin sie dieses Land führen wollte.

(Beifall von Helmut Stahl [CDU])

Diese Koalition der Erneuerung hat eine solche Vorstellung.

(Ralf Jäger [SPD]: Erzählen Sie uns mal von Ihren Visionen!)

Wir werden diese Vorstellung in die Tat umsetzen. Wir werden Nordrhein-Westfalen, das neue NRW, zu einem Land der neuen Chancen machen. – Ich danke Ihnen sehr herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Dr. Papke. – Für die Landesregierung hat jetzt der Ministerpräsident, Herr Dr. Rüttgers, das Wort.

Dr. Jürgen Rüttgers, Ministerpräsident: Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Sie haben die, wie ich finde, sehr, sehr gute Einbringungsrede des Finanzministers zum Haushalt 2006 und die Antworten der Vorsitzenden der Oppositionsfractionen gehört.

(Ralf Jäger [SPD]: Die fanden wir sehr gut!)

Ich will dazu keine Antwortrede halten, sondern zu Letzteren nur einige Anmerkungen machen.

(Ralf Jäger [SPD]: Sie müssen jetzt für Herrn Stahl einspringen, ist schon klar! – Gegenruf von der CDU: Jägermeister!)

Bevor ich das tue, will ich mich herzlich für das grüne Buch bedanken. Ich finde eigentlich, dass ich das nicht annehmen kann, Frau Löhrmann.

(Ralf Jäger [SPD]: Sie können doch nicht annehmen, dass das schon alles ist!)

Aber Sie sind sicherlich einverstanden, wenn ich es dem Kollegen Diegel weiterreiche,

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Sie alle sollen das lesen!)

vielleicht auch in Ihrem Namen, als kleines Geschenk. Vielleicht hilft ihm das bei der Genesung. Ganz toll wäre es natürlich gewesen, hätten Sie noch ein zweites Buch mitgeliefert: mit all den Antwortreden, die Sie und die zuständigen Kollegen von der SPD auf die Reden von Helmut Diegel gehalten haben.

Da ich ein sehr gutes Gedächtnis habe, weiß ich, dass Sie nicht nur, wie eben von Ihnen ausgeführt, unsere „Antwortanträge“ abgelehnt haben, sondern hier immer behauptet haben, alle unsere Zahlen stimmten nicht.

(Helmut Stahl [CDU]: Exakt!)

Nach ein paar Monaten kam jeweils heraus, dass Helmut Diegels Zahlen sehr wohl stimmten und Ihre Zahlen falsch waren. Das wäre die eigentliche Botschaft dieses kleinen Geschenks gewesen.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen, der Finanzminister und die Landesregierung legen heute einen Haushaltsentwurf vor, der finanzpolitisch seriös, wirtschaftspolitisch produktiv und sozialpolitisch fair und gerecht ist. Darauf sind wir stolz.

(Zuruf von Rüdiger Sagel [GRÜNE])

Er ist finanzpolitisch seriös, weil wir es mit der jetzt ausgewiesenen Neuverschuldung von 5,89 Milliar-

den € schaffen, sogar unter der Empfehlung der Expertenkommission zu bleiben, wie wir übrigens – das haben Sie eben souverän negiert – bereits mit dem Ist-Ergebnis des Jahres 2005 600 Millionen € unter den Veranschlagungen der Nachtragshaushalte geblieben sind.

Wir legen einen Haushaltsplanentwurf vor, der auf ehrlichen Zahlen beruht. Ich habe noch nie in diesem Hause eine Einbringungsrede gehört, bei der ein Finanzminister nicht nur mit der Feststellung, wir haben konservativ geschätzt, geendet, sondern hinzugefügt hat: Wir haben das Steuerwachstum um – wenn ich das richtig im Kopf habe – 0,5 %, 1,5 %,

(Minister Dr. Helmut Linssen: 1,8 %! – Zuruf von der SPD: Was denn nun?)

– 1,8 % zu gering geschätzt, damit wir auf der sicheren Seite sind. – Ein Finanzminister, der sogar sagt, wo er konservativ geschätzt hat, damit es am Schluss stimmt, hat wahrlich Vertrauen verdient.

(Beifall von CDU und FDP)

Das ist das Ende des regierungsamtlichen Selbstbetruges, den ich selbst fünf Jahre lang erlebt habe.

(Beifall von CDU und FDP – Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Schauen wir mal!)

Wir haben die rot-grünen Schattenhaushalte transparent gemacht, weil wir uns vorgenommen haben, nicht irgendetwas zu verstecken, sondern dem Parlament alles zur Beschlussfassung vorzulegen, wie es die Verfassung vorschreibt, weil wir aus eigener Kraft bis spätestens 2010 einen Haushalt innerhalb der Regelobergrenze vorlegen wollen.

Dieser Haushaltsentwurf ist wirtschaftspolitisch produktiv, weil er mit Bürokratieabbau und mit der Vereinfachung von Verwaltungsabläufen verbunden ist. Wir sind stolz, dass wir in den rund acht Monaten, in denen die neue Regierung im Amt ist, in jedem Monat eine Behörde aufgelöst oder eine Entbürokratisierungsmaßnahme auf den Weg gebracht haben. Nicht drüber reden, sondern konkret handeln – daran wollen wir uns messen lassen.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir gehen mit diesem Haushaltsentwurf weg von der Förderung von Leuchttürmen, von regierungsamtlichen Showprojekten, von der Unterstützung insbesondere der Großindustrie hin zur Unterstützung des Mittelstandes, der mittleren Unternehmen und der Unternehmensneugründungen, weil

wir davon überzeugt sind, dass dort die größte Chance besteht, neue Arbeitsplätze zu bekommen.

(Martin Börschel [SPD]: Die Kinder und Jugendlichen bleiben auf der Strecke! So ist das!)

Dazu stehen wir. Ihre Kritik zeigt nur, dass Sie leider ökonomische Zusammenhänge nicht zur Kenntnis nehmen, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von Martin Börschel [SPD])

Wir konzentrieren uns auf Investitionen in Infrastruktur und vor allen Dingen in Innovation, weil wir einfach ein Land mit hohen Kosten sind.

(Zuruf von Martin Börschel [SPD])

Weil wir diese hohen Kosten haben, müssen wir besser sein als andere, damit Arbeitsplätze nicht aus Nordrhein-Westfalen verlagert werden, sondern damit wir Industrieland bleiben – sowohl in den klassischen als auch in den Hightech- und modernen Industriebereichen. Da wollen wir Spitze werden.

(Beifall von CDU und FDP)

Dieser Haushaltsplanentwurf ist sozial gerecht und fair,

(Zuruf von der SPD: Gedacht!)

weil wir die notwendige Absenkung des Niveaus des Haushalts vornehmen. Haushaltskonsolidierung hat nichts mit Einnahmeverbesserungen zu tun, wenn das zu wirtschaftlichem Wachstum und zu neuen Jobs führen soll, sondern hat vielmehr mit Rücknahme von Ausgaben zu tun.

(Beifall von der FDP)

Wenn man Ausgaben zurücknehmen will – das ist ein Grundgesetz der ökonomischen Erfahrung –, gilt: Ohne Konsolidierung und ohne Rücknahme des Staates aus dem privaten Sektor werden Sie nicht den Spielraum für mehr wirtschaftliches Wachstum und neue Jobs bekommen.

(Beifall von CDU und FDP)

Wenn Sie das einmal studieren wollen,

(Hannelore Kraft [SPD]: Das habe ich!)

fahren Sie, Frau Kraft, wie Sie es mir empfohlen haben – ich tue das; Sie vielleicht nicht –, einmal nach Amerika und reden Sie mit den Nobelpreisträgern der Ökonomie.

Der Staat schafft keine Arbeitsplätze, wie Sie anscheinend immer noch glauben. Deshalb ist diese

Absenkung des Niveaus des Haushaltes wirtschaftspolitisch notwendig.

(Martin Börschel [SPD]: Sie machen trotzdem eine Rekordneuverschuldung!)

Meine Damen und Herren, das ist für die Menschen akzeptabel, wenn es dabei gerecht zugeht. Ich bin stolz darauf, dass wir dies geschafft haben – übrigens genauso, wie von uns vor der Wahl angekündigt. Alle sind davon betroffen. Jeder wird es merken. Jeder wird Opfer bringen müssen.

(Ralf Jäger [SPD]: Außer den Bauern!)

Das haben wir vor der Wahl formuliert.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das ist abstrakt und nicht konkret!)

Deshalb sind wir jetzt auch ohne jedes schlechte Gewissen, wenn wir jemandem Einsparungsmaßnahmen und damit Veränderungen zumuten. Wir wissen natürlich, dass es den Betroffenen schwer fällt. Ich habe überhaupt keine Probleme damit, dass sich die Betroffenen äußern, vielleicht protestieren oder im Verfahren eine andere Lösung einbringen.

(Zuruf von Martin Börschel [SPD])

Man kann darüber diskutieren. Eines ist wichtig: Es muss bei jeder Stelle bleiben. Nicht derjenige, der die stärkste Lobby hat oder der die meisten Muskeln in der Öffentlichkeit zeigt, darf sich durchsetzen, sondern es muss jeden treffen, damit es fair und gerecht zugeht in diesem Land.

(Beifall von CDU und FDP – Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Wir sparen nicht nur ein, sondern wir investieren gleichzeitig in Zukunft, in Innovationen, in Schule, in Familienzentren und in die Förderung der Betreuung.

(Zuruf von der SPD: Das stimmt nicht!)

Meine Damen und Herren, das ist eine in sich schlüssige Strategie, weil sie dem Land Zukunft gibt und weil sie uns von der Situation wegführt, immer neue Schulden machen zu müssen.

Schauen Sie, das ist einer der Punkte, die ich bei Ihren Aussagen, Frau Kraft und Frau Löhrmann, nicht verstanden habe. Sie müssen sich schon entscheiden, was Sie uns vorwerfen. Sie können nicht sagen, wir kürzten zu viel, und gleichzeitig vortragen, wir kürzten zu wenig. Das haben Sie heute versucht.

(Beifall von CDU und FDP – Martin Börschel [SPD]: Wir messen Sie an Ihren eigenen Versprechen!)

Das ist nicht glaubwürdig. Man kann den Haushalt nicht absenken, ohne dass es jemand merkt, und gleichzeitig auch noch mehr investieren. Das geht nicht.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich möchte jetzt nicht all die Ausführungen, die Sie in den letzten Wochen gemacht haben, hier vortragen. Ich will auch nicht vortragen – das war interessant –, dass Sie wie so oft in Ihren internen Beratungen Unsicherheiten in der Strategie hatten. Als die Eckpunkte vorgestellt wurden, hielten Sie uns vor: Das ist kein Konsolidierungskonzept, das ist alles viel zu wenig, das muss alles mehr sein.

Es folgten die Beratungen in der Fraktion, und dann kam ein Kollege nach dem anderen und sagte: Hier wird gekürzt, und das ist sozial nicht verantwortbar. Da wird gekürzt, und das ist sozial nicht verantwortbar.

Jetzt kommen Sie – das finde ich nicht akzeptabel, und das gilt vor allem für Sie, Frau Kraft;

(Martin Börschel [SPD]: Die Kopfnoten sind noch nicht eingeführt, Herr Ministerpräsident!)

das haben wir auch schon in der Vergangenheit erlebt – und scheuen sich nicht, hier mit falschen Zahlen und falschen Behauptungen zu argumentieren.

Sie behaupten beispielsweise in der „Rheinischen Post“, dass dieser Haushaltsplanentwurf 2006 gegenüber 2005 Kürzungen im Bereich der Investitionen beinhalte. Das ist schlichtweg falsch.

Wir alle haben doch noch die Unterlagen zu der Investitionsquote für 2006. Wir wissen doch, dass in Ihrem rot-grünen Finanzbericht für 2006 eine Investitionsquote von 8,3 % angekündigt worden ist und wir jetzt eine von 9,2 % haben. Auch diese – damit das völlig klar ist – ist noch zu gering, um die Infrastruktur in diesem Land zu erhalten. Aber wir bemühen uns wenigstens, während Sie die Investitionen zurückgefahren und das Land in einen Zustand gebracht haben, in dem wir von der Substanz gelebt haben. Mit uns wird das beendet, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP)

Heute Morgen las ich im „Westfälischen Anzeiger“, die SPD sei gegen einen magersüchtigen Staat und Oppositionsführerin Kraft kritisiere den

Landeshaushalt. Dann kommt – interessanterweise von Frau Löhrmann aufgenommen – die Aussage, wir würden etwas für die eigene Klientel tun, weil wir an der einen oder anderen Stelle mehr machen, als es in Ihren vorigen Haushalten der Fall war.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: So ist es!)

Nun hat Herr Kollege Papke dankenswerterweise darauf hingewiesen, wer die eigentliche Klientelpartei in diesem Land Nordrhein-Westfalen ist.

(Beifall von CDU und FDP)

Frau Kraft, Sie müssen sich schon überlegen, welche Beispiele Sie anführen. Sie behaupten, dass wir die Kulturförderung aufstocken würden, um das Ziel zu erreichen, die Kulturmittel in dieser Legislaturperiode zu verdoppeln. Dann stellt sich mir eine Frage und und muss ich einen Satz sagen.

Der Satz lautet: Ich bedanke mich sehr herzlich, dass Sie zur Kenntnis nehmen, dass das Verhältnis dieser Landesregierung zu den Kulturschaffenden in diesem Land ein sehr enges geworden ist; das ist übrigens beabsichtigt. Dass Sie sich darüber ärgern, kann ich verstehen. Aber wir werden trotzdem weiterhin so verfahren.

(Zurufe von der SPD)

Und die Frage lautet: Wollen Sie etwa gegen die Erhöhung der Kulturmittel eintreten? – Ich werde den Kulturschaffenden gerne bei den nächsten Veranstaltungen mitteilen: Die SPD ist gegen die Erhöhung der Kulturmittel in diesem Land. – Danke für die Erkenntnis aus Ihrem Beitrag, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP – Martin Börschel [SPD]: Peinlich!)

Des Weiteren wird kritisiert, dass die Mittel für die Kirchen erhöht worden seien. Abgesehen davon, dass ich es nicht angemessen finde, dass Sie die Kirchen in diesem Land als Klientel der jetzigen Landesregierung bezeichnen, frage ich:

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

Heißt das etwa im Klartext, dass wir die Zusagen, die die Vorgängerregierung eingehalten hat, nämlich Mittel für den Evangelischen Kirchentag zur Verfügung zu stellen, nicht einhalten sollen?

(Hannelore Kraft [SPD]: Das hat niemand gesagt, Herr Rüttgers! Keiner hat das kritisiert!)

Verstehe ich Ihre Aussage im „Westfälischen Anzeiger“ so, dass wir beim Evangelischen Kirchentag kürzen sollen?

(Hannelore Kraft [SPD]: Zitieren Sie es!)

Wir freuen uns, dass der Kirchentag in Köln stattfindet, und wir werden das diskutieren, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP – Zurufe von der SPD)

Sie werfen uns ferner vor, dass wir die Meistergründungsprämie um 2 Millionen € erhöhen. Jawohl, dazu stehen wir.

(Ralf Jäger [SPD]: Sagen Sie etwas zu den Bauern! – Weitere Zurufe von der SPD)

Wir wollen die Meistergründungsprämie. Die haben wir seinerzeit übrigens gemeinsam auf Antrag der CDU diskutiert. Wir haben sie dann gemeinsam beschlossen, und sie war eines der erfolgreichsten Wirtschaftsförderungsmittel, die es in diesem Land gegeben hat. Denn im Schnitt schafft jeder Meister, der sich selbstständig macht, nach wenigen Jahren drei, vier oder fünf Arbeitsplätze. Jawohl, wir wollen diese neuen Jobs im Handwerk, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP)

Mit dem Vorwurf, wir würden etwas für die Landwirte tun und diese seien unsere Klientel, da wir die Mittel für die Landwirtschaftskammer erhöht hätten, kann ich leben. Mit dem Vorwurf kann ich leben, weil wir damit nur versuchen, die Kollateralschäden zu beseitigen, die Frau Höhn bei der Neuordnung der Landschaftskammer hinterlassen hat. Sie hat sie zwangsfusioniert und nicht mehr mit dem notwendigen Geld ausgestattet.

(Beifall von CDU und FDP)

Übrigens, Frau Löhrmann, mag es Ihr Verständnis von Kammern sein, dass diese etwas mit ständischen Verhaltensweisen zu tun hätten.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Das ist Mittelalter!)

Wir halten es für richtig, dass sich die Menschen in diesem Land selbst organisieren. Wir sind Anhänger eines Systems, in dem sich die Wirtschaft, die Berufsverbände und auch die Landwirtschaft in Kammern selbst organisieren.

(Zuruf von den GRÜNEN und Ralf Jäger [SPD])

Wenn wir das einstellen würden, müssten wir für jeden dieser Bereiche Behörden schaffen. Inso-

fern ist es uns lieber, dass sie es selber machen. Denn wir wollen keine neuen Behörden in diesem Bereich schaffen, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP – Fortgesetzt Zurufe von SPD und GRÜNEN – Johannes Remmel [GRÜNE]: Was hat der Staat damit zu tun?)

Sie kritisieren auch, dass wir Mittel für den Flughafen Münster/Osnabrück zur Verfügung gestellt haben; ich bin immer noch bei diesem einen Titel.

Dazu sage ich Ihnen: Erstens haben wir nicht vergessen, wer die Investitionsmittel für diesen Flughafen im Rahmen des Planverfahrens – ich erinnere an die Diskussionen unter den Stichworten Neunauge und Glasbausteine mitten auf der Landebahn – um über 10 Millionen € nach oben gefahren hat. In Wahrheit ist hier ein Schadenersatz für eine Planungspolitik zu zahlen, die Frau Höhn zu verantworten hat. Das ist es, was hier abgedeckt wird, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP)

Abgesehen davon weiß jeder, dass Flughäfen Jobmaschinen sind,

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Lachnummer!)

und wir setzen darauf, dass auch an diesem Flughafen wie an anderen Flughäfen neue Arbeitsplätze entstehen.

(Hannelore Kraft [SPD]: Wo sind die Konzepte?)

Ich will zu einem weiteren Punkt kommen, zu dem sich eben schon Herr Papke geäußert hat.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Die standen doch vor der Pleite!)

Dem möchte ich gerne noch ein Argument hinzufügen. Herr Papke hat bereits darauf hingewiesen, dass es nicht nur den Antrag der FDP in Sachen Beitragsfreiheit des Kindergartens gegeben hat. Das ist ein Thema, dass bereits von Johannes Rau im Jahre 1980 – damals auch in einem Wahlkampf – das erste Mal vorgetragen worden ist.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Es ist wohlfeil, zu sagen: „Ich möchte gerne, dass keine Kindergartenbeiträge mehr erhoben werden.“ – Ehrlicherweise ist darauf hingewiesen worden – dafür bin ich angesichts all der falschen Zahlen und Behauptungen dankbar –, dass das Land nach dem Konnexitätsprinzip den Kommunen den entsprechenden Ausgleich bezahlen muss, wenn es so etwas beschließt.

Aber dabei handelt es sich ganz sicher um eine rein populistisch begründete Forderung, was angesichts der Tatsache, dass die SPD nach den neuesten Umfragen inzwischen unter 30 % liegt, wie heute über den Ticker gemeldet worden ist,

(Widerspruch von der SPD – Zurufe von der FDP: Oh!)

vielleicht eine gewisse Erklärung findet. Meine Damen und Herren, ich würde allerdings gerne noch einmal über die inhaltliche Frage mit Ihnen diskutieren: Sind wir wirklich in einem Zustand, in dem wir das Geld, das wir haben, in die Beitragsfreiheit stecken können? Oder ist es nicht sinnvoller, dafür zu sorgen, dass das Angebot für die unter Dreijährigen, das Sie uns hinterlassen haben, mit 2,8 % des Bedarfs ausgebaut wird? Ist es nicht sinnvoller, das Angebot bei den Ganztagschulen schneller, als das ursprünglich von Ihnen beabsichtigt worden ist, auszuweiten,

(Hannelore Kraft [SPD]: Nein!)

als bei den Kindergartenplätzen zu sagen: Wir sind für Beitragsfreiheit?

(Zuruf von der SPD: Warum nehmen Sie den Kommunen an anderer Stelle wieder Geld weg? – Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Wir haben in Nordrhein-Westfalen – das ist Ihnen bekannt, Frau Löhrmann – eine Bedarfsquote von 99 %. Bei den Migrantenkindern liegt sie bei 94 %. Es gibt keinen Grund, warum man die Beiträge jetzt erlassen sollte, um mehr Kinder in den Kindergarten zu bekommen. Die sind alle da. Das Problem ist, dass wir die Kindergärten leider noch nicht weit genug ausgebaut haben. Deshalb wollen wir Familienzentren einrichten. Da geht es zum Beispiel um die Verbesserung des Sprachunterrichts für diejenigen, die zu Hause in einem Umfeld leben, in dem nicht vorherrschend Deutsch gesprochen wird, sodass sie dann in der Schule eine Chance bekommen. Da investieren wir.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von der SPD: Das hat doch gar keinen Wert! – Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Gagga! Gagga!)

Um das zu erreichen, tun wir viel, gerade für Kinder.

(Ute Schäfer [SPD]: Da werden Sie aber ziemlich leise!)

Das ist nicht nur der Ausbau der Betreuung der unter Dreijährigen, die Verdoppelung der schulischen Sprachförderung, die Weiterentwicklung

der Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren, nicht nur im Schulbereich ...

(Zuruf von der SPD: Wo denn?)

– Also, wenn ich das schon höre: Wo denn? Entschuldigen Sie, aber es gibt den alten Satz: Auch bei Zwischenrufen sollte man das Gehirn einschalten, bevor man den Mund aufmacht.

(Beifall von CDU und FDP)

Auch diese Landesregierung ist nicht in der Lage, innerhalb von acht Monaten alle Projekte, die wir uns vorgenommen haben, umzusetzen. Das gebe ich ausdrücklich zu Protokoll. Wir werden auch noch die nächsten Monate mit Ihnen darüber diskutieren, dass wir noch nicht alles das, was wir umsetzen wollten, haben umsetzen können.

(Horst Becker [GRÜNE]: Wann denn?)

Das ist nun einmal so. Aber es ist wirklich nicht die überzeugendste Oppositionsstrategie, anderen, die acht Monate an der Regierung sind, vorzuwerfen, zu langsam zu sein, wenn man selber 39 Jahre Zeit hatte.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir sind stolz auf das, was wir im Bereich der Bildung tun; das ist ein Paradigmenwechsel. Das sind nicht nur die 1.000 neuen Lehrerstellen, die wir im letzten Jahr geschaffen haben, nicht nur die 1.000 Lehrerstellen als Äquivalent im Programm „Geld statt Stellen“, um den Unterrichtsausfall zu bekämpfen.

Damals haben Sie uns vorgeworfen: Warum habt ihr das noch nicht umgestellt? Ihr wart doch immer gegen „Geld statt Stellen“. Wieso habt ihr keine neuen Stellen eingerichtet? – Wo war denn Ihr Lob, dass wir es jetzt gemacht haben? Damals ging es aus Verfahrensgründen nicht. Jetzt machen wir es, und Sie haben Ihren Vorwurf von damals vergessen. Wir werden in diesem Jahr 1.000 neue Lehrer einstellen.

(Ute Schäfer [SPD]: Das stimmt nicht!)

– Frau Kollegin Schäfer, das war vorhin auch eine tolle Geschichte. Als Herr Linssen eben vorgetragen hat, dass wir von den 2.000 kw-Stellen, die in Ihrer Regierungszeit zur Streichung vorgesehen waren, 1.500 wieder reaktiviert haben,

(Ute Schäfer [SPD]: Womit belegen Sie das denn?)

haben Sie dazwischen gerufen: Sie kürzen also 500 Stellen. – Sie hatten die politische Verantwortung für die Kürzung von 2.000 Stellen,

(Hannelore Kraft [SPD]: Sie arbeiten mit Unterstellungen!)

von denen Ihre Nachfolger 1.500 zurücknehmen, zusätzlich aber weitere 620 für Ganztagschulen und weitere 250 Stellen für Sozialarbeiter zur Verfügung stellen. Daran zeigt sich wieder einmal, liebe Frau Schäfer: Es ist politisch falsch und bisher in keinem anderen Parlament der Bundesrepublik überhaupt vorgekommen, dass ehemalige Minister Sprecher in der Opposition werden. Das kann nicht klappen, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP – Marc Jan Euemann [SPD]: Was war denn mit Seehofer?)

Wenn man unsere Investitionen für Schule, Weiterbildung, Kinder und Jugendhilfe in diesem Haushalt würdigt,

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Weiterbildung? 20 % Kürzungen!)

kommt man dazu, dass für Kinder, Jugend und Bildung im Haushalt 2006 215,2 Millionen € mehr zur Verfügung stehen als im Vorgängerhaushalt.

(Beifall von CDU und FDP – Minister Dr. Helmut Linssen: Das ist entscheidend!)

Man kann als Opposition nicht dauernd Filetstückchen vorbringen, das Ganze aber nicht sehen. Jawohl, wir wollen manche Dinge anders machen. Jetzt war uns zum Beispiel wichtig, dass der Unterricht, auf den unsere Kinder einen Anspruch haben, in Zukunft auch wieder gegeben wird. Darauf liegt im Moment in diesem Haushalt der Schwerpunkt der Investition, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von Rüdiger Sagel [GRÜNE])

Lassen Sie mich eine Anmerkung zu den Debatten machen, die auch von den Jugend- und Sozialverbänden in den letzten Tagen öffentlich geführt worden sind. Helmut Linssen hat eben schon gesagt, dass es sich dabei um Entscheidungen gehandelt hat, die uns schwer gefallen sind. Natürlich kann man darüber diskutieren. Ich habe schon gestern gesagt: Mein Verständnis vom E-tatrecht des Parlaments – dem höchsten Recht, das das Parlament hat – ist nicht, dass die Landesregierung einen Vorschlag macht, bei dem das Parlament nur Ja oder Nein zu sagen hat.

(Zuruf von Ralf Jäger [SPD])

Aber, Herr Jäger, wenn man den Anspruch erhebt, ernst genommen zu werden, muss man von der Wirklichkeit ausgehen. Ich kann mich noch

sehr gut an die Debatten erinnern, als wir über den Landesjugendplan diskutiert haben.

(Zuruf von der SPD: Dann tun Sie das!)

Frau Löhrmann, auch damals haben Sie nur einen Teil der Wirklichkeit geschildert. Alles fing damit an, dass die damalige Regierung auch mit Ihrer Zustimmung – wenn ich mich richtig erinnere, waren Sie bei den Haushaltsplanberatungen immer persönlich dabei ...

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Ich nicht!)

– Sie nicht? Die Fraktionsvorsitzende nicht?

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Einmal war ich dabei!)

– Na, sehen Sie, einmal. Vielleicht war es ja gerade da; das ist aber auch egal.

(Heiterkeit)

Bei dem Haushaltsplan 2004/2005 sollte der Landesjugendplan von 97 Millionen auf 57,7 Millionen € gekürzt werden. Sie haben richtig gehört: 57,7 Millionen €. Dann hat es eine Debatte über diese Frage gegeben,

(Zuruf von der SPD: Was ist dann passiert? Das wissen Sie doch genau!)

und die Sache wurde im Rahmen der parlamentarischen Beratung auf 76 Millionen € angehoben und im Gesetz das Versprechen gemacht, demnächst auf 96 Millionen € hochzugehen. So war der Sachverhalt. Ich habe nur den Sachverhalt dargestellt, wir sind noch gar nicht bei der politischen Bewertung.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Im Nachtrag wurden noch mal 5 Millionen draufgelegt!)

– Nun hören Sie doch mal zu, nicht nervös werden! Man wird immer nur nervös, wenn man hier lediglich eine kleine Wirklichkeit vorgetragen hat. Wenn plötzlich die gesamte Wirklichkeit kommt, stellen die Leute fest: Es stimmte gar nicht. Sie hat nicht die Wahrheit geschildert, weil sie nur selektiv geschildert hat. – Um diesen Sachverhalt geht es.

(Fortgesetzt Zurufe)

Ich will nur auf Folgendes hinweisen: Nachdem jetzt klar ist, wie der Sachverhalt war, will ich Ihnen sagen, welche Beratungen wir dazu geführt haben. Natürlich wussten wir, dass auch wir – auch ich; Sie haben es eben noch mal vorgelesen – uns damals für die 96 Millionen € ausgesprochen hatten. Dann habe ich allerdings vom Finanzministerium zur Kenntnis nehmen müssen: Die Ist-

Ausgaben sind im Jahre 2005 um 5 Millionen € unter dem Ansatz von 75,1 Millionen € geblieben und im Jahre 2004 um 7,4 Millionen €.

(Hannelore Kraft [SPD]: Weil Sie eine Haushaltssperre gemacht haben!)

– Kann man nicht einfach einen Sachverhalt vortragen?

(Weitere Zurufe von SPD und GRÜNEN)

– Entschuldigen Sie, ich bin gerade bei 2004, und 2004 gab es überhaupt keine Haushaltssperre. Da waren Sie noch dran. Sie müssen bis zum Ende zuhören.

(Zuruf von der SPD: Sie haben 2005 gesagt! – Fortgesetzt Zurufe von der SPD)

– Ich hatte gerade die Zahlen von 2005 vorgetragen und trage jetzt die Zahlen von 2004 vor. Sind Sie bereit, das zur Kenntnis zu nehmen?

(Zuruf von der SPD: Ja!)

Machen Sie mal in Köln eine bessere Politik, dann brauchen Sie hier keine Zwischenrufe zu machen!

(Beifall von CDU und FDP)

Im Jahre 2005 lagen die Ist-Ausgaben um 5 Millionen € unter 75,1 Millionen € und im Jahre 2004 um 7,4 Millionen € unter dem Ansatz von knapp 80 Millionen €.

Dann ist schlichtweg die Frage aufgetaucht: Ist es denn eigentlich ehrlich, eine Haushaltsposition aufzunehmen, von der man vorher weiß, dass die Mittel nicht abfließen. Als zweiten Punkt kann man noch anfügen, dass der zuständige Minister Armin Laschet gesagt hat: Das machen wir aber nur dann, wenn wir sicherstellen, dass das weder die Einrichtungen der offenen Jugendarbeit – die teiloffenen Türen, die offenen Türen – noch die Jugendverbandsarbeit, also die institutionelle Jugendarbeit, trifft.

Sie haben vorgetragen, unsere Politik würde die zivilgesellschaftlichen Strukturen zerstören. Es ist bereits mehrfach in Pressemitteilungen von Minister Armin Laschet vorgetragen worden, dass er durch eine Veränderung der Prozentsätze von 60 auf 80 % dafür sorgt, dass wahrscheinlich die teiloffenen Türen, die offenen Türen und die Jugendverbandsarbeit in diesem Jahr mehr Geld zur Verfügung haben werden als im vergangenen Jahr.

(Beifall von CDU und FDP)

Deshalb ist es unehrlich von Ihnen zu sagen, dass wir da Strukturen zerschlagen. Es ist und bleibt unehrlich, und ich behaupte sogar: Gegen besse-

res Wissen tragen Sie das hier vor. Und das ist nicht in Ordnung.

(Zuruf von Ralf Jäger [SPD] – Minister Dr. Helmut Linssen: Kapierten Sie das doch endlich mal!)

Lassen Sie mich auch eine Bemerkung zum Thema Steinkohle machen. Frau Löhrmann hat mich eben zitiert: „Weg mit den Steinkohlensubventionen“ haben Sie versprochen. – Ich habe das nie so gesagt.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Ich habe nicht Sie gemeint, sondern die FDP!)

– Sie haben es in meine Richtung gesagt. Wenn Sie sich versprochen haben, ist es okay. – Schauen Sie, auch da sollten Sie mich über die Jahre gut genug kennen. Natürlich haben wir vorher darüber diskutiert, ob wir die Steinkohlensubventionen etatisieren.

Ich möchte nur in Ergänzung dessen, was gesagt worden ist, auf einen kleinen Punkt verweisen. Dieser kleine Punkt ist, dass es die von Ihnen getragene Landesregierung war, die bis zum Jahre 2008 Bewilligungsbescheide erteilt hat. Ich kann mich noch gut daran erinnern, dass ich im Wahlkampf darauf hingewiesen habe, dass man in Verhandlungen auch über die von Ihnen erteilten Bewilligungsbescheide reden muss. Damals gab es von Ihnen nach einem Fernsehinterview einen Riesenaufschrei: Jetzt bricht er das Recht, und es ist alles ganz furchtbar. – Das war mitten im Wahlkampf. All das ist vor der Wahl gewesen und nicht hinterher.

(Horst Becker [GRÜNE]: Die Grünen nicht!)

– Auch die Grünen, Herr Becker. Da waren Sie noch nicht dabei.

(Unruhe)

Die von Ihnen erteilten Bewilligungsbescheide, die in meiner Verantwortung so nicht erteilt worden wären, sind nun einmal erteilt. Wenn sie erteilt und rechtskräftig sind, halte ich mich an dieses gesetzte Recht. Ich lasse mir ja vieles vorwerfen, aber hierbei lasse ich mir nicht vorwerfen, dass wir eine Etatisierung vornehmen müssen, die leider dazu führt, dass bis zum Jahre 2009 nur 300 oder 350 Millionen € etatisiert werden konnten, und Sie verlangen: Das müsst ihr alles schneller machen. – Ich darf Sie darauf hinweisen: Es gibt auch noch das Jahr 2010, das im mittelfristigen Finanzplan leider nicht enthalten und frei ist. Wir bleiben bei dem, was wir gesagt haben:

Erstens. Wir müssen die Steinkohlensubventionen abbauen, um Spielräume für Investitionen in neue zukunftssichere Felder zu bekommen, gerade auch im Ruhrgebiet.

(Beifall von der CDU)

Zweitens. Es ist völlig klar, dass es beim Beschluss in der Koalitionsvereinbarung bleibt, bis 2010 bei den Steinkohlensubventionen insgesamt 750 Millionen € einzusparen. Darüber werden wir mit den Betroffenen – es gibt mehrere: nicht nur die RAG, sondern auch die IG BCE, die Bundesregierung und die saarländische Landesregierung – reden, wie das zu geschehen hat. Aber das Ziel ist klar.

Drittens. Es bleibt bei dem, was ich vor der Landtagswahl angekündigt habe und was im Koalitionsvertrag steht: Die bis 2008 erteilten rechtsverbindlichen Zuwendungsbescheide an die Deutsche Steinkohle sind einzuhalten. Für die Zeit danach gibt es keine Rechtsansprüche. Wir wollen mit allen Beteiligten einschließlich der Anteilseigner über die Rahmenbedingungen für das sozialverträgliche Auslaufen des subventionierten Bergbaus verhandeln und entscheiden.

Das ist die Position der Koalition und der Landesregierung. Wenn Sie in diese Richtung mitgehen wollen, sind Sie dazu herzlich eingeladen. Das ist das, was wir durchsetzen wollen, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP)

Nur finde ich es dann abenteuerlich, dass in der SPD – heute in der „Rheinischen Post“ nachzulesen – jetzt eine Debatte darüber geführt wird und es schon Gespräche über die Aufstockung von Subventionen gibt. Frau Kraft, in welchem Land leben Sie eigentlich? Kein vernünftiger Mensch kann doch ernsthaft die Aufstockung der Subventionen fordern, die 50 % der Investitionen für neue Arbeitsplätze ausmachen.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, die erste Lesung des Haushaltsplanentwurfs ist, wie ich finde, in vielfacher Hinsicht interessant gewesen. Ich habe mit Interesse zur Kenntnis genommen, dass wir es mit einer Opposition zu tun haben, die angreift und heute in der Zeitung ankündigt, dass man an diesen Haushalt Forderungen in Höhe von einer halben Milliarde Euro stellen will, uns allerdings verschweigt, wie man das Ganze finanzieren will.

(Widerspruch und Zurufe von der SPD)

– Ich werde überhaupt nicht nervös. Sie müssen schon ein bisschen früher aufstehen, um mich nervös zu machen.

(Heiterkeit bei der CDU)

Der Rede Sinn ist wohl und dunkel: 500 Millionen € fordern, aber ohne jeden Vorschlag, wie man das bezahlen will angesichts einer Neuverschuldung von fast 6 Milliarden € – Unseriosität, dein Name ist SPD, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP)

Wenn eine Partei, die der Wähler in die Opposition geschickt hat, ein so kurzes Gedächtnis hat, dass sie sich nicht mehr an das erinnern kann, was sie selbst noch vor wenigen Monaten vorgebracht hat, dann muss das einen Grund haben. Wir wissen auch, welchen Grund das hat. Der Grund liegt darin, dass die SPD genauso wenig wie die Grünen ihre Rolle in der Opposition bisher gefunden hat.

Wir lesen mit Interesse vom Streit zwischen der Fraktionsvorsitzenden und dem Parteivorsitzenden in der SPD.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Wir lesen mit Interesse über die Strategiedebatten: Der eine steht für eine langfristige Vorbereitung, die andere steht für Angriffe. – Das mag Sie intern alles interessieren, mich interessiert eigentlich etwas anderes – nicht, wie Sie gegenseitig Ihre Claims abstecken, sondern mich interessiert: Wofür stehen Sie eigentlich inhaltlich? Das wollen wir gerne einmal wissen: Wofür stehen Sie inhaltlich?

(Beifall von CDU und FDP)

Frau Kraft, es reicht nicht, eine Politik auf der Ebene des Boulevards zu machen. Es reicht nicht, nur laut und schrill mit Angriffen und Schlagworten zu argumentieren. Hier in diesem Parlament geht es nicht um parteipolitische Reden, sondern hier geht es um die Wirklichkeit. Es geht um die Menschen im Land. Die Wahrheit ist, dass Sie wahrlich nicht das Recht haben, irgendjemand anderem vorzuwerfen, er betreibe eine unsoziale Politik. Denn Sie von SPD und Grünen sind für das unsozialste Schulsystem verantwortlich, das es in einem Land der Bundesrepublik Deutschland gibt.

(Beifall von CDU und FDP)

Sie sind für 112 Milliarden € Schulden verantwortlich. Sie sind dafür verantwortlich, dass die Integrationspolitik, die wir vor fünf Jahren in diesem Land gemeinsam verabredet haben, nicht richtig umgesetzt worden ist. Und Sie sind, wie Helmut

Schmidt das vor wenigen Tagen gesagt hat, dafür verantwortlich, dass es in der Zentralregion dieses Landes, nämlich im Ruhrgebiet, bisher nicht gelungen ist, den Durchbruch hin in eine gute Zukunft zu erzielen.

Ich nenne Ihnen den Grund dafür – das belegen im Übrigen auch Ihre Ausführungen über Staatsverständnis im Rahmen dieser Haushaltsdebatte –: Sie haben Angst vor Veränderung, Sie haben Angst vor Neuem. Stattdessen fordern Sie immer vom Alten mehr. Aber so gewinnt man keine Zukunft.

(Lang anhaltender Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. – Für die SPD-Fraktion hat die Abgeordnete Walsken das Wort.

(Zurufe von CDU und FDP: Oh! – Unruhe)

– Meine Damen und Herren, darf ich Sie, wenn Sie den Plenarsaal verlassen, bitten, das schweigend zu tun.

Gisela Walsken (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! So viel Begeisterung? Bleiben Sie doch einfach. Von mir aus müssen Sie nicht gehen. Ich verspreche Ihnen: Es wird sich lohnen. Ich will das auch heiter machen. Herr Dr. Rüttgers, ich will Ihnen gerne auch durch meinen Auftritt klar machen, dass wir überhaupt nicht von Angst geprägt sind. Im Gegenteil! Sie haben sich heute an mehreren Stellen über diese Opposition beklagt. Das kann ich nachvollziehen: Wir jagen Sie und sagen Ihnen Dinge, die Sie nicht gerne hören.

(Zuruf von Helmut Stahl [CDU])

– Herr Kollege Stahl, Sie kommen mir mit Ihrem Zwischenruf gerade recht. Ich finde es hochinteressant, dass der Ministerpräsident und der Finanzminister als Einbringer des Haushaltes die Einzigen waren, die sich mit dem Haushalt auseinander gesetzt haben. Weder Sie, Herr Stahl, noch der Kollege Dr. Papke hielten es für nötig, über den Haushalt zu reden.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Sie haben sich mit uns und den Grünen beschäftigt. Wir danken dafür. Das scheint einen Riesenstellenwert zu haben.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe das Gefühl, es geht um etwas anderes. Herr Ministerpräsident Dr. Rüttgers hat gerade diesem Haushalt einen Stempel aufgeprägt. Er hat gesagt, er sei fair und gerecht und er sei stolz auf

diesen Haushalt. Meine Damen und Herren, wenn man die höchste Neuverschuldung vorlegt, die es jemals in diesem Land gegeben hat, und wenn man darauf stolz ist, dass der Haushaltsplan sozial gerecht und fair ist, wenn man nur bei den Kindergärten mehr als 100 Millionen € kürzt, also bei den schwächsten Gliedern dieser Gesellschaft, obgleich es nicht nötig gewesen wäre, dann ist mir klar, warum sich weder die FDP noch die CDU hier vollmundig für diesen Haushalt entscheiden.

Es war nicht nötig, Herr Dr. Rüttgers, dass Sie diese Kürzungen vornehmen. Es geht nicht darum, dass wir nicht kürzen wollen, sondern es geht darum, dass Sie zulasten der Kleinen, zulasten der sozial Schwachen diese ungerechten und unsozialen Kürzungen vornehmen, weil Sie 1 Milliarde € im Nachtragshaushalt in gut funktionierenden Landesbetriebe geschoben haben. Das ist unser Vorwurf.

(Beifall von der SPD)

Hätten Sie diese Milliarde nicht in den Sparstrumpf geschoben, hätten Sie nicht den Flughafen ausbau vorgesehen oder die Kammern weiter subventioniert, bräuchten Sie diese Kürzungen in dieser Größenordnung nicht vorzunehmen. Das, meine Damen und Herren, ist unser zentraler Vorwurf; denn hier zeigt sich, dass sich in diesem Land zulasten der Schwachen eine Menge negativ verändern wird. Das werden wir Ihnen in den Haushaltsplanberatungen der nächsten Wochen und Monate immer wieder vorhalten.

(Beifall von der SPD)

Herr Dr. Rüttgers, Sie sind stolz auf einen Haushalt, in dem angeblich mit ehrlichen Zahlen gearbeitet wird. Sie werden dabei nicht rot. Ich frage mich: Wo sind denn die etatisierten Steuermehreinnahmen? Wo ist das Geld aus der so effektvollen Haushaltssperre? Schade, dass der Finanzminister jetzt nicht da ist. Normalerweise ist es üblich, dass man bei den Haushaltsplanberatungen dabei ist. Ich finde das außerordentlich schade.

(Beifall von der SPD – Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers: Darf er nach vier Stunden nicht einmal kurz herausgehen?)

– Natürlich darf er auch einmal raus, aber schade, dass er gerade in diesem Moment nicht da ist. – Wo ist denn die Konsolidierung? Wo ist denn die Rückführung der Neuverschuldung, Herr Dr. Rüttgers, insbesondere dann, wenn ich mir die Meldung von ddp von heute Morgen um 9.18 Uhr ansehe, wonach Ihr Koalitionspartner, proklamiert durch Herrn Lindner, offensichtlich die Mehrwertsteuererhöhung im Bundesrat nicht mittragen

will? Dr. Linssen hat heute Morgen erklärt, das wird das Geld sein, das hier zum Abbau der Neuverschuldung verwendet wird. Wo sind denn die ehrlichen Zahlen? Wo sind die ehrlichen Positionen, auf die Sie stolz sind und die dazu führen, dass es in diesem Land sozial und gerecht zugehen wird?

(Vorsitz: Präsidentin Regina van Dinter)

Meine Damen und Herren, wir haben ganz erhebliche Bedenken. Es wird nicht tragen, wenn Sie versuchen, die Menschen in diesem Land zu belügen und ihnen Sand in die Augen zu streuen.

(Beifall von der SPD)

Warum, Herr Dr. Rüttgers, Herr Dr. Linssen, meine Damen und Herren von den die Landesregierung tragenden Fraktionen, machen Sie zusätzliche Schulden? Sie sagen, Sie fahren die Ausgaben im Landeshaushalt zurück, und zwar um gut 5 %. Nicht einmal das ist seriös. Ihr Haushalt wächst, die Ausgaben wachsen. Sie wissen, dass es mehrere Einmaleffekte gibt, die man aus der Haushaltsrechnung 2005 herausrechnen muss, nämlich die Strafzahlung an die WestLB in Höhe von 1,4 Milliarden €, die Kapitalzuführung an den BLB und Drittmittel in Höhe von fast 350 Millionen. Wenn ich das addiere, dann stelle ich fest, dass Ihr Haushalt ein höheres Volumen hat, obgleich Sie die Schwächsten dieser Gesellschaft, die Kinder, zu den Verlierern machen. Deshalb, Herr Dr. Rüttgers, werden wir Sie fragen, was Sie in diesem Land planen. Wo ist der Umbau in diesem Land? Was ist die Erneuerung, und zu wessen Lasten wird die Erneuerung in diesem Land stattfinden?

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, ich als Haushälterin will nicht verschweigen, dass auch wir kürzen mussten. Das ist überhaupt keine Frage. Wir haben im Doppelhaushalt 2004/2005 die Ausgaben um 1,4 Milliarden € gekürzt. Aber wir haben – das unterscheidet uns nachhaltig von Ihrer Politik – darauf geachtet, dass die sozial Schwachen nicht zu sehr belastet werden. Wir sind die Erfinder der Staffelung beim Weihnachtsgeld. Wir haben dafür gesorgt, dass soziale Einrichtungen, auch der Landesjugendplan, mit Kürzungen leben mussten, wobei wir wussten, dass wir die Mittel im nächsten Jahr wieder erhöhen werden. Wir haben mit Augenmaß geschaut, wo die sozialen Netze in Nordrhein-Westfalen sind und wie wir verhindern können, dass Löcher in diese Netze gerissen werden. Das ist der Unterschied zwischen unseren Politikkonzepten, meine Damen und Herren von CDU

und FDP, und auf diesen Unterschied bin ich als Sozialdemokratin stolz.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, ich möchte nun auf die Finanzpolitik an sich eingehen. Diesbezüglich würde ich mich gerne mit dem Finanzminister, der leider immer noch nicht da ist, auseinander setzen. Vielleicht machen wir das in den Ausschussberatungen. Ich versuche trotzdem, einige Aussagen, die mir wichtig sind, über den ehrlichen Kaufmann Dr. Linssen zu transportieren.

Sie haben im Haushalts- und Finanzausschuss gesagt, dass es bei Ihnen keine intransparenten Vorgänge in diesem neuen ehrlichen Haushalt geben wird. Ein Beispiel dafür waren die globalen Minderausgaben. Wenn ich mir den vorgelegten Haushaltsplanentwurf ansehe – ich bin sehr nah an den Zahlen –, dann stelle ich fest, dass das auch zu dem Kapitel „versprochen – gebrochen“ gehört. Fast 500 Millionen € haben Sie, obwohl der Finanzminister den Haushaltsplanentwurf für transparent erklärt hat, an globalen Minderausgaben und globalen Posten im Haushalt verteilt, insbesondere über die 1,5%ige Stelleneinsparung, die Absenkung des Weihnachtsgeldes, sächliche Verwaltungsausgaben und sogar die Erhöhung der Wochenarbeitszeit der Beamtinnen und Beamten. Meine Damen und Herren, verstehen Sie mich nicht falsch: Natürlich kann man mit globalen Minderausgaben arbeiten. Man kann jedoch nicht wenige Monate, nachdem man die Regierungsverantwortung übernommen hat, das, was man der alten Regierung permanent vorgeworfen hat, nämlich ein intransparentes Verfahren, selber machen, und zwar in einer Größenordnung, die wir in den Jahren vorher kaum erreicht haben.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Es gibt noch ein weiteres schönes Thema, über das ich gerne mit dem Finanzminister reden würde.

(Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers: Er ist da!)

– Er ist wieder da. Herzlich willkommen, Herr Dr. Linssen. Schön, dass wir uns heute doch noch in einen Dialog begeben können.

Interessant ist das Thema BLB; wir haben es bereits vorhin angesprochen. Sie haben in der Diskussion während der zweiten Beratung über den Nachtragshaushalt sehr deutlich dafür geworben, den Bau- und Liegenschaftsbetrieb zu entschulden. Wir sind bis heute der Meinung, das war falsch. Die Operation war nicht nötig, denn der

Betrieb war weder insolvent noch hatte er Liquiditätsprobleme.

Aber Sie haben gesagt, Sie lösten einen Schattenhaushalt auf. Wenn wir uns das jetzt genau ansehen, stellen wir fest, dass Sie genau das machen, was Sie damals im Haushalts- und Finanzausschuss angekündigt haben.

(Zuruf von der Regierungsbank)

– Nein, Sie haben es bei beiden gesagt. Sie haben gesagt, Sie unternähmen diese Operation, um Schattenhaushalte aufzulösen. Gott sei Dank sind ein paar Kollegen aus dem Haushalts- und Finanzausschuss anwesend, Herr Kollege Klein auch. Vielleicht ist er in der Lage, das hier mit einzubringen. Sie haben gesagt: Wir machen das, um Transparenz herzustellen, und wir lösen den Schattenhaushalt auf. – In Wirklichkeit haben Sie einen Sparstrumpf angelegt.

Aber: Wir schauen in den Haushaltsgesetzesentwurf und reiben uns verwundert die Augen. Paragraph 26 beschreibt, dass der Bau- und Liegenschaftsbetrieb künftig wieder Kredite – meine Damen und Herren, Sie hören richtig – in Höhe von 240,66 Millionen € aufnehmen soll. Das lesen wir exakt vier Wochen,

(Beifall von der SPD)

nachdem uns geschildert worden ist, wie notleidend dieser Betrieb ist. Ganz abgesehen davon, dass man damit das Thema Schattenhaushalte selbst ad absurdum führt, ist das ein Punkt, den wir uns noch genauer anschauen werden. Ich glaube, das, was wir Ihnen im Zusammenhang mit dem Sparstrumpf vorgeworfen haben, ist durch Ihre eigene Arbeit im Haushaltsplanentwurf 2006 mehr als dokumentiert.

Meine Damen und Herren, wir haben sicher noch Zeit, um uns mit einer ganzen Reihe von Themen, die den Haushalt betreffen, auseinander zu setzen. Wir werden uns noch viele Facetten genau anschauen. Wir werden an vielen Stellen sicherlich noch mehr Beispiele dafür finden, wie Sie die Ankündigungen der letzten Monate – nicht nur während des Wahlkampfes, sondern auch schon in der Regierungszeit – hier nicht umsetzen.

Ein Punkt ist mir heute schon wichtig: die Expertenkommission. Lieber Herr Dr. Rüttgers – aber jetzt ist der Herr Finanzminister da, dann machen wir das so –: Die Expertenkommission, von Ihnen hoch gelobt – der Herr Ministerpräsident hat sie persönlich eingesetzt –, ist zweifelsohne kompetent besetzt. Sie hat ein Ergebnis vorgelegt, das sich verkürzt so umschreiben lässt: Wir brauchen

10 % weniger Personal in diesem Lande, dann ist der Haushalt konsolidiert.

Der Finanzminister hat flugs betont, dass die Vorschläge der Expertenkommission erst einmal geprüft werden. Er hat sie kurz danach im Grunde schon wieder in die Schublade geschoben, weil er nämlich festgestellt hat, dass auch er einen solchen Stellenabbau in diesem Lande kaum realisieren könnte. Er hat dann gesagt, man werde erst einmal 1,5 % der Stellen abschmelzen.

Interessant ist, dass wir jetzt erfahren, dass der Herr Finanzminister eine Ausschreibung für ein Projektbüro Hartmann-Kommission herausgibt.

(Hannelore Kraft [SPD]: Hört, hört!)

Das ist nicht nur interessant, weil wir fragen werden, was das kostet, sondern es ist auch vor dem Hintergrund interessant, dass die 1,5 % Stelleinsparungen offensichtlich nur eine Zwischenoperation sind und dass Herr Finanzminister Dr. Linssen plant, sich dem Ergebnis der Hartmann-Kommission – 10 % weniger Stellen – doch langsam zu nähern.

(Hannelore Kraft [SPD]: Richtig!)

Das ist mein Vorwurf, Herr Dr. Linssen. Sagen Sie den Menschen deutlich, wenn das so ist. Sagen Sie ihnen, dass Sie ihnen über kurz oder lang kündigen werden müssen und sie aus vielen Dienststellen und aus vielen nachgeordneten Bereichen herausschmeißen müssen, wenn Sie diese 10 % Stelleneinsparungen umsetzen. Oder erklären Sie dem Haushalts- und Finanzausschuss und diesem Parlament, warum Sie eine Ausschreibung für ein Projektbüro Hartmann-Kommission inszenieren. Wir werden Ihnen dieses Thema noch in der einen oder anderen Debatte präsentieren, und wir werden uns in diesem Zusammenhang auch anschauen, was Sie mit dem Personal – den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in diesem Lande – machen.

Ein weiteres Thema im Zusammenhang mit dem Personal ist interessant: die Absenkung des Weihnachtsgeldes. Herr Dr. Linssen hat im Haushalts- und Finanzausschuss angekündigt, die Absenkung des Weihnachtsgeldes werde vom Bund eins zu eins übernommen. Herr Dr. Linssen, wir haben uns über das gewundert, was Ihnen Ihre Mitarbeiter damals aufgeschrieben haben, denn bis jetzt ist nirgendwo belegt, dass der Bund das Weihnachtsgeld auf 30 % absenken wird. Nach unseren Informationen irren Sie an dieser Stelle auch, denn in Berlin war das bis heute niemals ein Thema.

Wir sind der Ansicht, Sie sollten schleunigst Wort halten und der Beamtenschaft in unserem Land das geben, was Sie versprochen haben, nämlich mindestens 50 % des Weihnachtsgeldes, so, wie es auch der Bund machen will und wie es der Bundesinnenminister angekündigt hat. Wir sind gespannt, ob Sie Wort halten und im Rahmen einer Ergänzungsvorlage zu diesem Haushalt auch die 220 Millionen €, die dafür notwendig sind, einstellen und vor allen Dingen seriös decken. Ansonsten sind wir in der Kategorie „versprochen – gebrochen“, und ich bin sicher, an dieser Stelle wollen Sie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern – den Beamten – in diesem Lande diese Enttäuschung ersparen.

(Beifall von der SPD)

Dem Thema Stellen und Stellenakrobatik werden wir noch das eine oder andere Mal begegnen. Wir hatten ja vorhin schon die eine oder andere Kostprobe. Lassen Sie mich zur Situation an den Schulen nur so viel sagen – das wird sicher an anderer Stelle deutlich zu diskutieren sein –, dass das, was hier an Zahlenakrobatik geboten wird, ein Wahnsinn ist. Auch die Fachleute haben Probleme, dem noch zu folgen.

Sie verschweigen die Tatsache, dass Sie bis Ende 2006 500 Stellen an den Schulen abbauen werden. Die kw-Vermerke sind nämlich bis heute nicht aufgehoben. Wenn das so ist, dann bitte ich Sie, mir genau zu zeigen, wo das steht. Dann müsste es in diesem Haushaltsgesetzentwurf eine entsprechende Ermächtigung geben. Sie haben das bisher nicht gemacht. Im Gegenteil, bis zum Ende dieser Legislaturperiode stehen dort sogar 2.000 Stellen mit einem kw-Vermerk.

(Beifall von der SPD)

Herr Finanzminister, es gibt bisher noch keinen Hinweis, was mit diesen Stellen passieren soll. Wenn ich das unterstelle, schrumpfen nach Haushaltslage vom heutigen Datum die versprochenen 4.000 Stellen schon mit diesem Haushaltsentwurf 2006 um 50 %.

(Beifall von der SPD)

Das ist in diesem Haus zu widerlegen. Mein Wunsch an den Ministerpräsidenten ist – wenn er meint, wir operierten nicht mit seriösen Zahlen –, das aufzuklären, denn spätestens dann müsste, vielleicht über die Fraktionen CDU oder FDP, eine Veränderung im Hinblick auf die kw-Stellen und den Umgang mit ihnen erfolgen.

Meine Damen und Herren, in diesem Haushalt ist noch eine Fülle von interessanten Dingen zu fin-

den, aber wir bringen ihn heute nur ein und haben die erste Debatte.

Lassen Sie mich deshalb zusammenfassen: Dieser Haushaltsentwurf der neuen Landesregierung ist kein Haushalt der Erneuerung, sondern er ist ein Haushalt des Abbruchs. Er weist die höchste Verschuldung bei Einbringung eines Haushalts, die wir je in diesem Lande hatten, auf. Er ist verfassungswidrig; denn die Verfassungsgrenze wird erneut sehr deutlich gerissen. Dazu haben wir uns an anderer Stelle schon geäußert.

Wir werden in unserer Entscheidung, vor das Verfassungsgericht zu ziehen, deutlich bestärkt. Die Ausgaben dieses Haushalts wachsen, obwohl gerade da gekürzt wird, wo es nicht sein sollte, nämlich bei den Kleinen. Das ist ein Haushalt der Politik ohne Herz und Verstand.

Das ist ein Haushalt, bei dem die Kleinsten die größten Verlierer sind, und das im rüttgerschen Jahr der Kinder. Meine Damen und Herren, 2006 wird ein Jahr der Kinder, aber nicht im Sinne des Ministerpräsidenten. – Herzlichen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Walsken. – Für die CDU-Fraktion hat Herr Klein das Wort.

Volkmar Klein (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dieser Auftritt der Frau Kollegin Walsken war ja gerade wie eine kurze Botschaft aus einer ganz anderen Welt, in der das Geld noch auf den Bäumen wächst.

(Beifall von Christian Weisbrich [CDU])

Selbst meine Kinder wissen, dass das Schlaraffenland nicht real existierend ist. Insofern können wir, glaube ich, diesen Beitrag ad acta legen.

Ich bin sowieso richtig erstaunt darüber, wie es die Vorrednerinnen der Opposition hier schaffen, Positionen miteinander zu verbinden und gleichzeitig zu kritisieren, die enthalten: Wir sind gegen jede Einsparung. Wir sind außerdem dagegen, dass Schulden gemacht werden.

Das kann man ja sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn man an wirklich jedem Stammstisch punkten will, wenn man jede einzelne Interessengruppe bedienen will

(Zurufe von der SPD)

und obendrein noch hofft, dass die Widersprüche dabei nicht auffallen. Das kann man aber nicht

sagen, wenn man hier im Parlament einigermaßen glaubwürdig argumentieren will.

Sie müssen sich schon entscheiden, was Sie kritisieren wollen und was Sie fordern wollen. Wir wollen Ihnen da ja gar keine Vorgaben machen. Aber so lassen wir das im Landtag nicht durchgehen. Sie müssen entweder sagen, wo Sie mehr kürzen wollen, damit Sie weniger Kredite aufnehmen müssen, oder Sie müssen sagen, dass Sie weniger sparen wollen, müssen dann aber auch höhere Kredite akzeptieren. Beides gemeinsam geht nicht. Das ist etwas, was im Grunde eigentlich jeder auf den ersten Blick erkennt.

Die alte Regierung – ich werde noch darauf kommen – hat es zwar jahrelang versucht, aber genau das ist ja das Ergebnis, das dabei herausgekommen ist. Die Lage ist denkbar schwierig für uns. In den letzten zehn Jahren ist die Verschuldung dieses Landes von 62 Milliarden € auf 112 Milliarden € gestiegen. Jeder zehnte Euro unserer Landesausgaben muss für Zinsen reserviert werden. Das ist das, was Sie der neuen Landesregierung hinterlassen haben.

Konsolidierung ist notwendig. Das ist etwas, was jetzt gar nicht verwundert festgestellt werden kann, sondern das ist genau das, was wir auch vor der Landtagswahl – Frau Löhrmann, daran haben Sie sich ja eben gestört – den Menschen gesagt haben: Dieses Land braucht Konsolidierung. Schulden zu machen heißt, auf Kosten nachfolgender Generationen zu leben. Das ist unsozial, und das ist kinderfeindlich. Das muss geändert werden. Wir müssen die Ausgaben in den heutigen Landeshaushalten kürzen, wenn wir ein bisschen mehr Generationengerechtigkeit herstellen wollen, und das wollen wir.

Im Übrigen habe ich den Eindruck, dass die Menschen das ganz genauso sehen. Die große Mehrheit in unserem Land ist ganz generell für diesen Kurs der Konsolidierung. Natürlich – das ist auch ganz klar – haben sehr viele insbesondere dann Vorbehalte, wenn es um ihre ganz eigenen Bereiche geht. Aber das ist menschlich. Damit müssen wir leben. Wir müssen hier im Landtag und in der Landesregierung die Führungsverantwortung für das ganze Land übernehmen.

Deswegen muss sich hier Sparen an zwei Zielen orientieren. Wir brauchen erstens wieder solide Landesfinanzen. Das ist ein Gebot der Generationengerechtigkeit. Wir müssen zweitens – auch das passiert mit diesem Haushalt – Mittel freischaufeln für das, was gerade nach Pisa wirklich wichtig ist, nämlich für Investitionen in Köpfe und Kinder. Ich füge hinzu: Auch das ist wieder etwas,

was aus der Überlegung der Generationengerechtigkeit heraus geboten ist.

Wirklich und nachhaltig zu sparen ist aber nicht leicht. Wir stellen uns dieser Verantwortung und sind auch bereit – und leider ist das unumgänglich –, dabei harte Entscheidungen zu treffen. Wir müssen dazu stehen.

Wenn ich dann sehe, dass Sie lautstark alles kritisieren – sogar das, wo heute im Landeshaushalt 2006 im Grunde überhaupt keine Kürzung erfolgt –, dann finde ich das schon erstaunlich. Natürlich wäre es wunderbar, wenn wir ganz auf Elternbeiträge im Kindergarten verzichten könnten. Das scheint mir aber zum jetzigen Zeitpunkt eine völlige Illusion zu sein.

Genauso wie es eine Illusion ist, wenn man denkt, dass die bereits von Rot-Grün für 2004 und 2005 abgesenkte Sachmittelpauschale bei den Kindergärten wieder aufgestockt werden könnte. Das geht einfach nicht. Das ist eine Illusion. Sie stammt aus dem Land, in dem das Geld an den Bäumen wächst.

Da gab es schon realistischere Vertreter aus Ihrer Fraktion, liebe Frau Kollegin Walsken. Ich habe mit Freude alte Haushaltseinbringungsreden nachgelesen und festgestellt, dass am 3. September 1997 der damalige Finanzminister Schleußer bei der Einbringung des Haushaltsentwurfes 1998 problematisiert hat, dass bei der Verabschiedung des GTK eine Beteiligung der Eltern in Höhe von 19 % der Betriebskosten vorgesehen war, aber damals nur 12,8 % realisiert seien. Er halte eine sozialverträgliche Erhöhung der Beiträge nicht nur für vertretbar, sondern – sagte er damals in seiner Einbringungsrede – für zwingend geboten. Das sollten Sie vielleicht einmal nachlesen. Ich kann Ihnen die genaue Fundstelle gern geben. Das ist vielleicht gut zum Nachdenken.

Eine Abschaffung des Elternbeitragsdefizitsausgleichs stellt auch einen Anreiz dar für Kommunen, Beitragspotenziale voll auszuschöpfen. Es gibt nach wie vor Bereiche, in denen im Rahmen der bestehenden Beitragsstaffelung eben nicht alles ausgeschöpft ist. Aber das meiste an Kürzungen, die Sie bereits zu verantworten haben, wird überrollt.

Das Gleiche gilt für den Landesjugendplan. Herr Jäger hat sich eben mit Zwischenrufen so hervorgetan,

(Ralf Jäger [SPD]: Das kann ich auch jetzt tun!)

aber die Lautstärke von Zwischenrufen ändert doch überhaupt nichts an der Tatsache, dass hier

keine aktuelle Kürzung auf dem Tisch liegt, sondern genau das fortgeschrieben wird, was Sie bereits in den letzten Haushalten beschlossen haben. Allerdings – auch das haben wir eben schon einmal kurz gehört – wird die Struktur des Landesjugendplanes so verändert, dass viele inzwischen sagen, dass es besser ist als vorher, dass mehr Geld für die konkrete Arbeit ankommt

und eine größere Verlässlichkeit für die institutionelle Förderung da ist.

(Beifall von der CDU – Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Mit wem haben Sie da gesprochen?)

Hören Sie doch mit dieser Desinformation auf. Desinformationen gibt es in Hülle und Fülle.

(Gisela Walsken [SPD]: Haben Sie heute schon in den Pressespiegel geguckt?)

Die Grünen haben sich in den letzten Tagen zum Bereich der Krankenhäuser geäußert. Da wird überhaupt nicht gespart. Rund 170 Millionen € stehen wie in jedem Jahr für die Krankenhausfinanzierung im Haushalt.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Nein!)

Die alte Landesregierung hat die Zukunft mit 600 Millionen € an verbindlichen Zusagen auf der Basis von Verpflichtungsermächtigungen belastet. Ich sage, das war unanständig. Das war ein Wechsel auf die Zukunft.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Gucken Sie doch einmal in den Haushalt hinein! Die Zahlen sind gekürzt!)

Jetzt ist es aber bindend. Jede neue Zusage steht ohnehin frühestens 2011 zur Auszahlung an. Da ist ein Moratorium für weitere Zusagen doch ganz vernünftig, gerade um die zeitliche Differenz zwischen Zusagedatum und Auszahlungsdatum etwas zu reduzieren. Sie kennen doch alle diesen Zusammenhang. Dann davon zu reden, Krankenhäuser würden in die Insolvenz getrieben, ist entweder ignorant oder unverantwortlich. Beides zielt Sie aber nicht.

(Beifall von der CDU)

Überall wird aber auch echt gekürzt. Dazu stehen wir. Der Finanzminister hat eben aufgeschlüsselt, wie sich die Kürzungen in Höhe von 1,26 Milliarden € zusammensetzen. Das sind 2,6 % des Haushaltsvolumens. Praktisch alles ist betroffen. Wenn wir unser Ziel erreichen wollen, wieder Spielraum für die Zukunft unseres Landes zu schaffen und aufzuzeigen, führt – ich füge hinzu: leider – keine Überlegung daran vorbei, diesen Weg wirklich zu beschreiten.

Vielleicht sollten wir allgemein einmal eine kleine Lesestunde in Bezug auf den Haushaltsplan verabreden. Dann würden Sie beispielsweise nicht mehr sagen, es werde im Personalbereich zu wenig gespart. Der Finanzminister hat noch einmal dargestellt, dass nicht nur insgesamt 306 Stellen wegfallen, sondern dass insgesamt 306 Stellen wegfallen, obwohl im Bereich des Schulministeriums 2.075 zusätzliche Stellen ausgewiesen sind. Das ist der Umbau in die Zukunft, in Investitionen, in Köpfe und Kinder, den wir brauchen. Wenn wir die Zahl der Stellen trotzdem schon in diesem Jahr reduzieren können, dann ist das eine gute Leistung.

Wenn wir den Haushalt so oder mit kleinen Änderungen beschließen, die wir noch zu besprechen haben, dann ist das eine gewaltige Leistung. Sie sagen, das sei alles noch viel zu wenig? Machen Sie doch Vorschläge. Sagen Sie doch, an welchen Stellen Sie weitere Ausgaben kürzen würden und wo der Sparbeitrag nach Ihrer Meinung höher sein könnte.

Sie verweisen darauf, dass die Ausgaben jetzt insgesamt geringer sinken als es der Sparbeitrag ausmachen sollte. Genau das ist das Problem. Wenn wir nichts am Haushalt tun, dann wächst das Ausgabenvolumen unseres Haushalts kontinuierlich.

Die Expertenkommission hat uns ausgerechnet, dass das Defizit im Landeshaushalt bis zum Jahr 2010 auf 10 Milliarden € ansteigen würde. Das ist gar nicht so verwunderlich. Sie brauchen sich eigentlich nur den Personalhaushalt anzusehen.

Allein die Versorgungsausgaben verdoppeln sich in der Zeit von 2001 bis 2028 auf 7,2 Milliarden €. Ein Blick in die mittelfristige Finanzplanung lehrt das bereits. Das steht alles darin. Das sind aber alles noch Preise von 2001. Die Zahl der Versorgungsempfänger steigt drastisch. Gerade in dieser Zeit steigt die Zahl besonders stark. Wir haben eben gehört, dass die Zahl der Pensionäre allein von 2005 bis 2006 um 5.000 auf inzwischen 149.000 steigt.

Umso engagierter müssen wir für die Konsolidierung unseres Landes arbeiten, wenn wir sehen, wie viel Dynamik bei vielen Ausgabepositionen im Landeshaushalt verborgen ist. Frau Kraft sagte eben, der Staat würde beschließen, magersüchtig werden zu wollen. Abgemagert worden ist dieses Land Nordrhein-Westfalen durch das Ausmergeln, durch das Verbrauchen sämtlicher Ressourcen durch die letzte Landesregierung. Das hat den Magerungsprozess ausgelöst.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von der SPD: Ganz schön mager der Applaus!)

Es würde sicherlich alles noch viel schlimmer, wenn wir uns jetzt an den Forderungen der Opposition orientieren würden.

Frau Kollegin Walsken hat schon per Pressemitteilung und sicherlich sehr publikumswirksam bei der Deutschen Steuergewerkschaft in Münster nicht nur verlangt, dass es keine weitere Kürzung des Weihnachtsgeldes bei den Beamten mehr geben sollte – ein Volumen von 220 Millionen € –,

(Zuruf von Gisela Walsken [SPD])

sondern dass auch die von Rot-Grün verantworteten Kürzungen wieder zurückgenommen werden sollen.

(Gisela Walsken [SPD]: Überprüft werden! Sie müssen richtig zitieren, Herr Kollege!)

Das sind weitere 408 Millionen €.

Zu unserer Überraschung hören wir heute, dass auch noch ein beitragsfreies Kindergartenjahr gefordert wird. Das wurde schon mit 90 Millionen € beziffert. In der Summe würden Sie gern zusätzlich rund 700 Millionen € ausgeben.

(Gisela Walsken [SPD]: Warten Sie einmal, bis die Anträge vorliegen! Warten Sie einmal ab!)

Das würde die Verschuldung um weitere 700 Millionen € steigen lassen.

(Sören Link [SPD]: Dann war Ihr Verhalten 39 Jahre lang völlig fremd, oder?)

– Ist es jetzt so, dass Sie mit der Zeit Schulden in Höhe von 112 Milliarden € hinterlassen haben, oder nicht?

(Sören Link [SPD]: Sie haben 39 Jahre lang gefordert und gefordert!)

– Lieber Kollege Link, wenn es darum geht, wer wie realistisch ist, dann habe ich den Eindruck, dass dieses Unrealistische in Ihren jetzigen Vorschlägen auch schon Tradition hat.

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

Vor fünf Jahren hat der damalige Finanzminister Steinbrück bei seiner Einbringungsrede erstens angekündigt – vielleicht ein kleiner Scherz zum Erheitern –, dass der Metrorapid bis zur Fußball-WM 2006 in Betrieb sein werde.

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Das ist er ja. Er fährt aber in China.

Zweitens hat er angekündigt, die Personalausgaben auf 50 % der Steuereinnahmen zu begrenzen. Tatsächlich hatten wir im vergangenen Jahr Personalausgaben in Höhe von 60 % der Steuereinnahmen. Das hatte mit Realismus alles nichts zu tun.

(Zuruf von Gisela Walsken [SPD])

Der neue Finanzminister wird es schaffen, dieses Ziel zu erreichen.

(Gisela Walsken [SPD]: Mit höherer Neuverschuldung! Genial!)

Wenn wir mit Ihren Forderungen zu Werke gingen, dann würde die Schuldenexplosion der vergangenen Jahre fortgesetzt.

(Beifall von CDU und FDP – Gisela Walsken [SPD]: Durch Neuverschuldung!)

Die Vorredner haben völlig Recht, wenn sie darauf hinweisen, dass die Neuverschuldung, die für 2006 geplant ist, auf jeden Fall zu hoch ist. In der Tat ist der Hinweis

(Zuruf von Gisela Walsken [SPD])

– freuen Sie sich nicht zu früh! – durchaus richtig, dass die geplante Neuverschuldung die Kreditverfassungsgrenze des Artikels 83 der Landesverfassung übersteigt. Trotzdem ist der Haushalt nicht verfassungswidrig, weil es nach 39 Jahren Rot-Grün objektiv unmöglich ist, diese Kreditverfassungsgrenze einzuhalten.

(Zuruf von Gisela Walsken [SPD] – Sören Link [SPD]: Für Sie ist es unmöglich!)

– Da hat der Zwischenrufer Recht: Es ist für uns unmöglich, weil wir uns darauf verständigt haben, mit echten Zahlen zu arbeiten. Und das gehört zur Ehrlichkeit und Transparenz.

(Weitere Zurufe von der SPD)

Sie haben es in der Vergangenheit geschafft und würden es auch jetzt schaffen, einen Haushalt mit vielen alten, trotzdem schlechten Tricks vorzulegen, die auf dem Papier diese Verfassungsgrenze zurzeit der Aufstellung einhalten würden. Das könnten wir auch.

(Gisela Walsken [SPD]: Warum tun Sie es nicht?)

– Wir machen es eben nicht, weil das nicht ehrlich und transparent ist.

(Zuruf von Gisela Walsken [SPD])

Liebe Frau Kollegin Walsken, Sie haben 100 Millionen € aus einem angeblich möglichen Verkauf

der LEG in den Haushalt eingestellt. Das ist geschehen. Das war nie haushaltsreif. Das hat Ihnen aber geholfen, die Grenze einzuhalten. Sie haben 50 Millionen € für die Auflösung der Schulfonds eingeplant. Das hat nicht funktioniert. Es hat Ihnen aber bei der Aufstellung des Haushalts geholfen.

Sie haben 230 Millionen € Darlehensrückflüsse aus dem BLB eingeplant, die nie kommen konnten. Sie haben 150 Millionen € aus der Abtretung von Forderungen eingeplant, die nie abgetreten werden konnten. Das ist die fehlende Ehrlichkeit, die wir beklagen.

(Beifall von der CDU)

Weil wir das nicht machen, ist es in der Tat objektiv unmöglich, diese Grenze in der Landesverfassung nach Artikel 83 zu erreichen.

(Zuruf von Gisela Walsken [SPD])

Es ist noch nicht einmal das Einzige! Sie haben genauso sorglos mit den Steuereinnahmen hantiert. Sie haben auch die Steuereinnahmen so geschätzt, dass es passte. Die Differenz zwischen dem Ansatz im Haushaltsplanentwurf und dem späteren Ist-Aufkommen liegt doch tatsächlich in diesen letzten vier Jahren 2001 bei minus 1,7 Milliarden €, 2003 bei minus 3,6 Milliarden €, 2004 bei minus 1,4 Milliarden € und 2005 bei minus 3 Milliarden €.

Wer so schätzt, der bekommt den Haushalt so hingebogen, dass er zum Zeitpunkt der Aufstellung auch wirklich passt.

(Gisela Walsken [SPD]: Applaus fehlt!)

Früher war das nordrhein-westfälische Finanzministerium berühmt dafür, gemeinsam mit dem Bund und Bayern die jeweils beste Prognose für die Steuereinnahmeschätzung ermitteln zu können. Finanzminister Schleußer hat stets mit ziemlichem Stolz auf seine zielgenauen Haushaltsansätze verwiesen. Er hatte Recht damit. Ich vermutete einmal, dass die Fachleute im Ministerium das nach wie vor so können.

Es musste aber so geschätzt werden, damit es passte, damit auf dem Papier der Haushalt in Relationen kommt, die dem Artikel 83 der Landesverfassung entsprechen. Aber das hat mit der Sache nichts zu tun.

(Karl Schultheis [SPD]: Müssen wir nicht noch erwähnen, dass Herr Schleußer der SPD angehört hat?)

Da hatte auch Ihre Partei noch Finanzminister, die mehr nach dem Prinzip ehrlicher Kaufmann gear-

beitet haben, als das zu späteren Zeitpunkten der Fall gewesen ist.

(Beifall von der CDU)

Eben wurde darüber philosophiert, auf welchem Gleis der „Zug NRW“ fährt. Ich habe den Eindruck, dass der „Zug Nordrhein-Westfalen“ auf offener Strecke stehen bleibt, wenn wir so arbeiten wie bisher. Der Motor ist nämlich kaputt. Sie haben – ich denke, das ist durch diese Luftbuchungen, die ich gerade aufgezeigt habe, deutlich geworden – nie am Motor repariert, sondern Sie haben immer nur den Karoserieschlosser geholt, als ob es sich um einen Schönheitswettbewerb handelte. Sie haben mit Plaste das Führerhaus aufgemotzt, aber nicht dafür gesorgt, dass der Haushalt wieder in Ordnung kommt.

(Beifall von CDU und FDP)

Sie sehen, es wäre ein Leichtes, wenn wir mit den gleichen alten, faulen Tricks den Haushalt umgestalten würden, um die Grenze zu erreichen. Das tun wir aber nicht.

Erstaunlich finde ich, dass der eine oder andere jetzt die Tatsache, dass der Finanzminister offen und ehrlich vorgeht und keine Tricks anwendet, auch als Trick bezeichnen möchte.

Es hat mir eine gewisse Freude bereitet, ein Interview mit dem Dresdner Prof. Seitz ausgerechnet in der „taz“ zu lesen, der nach diesen – es war schon fast ironisch gemeint – „Tricks“ von Minister Linssen befragt wurde.

Ich zitiere mit Genehmigung der Präsidentin aus der „taz“ vom 2. Februar dieses Jahres. Frage nach Trick 1:

„Minister Linssen rechnet nicht mit zu erwartenden günstigen Steuerschätzungen?“

Antwort:

„Was Linssen macht, ist absolut vernünftig. Einnahmen, die auf Prognosen der Steuerschätzung beruhen, sollten die Länderfinanzminister nicht einplanen.“

Der nächste angebliche Trick, nach dem Prof. Seitz gefragt wird:

„Linssen verzichtet darauf, geplante Verkäufe von Landesgesellschaften wie die Privatisierung der LEG in den Haushalt einzusetzen.“

Antwort von Prof. Seitz:

„Gott sei Dank, es gibt keinen Grund, außerplanmäßige Vermögenswerte im Vorgriff zu etatisieren.“

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Der Mann hat Ahnung!)

Meine Damen und Herren, es ist schon ein Unterschied, ob man das vorher als Luftbuchung einsetzt oder ob man dies nicht tut, das heißt, den Haushalt trotzdem mit entsprechenden Kürzungen vernünftig im Rahmen dessen, was möglich ist, fährt und dann für 2006 das ankündigt – wie es im Nachtragshaushalt 2005 der Fall gewesen ist –, was sich zu einem späteren Zeitpunkt als Verbesserung darstellt, nämlich wirklich die Konsolidierung für die Reduzierung der Neuverschuldung zu nutzen. Das ist auch für den Haushalt 2006 geplant. Sie können das auf Seite 54 des Haushaltsgesetzes nachlesen. So geht ein vorsichtiger Kaufmann vor. Und das werden wir genauso auch tun.

(Beifall von CDU und FDP)

Noch ein kurzer Hinweis: Frau Kollegin Walsken hat eben behauptet, dass globale Minderausgaben auch unsererseits wieder in den Haushalt eingestellt würden. Wir haben in der Vergangenheit kritisiert, dass es völlig unspezifische globale Minderausgaben gab, die Sie nur deswegen eingesetzt haben, weil Sie damit nicht entscheiden mussten, wo Sie sparen wollen. Bei dem, was jetzt im Personalbereich an globalen Minderausgaben im Haushalt aufgeführt ist, ist sehr wohl ganz genau aufgelistet, wie es sich zusammensetzt, nämlich genau aus den Personalmaßnahmen, die Sie eben kritisiert haben.

(Gisela Walsken [SPD]: Ich habe nicht die Personalmaßnahmen kritisiert!)

Also erzählen Sie hier nicht die Mär davon, dass wir genauso mit globalen Minderausgaben umgehen würden, wie Sie das früher getan haben.

Meine Damen und Herren, es ist in der Tat keine vergnügungssteuerpflichtige Aufgabe, diesen Haushalt so durchzusetzen. Aber wir müssen das tun, wenn wir die Potenziale unseres Landes entwickeln wollen. Wir müssen das tun, wenn wir wirklich in Köpfe und Kinder in Nordrhein-Westfalen investieren wollen.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Letzteres tun wir. Wir werden – daran lassen wir uns am Ende der Legislaturperiode messen – 4.000 zusätzliche Lehrerstellen schaffen.

(Sören Link [SPD]: Das ist ja unglaublich!)

Wir bauen die Ganztagsbetreuung aus – etwas, was Sie lange genug verschlafen haben.

(Sören Link [SPD]: Das ist ja lächerlich! Haben Sie doch jahrelang bekämpft, die Ganztagsbetreuung!)

Wir schaffen 900 dauerhafte Vertretungsstellen in Grundschulen, die dort wirklich helfen, den Unterrichtsausfall zu bekämpfen. Familienzentren werden entwickelt. Das ist auch etwas, was Investitionen in Köpfe und Kinder bedeutet.

Ich rufe Sie auf: Stellen Sie sich doch diesem Wettbewerb der Ideen! Seien Sie doch kreativ und nicht destruktiv! Das reicht nämlich hier in diesem Hause nicht.

Wir gehen den eingeschlagenen Weg der Konsolidierung im Interesse der Zukunft unseres Landes und gerade im Interesse der Zukunft unserer Kinder. Wir sind sicher, dass Finanzminister Dr. Helmut Linsen, der Ministerpräsident, die ganze Regierung und hinterher auch die Mehrheit dieses Hauses mit diesem Weg auf dem richtigen Konsolidierungskurs für Nordrhein-Westfalen sind. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP – Zurufe von der SPD: Glück auf!)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Klein. – Für die Grünen spricht nun der Abgeordnete Sagel.

Rüdiger Sagel (GRÜNE): Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste! Sehr geehrte Frau Präsidentin! Zunächst einmal an die Koalitionsfraktionen: Man sollte nicht durcheinander bringen, Herr Klein – Herr Papke ist nicht da, aber Frau Freimuth sehe ich –, dass es um Ihren Haushaltsentwurf, um den Haushaltsentwurf 2006 der Landesregierung geht und nicht darum, dass wir unsere Vorschläge, die wir im Haushaltsverfahren noch machen werden, zur Diskussion stellen. Wir setzen uns heute mit dem auseinander, was Sie hier eingebracht haben.

(Beifall von Sylvia Löhrmann [GRÜNE] – Rudolf Henke [CDU]: Solange Sie keine nennen, haben Sie auch keine Alternative!)

– Ich zitiere Ihren Finanzminister; warten Sie einmal einen Augenblick ab.

Wir werden sehr konkrete Vorschläge machen. Wir werden einen aus unserer Sicht sehr konsistenten Haushaltsentwurf hier vorstellen. Aber heute ist die Stunde, in der man sich mit dem Regierungsentwurf auseinandersetzt, und genau das tun wir an dieser Stelle.

(Beifall von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Wenn hier von der Kultur des Verzichts die Rede ist, dann kann ich Ihnen nur sehr deutlich sagen: Jawohl, es wird sicherlich zu diskutieren sein, wo zweifellos Haushaltseinsparungen gemacht werden müssen, aber – das habe ich hier heute überhaupt nicht gehört – man muss auch darüber nachdenken, wo der Haushalt verbessert werden könnte. Wo gibt es Möglichkeiten Einnahmen zu erzielen? – Dazu habe ich weder von der Landesregierung noch vonseiten der Koalitionsfraktionen an irgendeiner Stelle etwas gehört.

Der Ministerpräsident hat den Vorwurf gemacht: Was kritisieren Sie eigentlich? – Er ist jetzt leider nicht mehr da, aber ich möchte für unsere Fraktion ihm an dieser Stelle sehr deutlich sagen: Sie kürzen an der falschen Stelle, und Sie machen Klientelpolitik. Das sind die beiden wesentlichen Vorwürfe, die wir Ihnen als Grüne zu machen haben.

Wenn man sich Ihren Haushaltsentwurf anschaut, dann muss man konstatieren: Es ist, wie schon mehrmals erwähnt wurde, der Haushaltsentwurf, der die höchste Neuverschuldung in der Geschichte Nordrhein-Westfalens beinhaltet. Knapp 6 Milliarden Neuverschuldung – das zeigt die Einbringung Ihres Haushaltes.

Wenn man einmal die mittelfristige Finanzplanung betrachtet – dazu ist heute auch noch kein Wort gesagt worden –, stellt man fest, dass ausgehend vom Zeitpunkt der Wahl eine Neuverschuldung von ca. 105 Milliarden € bestand, Sie aber selber zum 31.12.2009 eine Neuverschuldung von 132,6 Milliarden € vermerken. Das ist das, was Sie bereits konstatieren. Wahrscheinlich werden Sie noch ein ganzes Stückchen höher liegen. Ich glaube, dass Sie die 140 Milliarden erreichen, wenn nicht sogar überschreiten. Sie hätten dann in fünf Jahren Regierungszeit – wenn Sie es tatsächlich bis zum Jahre 2010 schaffen – über 20 % der Gesamtschulden des Landes Nordrhein-Westfalen zu verantworten. Das ist Fakt.

(Beifall von den GRÜNEN – Widerspruch von der CDU)

Das ist Ihre Realität, die Sie jetzt schon in der mittelfristigen Finanzplanung stehen haben. Das ist Ihre Schuldenpolitik, die Sie heute schon konstatieren. Dieser Landeshaushalt 2006 ist der erste Schritt, genau diese Summe von rund 140 Milliarden € Verschuldung zu erreichen.

(Beifall von den GRÜNEN – Christian Weisbrich [CDU]: Herr Sagel, Sie haben 40 % in fünf Jahren gemacht! – Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Wenn der Finanzminister bei seiner Einbringung den Zauberlehrling bemüht, dann kann ich Ihnen nur sagen: Ja, mit Geistesstärke vollbringe ich auch Wunder – so heißt es ja so schön. Bloß von Wunder kann ich hier nichts erkennen. Es geht nicht nur darum, irgendwelche Geistesblitze zu entwickeln, sondern es geht tatsächlich darum, einen soliden Haushalt auf den Weg zu bringen, und das kann ich, ehrlich gesagt, nicht erkennen.

(Dr. Stefan Berger [CDU]: Davon waren die Grünen weit entfernt!)

Schon der zweite Nachtragshaushalt 2005 – das haben wir sehr deutlich gemacht – war eine Katastrophe. Sie haben dort über 2 Milliarden € Neuverschuldung draufgepackt. Nachher mussten Sie allerdings konstatieren, dass es nicht so war. 733 Millionen Schulden sind wieder heruntergekommen. Von daher sah der Haushalt wesentlich günstiger aus, als das was Sie eigentlich vorhatten. Sie wollten nämlich – das war das erklärte Ziel –, diesen Haushalt für 2005 so hochschrauben, dass Sie jedes Jahr behaupten können: Ja wohl, wir machen solide Haushalte, weil wir mit unseren Schulden schon unter dem Endergebnis von 2005 liegen.

(Beifall von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Das werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen, denn das ist eine Politik, die aus unserer Sicht überhaupt nicht akzeptabel ist.

Wenn man sich das anschaut – Sie konstatieren hier Gesamteinsparungen von 1,265 Milliarden € –, und wenn man nachfragt – das haben wir schon beim Nachtragshaushalt erlebt –, wie das konzeptionell umgesetzt werden soll, dann muss man allerdings feststellen, dass Ihre Kürzungen überhaupt gar kein Konzept haben. Es ist so, dass die freien Träger damit konfrontiert worden sind, innerhalb von zwei Wochen keine Perspektive mehr zu haben. Das haben Sie auch Ende letzten Jahres gemacht. Und das schreiben Sie in diesem Haushalt fort.

Ich frage mich – Sie sitzen ja auch in Berlin in der Regierung; das ist auch ein kleiner Wink Richtung SPD –: Wie soll denn, wenn man an die Einnahmeseite denkt, die Politik weitergehen? Ich bezweifle, dass die Mehrwertsteuer 2007 so stark erhöht wird, wie das geplant ist. Viele werden 2006 das kaufen, was sie kaufen müssen, um sich die Mehrwertsteuererhöhung 2007 zu ersparen. Merkel plus Münte – viele wollen das nicht. Das ist ganz klar. Es trifft vor allem die schwächeren Haushalte.

Auf der anderen Seite – das werfe ich CDU und FDP, aber auch der SPD vor; da sollten Sie schön vorsichtig sein und sehr genau hinsehen, was Ihre Kollegen in Berlin machen – ist eine weitere Senkung der Unternehmensteuer geplant. Im Gespräch sind 19 %. Diese Steuer ist ja schon auf 25 % heruntergefahren worden. Auch das ist der Haushaltssituation sehr, sehr abträglich. Wir Grüne kritisieren das. Auch diese Senkung ist eine sehr gefährliche Sache. Deswegen sollte auch die SPD sehr vorsichtig sein und sehr genau hinsehen, was sie hier macht.

Dann noch ein Wort zur Steinkohle: Es gibt durchaus Möglichkeiten, auch in diesem Haushalt schon etwas bei der Steinkohle zu tun. Nach den vertraglichen Regelungen sind auf der Basis von 40 € pro Tonne – 26 Millionen t werden gefördert – und einem höheren Weltmarktpreis von 60 oder 65 € Einsparungen tatsächlich drin. Da muss natürlich konkret verhandelt werden.

(Beifall von den GRÜNEN – Widerspruch von der CDU)

Gerade Sie von der FDP haben sich hierzu immer lautstark verhalten. Ich kann mich da noch an Herrn Möllemann erinnern. Er und Herr Papke waren die lautesten Schreier hier im Landtag: Die Steinkohlesubventionen müssen herunter! – Im letzten Jahr waren es 494 Millionen €, im Haushalt 2006 sind es 572 Millionen €. Das ist die Situation. Ich nehme Sie da beim Wort, Herr Papke. Ich bin sehr gespannt, was Sie da tatsächlich durchsetzen.

(Beifall von den GRÜNEN – Dr. Gerhard Papke [FDP]: Sie haben uns das eingebracht!)

Das ist jetzt Ihr Job. Da können Sie sich nicht herausreden.

Sie bereiten ja auch schon die nächste Lügengeschichte vor. Es war sehr interessant, was heute zum Landesjugendplan gesagt worden ist. Sie sind doch schon dabei, sich aus der ganzen Geschichte rauszueiern.

(Horst Becker [GRÜNE]: So ist das!)

Sie waren doch diejenigen, die den Leuten im Land 96 Millionen € für die Förderung des Landesjugendplans versprochen haben.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie haben die 96 Millionen € hier doch lautstark mit einer Volksinitiative gefordert. Und jetzt so zu tun, als würden Sie an anderer Stelle so viel für

Kinder und Jugendliche machen, ist doch lächerlich. Das nimmt Ihnen auch niemand ab.

(Beifall von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Im Landespressespiegel von heute wird das auch sehr deutlich. Der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege, Herr Becker, spricht von Vertrauensbruch. Und genau das machen Sie hier.

(Beifall von den GRÜNEN – Rudolf Henke [CDU]: Das stimmt aber nicht! Dem muss man entgegentreten! Das ist nicht wahr!)

Gerade in den Bereichen Kinder, Jugend, Familie, Gesundheit und Soziales sind Sie mit großen Versprechungen in den Wahlkampf gezogen. Davon wollen Sie jetzt nichts mehr hören.

Ich habe mir sehr genau angehört, welche Zahlen Sie – auch Herr Rüttgers – hier vorgetragen haben. Es ist doch so: Sie gehen mit Ihrem Haushaltsentwurf jetzt noch unter das, was wir im Nachtragshaushalt beschlossen haben. Wir haben nämlich noch 5 Millionen € draufgepackt. Sie gehen jetzt sogar noch darunter.

(Beifall von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Das ist wirklich infam, was Sie hier machen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie haben natürlich immer die schreckliche Haushaltslage des Landes beklagt und eine Reduzierung der Schuldenlast versprochen. Doch wenn man sich das einmal genau anguckt – ich habe gerade deutlich gemacht, wie die mittelfristige Finanzplanung aussieht –, erkennt man, dass die Zahlen, die Sie selber hineinschreiben, eine andere Sprache sprechen.

(Rudolf Henke [CDU]: Welche Nettoneuverschuldung halten Sie denn für möglich?)

– Wir als Grüne werden hier ein anderes Konzept vorschlagen.

(Ralf Witzel [FDP]: Welches?)

Sie können sich sicher sein: Wir werden hier noch vor Abschluss der Beratungen im Mai ein in sich konsistentes Konzept vorschlagen. Wir werden darlegen, wie unsere Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung aussehen.

(Rudolf Henke [CDU]: Welche Nettoneuverschuldung halten Sie für möglich?)

Sie werden sich noch wundern!

(Christian Weisbrich [CDU]: Wir werden uns wundern! Das glaube ich auch!)

Ich kann bei Ihnen nur eine Mischung aus Widersprüchen, Symbolpolitik und Schritten in eine völlig falsche Richtung erkennen. Einiges ist schon angesprochen worden, zum Beispiel Ihre Lobbypolitik. Es ist ja nicht nur so, dass Sie die Steinkohlepolitik fortsetzen – im Bund regiert Schwarz-Rot, und Sie müssen das hier nachvollziehen –, sondern es geht natürlich auch um die Landwirtschaftskammern. Das ist der nächste große Lobbybereich. Gerade die FDP, Herr Papke, die immer die selbsternannten Weltmeister im Bürokratieabbau waren, trägt jetzt mit, dass die Landwirtschaftsbürokratie massiv gefördert wird, dass da noch einmal 17 Millionen € draufgepackt werden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das ist die Politik, die Sie machen, Herr Papke. Sie sind ein großer Schreier im Landtag. Aber Ihre konkrete Politik ist genau das Gegenteil von dem, was Sie sagen. Sie machen an dieser Stelle gemeinsam mit der CDU Klientelpolitik.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die neue Landesregierung hat ihren Versprechungen bislang alles andere als Taten folgen lassen, obwohl Sie gesagt hatten: Wir werden nicht nur Versprechungen machen, sondern auch Taten folgen lassen. – Wie sehen Ihre Taten denn aus? Sie haben Bilanzkorrekturen gemacht.

Es wird ja immer gesagt, Wirtschaft und Arbeit sind die großen Themen. Was ist denn in der Arbeitsmarktpolitik passiert? Auch da wird massiv gekürzt. Wie sieht es denn aus? Sie haben nach wie vor über 1 Million Arbeitslose. Im Etat des großen Innovationsministers – er ist im Moment leider nicht da – wird gerade das Technologie- und Innovationsprogramm um 6 Millionen € gekürzt. Das ist die reale Politik, die Sie auch in diesem Bereich machen.

Ich habe auch große Bedenken und bin sehr gespannt, ob die Zahlen zu Steuerschätzung und Wirtschaftswachstum tatsächlich halten werden. Vom Finanzminister ist ja groß angekündigt worden: Meine Zahlen stimmen. – Ich bin sehr gespannt, ob die Schätzung von 1,8 % Wirtschaftswachstum tatsächlich zum Tragen kommt. Ich bin auch sehr gespannt, ob die Steuereinnahmen so sprudeln, wie Sie das eingeplant haben. Ich habe daran große Zweifel. Aber wir werden es ja sehen.

Ich kann nur feststellen: In vielen Bereichen kürzen Sie auf der einen Seite, und das sehr unsozial und ungerecht, und betreiben auf der anderen Seite Klientelpolitik und buttern massiv Geld drauf.

Ich komme aus Münster, wie Sie wissen. Der Flughafen Münster/Osnabrück wird jetzt mit 11 Millionen € gefördert. Die Stadt Münster gibt zusätzlich 15 Millionen €. Bäder werden durch die CDU/FDP-Regierung geschlossen. Der Flughafen wird ausgebaut, damit die Leute vielleicht auf Mallorca baden können. Das ist Ihre Politik, die Sie zum Teil sehr konsistent zwischen Kommunen und Land machen. Ich kann Ihnen nur sagen: Solch eine Klientelpolitik ist mit uns nicht zu machen.

Auch zu den Landesbetrieben hatten wir in der letzten Woche eine Debatte. Bei den Personaleinsparungen sind betriebsbedingte Kündigungen nicht mehr sakrosankt. Das wurde vor allem durch die Äußerungen des wirtschaftspolitischen Sprechers der CDU, Weisbrich, deutlich. Gleichzeitig wird die schwarz-gelbe Landesregierung die Löhne per Rasenmäher kürzen. Es gibt eine Streichung des Weihnachtsgeldes, Arbeitszeiterhöhungen usw. Auf der anderen Seite werden Förderprogramme massiv zurückgefahren.

Ich gebe Ihnen an einer Stelle Recht – ich sage Ihnen jetzt schon, dass wir das unterstützen –: 2 Millionen € mehr für die Meister-Gründungsprämie sind ein vernünftiger Vorschlag.

(Beifall von Christian Weisbrich [CDU] – Zurufe von der CDU: Oh!)

Das finde ich richtig. Ich stehe persönlich dahinter. Herr Weisbrich, Sie wissen das. Ich habe im Wirtschaftsausschuss auch immer gesagt: Das ist ein vernünftiges Programm. Das ist übrigens auch unser rot-grünes Programm. Das muss man deutlich hinzufügen.

(Widerspruch von der CDU)

Diese Maßnahme werden wir also mittragen. Aber wenn man sich das große Ganze Ihres Haushaltes ansieht, muss man feststellen: Das sieht sehr, sehr übel aus, insbesondere im Personalbereich. Die Kürzung von 628 Millionen € muss man unter sozialen Gesichtspunkten sehr genau betrachten.

Das gilt natürlich auch für viele andere Bereiche, zum Beispiel für die Drogen- und Gesundheitshilfe. Allein bei Prävention und Hilfeangeboten sollen mehr als 3,5 Millionen € eingespart werden. Ich verweise nur auf einzelne Posten: Für die Spritzenautomaten sind 15.000 € vorgesehen. Mittlerweile gibt es etwa 100 Automaten in Nordrhein-Westfalen. Sie sind übrigens sehr sinnvoll, weil darüber jährlich 400.000 Spritzen abgesetzt werden. Sie verhindern, dass Leute krank werden und dass dadurch enorme Kosten entstehen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Spritzen werden rein ehrenamtlich verpackt und in diese Automaten gefüllt. Solche aus meiner Sicht dummen Maßnahmen machen Sie auch bei solchen kleinen Haushaltsstellen. Da werden mal eben 15.000 € gekürzt. Das hat aber gravierende Folgen.

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

Das ist nur ein kleines Beispiel aus der Drogen- und Gesundheitshilfe.

Auch mit anderen Etats haben wir enorme Probleme, zum Beispiel im Gleichstellungshaushalt. Die Unterstützungsangebote für Frauen und Kinder, die von Gewalt betroffen sind, sollen um fast 3 Millionen € gekürzt werden, während der Koalitionsvertrag doch den Erhalt des Beratungs- und Unterstützungsnetzes für Opfer häuslicher und sexualisierter Gewalt versprach.

(Christian Weisbrich [CDU]: Das machen wir doch!)

Da zeigen sich die ersten direkten Widersprüche zum Koalitionsvertrag, der erst vor einem dreiviertel Jahr geschlossen wurde. Da kann man nur sagen: Versprochen – gebrochen!

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Genau!)

Es gibt natürlich auch in anderen Bereichen massive Probleme, zum Beispiel bei den Studentenwerken oder bei den Hochschulen. 8 Millionen € sind bei den Studentenwerken gekürzt worden. Das wird die Studierenden in Nordrhein-Westfalen doppelt treffen. Denn sie bekommen ein Problem mit den Studiengebühren von 500 €. Das belastet die Studierenden mit umgerechnet fast 100 € im Monat. Und die Studentenwerke werden natürlich ihre Preise erhöhen; denn sie haben überhaupt keine andere Chance.

Das heißt: Die Studierenden werden auch in den Mensen mehr Geld bezahlen müssen. Sie werden auch für die Unterkünfte in den Wohnheimen, die von den Studentenwerken betrieben werden, mehr bezahlen müssen. Diese jungen Leute werden durch Ihre Politik zusätzlich ganz massiv belastet.

(Beifall von den GRÜNEN – Rudolf Henke [CDU]: Für die zusätzliche Kreditaufnahme müssen sie auch bezahlen! Das bleibt bei ihnen hängen!)

Auch in anderen Bereichen sind junge Leute betroffen, zum Beispiel beim Schüler- und Ausbildungsverkehr. So sollen bei Schüler- und Ausbildungsfahrten insgesamt 50 Millionen € eingespart werden. Künftig sollen nur noch die tatsächlichen

Schul- und Ausbildungstage berücksichtigt werden. Das führt dazu, dass attraktive Angebote wie das Schokoticket deutlich teurer werden. Das fällt besonders auf Familien zurück, die sozial schwächer gestellt sind.

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

Das ist ein kleiner Überblick über einige wesentliche Punkte und über konkrete Zahlen, was in diesem Haushalt tatsächlich passiert.

Wie gesagt: Wir werden ein in sich schlüssiges Gesamtkonzept vorstellen.

(Heiterkeit von der CDU – Christian Weisbrich [CDU]: Das haben wir in den letzten zehn Jahren erlebt!)

Wir werden ganz konkrete eigene Vorschläge zu den Themen Personal, Pensionen, Landesbeteiligungen und Förderprogramme machen. Wir werden uns sehr differenziert und sehr genau anschauen, wie Ihre Ausgabenseite aussieht. Aber wir werden uns auch sehr intensiv damit beschäftigen, welche Möglichkeiten es für Einnahmen gibt.

Von einigen Dingen, die von Ihnen lauthals angekündigt worden sind, weil es die „Wirtschaft behindert“, wie sich Herr Papke immer ausdrückt,

(Heiterkeit von CDU und FDP – Hendrik Wüst [CDU]: Ist schon Karneval?)

ist keine Rede mehr, zum Beispiel dass das Wasserentnahmeentgelt zurückgenommen wird. Das alles ist Wortgeklingel von gestern. Eine wirtschaftsfreundliche Politik, Herr Papke, wie Sie sie angekündigt haben, kann ich hier nicht erkennen.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Wir arbeiten daran!)

Wirtschaft und Arbeit scheinen bei Ihnen überhaupt keine Themen zu sein. Mit großem Interesse habe ich heute die Reden gehört. Ich war einige Jahre lang wirtschaftspolitischer Sprecher der Grünen-Fraktion. Ich habe heute die Worte „Wirtschaft“ und „Arbeit“ an kaum einer Stelle gehört. Von „Arbeit“ und „Arbeitsplätzen“ war sowieso nicht die Rede. „Wirtschaft“ ist ein- oder zweimal in einem Nebensatz gefallen.

Die Leute in Nordrhein-Westfalen aber erwarten, dass die Wirtschaft tatsächlich weiter vorankommt, dass Zukunftsinvestitionen getätigt werden, dass innovative Programme laufen und dass neue Technologien und regenerative Energien gefördert werden. Das alles wird bei Ihnen zurückgefahren. Es wird gekürzt.

Ich prognostiziere Ihnen: Die Arbeitslosigkeit wird auch im Jahr 2010 noch über 1 Million liegen. Wir werden uns wieder sprechen. Aber wir werden jetzt erst einmal eine dezidierte Auseinandersetzung um diesen Haushalt führen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Sagel. – Für die FDP spricht nun Frau Freimuth.

Angela Freimuth (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die heutige Debatte zur Einbringung des Landeshaushaltes 2006 ist in der Tat im Hinblick auf viele Bemerkungen, die in der immerhin schon fünfstündigen Debatte gefallen sind, schon bemerkenswert.

Frau Kraft bemüht die Magersüchtigen, Frau Löhrmann den dicken Max. Das Ganze mutet eher etwas gespenstisch an.

(Ralf Jäger [SPD]: Das war ironisch gemeint! – Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Damit war Herr Papke gemeint!)

Das hat etwas von einem Horrorfilm, insbesondere vor dem Hintergrund der Haushaltssituation des Landes Nordrhein-Westfalen.

Die Grünen beklagen, dass Nachhaltigkeit keine Rolle spielen würde. – Na ja, nachhaltig ist immerhin, dass Sie eine Verschuldung angehäuft haben von immerhin ...

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Machen Sie sich eine Kopie von den Diegel-Reden!)

– Frau Löhrmann, das muss man an dieser Stelle noch einmal klar sagen: Nachhaltig ist das, was Sie zulasten der nachfolgenden Generationen in den letzten zehn Jahren – also mit der Politik, für die Sie Verantwortung tragen – an Schulden aufgehäuft haben.

(Beifall von FDP und CDU – Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Sie regieren seit neun Monaten!)

Im Jahre 1995 betrug die Verschuldung des Landes Nordrhein-Westfalen 61,7 Milliarden €, im Jahre 2005 immerhin 112,2 Milliarden €.

(Zuruf von Rüdiger Sagel [GRÜNE])

– Herr Sagel, darauf komme ich gleich noch zu sprechen.

Sie haben wirklich dafür Sorge getragen, dass eine nachhaltige Belastung für nachfolgende Gene-

rationen entsteht, und von Generationengerechtigkeit war in der Politik, die Sie die letzten zehn Jahre abgeliefert haben, wirklich nichts zu merken.

(Beifall von der FDP)

Wenn Sie so „freundlich“ sind, die höchste Verschuldung aller Zeiten zu kritisieren: Ja, das ist bedauerlicherweise zutreffend, und auch in diesem Jahr werden wir neue Schulden machen müssen.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Sie wollen es doch besser machen!)

– Frau Steffens, wir werden das auch besser machen. Bleiben Sie ganz gelassen.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Nein, das machen Sie nicht!)

Soll ich Ihnen sagen, wie das bei Ihnen ablief?

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Sie haben eine große Klappe gehabt!)

Den Titel „größte und höchste Verschuldung aller Zeiten“ konnten Sie sich die letzten Jahre immer schön ans Revers heften.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Sie haben das getoppt!)

Im Jahre 1995 betrugen die Schulden 61,7, im Jahre 2000 76,6, im Jahre 2001 83,2, im Jahre 2002 92,1, im Jahre 2003 98,8, im Jahre 2004 107,7 und im Jahre 2005 112,2 Milliarden €.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Und 2006?)

Das ist beachtlich, und Sie haben jedes Mal einen neuen Rekord aufgestellt. Es ist schon bemerkenswert, dass wir einen Großteil dessen, was wir in diesem Jahr überhaupt an Krediten aufnehmen müssen, für Zinsen ausgeben auf Kredite, die Sie in Ihrer politischen Verantwortung in den vergangenen Jahren begründet haben.

(Beifall von FDP und CDU – Rudolf Henke [CDU]: Sie sind dem Land an die Gurgel gegangen!)

Ich finde es bemerkenswert: Die Kollegin Löhrmann – sie ist gerade gegangen –, aber auch Kollege Sagel waren so freundlich und haben heute Morgen maßgeblich darauf hingewiesen, dass Investitionen in Straßenbau und Infrastruktur sowie Mittel für den Flughafen ausbau im Landeshaushalt vorgesehen seien. Gleichzeitig bemängeln sie aber, dass die Begriffe Wirtschaft und Arbeit in der Debatte nicht auftauchen würden.

Meine Damen und Herren insbesondere von Bündnis 90/Die Grünen, das sind doch gerade notwendige Schritte, damit Nordrhein-Westfalen wieder ein attraktiver Wirtschaftsstandort wird. Sie möchten am liebsten eine Mauer um das Land herum bauen und glauben, das würde Investoren und Leute, die hier in Nordrhein-Westfalen Arbeitsplätze schaffen oder erhalten wollen, einen Anreiz bieten. – Weit gefehlt!

Ich finde es umso lobenswerter, dass Sie die Bemühungen der Landesregierung – diese unterstütze ich voll und ganz –, die Meistergründungsprämie aufzustocken, anerkennen und unterstützen. Zur Lauterkeit gehört nämlich auch dazu, dass man so etwas sagt.

Es wird hier gezeißelt, dass wir den Schwerpunkt bei der Innovationspolitik, bei Investitionen in Bildung und Ausbildung und bei der Unterrichtsversorgung, damit mehr Lehrer für die Ausbildung unserer Kinder zur Verfügung stehen, setzen. Der Kollege Link – leider ist er jetzt nicht anwesend – hat vorhin den Zwischenruf eingeworfen, ob wir das die letzten 39 Jahre nicht gewusst hätten. Ich frage mich langsam aber sicher, was Sie hier die letzten 39 Jahre gemacht haben.

(Beifall von FDP und CDU)

Sie haben uns doch diese Suppe eingebrockt, die wir jetzt – unabhängig davon, ob sie in Gänze im Hause Löhrmann gekocht wurde oder nur einzelne Zutaten aus dem Hause Löhrmann stammen – mühsam auslöffeln.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Schauen Sie ins Land, dann sehen Sie, was wir gemacht haben!)

Die Grünen geißeln hier die Subventionen für die Steinkohle.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Richtig!)

– Das war immer unser Reden. Ich kann mich noch an Debatten im Landtag erinnern, bei denen Sie, sowohl in Düsseldorf als auch in Berlin in der Verantwortung stehend, einen Eiertanz veranstaltet haben,

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Dann machen Sie doch was!)

weil Sie unter die Verträge, in denen die Fortsetzung der Subventionen festgeschrieben wurde, Ihr Zeichen setzen mussten. Ich finde das alles schon bemerkenswert.

Wir haben immer unmissverständlich erklärt: Wir wollen raus aus dem subventionierten Steinkohlebergbau. Das ist so und das bleibt so, und das hat

Gerhard Papke heute Morgen auch klar gesagt, und wir haben es im Koalitionsvertrag auch so verabredet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, als Opfer Ihrer Politik wandern immer mehr Unternehmer ab. Aufgrund der von Ihnen zu verantwortenden Bildungslandschaft und des Bildungsangebots in Nordrhein-Westfalen sind unsere Kinder nicht mehr wettbewerbsfähig.

Das muss uns in der Tat zum Nachdenken hinreichend Anlass geben. Wir brauchen also Investitionen in Infrastruktur, Ausbildung und Forschung, wenn wir in Nordrhein-Westfalen die Anzahl der Menschen ohne Beschäftigung signifikant senken wollen. Es wird kein Weg daran vorbeiführen, als dass wir endlich in zukunftsgerichtete Technologien und in die Ausbildung unserer Kinder anstatt in veraltete Industriestrukturen und Industriedenkmäler investieren.

Der damalige Finanzminister Jochen Dieckmann – er wurde heute schon einmal in einem anderen Zusammenhang erwähnt – hat bei seinen Einbringungsreden der Landeshaushalte in den letzten Jahren auf einen Sachverhalt hingewiesen – da habe ich ihm damals auch Recht gegeben –, auf den man auch heute wieder aufmerksam machen muss: Er hat eingeräumt, das wir neben einem massiven Ausgabenproblem – das hat er leider immer ein bisschen ausgeblendet, aber das ist Schnee von gestern – ein Einnahmeproblem haben.

Insofern möchte ich betonen: Wir werden den Landeshaushalt – das ist meine feste Überzeugung – nicht aus eigener Kraft in den Griff bekommen, wir werden ihn nicht aus eigener Kraft konsolidieren können, wenn es uns nicht gelingt, die Zahl der Menschen in diesem Land ohne Beschäftigung signifikant zu senken. Es ist und bleibt auch aus haushalterischen Gesichtspunkten vorrangiges Ziel unserer Politik, die Menschen in diesem Land wieder in Arbeit zu bringen, und zwar in private Arbeit.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Straßenbau – oder was?)

Schließlich wurde schon völlig zu Recht darauf hingewiesen: Der Staat schafft in diesem Sinne keine Arbeitsplätze. Deswegen müssen wir uns mit den Schwerpunkten, die die Landesregierung mit dem vorgelegten Haushalt setzt, darauf verständigen, dass dieses Anliegen prioritär angegangen wird.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: In der Landwirtschaftskammer?)

Unsere Schwerpunkt- und Zielsetzung – und die teile ich voll und ganz – ist die Investitionsentscheidung für Bildung, Infrastruktur und Sicherheit zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Deswegen unterstütze ich auch in Gänze die Konsolidierungsgrundsätze, die der Finanzminister heute für den Haushalt 2006 vorgestellt hat. Ich unterstütze auch das Sanierungsziel, bis 2010 einen verfassungskonformen Haushalt vorzulegen, und zwar lieber früher als später, damit wir die Neuverschuldung tatsächlich auf Null bringen können.

Ich finde es sehr mutig und richtig, Gelder für den tatsächlichen Abbau von Schulden aufbringen zu wollen; das hat nämlich in keiner Koalitionsverhandlung der vergangenen Jahre – so lange ich mich erinnern kann – bei Ihnen überhaupt irgendeine Rolle gespielt. Es muss unser Ziel sein, diese exorbitante Verschuldung – mehr als das Doppelte unseres Jahresbudgets – abzubauen, um nachfolgenden Generationen wieder Perspektiven zu eröffnen.

Ich will nicht verhehlen, dass der uns von der Landesregierung vorgelegte Haushaltsentwurf für 2006 viele schmerzhaftes Einschnitte und Kürzungen enthält.

Ich beispielsweise würde gerne weitere Akzente im Bereich Kinder und Jugend – etwa im Landesjugendplan – setzen.

Und es fällt mir auch wirklich schwer, auch gerade unseren Beamtinnen und Beamten – alle, die Beamten, die Angestellten und die Arbeiter, leisten eine super Arbeit für unser Land – einen großen Beitrag für die Konsolidierung unseres Haushaltes abzuverlangen, insbesondere weil der Tarifbereich einen solchen Beitrag bisher nicht leistet.

Es gibt auch noch andere Felder, auf denen mir Kürzungen persönlich sehr schwer fallen: bei der Aidshilfe, bei den Frauenhäusern, bei den Schwulen und Lesben. Das sind Kürzungen, die mir und vielen meiner Kolleginnen und Kollegen bei Weitem nicht leicht fallen.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Dann machen Sie es nicht!)

Die Politik, die Sie, Frau Kollegin Steffens – ich meine nicht Sie persönlich –, betrieben haben, die Schwerpunkte, die Sie gesetzt haben, lassen uns aber leider keine andere Wahl.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Gucken Sie auf die Landwirtschaftskammern! Im Vergleich dazu sind das Peanuts!)

Sie haben heute weitere Ausgabenerhöhungen eingefordert. Wir stehen jetzt in der Tat in der parlamentarischen Beratung des Landeshaushaltes. Uns liegt der Entwurf der Landesregierung vor. Eine alte Weisheit lautet: Kein Haushalt verlässt das Parlament so, wie er hineingekommen ist. Das war ja in der Vergangenheit auch unter Ihrer Regierungsverantwortung so.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Dann ändern Sie mal!)

Leider konnten wir uns mit unseren Anträgen, die damals schon sehr richtungsweisend gewesen sind und uns heute viel Kummer erspart hätten, nicht durchsetzen.

Je differenzierter und sachlicher begründet Ihre Vorschläge sind, desto mehr werden wir sie herzlich gern in die Beratungen aufnehmen. Von der Landesregierung habe ich eingefordert und sie mehrfach gelobt, dass sie ohne Denkverbote in die Beratung und Diskussion der Haushaltssanierung geht. Das nehme ich für meine Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP ebenfalls in Anspruch.

Ich hoffe – das habe ich mir in den vergangenen Jahren immer gewünscht –, dass wir wirklich miteinander Lösungen zur Konsolidierung des Landeshaushalts finden. Deswegen bin ich insbesondere auf die Einsparvorschläge gespannt, die Sie uns präsentieren. Ich werde jeden Einsparvorschlag, der aus den Reihen der Opposition vorgebracht wird, sehr genau prüfen. Denn ich möchte, dass wir so schnell wie möglich wieder zu einem verfassungskonformen Haushalt und zu einem Schuldenabbau kommen.

(Beifall von FDP und CDU)

In den letzten Jahren – darum bin ich nur sehr verhalten optimistisch – haben Sie aber eher unter Beweis gestellt, wie man es gerade nicht macht. Es gab natürlich auch Bemühungen des einen oder anderen Kollegen aus den Reihen von SPD und Grünen. Aber mehrheitlich haben Sie eine Politik an den Tag gelegt, die gerade nicht unter Beweis gestellt hat, dass Sie Schulden zurückfahren können. Ganz im Gegenteil: Sie haben die Schulden massiv nach oben geschraubt.

Aus diesem Grunde kann ich Sie nur herzlich einladen, daran mitzuarbeiten, das große Projekt Haushaltskonsolidierung für Nordrhein-Westfalen anzugehen. Ich würde mich freuen, wenn Sie den Kurs der Landesregierung, Haushalte nicht mehr schön zu rechnen, nicht mehr fiktive Einnahmeposten einzurechnen, mit uns gemeinsam unterstützen, damit wir einen ehrlichen Haushalt ver-

abschieden können, der transparent, realistisch und verlässlich ist. Wir werden im Ergebnis erfolgreich sein, wenn das, was verabschiedet worden ist, mit dem übereinstimmt, was sich hinterher im Haushaltsvollzug ergibt.

Meine feste Überzeugung ist, dass wir es den Menschen in Nordrhein-Westfalen – das gilt besonders für die nachfolgenden Generationen, die sich heute vielleicht noch nicht so gut artikulieren können – schuldig sind, uns alle miteinander dieser Mühe zu unterziehen.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Michael Vesper)

Ich möchte in Zukunft einmal so viel an Haushaltskonsolidierung erreicht und einen so gesunden Haushalt haben, dass ich mit Ihnen gemeinsam, wirklich ernsthaft, seriös und gegenfinanzierbar darüber diskutieren kann, wie wir zum Beispiel den Kindergartenbesuch beitragsfrei ermöglichen können.

Ich glaube, dass wir vor der großen Herausforderung stehen, Perspektiven, Freiheit, Chancengleichheit und Generationengerechtigkeit zu eröffnen. Dazu lade ich Sie herzlich ein. Ich sehe in dem heute von der Landesregierung eingebrachten Haushaltsentwurf richtige Akzente. Ich finde den Weg richtig und würde mich freuen, wenn Sie ihn gemeinsam mit uns gehen. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Nun hat Herr Abgeordneter Dr. Petersen von der CDU-Fraktion das Wort.

Dr. Jens Petersen (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die heutige Haushaltsdebatte belegt vor allem eines: SPD und Grüne können nach wie vor nicht mit Geld umgehen. Sie haben immer noch nichts gelernt. Ein Jahr Opposition hat überhaupt nichts genutzt.

(Beifall von der CDU)

Wir dürfen durchaus noch einmal daran erinnern, dass 40 Jahre lang Finanzpolitiker von SPD und Grünen Verantwortung für dieses Land getragen haben. Wir hatten die Hoffnung, Ihre Abwahl hätte bei Ihnen zu einem politischen Bewusstseinswandel geführt. Es läuft jedoch immer noch die alte Platte: Plattitüden und vor allen Dingen keine eigenen Vorschläge zur Haushaltssanierung. Jetzt könnten Sie sagen – Sie haben gegähnt, Herr Sagel –: Das ist die alte parteipolitische Nummer. Aber ich will meine Ausführungen einmal mit dem anreichern, was in den letzten Tagen zu diesem Thema in der Presse geäußert wurde.

Ich darf unter anderem aus der „Westfalenpost“ zitieren:

„Auf der Suche nach den richtigen Themen, der zündenden Strategie und dem zukunftsfähigen Führungspersonal wirken die einstigen Regierungsparteien in NRW in ihrer unvollendeten Trauerarbeit orientierungslos.“

In der „Rheinischen Post“ heißt es:

„Auch die NRW-SPD tut sich noch schwer mit ihrem Oppositionsdasein.“

In der „NRZ“ ist zu lesen – sie ist sicherlich völlig unverdächtig –:

„Die einst so machtgewohnte NRW-SPD beherrscht ihre neue Aufgabe in der Opposition noch nicht.“

(Beifall von der CDU)

Der Finanzminister hat heute einen sehr guten Haushaltsentwurf vorgelegt. Wir gehen die Konsolidierung an. Wir sparen, und wir halten damit auch unsere Wahlversprechen ein. Die Ziele der Hartmann-Kommission werden für das kommende Jahr, also für das laufende Haushaltsjahr, sogar übertroffen. Der Entwurf zeigt auch, dass man sich auf unsere Politik verlassen kann.

Sie hingegen verweigern sich – das ist eben auch Thema der Debatte gewesen – immer noch der Realität. Sie wollen eine Reihe von Einsparungen rückgängig machen, und dies würde nach unseren Berechnungen das Land für das laufende Jahr mehr als 650 Millionen € zusätzlich kosten.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Wie kommen Sie darauf?)

Hinzu kämen noch weitere Ausgaben von immerhin 90 Millionen € für die neue SPD-Idee eines beitragsfreien Kindergartenjahres. All das sind ungedeckte Schecks, zu denen heute nicht ein Wort zur Finanzierung gesagt wurde.

Frau Walsken, wenn ich Ihr Gespräch vielleicht einen Augenblick unterbrechen darf. Sie haben vor einem Jahr den Landtag mit folgender Aussage bereichert – ich zitiere –: Wir haben in NRW ein Einnahmeproblem, kein Ausgabeproblem. – Genau die gleiche Weltanschauung haben Sie auch heute präsentiert. In welcher Welt leben Sie eigentlich?

(Sören Link [SPD]: Das frage ich mich manchmal auch!)

Haben Sie eigentlich schon einmal etwas von zukünftig steigenden Pensionslasten gehört? Haben Sie etwa von Entgeltsteigerungen gehört? Wenn

Sie einmal einen Blick in die Unterlagen der Hartmann-Kommission werfen würden, würden Sie feststellen, dass die Personalausgaben in diesem Haushaltsjahr ohne Gegenmaßnahmen um 600 bis 800 Millionen € steigen würden.

Kompetenz ist ja, wenn ich in Ihre Reihen blicke, nicht unbedingt Voraussetzung für Politik, aber mangelnde Kompetenz führt für SPD und Grüne dazu, dass sie sich in jeder Haushaltsdebatte blamieren.

(Widerspruch von Ralf Jäger [SPD] – Sören Link [SPD]: Da lasse ich mich doch von einem Vogel wie Ihnen nicht beleidigen!)

CDU und FDP hingegen stehen für eine ausgewogene Finanzpolitik: Stabilisierung der Einnahmen durch eine solide Wirtschaftspolitik, aktive Bekämpfung der Steuerhinterziehung durch Stärkung der Finanzbehörden

(Sören Link [SPD]: Das ist eine Frechheit! Ist das nicht Grund für eine Rüge?)

und Einsparungen, leider unvermeidlich, in allen von uns angekündigten Bereichen. Solidarität ist für uns eben keine Einbahnstraße.

(Sören Link [SPD]: Da fehlen mir fast die Worte!)

– Herr Abgeordneter Sören, wenn ich Sie einen Augenblick unterbrechen darf. Die Landesregierung dokumentiert auch ganz persönlich ihre Einsparbereitschaft. Sie verzichtet nämlich selber vollständig auf das Weihnachtsgeld.

(Sören Link [SPD]: Donnerwetter!)

Fragen Sie doch einmal die wieder nicht anwesenden Kollegen Kraft oder Dieckmann, warum sie das damals nicht gemacht haben. Schämen Sie sich eigentlich nicht, damals bei den Mitarbeitern das Weihnachtsgeld gekürzt und es selber voll kassiert zu haben? Auch an der Stelle ist Doppelzüngigkeit Leitprinzip Ihrer Politik gewesen.

Herr Sagel, was haben Sie damals unternommen, diese Ungerechtigkeit zu verhindern? – Gar nichts.

CDU und FDP beweisen an diesem Punkt: Wir sparen, wir sind verlässlich. Deshalb unterstützen uns die Experten, und die Menschen in NRW – das belegen derzeit alle Umfragen – unterstützen uns auch.

(Beifall von der CDU – Sören Link [SPD]: Warten Sie auf die kommenden Umfragen!)

Der Haushalt 2006 ist auch ein transparenter Haushalt. Schattenhaushalte gibt es nicht mehr;

es sind keine Schulden mehr vergraben. Alle wissen, wie die finanzielle Situation des Landes ist. Wir haben Ihnen von der Opposition mit diesem seriösen Vorgehen jede Angriffsmöglichkeit genommen, und in dieser Hilflosigkeit verlieren Sie sich dann in Nebenkriegsschauplätzen.

Es gibt zum Beispiel Herrn Börschel, der leider auch nicht anwesend ist.

(Gisela Walsken [SPD]: Schauen Sie einmal in Ihre Reihen!)

– Ich spreche über Herrn Börschel, der zum Beispiel im Unterausschuss „Personal“ die – ich zitiere – „Einstellung von 22 Vertrauten“ diskutieren lässt. Ergebnis dieser Beratung ist: Es sind weder 22 noch sind sie eingestellt, und vertraut sind sie schon gar nicht.

(Gisela Walsken [SPD]: Och!)

Dieses Stochern im Nebel, meine Damen und Herren, ersetzt keine politischen Konzepte.

(Beifall von der CDU)

Wir haben in diesem Land 112 Milliarden € Schulden, die in Ihrer Regierungszeit angehäuft wurden.

(Sören Link [SPD]: Mal sehen, wie viel es in Ihrer Regierungszeit sind!)

Frau Walsken, da ist es schon peinlich, wenn Sie und der schuldenpolitische Sprecher der SPD, Herr Eiskirch, in jeder Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses fragen: Wie hoch sind unsere Landesschulden wirklich, und wie berechnen sie sich? – In jeder Sitzung lautet die Antwort: Die Schulden des Landes erhält man als Summe aller Schulden. Oder, wie es der Finanzminister ausdrückt – Frau Walsken, wenn ich Sie noch einmal einen Augenblick unterbrechen darf –:

(Sören Link [SPD]: Bei so einer Rede kann man besser nur abschalten!)

Die NRW-Schulden sind die allgemeinen Kreditmarktschulden – ich zitiere –, „zu denen man die Schulden bei den öffentlichen Haushalten hinzurechnen muss.“

Frau Walsken, wissen Sie, wer das gesagt hat? – Es war Finanzminister Dieckmann am 21. April 2005 in diesem Hause. Wenn Sie es nicht glauben, fragen Sie ihn oder klären Sie Ihre innerparteilichen Konflikte mit ihm!

Dieser Haushalt ist auch ein Haushalt, der auf nachvollziehbaren realistischen Annahmen zu Einnahmen und Ausgaben basiert. Vorbei ist damit die Zeit, als jeder hier im Hause schon bei

Einbringung des Haushalts wusste, dass völlig unrealistische Prämissen angewendet wurden.

(Sören Link [SPD]: Warten wir erst einmal ab!)

Dieser rot-grüne Selbstbetrug ist damit beendet worden. Sie haben zum Beispiel – ich will dieses Thema noch mal aufgreifen – im Jahr 2004 Einnahmen aus Studiengebühren von 90 Millionen € angesetzt. Die Ist-Einnahmen waren 45 Millionen €. Dennoch haben Sie – trotz unserer Warnungen – für das Jahr 2005 erneut 90 Millionen € angesetzt. Sie haben also die Ist-Einnahmen der Einfachheit halber in der Planung verdoppelt.

Warum haben Sie das gemacht? Sie haben nur den Zweck verfolgt, die Verfassungsgrenze gerade wegen dieser Einnahmen einzuhalten. Ohne diese Manipulationen hätten Sie die Verfassungsgrenze nämlich gerade nicht einhalten können. Genau deswegen haben Sie die Einnahmen bewusst zu hoch angesetzt. Natürlich sind die Ist-Einnahmen im Jahr 2005 wieder deutlich unter den Planwerten geblieben, und zwar ziemlich genau bei den Ist-Werten aus dem Jahr 2004.

Noch ein Satz zu dem Realismus dieser Planung: Frau Walsken hat vor einem Jahr – ich zitiere – gesagt:

„Wir nehmen keine zusätzlichen Schulden für zusätzliche Ausgaben auf, sondern decken sie seriös in den entsprechenden Einzelplänen in den einzelnen Fachbereichen.“

Frau Walsken, auch das war unrealistisch und hat sich natürlich als falsch herausgestellt.

Ein letztes Beispiel. Ich darf an die völlig unrealistischen Verkaufserlöse bei den Beteiligungen erinnern. Auch da hat jeder gewusst, dass diese Position nur dazu angesetzt wurde, um die Verfassungsgrenzen einhalten zu können. Insofern: Alles Luftblasen, die inzwischen geplatzt sind, nur weil Sie sich nicht zur Wahrheit bekennen wollten.

Unser Etatentwurf hingegen ist realistisch, seriös und kaufmännisch vorsichtig. Wir planen keine unrealistischen Steuereinnahmen und keine unrealistischen Verkaufserlöse an der Stelle. Bei allen von Ihnen heute debattierten Haushaltspositionen gelingt es Ihnen bei nicht einer, sie in ihrem Wahrheitsgehalt in Zweifel zu ziehen.

Herr Sagel, in Ihrer Leib- und Magenpostille, der „taz“, hat es vor wenigen Wochen das von Herrn Klein schon zitierte Interview gegeben. Das Ergebnis war eine 1+ mit Sternchen: Realistisch, vorsichtig, seriös, das war die Beurteilung in der „taz“. Dieser Artikel hängt selbstverständlich gerahmt in meinem Büro. Denn für eine solche Elo-

ge brauchen wir keine Imagekampagne. Gute Politik reicht völlig aus.

(Beifall von der CDU)

Herr Sagel, vielleicht noch ein Satz dazu, wie sich die Grünen derzeit aufgestellt haben: Wir dürfen der Presse der letzten Tage – ich darf auszugsweise zitieren – entnehmen, dass Herr Sagel auf dem Landesparteitag immerhin davon spricht, dass das Erscheinungsbild der Grünen in der Opposition zu wünschen übrig lasse. Er sagt auch, man habe Schwierigkeiten, sich politisch zu profilieren. Dann wird es interessant. Zitat aus der „taz“:

„Um nicht in den Verdacht der übermäßigen Nestbeschmutzung zu kommen, beschränkte sich Sagel dann jedoch in der Fehlersuche auf die Bundespolitik.“

Das ist genau das grundsätzliche Problem, Herr Sagel: Eine teilweise zutreffende Analyse, dann aber in der Konsequenz nicht der Mumm, deutlich zu sagen, wo die Probleme wirklich liegen. Wir brauchen für diesen Haushalt Abgeordnete, die Mumm haben und schlicht und einfach auch in einer schwierigen Situation standhaft sind. Davon sind in Ihren Reihen derzeit leider zu wenige zu finden.

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, unser Etat zeichnet sich dadurch aus, dass er Schwerpunkte in wichtigen Zukunftsfragen setzt. Der Subventionsabbau, Herr Sagel, bei der Steinkohle wird endlich aktiv angegangen, damit frei werdende Mittel zukunftsorientiert eingesetzt werden können. Herr Sagel, Sie haben – Zitat – vor diesem Hause erklärt: „Wir müssen auch über Subventionsabbau reden.“ – Herr Sagel, wir müssen darüber nicht nur reden, sondern wir müssen es auch tun.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Dann tun Sie es doch! Sie machen doch nichts!)

Sie haben es in Ihrer Zeit nicht gemacht. Wir werden es jetzt tun.

Insofern zeigt der Haushalt 2006 auch eine zukunftsorientierte Handschrift von CDU und FDP:

Es gibt mehr Geld für den vorschulischen Sprachunterricht. Es werden zusätzlich Lehrer zur Reduzierung von Unterrichtsausfall und zur Qualitätsverbesserung eingestellt. Es gibt mehr Geld für die Ganztags Hauptschulen. Es gibt mehr Geld für die Meistergründungsprämie. Es gibt zusätzliche Schulplätze für die Altenpflegeausbildung. Es gibt mehr Finanzmittel für die Kultur, und es gibt damit

auch den ersten Schritt hin zu einem ausgeglichenen Landeshaushalt.

Wir investieren damit in die Zukunft von NRW, in Kinder und Köpfe.

(Beifall von der CDU)

Herr Sagel, „Nachhaltigkeit“ ist für uns keine grüne Worthülse, sondern praktische Politik. Mit dem vom Finanzminister vorgelegten Sanierungskonzept wird die Handlungsfähigkeit der Landespolitik wieder gewonnen. Wir geben allen Beteiligten – das sind unter anderem Kommunen, Hochschulen und Empfänger öffentlicher Leistungen – eine Planungssicherheit.

(Sören Link [SPD]: Denen nehmen Sie doch Geld weg!)

Meine Damen und Herren, die Koalition der Erneuerung hat mit dem Haushalt 2006 den Weg für die Zukunft NRWs vorgezeichnet: Realistisch, zukunftsorientiert, maßvoll, konsequent und immer nah bei den Menschen. Die Jahre rot-grüner Stagnation und finanzpolitischem Chaos sind vorbei. Wir beweisen auch in der Finanzpolitik: NRW kommt wieder! – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Meine Damen und Herren, mir liegt noch eine Wortmeldung des Abgeordneten Lindner von der Fraktion der FDP vor. Er ist aber nicht im Raum. Weitere Meldungen sehe ich nicht. Deswegen schließe ich jetzt die Debatte zur ersten Lesung des Haushaltsgesetzentwurfes und eröffne zugleich die **Beratung zum Gemeindefinanzierungsgesetz 2006**. Herr Innenminister Dr. Wolf hat den Gesetzentwurf zu Beginn der Debatte eingebracht.

Als erster Redner hat jetzt der Abgeordnete Jäger für die SPD-Fraktion das Wort.

Ralf Jäger (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben uns knapp fünfeinhalb Stunden lang mit dem von der neuen Landesregierung eingebrachten Haushaltsentwurf für das Jahr 2006 auseinander gesetzt und darüber diskutiert.

Für mich persönlich kann ich schon nach diesen fünfeinhalb Stunden ein Fazit ziehen: Dass dieser Haushaltsentwurf nicht sonderlich mutig ist, kann man daran erkennen, dass Sie knapp 6 Milliarden € neue Schulden machen.

Und anders als der Spruch des Ministerpräsidenten, Kürzungen würden alle spüren, dem Wortlaut nach vermuten lässt, bezieht sich das „alle“ wohl

immer nur auf Kinder, Frauen und Jugendliche, aber nicht auf Bauern und Flughäfen.

(Beifall von der SPD)

Dass Sie sich nicht freuen, diesen Haushaltsentwurf einzubringen, sieht man – insbesondere meine Damen und Herren von der CDU – Ihrer Körperhaltung schon an. Das hat man bei der Einbringungsrede des Finanzministers gemerkt. Das war nicht die Haltung eines Menschen, der offensiv einen Haushaltsentwurf vertritt, sondern eines, der eher eine abwehrende, fast demütige Haltung einnehmen muss.

Meine Damen und Herren – insbesondere von der CDU –, dass Sie nicht stolz sind, einen solchen Haushaltsentwurf einzubringen, merkt man daran, dass ich Sie zu 95 % dabei erwischt habe, wie Sie sich in Ihren Redebeiträgen an der Opposition und an der Frage, was denn früher einmal war, Herr Klein, abgearbeitet haben.

Sie haben uns aber nicht das aufgezeigt, was Sie denn stolz in diesem Haushaltsentwurf verkünden, was denn die neue Politik in Nordrhein-Westfalen sein soll. In der Tat: Auf das, was Sie vorgelegt haben, können Sie wirklich nicht stolz sein.

Ihre Argumentation zeigt im Übrigen, dass sie auf einmal in der Realität angekommen sind. Plötzlich stellen Sie fest, dass Sie alle Ihre Versprechen, die Sie noch vor dem 22. Mai 2005 gemacht haben, Zug um Zug brechen müssen. Das wird aus den Haushaltsbeiträgen, die Sie heute über fünfeinhalb Stunden gebracht haben, deutlich.

Um mit der Mär aufzuräumen, das sei ein ehrlicher Haushalt, sage ich: Herr Klein, Herr Rüttgers, wenn Sie Jugendlichen erklären, dass das Kürzen von Haushaltsansätzen, zum Beispiel beim Landesjugendhilfeplan, eigentlich eine Erhöhung sei, dann geht wirklich der letzte Rest an politischer Glaubwürdigkeit dieses Hauses verloren.

(Beifall von der SPD – Minister Armin Laschet:
Es gibt mehr Geld!)

Herr Laschet, ich möchte auch mit der Legendenbildung aufräumen, dass Sie 112 Milliarden € Schulden übernommen hätten. Ich bitte, keine Legendenbildung zu betreiben. Wir machen es jetzt einmal chronologisch. Dieser Finanzminister hat einen zweiten Nachtragshaushalt 2005 vorgelegt, in dem ausweislich stand, dass der Schuldenstand 103 Milliarden € beträgt. Alles, was danach gekommen ist, haben Sie zu verantworten.

(Beifall von der SPD – Lachen von CDU und FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, um es deutlich zu sagen: Der Inhalt des schönen grünen Buches mit den Reden des Herrn Diegel, das Frau Löhrmann dem Herrn Ministerpräsidenten überreicht hat, besagt, dass der Schuldenstand vor der Wahl 111 Milliarden € betragen habe. Sie haben vor dem 22. Mai 2005 einen Schuldenstand von 111 Milliarden € festgestellt und trotzdem alle Versprechungen herausposaunt.

(Beifall von der SPD)

Nach dem 22. Mai 2005 stellen Sie fest, dass es nur 103 Milliarden € sind; man hat sich halt ein wenig verrechnet. Sie machen in diesem Haushaltsplanentwurf noch einmal zusätzlich fast 6 Milliarden € neue Schulden und brechen trotzdem noch alle Versprechen. Das ist Tatsache.

(Beifall von der SPD)

Mit dieser Erblastlegende müssen Sie aufhören. Denn eins ist klar: Das ist Ihr Haushalt. Das sind Ihre Schulden. Und die Politik gegen Kinder ist Ihre Politik.

(Beifall von der SPD – Zurufe von der CDU)

Herr Stahl, der bedauerlicherweise nicht hier ist, vermutlich bei Käsesahne in der Kaffeeklappe sitzt, hat eine Rede gehalten, deren Niveau deutlich über dem der Rede vom Kollegen Petersen lag. Dennoch ist festzuhalten, dass er Leitbilddiskussionen im Sinne von „Wir wollen Vertrauen in die Fähigkeiten der Menschen haben, wir wollen keine Regulierung durch den Staat, wir wollen die Verantwortung und Freiheit den Betroffenen geben“ ...

(Dr. Jens Petersen [CDU]: Das können Sie gut ablesen!)

– Im Gegensatz zu Ihnen brauche ich keine fertig geschriebene Rede.

(Beifall von der SPD)

Die Wahrheit ist, dass demnächst Frauen, die mit ihren misshandelten Kindern in ein Frauenhaus flüchten wollen, genau diese Art von Freiheit und Verantwortung kennen lernen dürfen, indem sie, wenn sie dort vor verschlossenen Türen stehen, wieder zu ihrem prügelnden Ehemann zurück müssen. Das ist die Freiheit und Verantwortung, die Sie hier propagieren. Das ist Zynismus im Sinne der Betroffenen.

(Beifall von der SPD – Minister Armin Laschet: Das ist doch Unsinn! – Zurufe von der CDU)

Die Rede von Herrn Wolf heute Morgen war ein Feuerwerk an Rhetorik, viel Technik und ein bisschen Langeweile. Das ist dem Thema auch angemessen. Aber es endete mit einer wirklich unhaltbaren Behauptung. Herr Wolf, ich will Ihnen zugestehen, dass das Sein das Denken bestimmt. Dass Sie nicht mehr in der Rolle des kommunalpolitischen Sprechers der FDP-Fraktion wie noch vor wenigen Monaten sind und hier nun völlig andere Dinge diskutieren, was Finanzbeziehungen zwischen Kommunen und Land angeht, erkenne ich an. Dass Sie das GFG im Wesentlichen auf der Grundlage dessen fortschreiben, was wir als Sozialdemokraten gesagt haben, nämlich die Kommunen in Nordrhein-Westfalen gehörten finanziell ordentlich ausgestattet, weil sie in Nordrhein-Westfalen auch eine Menge an Aufgaben zu erledigen haben, ist in Ordnung. Herr Wolf, Sie haben aber in Ihrer Rede kein Wort darüber gesagt, dass Sie außerhalb des GFG in allen anderen Bereichen eine Politik gegen Kinder und Kommunen in diesem Land betreiben und dass Sie eigentlich nur eine Politik nach dem Motto verfolgen: Wir kürzen bei den Kurzen und nehmen die Kommunen in die Ausfallbürgschaft.

(Beifall von der SPD)

Sie verlieren kein Wort darüber, Herr Wolf, dass Sie den Kommunen 114 Millionen € bei den Kindergärten, 20,9 Millionen € beim Jugendplan und 27,4 Millionen € bei den Schülerfahrtkosten nehmen wollen. Die Sache mit der Schulmilch und andere Sauereien lasse ich einmal außen vor.

(Sören Link [SPD]: Verkehrswacht!)

Sie verlieren kein Wort darüber, Herr Wolf, dass Sie am § 107 der Gemeindeordnung herumdoktern wollen, ganz der freiheitlich-demokratischen Prämisse „Privat vor Staat“ folgend. Sie bewerten gar nicht, ob privat überhaupt der richtige Schritt bei einer Verwaltungsstrukturreform ist. Für Sie als FDP-Mann ist Privatisierung ein Wert an sich, den es zu verfolgen gilt. Auch davon, dass Sie damit nicht nur die Versorgungssicherheit in der kommunalen Daseinsvorsorge, sondern vor allem auch die wirtschaftlichen Standbeine der Kommunen gefährden, wenn nicht sogar wegschlagen werden, haben wir in Ihrer Rede nichts gehört.

Wir haben auch kein Wort davon gehört, dass Sie in Nordrhein-Westfalen die Spielbankabgabe von 15 auf 12 % kürzen wollen. Wohlgemerkt. Diese Spielbankabgabe soll anstelle der Gewerbesteuererinnahmen an die Kommunen fließen.

(Beifall von der SPD)

Um in dem Jargon der Leistung, die dort angeboten wird, zu bleiben: Das ist kalte Abzocke, Herr Wolf, zulasten der Gemeinden.

Sie führen aus, dass im GFG ein neuer Referenzzeitraum für die Steuerschätzung gegenüber den Kommunen angewandt werden soll. Dagegen ist dem Grunde nach nichts zu sagen. Auffällig, Herr Wolf, ist allerdings, dass Sie dieses neue Instrumentarium zu einem Zeitpunkt anwenden, in dem ein Anstieg der kommunalen Steuereinnahmen zu verzeichnen ist. Sie machen damit nichts anderes, als bei den Kommunen einen Kredit aufzunehmen; denn nach den alten Regelungen würden die Kommunen bereits in diesem Jahr von den Steuermehreinnahmen profitieren. Die werden ihnen jetzt durch den neuen Referenzzeitraum vorenthalten.

(Beifall von der SPD)

Sollte das der ideologische Auftakt dafür sein, dass man sagt: „Die bekommen ja mehr Geld, dann können wir auch den Verbundsatz 2007 kürzen“, dann wünsche ich Ihnen eine gute Fahrt, dann werden wir uns auf vielen Podiumsdiskussionen mit den kommunalen Vertretern, mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, mit den Landrätinnen und Landräten, wiederfinden.

Ich möchte nun Ihr Augenmerk auf eine Besonderheit lenken, die die Kommunen betrifft, nämlich auf die Kürzungen bei den Kindergärten in Höhe von 114 Millionen €. Unabhängig davon, dass das der Linie „Wir kürzen bei den Kurzen“ entspricht, beginnen Sie damit einen Wettbewerb zwischen den Kommunen, der nicht auf gleicher Augenhöhe stattfindet. Die Kommunen werden überwiegend nicht in der Lage sein, das, was Sie mit der Kürzung bewirken, nämlich dass Elternbeiträge, die Sie nicht mehr erstatten, von den Kommunen selbst zu zahlen sind, zu leisten, sondern im Gegenteil: Im Jahr des Kindes, vom Ministerpräsidenten verkündet, werden in den allermeisten nordrhein-westfälischen Kommunen die Elternbeiträge für den Kindergartenbesuch steigen. Das ist, gemessen an Pisa und der Betreuungspolitik, die wir in diesem Land bisher betrieben haben, völlig kontraproduktiv.

Ich möchte einen letzten Punkt ansprechen. Herr Wolf, Sie haben mit großen Krokodilstränen in den Augen verkündet, der Kassenkreditbestand der Kommunen liege bei über 10 Milliarden €. Ja, das ist richtig. Das ist die Form einer Kreditaufnahme, die nach der Gemeindeordnung eigentlich überhaupt nicht vorgesehen ist und deren sich die Kommunen zurzeit bedienen müssen, weil ihre

Finanzlage so schlecht und ihre Steuerkraft so schwach ist.

Ich möchte nur an eines erinnern: Sie sind jetzt in einer völlig neuen Verantwortung. Blicken wir vielleicht einmal zwei Jahre zurück. Wir wären heute vielleicht in einer anderen Situation, wenn Sie, Herr Wolf, nicht aus ideologischen Gründen, und Sie, meine Kolleginnen und Kollegen von der CDU, nicht aus parteitaktischen Gründen die Modernisierung der Gewerbesteuer im Vermittlungsausschuss 2004 verhindert hätten. Dann hätten wir heute nicht die Situation, dass die Kommunen Kassenkredite in der Höhe von 10 Milliarden € vor sich herschieben müssen.

(Beifall von der SPD)

Ein Teil dieser 10 Milliarden € haben Sie politisch mit zu verantworten. Ich hoffe nur, dass das gelingt, was jetzt angekündigt ist, nämlich dass wir in Berlin in einem zweiten Anlauf gemeinsam versuchen, eine ordentliche Reform der Unternehmensbesteuerung und gleichzeitig eine Reform der Gemeindesteuer hinzubekommen, damit endlich aufhört, dass Sie versuchen, vernünftigen Regelungen im Wege zu stehen, nach dem Motto: Das könnte den Sozialdemokraten nutzen, da machen wir nicht mit. – Nordrhein-Westfalen muss sich an die Spitze derer stellen, die gemeinsam für die Kommunen in Nordrhein-Westfalen und bundesweit eine Reform vorantreiben wollen, die die Finanzen der Gemeinden endlich auf eine solide Basis stellt und sie zukunftsfähig machen kann.

(Rudolf Henke [CDU]: Sie haben unsere Vorschläge auch blockiert!)

– Herr Henke, Ihre Vorschläge waren, ein eigenes Steuerrecht für die Kommunen zu schaffen. Genau erklären konnten Sie das nicht. Aber die Gewerbesteuer sollte schon mal vorab weg. Herr Henke, wir wissen, dass das für die Kommunen ungefähr 12 Milliarden € weniger Einnahmen bedeutet hätte.

Herr Wolf, ich glaube, das war eine brillante Rede, sehr unterhaltsam und rhetorisch sehr gut. Aber das Fazit ist trotzdem, dass Sie sich als Sachverwalter der Gemeinden aufspielen wollen, inzwischen aber tatsächlich ihr größter Gegner geworden zu sein scheinen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Zu einer kurzen Rede – zu einer Kurzintervention, die wir in der Geschäftsordnung eigentlich nicht vorgesehen haben – hat der Finanzminister, Herr Dr. Linssen, das Wort.

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Jäger, eine Zahl in Ihrem Beitrag hat mich gereizt, kurz etwas zu sagen. Wie wir im Haushalts- und Finanzausschuss schon erwartet haben, wollten Sie hier die Verschuldung vorführen. Sie haben dem staunenden Publikum mitgeteilt, dass wir einen Betrag von 103 Milliarden € genannt hätten, als wir an die Regierung kamen, und dass die Differenz zu den 112 Milliarden € doch bitte uns zuzurechnen sei.

Damit es hier gar nicht erst zu einer Legendenbildung kommt, will ich Ihnen das erklären. Bei den 103 Milliarden € haben Sie, wie Sie das immer tun, die Schulden gegenüber dem Bund vergessen. Darüber hatten wir eine Diskussion im Haushalts- und Finanzausschuss. Sie gehören selbstverständlich zur Verschuldung dazu. Das machen wir im Land Nordrhein-Westfalen seit 40 Jahren so. Aber Sie waren nur sehr schwer zu überzeugen – ausgerechnet Sie natürlich auch.

Ich will Ihnen sagen, wie das in diesem Land abläuft, damit Sie sehen, dass die ganzen Schulden tatsächlich Ihnen zuzurechnen sind. Am 30.09.2005 hatten wir 108 Milliarden € Schulden. Am 31.12.2005 hatten wir 112,2 Milliarden € Schulden. Sie müssten eigentlich aus Erfahrung wissen – vielleicht lassen Sie sich von der Kollegin Kraft etwas sicherer machen –, dass 50 % der Schulden eines Jahres praktisch stets im letzten Quartal entstehen. In den letzten zehn Jahren war das immer so.

(Ralf Jäger [SPD]: Sie reden das jetzt schön!)

Deswegen sind die Schulden alle Ihnen zuzurechnen, und zwar stiegen die Schulden im Jahr 2005 im letzten Quartal sogar überproportional deshalb, weil 1,4 Milliarden € an WestLB-Rückzahlungen fällig waren. Das haben Sie eingestielt, und wir haben diese 1,4 Milliarden € sowohl an die WestLB als auch an die NRW-Bank gegeben. Dadurch hat sich diese Erhöhung im letzten Quartal ergeben. Wenn man diesen Betrag abzieht, stellt man fest, dass es im letzten Quartal günstiger aussah als in allen Jahren zuvor. – Nur so viel zur Korrektheit.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Linssen, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Jäger?

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Gerne. Bitte schön.

Ralf Jäger (SPD): Herr Finanzminister, neben der Feststellung, dass Sie nach der Regierungsüber-

nahme eine Haushaltssperre veranlasst haben und trotzdem mit dem Schuldenstand zum 31.12.2005 argumentieren, habe ich die Frage: Ist meine Erinnerung richtig, dass Sie zum 1. Juni 2005 die Amtsgeschäfte in Nordrhein-Westfalen übernommen haben?

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Selbstverständlich, und wir sind auch stolz darauf, weil das für das Land das Segensreichste war, was in den letzten Jahren überhaupt vorgekommen ist.

(Beifall von der CDU – Lachen von der SPD)

Aber ich erkläre Ihnen nur, dass die 112,2 Millionen €, bis auf die 60 Millionen €, die wir im Nachtragshaushalt erklärt haben, alles Ihre Schulden sind. Damit keine Legendenbildung entsteht: Das ist das, was Rot-Grün hier in 39 Jahren herbeigeführt hat.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Wir fahren jetzt in der Debatte fort. – Das Wort hat der Abgeordnete Lux, CDU-Fraktion.

Rainer Lux (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Jäger, ich hatte mich eigentlich darauf gefreut, dass Sie zum GFG sprechen würden. Dass Sie zwangsweise drei oder vier Sätze dazu abgedruckt haben, hat mich dann doch gewundert, weil Ihr Thema eigentlich ein völlig anderes war. Das war enttäuschend, weil das GFG jetzt auf der Tagesordnung steht.

Das, was Sie zu Herrn Wolf gesagt haben, nämlich dass er heute Morgen eine brillante, unterhaltsame, sehr gute Rede gehalten hätte, kann ich von Ihrem Beitrag leider nicht behaupten.

(Zuruf von der SPD: Sie sind nicht sehr anspruchsvoll!)

Das Schlimmste an Ihrem Beitrag ist – Herr Jäger, das möchte ich zu Anfang sagen –: Wollen Sie neben der Schuldenmär eine zweite Mär aufbauen und sagen, dass es den Kommunen in Nordrhein-Westfalen so schlecht geht, dass sie so hohe Kassenkredite haben und eine so hohe Verschuldung haben, liege daran, dass auf Bundesebene eine Reform der Gemeindefinanzen nicht zustande gekommen sei? Da kann ich nur noch lachen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das ist doch an Ihnen gescheitert!)

Sind Sie denn so weit von der Wirklichkeit weg, dass Sie nicht wissen, dass große Teile dieser Verschuldung – Frau Löhrmann, Sie sollten sich vor Ort erkundigen – lange vor der Diskussion über die Gemeindefinanzreform entstanden sind? Sie haben sich über Jahre hinweg dadurch aufgebaut,

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Sie haben das im Bundesrat blockiert!)

dass Sie immer mehr Aufgaben an die Kommunen übertragen haben, ohne ihnen die entsprechenden Mittel zur Verfügung zu stellen. Das muss man hier einmal klar sagen. Dann darf man jetzt nicht erklären: Weil es keine Gemeindefinanzreform gegeben hat, haben die Städte heute ein finanzielles Problem. – Das ist lächerlich.

Aber lassen Sie mich auf das GFG zu sprechen kommen, denn das steht auf der Tagesordnung.

Nachdem Finanzminister Dr. Linssen die Schwerpunkte des Haushalts 2006 heute Morgen vorgestellt und dabei beeindruckend deutlich gemacht hat, unter welchen schwierigen Rahmenbedingungen und mit welchen unerträglichen Erblasten der rot-grünen Vorgängerregierung der Landeshaushaltsentwurf 2006 aufgestellt worden ist, und nachdem Innenminister Dr. Wolf bei der heutigen Einbringung des GFG 2006 auf die wesentlichen Details dieses Gesetzentwurfs hingewiesen und Verbesserungen gegenüber früheren GFGs aufgezeigt hat, möchte ich jetzt nicht noch einmal auf die Einzelheiten des GFG eingehen, sondern eine politische Bewertung aus Sicht der CDU-Fraktion vornehmen.

Ausgangspunkt und Messlatte dieser Bewertung muss der Koalitionsvertrag sein, aus dem ich zwei Stellen zitieren möchte. Auf Seite 50 heißt es:

„Die Koalition der Mitte setzt sich für die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung ein.“

Auf Seite 52 des Koalitionsvertrags steht:

„Die Verteilung der finanziellen Mittel im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs soll in Zukunft transparenter, gerechter und planbarer erfolgen.“

Betrachten wir nun einmal das GFG 2006 vor dem Hintergrund dieser Forderungen und Versprechungen, fällt uns Folgendes auf:

Erstens fällt eine ganz wesentliche Systemumstellung auf, mit der der Mittelumfang des Steuerverbundes festgestellt wird. Herr Dr. Wolf hat heute Morgen noch einmal anschaulich aufgezeigt, wie umständlich, ungenau und unzuverlässig in der

Vergangenheit die Verbundmasse im GFG zunächst aufgrund von Steuerschätzungen und Prognosen ermittelt wurde und später nach Vorliegen des tatsächlichen Rechnungsergebnisses der unterschiedlichen Steuerarten die genaue Höhe des Umfangs des Steuerverbundes festgestellt wurde.

Dabei kam es natürlich und zwangsläufig ständig zu Abweichungen gegenüber den Annahmen und Auszahlungen des jeweiligen GFG. Mal waren die Steuereinnahmen höher als erwartet, aber gerade in den letzten Jahren war das Ergebnis meist niedriger als prognostiziert. Dies führte dazu, dass den Kommunen durch das GFG mehr Geld zugeteilt wurde, als ihnen tatsächlich zugestanden hätte. Das Ergebnis waren die unsäglichen Kreditierungen.

Konkret heißt das – das können Sie dem neuen GFG entnehmen –, dass die Kommunen in den Gemeindefinanzierungsgesetzen 2004 und 2005 insgesamt 674 Millionen € mehr erhalten haben, die sie jetzt im Jahr 2006 zurückzahlen müssen. Dieses System war natürlich keine verlässliche Grundlage für die Haushalts- und Finanzplanung der Kommunen.

Vor diesem Hintergrund ist Ihnen, Herr Innenminister, und der Landesregierung mit der Systemumstellung im GFG 2006 ein großer Wurf gelungen. Dadurch, dass jetzt der Referenzzeitraum äußerst zeitnah an das GFG angelegt ist, und dadurch, dass zukünftig die Mittel des Steuerverbundes aufgrund tatsächlicher Steuereinnahmen errechnet werden und nicht mehr geschätzt werden müssen, wissen die Kommunen zukünftig mit Verabschiedung des GFG, welche Mittel sie im jeweiligen Haushaltsjahr tatsächlich erhalten. Dann gibt es keine Über- und Unterzahlungen mehr. Die Kommunen erhalten auf diesem Gebiet ein erhebliches Mehr an Transparenz und Planungssicherheit. Versprochen, gehalten!

Zweitens. Neben diesem Erfolg mit der Systemumstellung beim Berechnungszeitraum des GFG verdient die Feststellung besondere Bedeutung, dass trotz der massiven Finanzprobleme des Landes, über die wir heute schon viel gehört haben, der Verbundsatz bei 23 % gehalten wurde.

Obwohl die Finanzlage des Landes aufgrund der übernommenen Verschuldung, Herr Jäger, und aufgrund des übernommenen strukturellen Defizits mehr als angespannt ist und obwohl es keinerlei verfassungsrechtlichen Anspruch auf diese 23 % gibt, bleibt es beim Verbundsatz von 23 % für die Kommunen. Respekt und Anerkennung an die Landesregierung: Versprochen, gehalten!

Drittens. Außerdem – darüber sind wir als CDU besonders froh – werden im GFG 85 % der Mittel als freie Deckungsmittel ohne Zügel durch das Land den Kommunen zur Verfügung gestellt. Auch dies entspricht einer alten Forderung der CDU, den Kommunen mehr Selbstständigkeit zu geben und mehr Verantwortung zu übertragen.

Dass darüber hinaus die Zweckzuweisungen aus dem GFG 2006 herausgenommen und in die Fachetats überführt worden sind und dort sachgerecht und in voller Höhe auch zukünftig den Kommunen zur Verfügung stehen, dient ebenfalls der Klarheit und Transparenz.

Viertens. Schul- und Sportpauschale, die allen Kommunen zugute kommt, bleiben in alter Höhe bestehen beziehungsweise werden auf die angekündigten Beträge aufgestockt. Hier zeigt sich einmal mehr, wie wenig Substanz die Tatarenmeldungen von SPD und Grünen haben.

Fünftens. Schließlich bleibt festzustellen, dass die von uns seit Jahren gezeigten Befrachtungen zumindest schon einmal um 50 % aus dem GFG 2006 herausgenommen werden. Auch dies ist ein Schritt in die richtige Richtung.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, wenn ich mir diese fünf Punkte zusammenhängend vor Augen führe, komme ich zu dem Ergebnis: Dieser Entwurf des GFG 2006 kann sich nicht nur sehen lassen, sondern er verdient auch alle Anerkennung. Ich möchte Ihnen, Herr Innenminister Dr. Wolf, und Ihnen, Herr Finanzminister Dr. Linssen, zu diesem Gesetzentwurf gratulieren.

Natürlich gibt es aus unterschiedlichen Positionen Kritik am GFG. Das ist zum Teil auch verständlich, weil Systemumstellungen immer dazu führen, dass es Veränderungen gibt, von denen der eine mehr und der andere weniger profitiert.

So wird von einigen Kommunen Kritik am Verzicht auf ein neues Solidarbeitragsgesetz geübt. Der Herr Innenminister hat heute Vormittag überzeugend auf den Sinn und die Notwendigkeit des Systemwechsels beim Solidarbeitrag hingewiesen und dies auch erläutert. Insofern verweise ich auf seine Ausführungen und empfehle allen Kritikern dringend das Nachlesen seiner Rede im Protokoll der heutigen Sitzung.

Festzustellen bleibt bei allem Verständnis für Kritik und Betroffenheit im Einzelfall, dass dieser Systemwechsel auf keinen Fall dazu führt, dass sich das Land Gelder der Kommunen einverleiht. Vielmehr führt der Systemwechsel zu einem Verteilungsproblem zwischen den Kommunen. Wir werden dieser Frage im Zuge der Beratungen des

GFG nachgehen und prüfen, ob es hierzu zielführende Alternativen gibt.

Meine Damen und Herren, unerträglich finde ich die Kritik am GFG 2006 bezogen auf die Einführung der Kreditierungen in Höhe von 674 Millionen €. Da werden aus Kreisen der Opposition Forderungen aufgegriffen und dann auch draußen vertreten, man müsste im Zuge der Gerechtigkeit den Kommunen diese 674 Millionen € weiter kreditieren.

Dieser populistische Versuch der Anmaßung als Anwalt der Kommunen muss fehlschlagen. Denn ich erinnere Sie daran, dass Sie selber in den vergangenen GFGs deutlich gemacht haben, dass diese Kreditierungen in Höhe von 674 Millionen € im GFG 2006 zurückzuführen sind. Das haben Sie gesetzlich festgelegt. Da können Sie heute nicht so tun, als sei das eine Erfindung des Innenministers oder der schwarz-gelben Koalition. Das sind die gesetzlichen Auswirkungen Ihrer Festlegungen, die Sie hier getroffen haben.

Deswegen hätte ich es bei den erheblichen Fortschritten beim GFG 2006 zugunsten der Kommunen fair gefunden, Herr Jäger, wenn Sie sich etwas mehr Mühe gemacht hätten, auf das GFG selber einzugehen. Es wäre auch von Ihnen nicht zu viel verlangt, zu sagen, Sie erkennen diese große Leistung an, dass schon mit dem ersten Entwurf eines GFG unter Schwarz-Gelb erhebliche Fortschritte für die Kommunen erzielt werden. Sie sollten sich nicht so lange theatralisch die Haare raufen – ich sehe Herrn Becker schon zum Rednerpult kommen –, bis Sie dann endlich Ihr eigenes Haar in der Suppe finden. Das wird diesem GFG nicht gerecht. – Schönen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Wir setzen die Debatte mit einem Beitrag des Abgeordneten Becker, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, fort.

Horst Becker (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst einmal ist sicherlich richtig: Es geht vorrangig um das GFG. Das soll an dieser Stelle der Debatte auch so sein.

Es ist aber auch richtig, dass man einmal beleuchten muss, wie Sie insgesamt mit diesem Haushalt umgehen. Einige der Vorrednerinnen und Vorredner haben es heute schon gesagt – man muss es Ihnen aber immer wieder deutlich hinter die Ohren schreiben –: Es geht nicht, dass Sie so tun, als wären Sie darüber überrascht gewesen, dass die gesamten Versprechen, die Sie im Wahlkampf

gemacht haben, nicht mit der Finanzsituation des Landes in Übereinstimmung zu bringen sind. Das geht nicht. Wenn Sie sich jetzt in allen Debatten immer wieder dahinter verstecken, dass Sie jetzt erst bemerkt haben, dass Sie Ihre eigenen Versprechen nicht halten können, weil Sie erst jetzt die Zahlen kennen gelernt haben, dann muss ich sagen: Sie haben die Öffentlichkeit im Wahlkampf getäuscht. Sie hätten damals ihre Hausaufgaben machen müssen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wenn man über das GFG redet, kann man nach meiner Auffassung nicht nur über die Technizismen reden, auf die ich gleich gerne noch einmal kommen werde. Man muss vielmehr auch über die Gesamtlage der Kommunen reden. Ich stelle zunächst einmal fest, dass ganz massive Einwirkungen auf die kommunalen Haushalte vorhanden sind. Dies gilt insbesondere bei den GTK-Betriebskosten – da liegen wir im dreistelligen Millionenbereich –, bei den Familienzentren, beim Landesjugendplan und bei der Familienhilfebildung, bei Einrichtungen der Familienbildung, bei der Familienselbsthilfe, bei der Sprachförderung usw.

Heute ist schon darauf hingewiesen worden, dass Sie bei der Landwirtschaftskammer draufgesattelt haben. Draufgesattelt haben Sie auch bei so etwas wie dem Flughafen Münster. Ich halte es schon für eine Frechheit,

(Zuruf von der CDU: Was?)

wenn sich ein Minister hier herstellt und von Schadensersatz faselt. Ich kann es wirklich nur als Faseln bezeichnen. Herr Kollege, das ist kein Schadensersatz. Das war schlicht und einfach der für die Einhaltung des Umweltschutzes notwendige Betrag, wenn man die Genehmigung nach Recht und Gesetz behandelt. Das hat Ihnen nur nicht in den Kram gepasst. Dann aber von Entschädigung zu reden, ist wirklich ein Unding.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Zuruf von der CDU)

Wer da von Entschädigung redet und 11 Millionen € draufsattelt oder bei der Landwirtschaftskammer draufsattelt, im Kinder- und Jugendbereich aber streicht, wird sich damit auseinander setzen müssen, dass man ihm seine eigenen Zitate vorhält.

30. Januar 2004, Jürgen Rüttgers:

„Die CDU-Landtagsfraktion hat den Erfolg der Volksinitiative ‚Jugend braucht Zukunft‘ als Misstrauensvotum gegen die Landesregierung

gewertet und die Regierung aufgefordert, auf Kürzungen zu verzichten.“

Sie haben im Wahlkampf angekündigt, 20 Millionen draufzusatteln. Heute stellen wir fest: Sie satteln diese Summe nicht drauf. Im Gegenteil: In anderen Bereichen wie dem Kindergartenbereich satteln Sie nicht nur nicht drauf, sondern kürzen massiv.

Durch eine Anfrage habe ich gestern Abend in meiner Kommune noch klären lassen, was das für eine Stadt mit 30.000 Einwohnern bedeutet. Allein für eine Stadt mit 30.000 Einwohnern bedeutet dies eine Mindereinnahme von 42.000 €. Diese Größenordnungen gibt es landauf, landab. Das hört sich nach wenig an. Aber genau in diesem Bereich haben wir im letzten Jahr bei den freiwilligen Leistungen gekürzt. Wir mussten im Rahmen eines Haushaltssicherungskonzeptes kürzen. So etwas findet allerorten statt. Die Elternbeiträge werden erhöht. Andere freiwillige Leistungen werden gekürzt. Das alles passiert, weil Sie außerhalb des GFG bei allen Förderungen und Zuweisungen kürzen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Auch zum GFG möchte ich Ihnen sagen, dass es nicht so sauber ist und nicht so glänzt, wie Sie es darstellen. Die Umstellung auf eine nachlaufende Systematik, also auf eine in Zukunft möglichst nah an den tatsächlichen Steuereinnahmen entlang nachlaufende Systematik, ist von uns auch zu begrüßen. Wir begrüßen dies aber nur im Grundsatz; der Kollege Jäger hat das eben schon kurz erwähnt. Sie müssen sich nämlich vorhalten lassen, dass Sie möglicherweise mit Bedacht die Systematik zu einem Zeitpunkt in eine richtige Systematik umwandeln.

(Rainer Lux [CDU]: Quatsch!)

– Ich rechne es Ihnen jetzt vor: Wenn Sie das letzte Quartal 2004 und die ersten drei Quartale des Jahres 2005 gegenüberstellen

(Zuruf von Rainer Lux [CDU])

– Sie müssen nicht so aufgeregt sein; wir alle können das in Ruhe nachrechnen –, haben Sie nach den eigenen Steuerschätzungen Ihres Finanzministers für das Jahr 2006 zulasten der Kommunen ein Minus in Höhe von 149 Millionen €. Sie können das anhand der Entwürfe spitz durchrechnen.

Die 149 Millionen € buchen Sie allein zulasten der Kommunen. Es wäre ein Wort gewesen, wenn Sie gesagt hätten: Wir teilen uns die Sache, und es geht nicht allein zulasten der Kommunen.

Ich will Ihnen ein weiteres Problem schildern. Mit dem Ausgleich der Solidarlasten – Fonds Deutscher Einheit – ist die Angelegenheit auch nicht so einfach.

Erstens verstecken Sie sich hinter der Aussage, drei Viertel der Kommunen seien Gewinner und nur ein Viertel seien Verlierer. Das ist richtig. Aber das Viertel verliert natürlich kräftig. Die kommunalen Spitzenverbände sind in der Frage übrigens auch deshalb gespalten, weil sie nicht gegen die drei Viertel der Kommunen argumentieren wollen, die Gewinner sind.

Entscheidend ist zweitens aber folgender Effekt: In Zeiten steigender Steuereinnahmen – für die Sie nichts können, die andere verursacht haben – werden Sie bei der Umstellung auf die Gewerbesteuerumlage einen überschießenden Betrag haben. Das ist klar; das bestreitet der Innenminister und nach meinem Wissen auch der Finanzminister nicht.

Angekündigt ist, dass dieser überschießende Betrag – man spricht in Kreisen des Nordrhein-Westfälischen Städte- und Gemeindebundes zurzeit von Schätzungen in Höhe von 200 Millionen € – nächstes Jahr der Verbundmasse zugeordnet werden soll. Jetzt stellt sich der aufmerksame Beobachter die Frage, ob dies auf die Verbundmasse, also den Prozentsatz, draufgesattelt wird oder ob Sie es als Bestandteil des Paketes ansehen, welches Sie in Prozenten ausrechnen.

Wenn Sie Letzteres tun, haben Sie die 200 Millionen €, die schätzungsweise übrig bleiben, dem Landeshaushalt zugeschoben und den Kommunen weggenommen. So ist das. Dazu bekomme ich aber bis jetzt keine Auskunft. Das ist spannend. Die Frage ist mehrfach, auch dem Innenministerium, gestellt worden. Ich bekomme bis jetzt aber keine sachliche Auskunft darüber, was Sie beabsichtigen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich fordere Sie auf, heute ganz klar zu sagen, was es heißt, einen überschießenden Betrag der Verbundmasse des nächsten Jahres zuzuordnen. Heißt das, es wird auf den Prozentsatz draufgepackt, oder wird das Ganze Bestandteil der Verbundmasse? Da sind Sie unklar, da drücken Sie sich.

Ich will Ihnen auch noch einmal etwas zur Vergangenheit sagen. Im Jahr 2003 hat Ihr damaliger Experte Eckhold in der Frage der Weiterbildung Krokodilstränen über Kürzungen in Höhe von 15 Millionen € vergossen. Das war ein harter Einschnitt. Das war ein Einschnitt, der uns allen weh-

getan hat. Er hat auch meinen Kolleginnen und Kollegen wehgetan. Ich weiß noch sehr genau, wie wir darüber diskutiert haben. Sie gehen aber darüber hinaus. Sie kürzen weitere 5 Millionen €.

(Beifall von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Dr. Eckhold hat hier damals Krokodilstränen geweint. Sie haben gesagt: Das geht nicht. Es ist alles ein Desaster. Die Volkshochschulen, die Weiterbildung leidet an allen Ecken und Enden und bricht zusammen. – Da Sie das damals gesagt haben, frage ich: Wo sind Sie heute? Sie bleiben unter diesen Ansätzen. Sie versuchen erst gar nicht, sich dafür zu rechtfertigen.

(Beifall von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Stattdessen verstecken Sie sich hinter Technizismen beim GFG. Herr Papke, das war wirklich ein Musterbeispiel an Widersprüchlichkeiten. Stellvertretend für ihn sitzt Kollege Witzel da. Es ist durchaus ehrenvoll, dass Sie sich das jetzt anhören. Ich muss aber noch einmal wiederholen, was Herr Sagel gesagt hat.

Landauf, landab haben Sie so getan, als wäre das Landeswassergeld der Niedergang der heimischen Wirtschaft. Papke ist durch den Rhein-Sieg-Kreis gereist: In Niederkassel und allerorten hat er diese Litanei gesungen. Wenn Sie das alles ernst nehmen, dass das der Niedergang der heimischen Wirtschaft wäre, dass es auch die Kommunen schädigt, über Mindereinnahmen später bei der Gewerbesteuer und ähnlichem, dann frage ich mich: Warum haben Sie es nicht geschafft, das Landeswassergeld zu kürzen?

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich sage Ihnen warum: Das Landeswassergeld war sachlich immer vernünftig. Ansonsten würden Sie jetzt etwas sachlich Unvernünftiges tun. Es war finanzpolitisch geboten. Andernfalls würden Sie jetzt auf die Einnahme verzichten und Ihre eigenen großspurigen Ankündigungen wahr machen, meine Damen und Herren.

(Ralf Witzel [FDP]: Es ist auch eine reine Finanzfrage!)

– Eine reine Finanzfrage, Herr Witzel. Warum ist es bei Ihnen gut, wenn das eine reine Finanzfrage ist, und bei uns ist es das Strangulieren der heimischen Wirtschaft? Das müssen Sie mir einmal erklären.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren, der Kollege Britz von der CDU hat ein Sofortprogramm zur Rettung der Kommunen gefordert. In dem Sofortprogramm –

so damals – müssten die Landeszuweisungen für Kommunen erhöht werden. Außerdem müsste die Erhöhung der Gewerbesteuerumlage von 20 % auf 30 % wieder rückgängig gemacht werden. Was ist von den Forderungen übrig geblieben? Was haben Sie davon umgesetzt? Was ist mit diesem Landesprogramm?

Sie haben die Landeszuweisungen ausgegliedert, Sie haben sie in die Fachtats gesetzt. Dazu kann man positiver oder negativer Meinung sein. Das ist eher ein Streit für Gelehrte. Die eigentlich entscheidende Frage, meine Damen und Herren, lautet: Was bleibt hinterher davon übrig? Mit wie vielen goldenen Zügeln gehen Sie gegenüber den Kommunen damit um? Das ist die entscheidende Frage.

Ich finde, Sie sollten sich mit der Frage auseinander setzen, wie zum Beispiel Ihr eigener Finanzminister, Ihre eigene Wirtschaftsministerin gegenüber der Kommune Oberhausen mit dem goldenen Zügel umgegangen sind, als es um die EU-Mittel ging.

Das hatte zur Folge, dass die Kommune einen Bruchteil nicht mehr aufbringen durfte, weil man das über den Finanzminister und über die Kommunalaufsicht gestoppt hat und eine Investition für die Stadt nicht geleistet werden konnte. Das ist zum Beispiel nicht kommunalfreundlich. Das ist kommunalfeindlich.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie können abwinken, wie Sie wollen. An solchen Stellen wird an vielen Schrauben gedreht. Ich kann es Ihnen aus meiner Erfahrung sagen:

(Rainer Lux [CDU]: Haben Sie die Diskussion verfolgt?)

Gerade die Kommunen, die im Haushaltssicherungskonzept sind, erst recht die, die im Nothaushalt sind, werden landauf, landab von den Kommunalaufsichtsbehörden völlig unterschiedlich behandelt. Sie werden zum Beispiel beim Städtebau sehr oft so behandelt, dass sie freiwillige Leistungen adäquat kürzen müssen, wenn sie ihren Eigenanteil finanzieren wollen. Sonst bekommen sie die Landesmittel nicht. Aber im Straßenbau, bei den Vorfinanzierungen sind sie noch bis vor kurzem anders behandelt worden. Da sind sie teilweise auch als Haushaltssicherungskommunen so behandelt worden, dass sie im Haushaltssicherungskonzept eine Vorfinanzierung für den Straßenbau vornehmen konnten.

Meine Damen und Herren, das ist nicht nur die neue Landesregierung, das war auch teilweise der alte Fachminister. Das war die alte Kommu-

nalaufsicht. Aber Sie gehen überhaupt nicht daran. Sie verstecken sich hinter der Systematik eines GFG, die im Kern mit den Schwächen, die ich beschrieben habe, in Ordnung ist. Sie kümmern sich nicht um die Förderprogramme. Sie kümmern sich nicht um die Rahmenbedingungen. Sie kümmern sich nicht um die Ungerechtigkeiten innerhalb des Fonds Deutsche Einheit. Sie kümmern sich nicht um die Frage, was mit dem Verbundsatz nächstes Jahr passiert. Sie sagen nichts zu der Frage, ob Sie den in der Zukunft stetig halten wollen, so wie es Rot-Grün in den letzten Jahren getan hat. Das sagen Sie alles nicht.

Damit Sie nicht meinen, dies sei eine Einzelmeinung, möchte ich Ihnen heute als Einzigen den Bürgermeister der Stadt Neuenrade zitieren, weil das just heute Nachmittag bei mir eingegangen ist. Er sagt am Ende zum Solidarbeitragsgesetz:

„Ich fordere Sie“

– und zwar Herrn Wolf –

„nochmals auf, von einer Streichung des Solidarbeitragsgesetzes Abstand zu nehmen. Da beim LDS bereits die Datengerüste für die entsprechenden Berechnungen nach dem Solidarbeitragsgesetz vorhanden sind, ist in diesem Fall die Entbürokratisierungswirkung nicht besonders hoch. Oder beabsichtigen Sie, mit dem Wegfall des Solidarbeitragsgesetzes auch entsprechende Stellen einzusparen?“

Meine Damen und Herren, er hat nachgewiesen, dass eine Kommune, die abundant ist und erheblich darunter leidet, dass die Kreisumlage dort große Teile der Kommunalfinanzen abschöpft, durch die Umstellung stark betroffen ist. Es sind nicht nur die Städte mit gutem Steueraufkommen wie Düsseldorf, sondern gerade auch Städte im ländlichen Raum.

Es betrifft die Problematik, die ich eben mit dem zukünftigen Verbundsatz angesprochen habe. Ich bitte Sie, dass, wenn Sie diese Sachen konkret abarbeiten, Sie auch dazu Stellung nehmen. Ich möchte Sie bitten, Herr Wolf, dass Sie gleich Stellung dazu nehmen, was ich zu den 149 Millionen € ausgeführt habe, dass Sie Stellung in Bezug auf die Gewerbesteuerumlage und auf die Frage nehmen, was mit dem überschießenden Betrag nächstes Jahr in Zusammenhang mit dem Verbundsatz passiert.

Insgesamt muss ich feststellen: Sie kommen zunehmend in schweres Fahrwasser. Sie werden sich zunehmend damit auseinander setzen müssen, dass Sie weit weg von Ihren Versprechungen, weit weg von Ihren Ankündigungen zum

Schuldenabbau sind, die Sie großspurig gemacht haben, und es wird immer klarer, dass Sie im letzten Jahr mit Ihren Rechenoperationen nichts anderes als großen Nebel geworfen haben. Wir werden in den nächsten Jahren sehen, was mit den Kommunen passiert.

Eine letzte Aufforderung an Sie: Ich bitte Sie und fordere Sie auf, im Sinne der Kommunen heute klar Stellung zu beziehen, ob es beim jetzigen Verbundsatz für die nächsten Jahre bleibt. Das wäre verlässliche Finanzpolitik. Wenn Sie das Auf und Ab von früher aufgrund eines anderen Modus kritisieren, dann sollten Sie auch selbst etwas dazu sagen, ob Sie in der Zukunft verlässlich sein wollen. – Schönen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Das Wort hat nun Herr Abgeordneter Engel von der FDP-Fraktion.

Ich möchte kurz für unsere Zuhörerinnen und Zuhörer das Rätsel lüften, was GFG, diese ständig benutzte Abkürzung, bedeutet: Das ist das Gemeindefinanzierungsgesetz, das Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2006.

(Horst Becker [GRÜNE]: Er ist doch mein Lieblingspräsident!)

Herr Engel, Sie haben das Wort.

Horst Engel¹⁾ (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Jäger, Frau Kraft ist leider draußen. Vielleicht richten Sie ihr das aus, Herr Jäger. Heute Morgen haben wir es wieder gehört. Sie und die anderen Redner haben unsere Ordnungsprinzipien aufgegriffen und sich an ihnen abgearbeitet, was aber vor allem für Frau Kraft zu dem Prinzip gilt: Privat vor Staat.

Ich möchte Ihnen ganz zu Beginn noch einmal erläutern, warum wir es für richtig halten, nach so vielen Jahren auf Privatheit zu setzen. Der Staat hat sich beinahe in jede Lebensritze hineingedrängt. Frau Kraft hat heute Morgen von einer Weichenstellung in die Sackgasse gesprochen, genau das haben Sie in den letzten Jahren geschafft: Wir sind in dieser Sackgasse. Es gibt nur eine Richtung: Da wieder hinaus, und deshalb setzen wir auf Privatheit – Privat vor Staat. Richten Sie ihr das bitte aus.

Das andere, was Sie heute Mittag aufgegriffen hat: Als wir vom schlanken Staat sprachen, hat sie sogar Heidi Klum in der Richtung bemüht,

dass es jetzt schon ein magersüchtiger Staat sei. Ich frage Sie: Wo wollen Sie wirklich hin? – 112 Milliarden € Verschuldung, beinahe jeder zweite Euro geht durch staatliche Hände, von jedem Euro – 100 Cent – gehen 43 Cent in den Personalhaushalt. Wo wollen Sie eigentlich hin? Wo ist die Alternative?

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Meine sehr verehrten Damen und Herren, so wie es dem Land geht, so geht es auch den Kommunen. Auch das haben Sie uns hinterlassen. Wie ich schon sagte: Jeder zweite Euro geht durch staatliche Hände, die Zahl der Kommunen, die sich im Haushalts sicherungskonzept befinden, steigt seit Jahren unaufhaltsam.

Sie von der Opposition haben es zu verantworten, dass von 427 Städten, Gemeinden und Kreisen 198 am Gängelband der Bezirksregierungen geführt werden. Ja, das ist Ihre Verantwortung. 20 kreisfreie Städte, sogar neun Kreise und 169 kreisangehörige Kommunen können ihre Haushalte nicht ausgleichen.

Es ist Ihre Verantwortung, dass 104 Städte und Gemeinden überhaupt gar keine Chance haben, am Ende des Tunnels Licht zu sehen, also ein genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept vorlegen zu können. Das sind erschreckende Zahlen. Wenn wir die Frage untersuchen, wo die Ursachen für diese dramatische Finanzsituation liegen, dann stellen wir blitzschnell fest, dass es nicht nur auf der Einnahmenseite Gründe gibt, sondern auch auf der Ausgabenseite.

Damit sind wir wieder beim zweiten Ordnungsprinzip dieser neuen Regierung: Erarbeiten vor Verteilen.

Meine Damen und Herren, unsere Kommunen leiden unter einem dramatischen Fehlbetrag in Höhe von insgesamt 11,8 Milliarden €. Die Liquiditätslage ist mehr als angespannt. Die Kassenkredite haben im September 2005 die 10-Milliarden-Euro-Grenze überschritten. Das haben wir alles schon gehört.

Kurz: Die kommunale Selbstverwaltung ist ernsthaft in Gefahr. Es gibt kaum noch Städte und Gemeinden, die sich eine freie Spitze erlauben können. Damit bin ich wieder bei denen, die Frau Kraft heute Morgen bei ihrer verbalen Demo in die erste Reihe gestellt hat, bei den Kindern und Jugendlichen.

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

Ich bin bei der freien Spitze, bei den, Herr Becker, uneingeschränkt freiwilligen Leistungen: Sport

und Kultur, die auch in Ihrer Gemeinde viel zum kommunalen, städtischen Klima beitragen.

Das, was Sie in den letzten 39 Jahren in Ihrer kommunalen Finanzpolitik hinterlassen haben, führt dazu, dass die Freiheit der Kommunen, die Selbstverwaltung, inzwischen ausgehöhlt ist. Es funktioniert eben nicht, wenn Sie versucht haben, unsere Ordnungsprinzipien beinahe vom Gegenteil her zu verwirklichen: Sie haben immer auf Staat statt Privatheit gesetzt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mein kommunalpolitischer Vorgänger, der jetzige Innenminister Dr. Wolf, hat Ihnen in der letzten Legislaturperiode immer wieder die Bereitschaft der FDP-Landtagsfraktion erklärt, gerade dort zu helfen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Der will Ihren Posten, Herr Wolf!)

Dieses Angebot haben Sie stets ausgeschlagen. Sie haben die Kommunen weiter ungeniert am Gängelband einer kommunalfeindlichen Politik geführt. Dieses Gängelband haben Sie immer kürzer gefasst. Damit haben Sie uns ein schweres Erbe hinterlassen. Die neue Landesregierung hat sich deshalb mit ihrem Koalitionsvertrag darauf verständigt, dass die Verteilung der finanziellen Mittel im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs transparenter, gerechter und planbarer gestaltet wird. Das setzen wir um.

Das GFG ist deshalb unter den Gesichtspunkten Transparenz, Gerechtigkeit und Planbarkeit, erweitert unter den Gesichtspunkten Ehrlichkeit und Bürokratieabbau fortentwickelt worden. Es enthält zahlreiche Änderungen, die die kommunale Selbstverwaltung stärken. Diese möchte ich noch einmal kurz skizzieren. Der Innenminister hat die Neuerungen im GFG ja bereits ausführlich dargestellt. Es sind sieben Punkte:

Erstens. Ableitung des Steuerverbundbetrages auf Basis des Ist-Steueraufkommens für den Referenzzeitraum vom 1. Oktober 2004 bis 30. September 2005. Das bedeutet zeitnahe Planungssicherheit im Haushaltsjahr.

Zweitens. Beibehaltung des Verbundbetrages mit 23 %. Das bedeutet Gerechtigkeit.

Drittens. Abbau der Befrachtung um fast 50 % auf 166 Millionen €. Das bedeutet Transparenz.

Viertens. Abschaffung zweckgebundener Zuweisungen aus dem GFG durch Verlagerung in den Landeshaushalt. Das bedeutet Stärkung der Eigenständigkeit.

Fünftens. Systemumstellung bei der Solidarbeitragsverteilung. Das bedeutet weniger Bürokratie.

Sechstens. Schwerpunktlegung der verteilbaren Verbundmasse mit über 85 % auf die Schlüsselzuweisung. Diese konsumtiven Gelder fließen damit direkt in die klammen Verwaltungshaushalte unserer Kommunen. Das bedeutet Stärkung kommunaler Selbstverwaltung.

Siebtens. Erhöhung der Sonderpauschalen auf 510 Millionen €. Bei der Schulpauschale werden erstmals 70 Millionen € als konsumtive Zuweisung ausgewiesen. Damit wird der Kritik des Landesrechnungshofes vollständig entsprochen. Das bedeutet Ehrlichkeit in der Mittelzuweisung.

Alle diese Änderungen begrüßt die FDP-Landtagsfraktion. Das GFG 2006 ist erster, allererster Balsam auf die finanziellen Wunden der Kommunen, ein erster Schritt in die richtige Richtung, ein erster Schritt in Richtung mehr Freiheit für unsere Kommunen. Allerdings werden uns ihre Altlasten noch lange weiter erheblich drücken.

Damit spreche ich die Kreditierung der Vorjahre in Höhe von 674 Millionen € an, die das Land den Kommunen in den Vorjahren gestundet hat. Die Rückzahlung dieser zinslosen Kredite ist dafür verantwortlich, dass die verteilbare Verbundmasse um 8,8 % geringer ausfallen muss als im Jahr 2005. Das ist schmerzhaft, aber unabweisbar. Ansonsten würden wir den Weg in den Verschuldungsstaat unbeirrt fortsetzen. Eine weitere Stundung verbietet sich.

Es stehen in diesem Jahr nur 5,8 Milliarden € für die gesamte kommunale Familie zur Verfügung. Deshalb sinkt auch die Investitionspauschale um 20 %. Auch das ist hart, aber ebenfalls notwendig.

Wir wollen die öffentlichen Haushalte konsolidieren und das Verschieben auf spätere Generationen beenden. Wir haben heute Morgen schon gehört: Jedes Neugeborene bekommt 9.100 € Schulden in die Wiege gelegt. Wenn Sie diesen Betrag einmal auf die Zahl der Neugeborenen im Jahr 2004 umrechnen würden – laut Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik waren das 158.000 –, dann kämen Sie auf einen Betrag von zwei Familienhäusern. Da ist das eine, was man später vielleicht einmal anstrebt, schon längst verfrühstückt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, dass wir die desaströse kommunale Finanzsituation nur durch eine durchgreifende Finanzreform dauerhaft in den Griff bekommen werden. Die unkalkulierbare Gewerbesteuer muss durch eine planbare Steuer ersetzt und die

Grundsteuer muss reformiert werden. Deshalb dürfen und werden wir die Gemeindefinanzreformdiskussion auch nicht in Zeiten besserer Einnahmen aus der Gewerbesteuer zu den Akten legen. Wir haben gerade heute Morgen vom Innenminister gehört, dass nur 17 Kommunen eine schlechtere Finanzkraft für das Jahr 2006 gemeldet haben. Also: An der Stelle lassen wir uns nicht in Versuchung führen.

Nutzen wir die Zeit für Konzepte, wie wir die kommunalen Einnahmen verstetigen können. Ziel ist es, die kommunale Handlungsfähigkeit zurückzugewinnen und so die kommunale Selbstverwaltung wieder zu stärken.

(Beifall von der FDP)

Ich möchte am Ende meiner Ausführungen ganz ausdrücklich dem Innenminister und dem Finanzminister danken. Das ist ein Paradigmenwechsel und schafft wirklich den Silberstreif am Horizont, auf den die Kommunen schon lange gewartet haben. Ich freue mich, dass es uns gelungen ist, nach nur neun Monaten mit einem sehr, sehr kritischen Haushalt einen solchen Weg zu beschreiten. Wir werden das draußen in den Diskussionen – es ist wiederholt von Podiumsdiskussionen usw. gesprochen worden – erklären. Ich freue mich darauf. Wir werden das nicht nur durchhalten, wir werden es erläutern. Sie werden sehen: Die Menschen gehen mit uns diesen Weg. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Nun hat für die Landesregierung Innenminister Dr. Wolf das Wort.

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Jäger hat Recht: Die Beratungen zum Landshaushalt haben fünfeinhalb Stunden gedauert, dann hat der Präsident einen neuen Tagesordnungspunkt aufgerufen. Ich habe allerdings das Gefühl, dass die beiden Redner der Opposition sich nicht in die Rednerfolge heute Morgen haben einklagen können und das Ganze deswegen noch einmal aufgearbeitet haben.

(Widerspruch von der SPD)

Ich kann Ihnen nur sagen: Über das GFG habe ich wenig gehört. Ich will Ihnen aber gerne zurufen, dass die von mir heute Morgen angesprochene desaströse Finanzlage der Kommunen Ausfluss Ihrer Finanzpolitik der letzten 39 oder der letzten zehn Jahre ist, je nachdem, auf wen man

da im Einzelnen schaut. Die katastrophalen Haushalte der Kommunen haben natürlich Sie zu verantworten.

Unsere Aufgabe war es, im Rahmen des Systems einen Wechsel herbeizuführen – im Rahmen des Systems heißt: Abhängigkeit der Gemeindefinanzierung vom Landeshaushalt. Dass wir das GFG auf neue Füße gestellt haben, dass wir trotz der Abhängigkeiten große Erfolge erzielt haben – Prinzip der Freiheit: wir haben 85 % in die Eigenverantwortung der Kommunen gegeben –, finde ich ganz beachtlich. Ich hätte mir gewünscht, dass Sie sich an dieser Stelle ein bisschen für die von Ihnen ja so geschätzte und von mir sehr unterstützte kommunale Landschaft gefreut hätten.

Stattdessen Diskussionen über vermeintliche oder tatsächliche Ausgabenkürzungen im Landeshaushalt! Sie haben noch viel Gelegenheit, das in den Haushaltsplanberatungen zu diskutieren. Faktum ist, dass Sie nicht zur Kenntnis nehmen wollen, dass wir an vielen Stellen, gerade im Bereich Kinder und Jugendliche, unsere Ausgaben verstärken. Ich denke an das, was sich im Bildungsbereich abspielt: an verdoppelte Sprachförderung und Ähnliches.

Ich will mich auf das GFG konzentrieren. Sie haben das eine oder andere angesprochen, allerdings mit einem Zungenschlag, Herr Jäger, der mich verwundert. Wann bitte schön, wenn nicht jetzt, hätten wir als neue Regierung denn den Referenzzeitpunkt ändern können? Sie hätten es 39 Jahre lang machen können. Sie haben es natürlich nicht getan.

Wir wollen Schluss machen mit der Achterbahnfahrt der Kommunalfinanzierung: immer mal ein bisschen zu viel, mal ein bisschen zu wenig – und in den nächsten Jahren in einem komplizierten Abrechnungssystem ausgleichen. Wir machen das jetzt sachgerecht, wir machen es transparent. Es war der erstmögliche Zeitpunkt für eine Änderung. Den haben wir genutzt – aus meiner Sicht auch sehr erfolgreich.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Minister, der Abgeordnete Becker würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen. Lassen Sie sie zu?

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: In drei Gottes Namen! Bitte schön. Ja.

(Allgemeine Heiterkeit)

Horst Becker (GRÜNE): Das ist sehr liberal, Herr Minister. Ich frage Sie, ob Sie uns daran teilhaben lassen können, indem Sie aufzählen, wo die Stei-

gerungen im Kinder- und Jugendbereich sind, von denen Sie gerade gesprochen haben.

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Ich hatte Ihnen eben schon gesagt, dass Sie sich daran noch in den Finanzberatungen der Ausschüsse abarbeiten können. Dass wir Tausende von neuen Lehrern eingestellt haben – im letzten Jahr 1.000, in diesem Jahr 1.000 –,

(Beifall von Walter Kern [CDU] – Widerspruch von SPD und Grünen)

dass wir – wie ich es eben schon sagte – die Sprachförderung verdoppelt haben, sind Punkte, die sich in ihrem Volumen – der Finanzminister hat es heute gesagt – sehr gut sehen lassen können. Wir haben also Schwerpunkte gerade im Bereich Kinder und Jugend gesetzt.

Ich möchte einen weiteren Punkt ansprechen. Zumindest Herr Becker hat sich mit dem Solidarbeitragsgesetz auseinander gesetzt. Ich habe noch sehr gut die Diskussionen im Ohr, die abliefen, wenn Sie in der Vergangenheit Änderungen im Rahmen der Kommunalfinanzierung vorgenommen haben. Da ist von Herrn Lux völlig sachgerecht vorgetragen worden, dass jede Änderung natürlich Auswirkungen hervorruft. Ich weiß zum Beispiel, dass Sie in der Vergangenheit die Freiraumpauschale abgeschafft haben. Da sind 40 oder 50 Bürgermeister gekommen, haben Ihnen gesagt: „Das hat Auswirkungen auf unseren Haushalt“, und dann haben Sie es einfach beschlossen.

Jetzt haben wir eine Änderung, die sehr sachgerecht ist. Sie führt nämlich dazu, dass gewerbesteuerstarke beziehungsweise ertragssteuerstarke Kommunen nicht mehr wie bisher einen Ausgleich bekommen. Das ist also an dieser Stelle ein Subventionsabbau. Die Kommunen, die in großem Umfang Gewerbesteuer einnehmen, bekommen keinen Ausgleich mehr.

Dann sagen Sie: Das geht nicht. Das wollen wir nicht. Das machen wir nicht mit. Das ist Ihr gutes Recht. Wenn Sie Änderungen vornehmen, muss es auch Veränderungen geben, die tragbar sein müssen. Ich glaube, dass es sich so einrichten lässt, wie ich es heute Morgen geschildert habe. Es gibt Kommunen, die aus eigener Kraft heraus so stark sind, dass sie nicht einmal mehr Schlüsselzuweisungen bekommen. Das ist richtig. Es gibt andere, bei denen sich die Stärkung der Finanzkraft auswirkt.

Meine Damen und Herren, zum Wettbewerb der Kommunen: Ich kann nur sagen, Herr Jäger, dass wir dabei vermutlich nie auf einen Nenner kom-

men werden – weder landespolitisch noch auf der kommunalen Ebene.

(Zuruf von Ralf Jäger [SPD])

Sie wollen den Wettbewerb nicht. Wir wollen den Wettbewerb,

(Ralf Jäger [SPD]: Wir wollen den Wettbewerb! Sie nicht!)

weil in der Tat die Bereiche der Wirtschaft, der Bildung und der Sozialsysteme – gehen Sie nach Kanada; dort macht man mit großem Erfolg in den entsprechenden Staaten das Gesundheitswesen allein – auf Leistung und Wettbewerb ausgerichtet sind. Sie sind natürlich erfolgreicher als eine staatlich reglementierte Wirtschaft.

Insofern: Wenn Sie § 107 der Gemeindeordnung, der heute gar nicht direkt auf der Tagesordnung steht, ansprechen und diskutieren wollen, warten Sie noch ein Weilchen. Wenn wir den Reformentwurf zur GO vorlegen, können wir das in Ruhe diskutieren.

(Ralf Jäger [SPD]: Das machen wir dann, wenn wir das möchten! Genau dann!)

Ich möchte Ihnen die ganz klare Auskunft geben, weil Herr Becker das im Zusammenhang mit Gewerbesteuerumlagen und mit dem Haushalt 2007 angesprochen hat: Das machen wir wie bisher. Haushalte werden für ein Jahr beschlossen. Insofern werden wir uns – genauso wie Sie es früher immer getan haben – auf das beschränken, was gerade Thema ist, nämlich auf den Haushalt 2006. Damit liegen Ihnen die Regeln glasklar vor. An diese werden wir uns halten.

Wir wollen nicht vergessen, wenn wir über die Finanzlage der Kommunen sprechen, dass die positive Entwicklung der Einnahmen natürlich ein Stück durch die Kreditrückzahlung abgeschwächt wird. Ich stehe auch nicht an, Ihnen klar und deutlich zu sagen, dass ich Ihnen das auch in früheren Jahren vorhergesagt habe. Wenn die Kommunen nicht zur Zeit der Mindereinnahmen an den Mindereinnahmen partizipieren, holt sie das natürlich am Ende ein, weil sich das Land als Kreditgeber aufspielt. Das Geld muss dann hinterher natürlich zurückgezahlt werden. Das ist eine ganz normale buchhalterische Konsequenz. Ich sage Ihnen: Mit der Neuregelung des Referenzzeitpunktes werden wir eine Änderung herbeiführen, sodass wir in Zukunft eine klare und planbare Größe haben.

Das alles macht deutlich, dass wir uns nicht mit Zahlenakrobatik begnügen, sondern dass wir eine echte Neuregelung der Gemeindefinanzierung vornehmen. Wenn die Frage der Gemeindefinanz-

reform angesprochen wird, kann ich nur sagen, Herr Jäger: Sie haben das verhindert.

(Ralf Jäger [SPD]: Wie bitte?)

Sie haben auf Bundesebene den gemeinsamen Wunsch von FDP und CDU im Landtag nach einer Neuordnung der Gemeindefinanzierung unter Verzicht auf eine Gewerbesteuer mit Ihren Mehrheiten verhindert. Das ist eine andere politische Betrachtungsweise.

(Ralf Jäger [SPD]: Herr Wolf, das ist Kokolores!)

Ich sage Ihnen: Sie können über die Gewerbesteuer gern noch eine Weile reden; Sie werden immer wieder erleben, dass der Achterbahneffekt der Gewerbesteuer dazu führt, dass es für Kommunen in ihren eigenen Haushalten nicht die Planbarkeit gibt, die sie brauchen.

Lieber Herr Stahl, wir werden – so ist es immer verabredet gewesen – von unserer Seite aus stets Initiativen unterstützen, die darauf hinauslaufen, dass wir eine zukunftsgerichtete, planbare, auskömmliche Finanzausstattung der Kommunen bekommen auf Grundlage einer Gemeindefinanzreform, wie wir sie uns vorstellen, das heißt ohne Gewerbesteuer.

(Ralf Jäger [SPD]: Ist das die Meinung der Landesregierung oder Ihre Meinung?)

Wenn es die Mehrheiten dafür auf Bundesebene noch nicht gibt, ist das bedauerlich. Am Ende wird es nur eine Verbesserung der Finanzlage der Kommunen dadurch geben, dass wir diesen Paradigmenwechsel durch eine echte Gemeindefinanzreform und natürlich auch durch eine wachstumsorientierte Politik in Nordrhein-Westfalen hinbekommen.

Eine Konsolidierung des Landeshaushaltes und der Gemeindehaushalte wird es nur geben, wenn dieses Land wieder wirtschaftlich nach vorne kommt. Dazu brauchen wir die zitierten Grundsätze „Privat vor Staat“ und „Erarbeiten und Erwirtschaften vor Verteilen“. Wir brauchen eine klare Positionierung mit dem Kompass auf Freiheit und Wettbewerb. Wir werden diesen Weg konsequent zum Nutzen des Landes und auch der Kommunen gehen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Vielen Dank. – Als nächster Redner hat sich Herr Abgeordneter Becker noch einmal zu Wort gemeldet.

Horst Becker (GRÜNE): Herr Minister! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich hätte mich nicht gemeldet, wenn Sie nicht anfangs gesagt hätten, Sie hätten von den Rednern der Opposition nichts zum GFG gehört. Dann haben Sie jedenfalls zu meinen Fragen, die ich sehr konkret an Sie gestellt habe, bis auf die Anmerkung, dass Sie 2007 erst im Jahr 2007 besprechen, nichts gesagt.

Erstens. Ihre Aussage „Privat vor Staat“, die wir oft genug gehört haben, ist keine hinreichende Einlassung zum GFG.

(Beifall von den GRÜNEN)

Zweitens. Alle kommunalen Spitzenverbände haben Ihre Aussagen zur Gewerbesteuer durch eigene Aussagen konterkariert:

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

mit nahezu einstimmigen Beschlüssen bis auf ein bis zwei Personen der FDP. Nicht einmal alle Personen der FDP haben dagegen oder mit Enthaltung gestimmt. Sie sind damit ganz allein, sozusagen Wolf allein zu Haus.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Allein auf weiter Flur! – Ralf Jäger [SPD]: Ingo allein zu Haus!)

Drittens. Sie sind also deswegen nicht kommunalfreundlich, sondern kommunalfeindlich, insbesondere wenn ich zur Kenntnis nehme, dass Sie meine Frage nicht beantwortet haben, wie Sie mit dem überschießenden Betrag aus dem Solidar Ausgleich umgehen, der sich durch die Umstellung der Systematik hin zur Gewerbesteuerumlage zwangsläufig bei steigenden Steuereinnahmen im Jahr 2006 ergeben wird.

Ich habe Ihnen gesagt: Angesichts der jetzt geschätzten Steuereinnahmen auf der Basis des Finanzministeriums ist das ein Betrag von bis zu 200 Millionen € in 2006. Ich erwarte von Ihnen, dass Sie auch hinsichtlich des GFG 2006 sagen, wie das hinterher in die Gesamtverbundmasse eingerechnet wird. Wird es als Bestandteil dessen, was in Prozenten ausgerechnet wird, angesehen? Sind die 200 Millionen € für die Kommunen weg und dafür beim Land, oder wird es als Paket oben draufgepackt? – Darauf haben Sie keine Antwort gegeben.

Sie haben sich auch nicht dazu geäußert, dass die Systemumstellung zulasten der Kommunen eine Mindereinnahme von 149 Millionen € bedeutet.

Ich habe Sie dafür gelobt, dass die Referenzperiodenbetrachtung richtig ist. Aber ich sage Ihnen:

Wenn Sie das in dem Tal der Steuereinnahmen tun und es zu einer Mindereinnahme in der Höhe führt, dann hat das ein Geschmäcke. Ich erwarte von Ihnen, dass Sie etwas dazu sagen.

Also, Verlässlichkeit bedeutet auch eine Aussage über die nächsten Jahre. Diese verweigern Sie. Verlässlichkeit bedeutet eine Aussage darüber, was mit dem überschießenden Betrag aus dem Solidarbeitrag geschieht, und Verlässlichkeit hätte auch bedeutet, den Kommunen bei dem Delta, das ich beschrieben habe, in diesem Jahr ein Stückweit entgegenzukommen. All das haben Sie nicht geleistet.

Insofern stelle ich fest: Sie haben sich zu den konkreten Fragen des GFG nicht geäußert. Nicht ich habe mich nicht dazu geäußert.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Innenminister Wolf hat sich noch einmal gemeldet.

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Damit Herr Becker nicht traurig ist, möchte ich es noch einmal deutlich machen. Zu Ihren allgemeinen Ausführungen zum Thema kommunale Spitzenverbände möchte ich nichts sagen. Es gibt jede Menge Beschlüsse auch auf anderer Ebene. Es gab auch Landesregierungen, die das wollten. Die Frage, ob kommunale Spitzenverbände damit einverstanden sind, ist nicht immer automatisch die entscheidende Frage. Es kommt vielmehr darauf an, was am Ende richtig ist, und dafür muss man sich mit allen und nicht nur mit den kommunalen Spitzenverbänden auseinander setzen. Denn es gibt noch eine ganze Reihe anderer Beteiligter.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Es lebe die Selbstherrlichkeit!)

Die zunächst einmal sehr spannende Frage zur Gewerbesteuerumlage 2007, die Sie gestellt haben, habe ich Ihnen beantwortet. Das Ganze hat immer einen gewissen Zeitlauf. Wir werden natürlich keine Aussagen zum GFG 2007 machen, aber eine Zuführung von vermeintlich zu viel gezahlter Gewerbesteuerumlage zum Steuerverbund findet nicht statt. Eine solche Zuführung ist daher im Gesetzentwurf auch nicht zu finden. Deswegen ist Ihre ganze Aufregung hier umsonst.

Den Kommunen wird an dieser Stelle nichts genommen. Die Kommunen werden letztlich das bekommen, was ihnen zusteht. Ich habe noch einmal sehr deutlich gemacht, dass wir in der Vergangenheit die Situation vorfanden, dass den Kommunen im Laufe eines Jahres aufgrund eines

beschlossenen GFG Leistungen zugeflossen sind, die ihnen hinterher wieder abgezogen werden mussten. Das heißt, sie hatten ständig das Problem, dass sie mit einem großen Nachlauf erst wussten, was ihnen am Ende eines Jahres zusteht.

Wir kommen jetzt durch den sehr viel zeitnäheren Referenzzeitpunkt in ein höheres Maß an Vorsehbarkeit, wobei völlig klar ist, dass am Ende natürlich das zählt, was in dem jeweiligen Jahr tatsächlich anfällt. Wir haben nun einmal die Situation, dass wir mit Haushaltsplänen arbeiten. Sowohl im Landeshaushalt als auch beim GFG sind das Planzahlen. Da wird jedenfalls keine Ungerechtigkeit vorgenommen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Deswegen schließe ich die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung, und zwar erstens über das **Haushaltsstrukturgesetz 2006 Drucksache 14/1000** und die **mittelfristige Finanzplanung**, die Sie in der **Vorlage 14/190** finden. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des Haushaltstrukturgesetzes 2006 und der mittelfristigen Finanzplanung an den **Haushalts- und Finanzausschuss** – federführend – und an die **zuständigen Fachausschüsse** mit der Maßgabe, dass die Beratung des Personalhaushalts einschließlich aller personalrelevanten Ansätze im Haushalts- und Finanzausschuss unter Beteiligung seines Unterausschusses „Personal“ erfolgt, was eigentlich eine Selbstverständlichkeit ist. Denn sonst hätten wir diesen Unterausschuss nicht. Wer stimmt dieser Überweisungsempfehlung zu? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist das einstimmig angenommen.

Wir kommen zweitens zur Abstimmung über das **Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2006 Drucksache 14/1102**, also über das eben schon einmal apostrophierte GFG. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des Gemeindefinanzierungsgesetzes an den **Haushalts- und Finanzausschuss** – federführend – und mitberatend an den **Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform**. Wer möchte dieser Überweisungsempfehlung zustimmen? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist auch diese Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Meine Damen und Herren, wir haben damit Tagesordnungspunkt 2 – etwas zügiger als in der Tagesordnung vermerkt – erledigt.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Für heute!)

Ich rufe auf:

3 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Aufnahme von Aussiedlern, Flüchtlingen und Zuwanderern (Landesaufnahmegesetz – LAufG) und Drittes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Zuweisung und Aufnahme ausländischer Flüchtlinge (Flüchtlingsaufnahmegesetz – FlüAG)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/964

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Generationen,
Familie und Integration
Drucksache 14/1199

zweite Lesung

Eine Beratung ist hierzu heute nicht vorgesehen.

Wir kommen daher unmittelbar zur Abstimmung über den Gesetzentwurf. Der Ausschuss für Generationen, Familie und Integration empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen. Wer stimmt dieser Empfehlung zu? – Das scheint einstimmig zu sein. Ich mache die Gegenprobe. – Niemand meldet sich. Enthaltungen? – Die gibt es auch nicht. Also, in der Tat ist die **Beschlussempfehlung Drucksache 14/1199** damit einstimmig **angenommen** und der Gesetzentwurf in zweiter Lesung verabschiedet.

Meine Damen und Herren, wir kommen zu:

4 Gesetz zur Neuordnung der Finanzierungsbeteiligung zum Schwangerschaftskonfliktgesetz (Neufin SchKG)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/1149

erste Lesung

Zur Einbringung des Gesetzentwurfes erteile ich für die Landesregierung Herrn Minister Laschet das Wort.

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Herr Präsident! Liebe

Kolleginnen und Kollegen! Die Landesregierung bringt heute das Ausführungsgesetz zum Schwangerschaftskonfliktgesetz in die parlamentarische Beratung ein. Damit soll die Finanzierung von Beratungsstellen verbindlich geregelt werden. Es betrifft sowohl die allgemeine Schwangerschaftsberatung als auch die Schwangerschaftskonfliktberatung.

Fest steht, dass sowohl die allgemeine Schwangerschaftsberatung als auch die Schwangerschaftskonfliktberatung wichtige Institutionen sind, die das Ergebnis des dritten Weges zwischen der Fristenregelung und der rein auf das Strafrecht, rein auf den alten § 218 setzenden Lösung sind, den der Deutsche Bundestag Ende der 90er-Jahre verabschiedet hat. Damit wird das Urteil des Bundesverfassungsgerichts umgesetzt.

Die Grundüberzeugung war, dass das Modell, das auf Beratung setzt, am ehesten die Konfliktlage der Frauen in Relation zum Beratungsziel des Lebens setzt. Ob Arbeitslosigkeit, ein schwieriges soziales Umfeld, ein fehlender Schulabschluss oder aufbrechende Familienstrukturen – die Problemlagen sind sehr vielfältig.

Die Schwangerschaftsberatungsstellen sind für die Betroffenen wichtige Anlaufstellen. Es gehört auch zu ihren Aufgaben, jungen Eltern das Ja zum Kind zu erleichtern. Deshalb gilt es, neben der Konfliktberatung auch die Beratung für das Leben zu fördern.

Sie erinnern sich vielleicht daran, dass die katholische Kirche im Jahr 2000 aus der Schwangerschaftskonfliktberatung ausgestiegen ist. Viele haben das bedauert. Seitdem bietet sie nur noch allgemeine Beratung an. Das heißt, die Einrichtungen in katholischer Trägerschaft stellen keine Beratungsscheine mehr aus, die für einen Schwangerschaftsabbruch erforderlich sind.

Daraufhin hat die rot-grüne Regierung die Finanzierung eingestellt und ausschließlich Beratungsstellen, die neben der Schwangerschaftsberatung auch Schwangerschaftskonfliktberatung leisten, gefördert. Die katholischen Beratungsstellen haben daraufhin jedoch ihren Anspruch auf Förderung beim Bundesverwaltungsgericht eingeklagt und Recht bekommen. Deshalb ist es nötig, dass wir jetzt ein neues Gesetz erlassen, das die Bedingungen der Schwangerschaftskonfliktberatung regelt.

Die Richter hatten in ihrem Urteil festgestellt: Alle Arten von Einrichtungen müssen finanziell unterstützt werden. Das schließt auch die Beratungsstellen ein, die sich allein auf die allgemeine Schwangerschaftsberatung und auf Konfliktberatung ohne die Ausstellung des Scheins konzent-

rieren. Gleichzeitig macht das Bundesverwaltungsgericht hinsichtlich der Förderhöhe eine klare Vorgabe: Das Land muss mindestens 80 % der Personal- und Sachkosten tragen.

Der neue Gesetzentwurf, den wir Ihnen heute vorlegen, trägt diesem Urteil Rechnung und schafft eine verbindliche Grundlage für die Schwangerschaftsberatung in Nordrhein-Westfalen. Die Ziele, die wir mit der Regelung verfolgen, sind klar definiert:

Erstens. Uns geht es darum, die Vielfalt der Träger zu garantieren. Auch die katholischen Beratungsstellen werden gefördert. Schwangeren Frauen steht dadurch ein breiteres Angebot zur Verfügung.

Zweitens. Das neue Gesetz sieht vor, dass in jedem Kreis und in jeder kreisfreien Stadt mindestens eine Fachkraft je Trägerbereich gefördert werden soll. Damit sichern wir eine plurale, wohnortnahe Versorgung für ratsuchende Frauen. Dass wir die katholischen Beratungsstellen weiterhin fördern, lässt sich auch durch Zahlen begründen: Während im Jahre 1999 dort 36.000 Beratungen stattfanden, davon 6.000 mit Beratungsscheinen, wurden im Jahr 2003 immerhin noch 32.000 Beratungen durchgeführt, sodass auch hier ein Bedarf vorhanden ist.

Drittens. Gleichzeitig regelt der neue Vorschlag die Versorgung von 40.000 Einwohnern durch eine Beratungsfachkraft. Ein Viertel der Berater sind Ärzte. Durch diese Beschränkung lassen sich Kosten einsparen, weil bislang trotz einer Überversorgung alle Einrichtungen finanziell unterstützt werden mussten.

Viertens. Ein weiterer Vorteil der neuen Regelung ist, dass wir durch den Abbau der Überversorgung ein gleichmäßiges Angebot aller Träger schaffen, denn die Einsparungen erfolgen beim jeweils größten Anbieter. Das sind nach derzeitigem Stand die katholischen Beratungsstellen.

Kurz gesagt: Das Gesetz ist ausgewogen. Es ist gegenüber den Trägern der allgemeinen Schwangerschafts- und der Schwangerschaftskonfliktberatung fair. Es begrenzt die Kosten bereits ab seinem Inkrafttreten, also bereits im laufenden Jahr 2006. In einer Verbändeanhörung haben wir das mit den Verbänden erörtert. Sie haben einzelne Änderungsvorschläge gemacht, die wir zum Teil eingebaut haben. Ansonsten gibt es einen großen Konsens in dieser Frage.

Mir ist es wichtig, an dieser Stelle auf die Form des Gesetzes hinzuweisen: Wir haben ein Artikelgesetz gewählt, damit das Ausführungsgesetz und die Rechtsverordnung noch am selben Tag in

Kraft treten können. Anders ausgedrückt: Wir sparen Zeit und Geld und können die Gesetzeslücke im Interesse aller Beteiligten schneller schließen. Das ist auch im Interesse der betroffenen Frauen, denn damit sichern wir ihre Freiheit, auch in Zukunft zwischen verschiedenen möglichst wohnort-nahen Beratungsstellen auswählen zu können.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Minister, kommen Sie bitte zum Schluss.

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Letzter Satz, Herr Präsident! – Durch die Wiederaufnahme der katholischen Beratungsstellen ist der Akzent der Beratung für das Leben in der Palette insgesamt noch einmal gestärkt worden. Ich glaube, dass mit diesem Gesetz alle Interessen berücksichtigt worden sind. Vielleicht können wir mit diesem Gesetz zu Rechtsfrieden für die Zukunft kommen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Vielen Dank. – Als nächste Rednerin hat Frau Abgeordnete Gießelmann von der SPD-Fraktion das Wort.

Helga Gießelmann (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Überweisung des Gesetzentwurfs der Landesregierung zur Neuregelung der Finanzbeteiligung zum Schwangerschaftskonfliktgesetz an den Ausschuss für Generationen, Familie und Integration – federführend – und mitberatend an den Ausschuss für Frauenpolitik und an den Ausschuss für Haushalts- und Finanzpolitik stimmen wir zur. Ich denke, dort müssen wir den Gesetzentwurf noch gründlich diskutieren.

Wir sind uns einig, dass angesichts der zwei Verwaltungsgerichtsurteile eine gesetzliche Regelung richtig ist. Nachdem die katholische Kirche im Jahr 2000 – das sagten Sie schon, Herr Minister – aus der Beratung vor einem Schwangerschaftsabbruch nach § 5 und § 6 des Schwangerschaftskonfliktgesetzes und der Ausstellung des Beratungsscheins, der zum straffreien Schwangerschaftsabbruch berechtigt, ausgestiegen war, fanden wir es seinerzeit richtig, nur noch Beratungsstellen in die Landesförderung zu nehmen, die das ganze Beratungsangebot einschließlich des Beratungsscheins anbieten.

Um eine plurale Trägerschaft zu sichern, haben wir etliche Beratungsstellen katholischer Prägung, nämlich Donum Vitae, in die Förderung mit aufgenommen. Hier hatten sich viele engagierte katho-

lische Beratungsfachkräfte zusammengetan, die die Einschränkungen in der Beratung durch die katholische Kirche nicht hinnehmen wollten.

Gut, das war einmal. Das Gericht hat heute anders entschieden. Auch die katholischen Beratungsstellen, die Beratung in Fragen der Sexualaufklärung, Verhütung, Familienplanung sowie in allen Schwangerschaft unmittelbar oder mittelbar berührenden Fragen anbieten, haben heute einen Anspruch auf Förderung. Nur objektive Kriterien, in einem Landesgesetz normiert, können Beratungsstellen von einer Förderung ausschließen. Aber es muss natürlich der bundesgesetzlich vorgeschriebene Schlüssel von einer Beratungsfachkraft für je 40.000 Einwohner eingehalten werden. Das machen Sie in Ihrem Gesetzentwurf.

Ganz besonders spannend ist die Frage der Auswahlkriterien bei einer Überversorgung. Die Landesregierung will jeweils 50 % mit religiöser und 50 % mit weltanschaulich neutraler Ausrichtung fördern, um so ein plurales, wohnortnahes Angebot zu sichern. Dabei wird leider nicht nach Beratung nach § 2 und der umfassenden Beratung nach § 5 und § 6 unterschieden. Hier könnte trotz des scheinbar so pluralen Angebots eine faktische Unterversorgung für die Gesamtberatung entstehen.

Müsste hierbei nicht auch stärker die tatsächliche Wahl- und Beratungsentscheidung der Frauen, also bisherige Fallzahlen, eine Rolle spielen? Wie kommen Sie zu dem 50:50-Anteil, der so gerecht klingt? Das sollten wir noch einmal ausführlicher diskutieren.

Als Frage bleibt für uns auch die unterschiedliche Behandlung der Beratungsstellen. Für die Beratung nach § 5 und § 6, also für die umfassenden Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen, gibt es Anerkennungsrichtlinien. Die müssen vorliegen.

Für die Beratung nach § 2 Schwangerschaftskonfliktgesetz ist offensichtlich eine Anerkennung nicht vorgesehen. Meiner Ansicht nach wären auch hier Standards und ein Anerkennungsverfahren durch die Landesregierung wünschenswert.

(Beifall von der SPD)

Ganz entscheidend ist für uns noch § 5 – Angemessenheit der Personalkosten – in Art. 2. Künftig wollen Sie die Beratungsfachkräfte fiktiv nach der Vergütungsgruppe IV b BAT/Land fördern, wobei die sogenannten differenzierten Jahresdurchschnittssätze zugrunde gelegt werden. Die Träger haben Sorge, ob sie damit im Endeffekt auf die

80 % Förderung kommen, die ihnen jetzt nach dem Gerichtsurteil zustehen.

Wir haben die Sorge, dass damit in Zukunft die bewährten multiprofessionellen Teams infrage gestellt werden. Medizinische und psychologische Beratungsfachkräfte können Sie für diese fiktive Vergütungsgruppe nicht einstellen, und damit droht diesen Fachkräften das Aus. Das ist dann Vereinheitlichung auf unterstem Niveau.

Wir fürchten um die Qualität unserer bewährten Beratungslandschaft. Die Hinzuziehung von ärztlichen und psychologischen Fachkräften wird im Schwangerschaftskonfliktgesetz und auch vom Bundesverfassungsgericht ausdrücklich gefordert. Das nur über Honorarkräfte zu sichern, ist zumindest für größere Beratungsstellen schlecht und bedeutet eine gravierende Verschlechterung der bisherigen Praxis.

Wir wollen die Detailberatung im Ausschuss führen. Wir sollten uns Zeit nehmen; denn es geht um viele Einzelpunkte. Wir sollten auch den Sach- und Fachverstand der Schwangerenkonfliktberatungsstellen und ihrer Träger ...

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Frau Gießelmann, würden Sie bitte zum Schluss kommen.

Helga Gießelmann (SPD): Ich komme zum Schluss.

... in die Beratungen einbeziehen – eventuell auch im Rahmen einer Anhörung im Ausschuss. Unser gemeinsames Ziel sollte es sein, eine plurale, kompetente und multiprofessionelle Beratungslandschaft zu erhalten und auszubauen. – Danke schön.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Die nächste Rednerin ist für die CDU-Fraktion Frau Abgeordnete Westerhorstmann.

Maria Westerhorstmann (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir befassen uns heute erstmalig mit dem Gesetzentwurf zur Neuordnung der Finanzierungsbeteiligung zum Schwangerschaftskonfliktgesetz. Was hat es hiermit auf sich?

Schon 2001 beharrte die CDU-Fraktion in diesem Haus darauf, die Schwangerenberatung der katholischen Träger in der Förderung zu belassen. Sie, meine Damen und Herren in der Opposition, waren der Meinung, ein Anspruch auf staatliche Förderung bestehe nur dann, wenn ein einheitli-

ches Beratungsangebot nach §§ 2 und 5 des Schwangerschaftskonfliktgesetzes angeboten wird.

(Zuruf von der SPD: § 6 auch!)

Dagegen haben die katholischen Beratungsstellen geklagt und vor dem Bundesverwaltungsgericht am 15. Juli 2004 Recht bekommen.

Wovon reden wir? Zum einen sprechen wir über die Festlegung der Förderhöhe für die Schwangerenberatungsstellen und für die Konfliktberatungsstellen auf 80 % der Personal- und Sachkosten und zum anderen über die Wiedermehrzulassung der Beratungsstellen der katholischen Träger. Heute wissen wir: Das alte Konzept von Rot-Grün hat die bundesgesetzlichen Vorgaben nicht erfüllt.

Meine Damen und Herren, die Kläger haben zu Recht das Bundesverwaltungsgericht angerufen, und wie man sieht, stehen wir in der Pflicht, das Gesetz umzusetzen. Wir lassen den Worten Taten folgen. Wir sorgen dafür, dass die katholischen Träger in die Beratung zurückkommen. Ich begrüße dieses ausdrücklich. Schwangeren Frauen steht also in Zukunft in allen Regionen Nordrhein-Westfalens wieder ein breiteres, umfassenderes Angebot an Beratungsstellen zur Verfügung. Nordrhein-Westfalen kommt also so seiner Verpflichtung nach und beteiligt die Beratungsstellen der katholischen Träger wieder finanziell an der Förderung. Von einer Wiederaufnahme der Beratung durch die katholischen Träger verspreche ich mir auch eine Stärkung der Beratung für das Leben.

Wir wissen, dass ein hoher Anteil der schwangeren Frauen, die eine Beratung aufsuchen, gar keinen Abbruch erwägt. Oft liegen vielfältige andere Gründe vor, die eine allgemeine Beratung der Schwangeren notwendig machen. Hilfe heißt in diesem Fall auch, in entscheidenden Lebenssituationen Ermutigung, Zeit und Raum finden, um eine verantwortliche Entscheidung treffen zu können.

Wenn sich schwangere Frauen in einer schwierigen Lage befinden, muss es möglich sein, auf Beratungsangebote zurückgreifen zu können. Das entspricht den Grundlagen unseres Verständnisses eines christlichen Menschenbildes. Wir wollen den Menschen Mut machen, sich auch in schwieriger Lage für das Kind und damit für das Leben zu entscheiden.

Wir stimmen der Überweisung des Gesetzentwurfes der Landesregierung in den Ausschuss zu. Ich rege an, dieses Thema in einer Anhörung zu überführen, damit wir uns alle ein umfangreicheres Bild machen können. Damit kämen wir zu einem

breiten Meinungsbild. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Als nächste Rednerin hat die Abgeordnete Frau Steffens, CDU-Fr...,

(Allgemeine Heiterkeit)

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, das Wort. Ich bitte um Entschuldigung, ich war noch bei der Vorrednerin.

Barbara Steffens^{*)} (GRÜNE): Herr Präsident! Dass gerade Sie nicht wissen, welcher Fraktion ich angehöre, ist für mich das erste Anzeichen von Verwirrtheit.

(Allgemeine Heiterkeit)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Frau Abgeordnete Steffens, ich darf sie darauf hinweisen, dass der amtierende Präsident nicht kritisiert werden darf. Nichtsdestotrotz werde ich Ihnen für diesen Versprecher nachher einen ausgeben.

Barbara Steffens^{*)} (GRÜNE): Ich kritisiere nicht. – Meine Damen, meine Herren! Der Gesetzentwurf wird heute zum Glück zur Überweisung an den Ausschuss weitergegeben. Ich finde die Anregung meiner Vorrednerin sehr gut, dass wir zu diesem Gesetz eine Anhörung durchführen. Ich wünsche mir, dass sie nicht nur für den Kinder- und Jugendausschuss, sondern auch für den Frauenausschuss eine Pflichtsitzung ist. Ich glaube nämlich, dass es bei diesem Gesetzentwurf noch eine ganze Menge zu diskutieren gibt, viele Punkte im Detail zu klären sind.

Frau Westerhorstmann, nicht zustimmen kann ich Ihnen darin, dass wir jetzt eine Neuaufnahme der Kirchen in die Beratung hätten. Die Beratung hat es die ganze Zeit über gegeben. Deswegen hatten wir im Nachtragshaushalt von Ihnen vorgelegt bekommen, nachträglich Geld einzustellen, weil nach dem Gerichtsurteil klar war: Die Finanzierung muss passieren. Von daher gibt es an der Stelle kein neues Angebot, sondern das plurale Angebot war die ganze Zeit da. Jetzt geht es darum, wie Mittel und Zuständigkeiten verteilt werden.

Als Hauptproblem sehe ich in dem Gesetz, dass wir mit der fiktiven Eingruppierung faktisch Beratungskräfte abschaffen, die Ärzte und Ärztinnen, Psychologen und Psychologinnen sind. Das ist für mich ein ganz massives Problem.

Jeder, der sich einmal mit Schwangerschaftskonfliktberatung im Detail beschäftigt hat, weiß: Diese Beratung ist nicht die bloße Weitergabe von Informationen. Das mag man sich fiktiv so vorstellen; aber faktisch ist es nicht so, sondern gerade die psychologische Beratung ist bei vielen Frauen wichtig. In Richtung CDU sage ich: Wenn wir zum Lebenserhalt beraten wollen, brauchen wir auch da eine psychologische Beratung. Ebenso ist die ärztliche Beratung in vielen Fällen dringend notwendig und als Möglichkeit im Gesetz vorgeschrieben. Deswegen halte ich eine Eingruppierung nach BAT IV b für absolut unrealistisch und sehe damit sogar die Beratung in dem Sinne, wie sie das Gesetz vorsieht, für gefährdet an. Ich glaube, über diesen Punkt müssen wir ganz massiv diskutieren; dort gibt es dringend Korrekturbedarf.

Ich glaube aber auch, dass wir noch einmal über die Ärztequote, wie sie im Gesetzentwurf genannt ist, diskutieren müssen. Ist diese Quote wirklich real? Ich habe Interesse an Datenmaterial: Sind es wirklich 25 %? Ich weiß, dass vorher von 30 % die Rede gewesen ist. Aber auch damals wurde immer wieder gefragt: Wie viel Prozent der Ärzte beraten denn wirklich? Wenn wir von einer Vollzeitberatungsstelle je 40.000 Einwohner und Einwohnerinnen ausgehen, müssen wir wirklich wissen, wie viel davon ärztliche Beratung ist. Ich bitte darum, dass wir Datenmaterial an die Hand bekommen, damit wir den Streit über die Zahl – ist sie zu hoch oder zu niedrig? – endlich weg bekommen. Ich schätze es nicht so ein, dass 25 % der niedergelassenen Ärztinnen den Beratungsanteil ausmachen.

Ich würde auch noch einmal gerne über den § 7 reden, nach dem 50 % religiös und 50 % weltanschaulich neutral sein sollen. Natürlich muss man dann auch differenzieren: Wenn wir sicherstellen wollen, dass genügend Beratung nach § 2 sowie nach den §§ 5 und 6 vorhanden ist, müssen wir überlegen und differenzieren, wie viel Prozent dieser Beratung dürfen Beratungsstrukturen sein, die nur nach § 2 beraten. Sonst kommen wir in die Situation, dass wir das Sicherstellen der gesamten Beratung – das hat das Bundesverfassungsgerichtsurteil aus dem Jahre 1993 ebenfalls geklärt – nicht gewährleisten. Auch in dem Zusammenhang muss man darüber nachdenken, weil es eine reine §-2-Beratung, also eine Kirchenberatung, geben kann. Aber das ist dann das Sahnehäubchen obendrauf.

Nicht gefährdet sein darf eine Schwangerschaftskonfliktberatung im Sinne des Gesetzes, und zwar in ausreichendem Maße. Es nützt den Frauen

nämlich nichts, wenn sie sich für einen Abbruch entscheiden, aber keinen Schein bekommen, sondern ausreichend Beratung mit Scheinerteilung muss da sein.

(Beifall von den GRÜNEN)

Natürlich wollen wir ein wirkliches, plurales Angebot haben. Wir wollen auch, dass es nach dem Gesetz eine Sicherstellung einer wirklichen Beratung von allen Professuren gibt, die mittlerweile in der Beratung tätig sind.

Es gibt einen letzten Punkt, der mir noch etwas Sorge bereitet. Das ist der § 9. Dort ist die Ermächtigung festgelegt, dass demnächst die Rechtsverordnung nur noch nach Anhörung des Ausschusses erlassen werden kann. Wir haben in der Vergangenheit auch auf Wunsch der damaligen Opposition immer wieder gesagt: Wesentliche Rechtsverordnungen und Ermächtigungen sollten, auch wenn die Mehrheit da ist, den Ausschuss nur nach Zustimmung passieren, weil sie ein höherrangiges Instrument ist. Ich finde, dass man auch hier nach Demokratieaspekten vorgehen und den Ausschuss nicht nur einfach angehören sollte, sondern der Ausschuss sollte einer Verordnung in dem Umfang und der Dimension zustimmen. Auch das ist ein Punkt, den man noch ändern müsste. – Danke.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Als nächste Rednerin hat Frau Abgeordnete Freimuth für FDP-Fraktion das Wort.

Angela Freimuth (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frauen, die ungeplant oder ungewollt schwanger werden, brauchen Unterstützung. Eine kinderfreundliche Gesellschaft muss helfen, eine Entscheidung für das ungeborene Leben zu ermöglichen. Deshalb sind Beratungsangebote in einer Konfliktsituation notwendig.

Gleichwohl will ich nicht verheimlichen, dass ich mich seinerzeit bei der Neuregelung des § 218 StGB entschieden gegen eine gesetzlich verordnete Beratungspflicht ausgesprochen habe, weil ich erstens der Meinung bin, dass wir Menschen nicht bevormunden sollten, und zweitens gewährleistet sehen möchte, dass die vorhandenen Mittel für eine Begleitung der Frauen zur Verfügung gestellt werden, die in einer Konfliktsituation Hilfe und Beratung wollen und nicht bereits mit einer schon mehr oder weniger gefestigten Entscheidung in eine solche Beratung hineingehen.

Ich bin ausdrücklich mit der Kollegin Steffens – das wird sicherlich den einen oder anderen verwundern – einer Meinung, dass es bei dieser Beratung nicht nur um die Vermittlung vorhandener Informationen geht, sondern es auch eine tatsächliche Unterstützung in dieser Konfliktsituation geben muss.

Der von der Landesregierung vorgelegte Gesetzesentwurf regelt im Wesentlichen zwei Dinge.

Zum einen legt er fest, dass es pro 40.000 Einwohner mindestens eine Beratungskraft geben muss, wobei der Bedarf zu einem Viertel durch niedergelassene Ärzte gedeckt werden kann.

Der gerade hier erhobenen Kritik, dass die Ärztequote zu hoch sei, kann ich mich nicht anschließen. Einen ausgewogenen Mix und vor allem die Wahloption für die Betroffenen halte ich – im Gegenteil – für ein Qualitätsmerkmal genauso wie die Parität zwischen weltanschaulichen und weltanschaulich neutralen Beratungsangeboten.

Zum anderen werden mit diesem Gesetzesentwurf die objektiven Kriterien normiert, nach denen über die öffentliche Förderung entschieden wird. Damit leistet die Landesregierung den Urteilen des Bundesverwaltungsgerichts Folge und bietet Ratsuchenden eine höhere Vielfalt.

Meine Damen und Herren, die Arbeiterwohlfahrt, die Evangelische und Katholische Kirche und ihre Wohlfahrtsverbände sowie die im Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband verbundenen Träger, zum Beispiel Pro Familia und andere, aber auch Donum Vitae, leisten eine ganz hervorragende Arbeit. Ich möchte mich an dieser Stelle bei allen Beraterinnen und Beratern in diesen Einrichtungen ganz herzlich für ihre Arbeit bedanken.

Einen ganz besonderen Dank möchte ich der Initiative Donum Vitae aussprechen, die sich nach dem Ausstieg der Katholischen Kirche aus dem staatlichen System der Schwangerschaftskonfliktberatung gegründet hat und damit eine von der Katholischen Kirche hinterlassene Lücke geschlossen hat. Der Verein Donum Vitae kann mit Recht stolz darauf sein, dass es ihm gelungen ist – ich will es mit den Worten der Geschäftsführerin Bernadette Rüggeberg sagen –, mit christlichem Berufsverständnis und einem hohen Maß an ehrenamtlichem Engagement und fachlicher Kompetenz eine geschätzte und gefragte Organisation aufzubauen. Rund 50.000 Frauen suchten nach dem mittlerweile fünfjährigen Bestehen von Donum Vitae Beratung und Unterstützung bei Donum Vitae.

Diese Zahl sollte Anlass sein für die Katholische Kirche, ihre generell ablehnende Haltung, einen Beratungsschein nach der Schwangerschaftskonfliktberatung auszustellen, zu überdenken. Ich jedenfalls habe die herzliche Bitte an die Vertreter und Entscheidungsträger der Katholischen Kirche, diese Entscheidung noch einmal zu überdenken.

Meine Damen und Herren, der vorliegende Gesetzentwurf findet im Grundsätzlichen auch die Zustimmung der FDP-Fraktion. Wir werden das in den Beratungen in den Ausschüssen sicherlich im Detail weiter ausdiskutieren. Es gibt drei Gründe, die dafür wesentlich sind:

Erstens. In seiner Eigenschaft als Ausführungsgesetz zu bundesrechtlichen Regelungen wird Rechtssicherheit für die in der Beratung Tätigen geschaffen.

Zweitens. Eine plurale, qualifizierte und wohnortnahe Versorgung wird sichergestellt.

Drittens. Der Gesetzentwurf lässt zu – das will ich ausdrücklich betonen –, dass bei ausreichender Beratungsdichte die Förderung auch von der Tatsache abhängig gemacht werden kann, ob ein Beratungsschein ausgestellt wird oder nicht. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Vielen Dank. – Meine Damen und Herren, damit schließe ich die Beratung, denn weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Gesetzentwurfs Drucksache 14/1149** an den **Ausschuss für Generationen, Familie und Integration** - federführend - sowie an den **Ausschuss für Frauenpolitik** und den **Haushalts- und Finanzausschuss**. Wer möchte dieser Überweisungsempfehlung zustimmen? – Wer ist dagegen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist das einstimmig so beschlossen.

Wir kommen nun zu:

5 Über- und außerplanmäßige Ausgaben im dritten Quartal des Haushaltsjahres 2005

Antrag
des Finanzministers
gemäß Artikel 85 Abs. 2
der Landesverfassung
Vorlage 14/205

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 14/1200

Ich eröffne die Beratung. - Als erster Redner hat Herr Abgeordneter Luckey von der CDU-Fraktion das Wort.

Manfred Luckey (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In meinen kurzen Ausführungen beziehe ich mich – das ist wohl das einzig Streitige in dem mehrheitlich genehmigten Antrag in der Vorlage des Finanzministers – auf die Bezüge des Parlamentarischen Staatssekretärs für besondere Regierungsaufgaben.

Die die Landesregierung in diesem Hohen Hause tragenden Parteien, CDU und FDP, haben wiederholt nachdrücklich festgestellt, dass die Begründung des Instituts eines Parlamentarischen Staatssekretärs für das Regierungshandeln wesentlicher Bestandteil ist. Der Ministerpräsident hat damit den Erfordernissen der Zeit Rechnung getragen. Durch die Beschlussempfehlung Drucksache 14/1200 wird deutlich, dass alle Parteien in diesem Hohen Hause mit Ausnahme von Bündnis 90/Die Grünen diese Ernennung begrüßen.

Das Thema Verwaltungsstrukturreform ist eine der zentralen Aufgaben der laufenden Legislaturperiode und natürlich auch darüber hinaus.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Frau Löhrmann? – Bitte schön.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Herr Kollege, ich möchte Sie fragen, ob Ihnen bekannt ist, dass, als der damalige Ministerpräsident Clement auch nur öffentlich überlegt hat, Parlamentarische Staatssekretäre einzuführen, insbesondere die CDU-Fraktion – also auch Herr Palmen – öffentlich massiv dagegen gewettert hat?

Manfred Luckey (CDU): Frau Vorsitzende der Oppositionsfraktion, ich weise ganz gerne – gelegentlich auch genüsslich – darauf hin, dass der Streit in Ihren eigenen Reihen deutlich größer war als bei uns.

(Beifall von der CDU – Lachen von der SPD – Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das ist nicht beantwortet! – Weitere Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Herr Präsident, wenn ich fortfahren darf: Dass zur Erarbeitung von Lösungen der Kollege Manfred

Palmen berufen worden ist, ist unbestreitbar eine Personalie, die Weitsicht und Weisheit verrät.

(Beifall von der CDU – Zurufe von SPD und GRÜNEN: Oh!)

– Nennen Sie mir einen Besseren aus Ihren Reihen! Sie werden lange suchen müssen. – Seine exzellente Verwaltungsbreite, unter anderem als Stadtdirektor, gibt ihm den entsprechenden Tiefgang und das Wissen über die Sorgen und Nöte der 396 Städte, der 31 Kreise und der 23 kreisfreien Städte in unserem Land und wird eben diesem Land ein gutes Ergebnis bringen. Deshalb ist er auch in ganz besonderer Weise ein Anwalt der betroffenen Gebietskörperschaften.

Es ist daher nicht so sehr die Frage der Mittel in Höhe von 46.000 €, die im Berichtszeitraum eingesetzt worden sind, und schon gar nicht die Frage, ob der Staatssekretär sein Geld wert ist, sondern die Berufung Manfred Palmens ist unter dem Blickwinkel zu beleuchten, dass sie für das Land Nordrhein-Westfalen eine günstige Lösung in haushalterischer Hinsicht ist. Wer das bestreitet, der möge jetzt aufstehen. Ich glaube, das Argument ist schlagend.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Wir bestreiten das kollektiv!)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Das ist in der Geschäftsordnung noch nicht vorgesehen, Herr Luckey. Die Abgeordneten dürfen gern sitzen bleiben.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Wir können es ausprobieren!)

Manfred Luckey (CDU): Meine Damen und Herren, ich darf weitermachen, wie der Herr Präsident mir signalisiert hat. – Die Bezüge des jetzigen Parlamentarischen Staatssekretärs, unter anderem aus anderen beamtlichen Dienstverhältnissen, werden zurückgerechnet. Das heißt, eine ihm bereits zustehende Pension wird in Abzug gebracht. Im Übrigen, meine Damen und Herren von der Opposition, wissen Sie natürlich als eifrige Haushälter, dass nach LHO für Minister und Parlamentarische Staatssekretäre die sogenannte Stellenneutralität gilt.

In diesem Zusammenhang verweise ich gern auf Kapitel 20 des in Rede stehenden Haushaltsplanentwurfs. Wenn Sie in Kapitel 20 020 nachsehen – Bezüge des Ministerpräsidenten, der Ministerinnen und Minister sowie des Parlamentarischen Staatssekretärs für besondere Regierungsaufgaben –, werden Sie feststellen, dass sich im laufenden

Geschäftsjahr eine Minderausgabe von 95.000 € ergibt. Was will ein Finanzpolitiker mehr?

Frau Löhrmann, insofern will ich abschließend gern auf Sie zurückkommen: Ich halte Ihre Kritik nicht für besonders redlich – um es einmal vorsichtig zu formulieren –, da Sie selbst, in dem Ihnen seinerzeit nahe stehenden Umweltministerium sogar zwei, Staatssekretäre ernannt haben. Aufgrund dieser Erkenntnisquelle und insbesondere vor dem Hintergrund, dass wir insgesamt 95.000 € weniger ausgeben, ist es sicherlich angebracht, diese Debatte an dieser Stelle zu beenden. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Als nächster Redner hat der Abgeordnete Groschek für die SPD-Fraktion das Wort.

Michael Groschek (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das mit der Wertschätzung ist eine besondere Sache. Herr Palmen ist für uns zwar nicht der sympathischste Diskussionspartner, aber in seiner Erscheinung und Geradlinigkeit wird er durchaus wertgeschätzt. Was allerdings den ganzen Vorgang angeht, muss man sagen: Ein Stück weit mehr Offenheit und Redlichkeit wäre angemessen. Wir werden den über- und außerplanmäßigen Ausgaben zwar zustimmen, finden aber, dass eine Klärung sinnvoll wäre.

Wir haben zur Kenntnis genommen, dass Herr Pinkwart allein nicht ausreicht, um Herrn Wolf in eine gewisse Struktur zu bringen. Deshalb musste offensichtlich ein zweiter Aufpasser ins Innenministerium gesetzt werden. Herr Palmen mit seinem direkten Draht zu Herrn Rüttgers muss dafür sorgen, dass im Innenministerium alles so läuft, wie es sich Herr Rüttgers wünscht.

Die Erfahrungen, die wir mit Ihrer Personalpolitik gemacht haben, sprechen Bände. Zunächst haben Sie rund 100 zweibeinige Parteibücher auf Kosten der Steuerzahler eingestellt. 27 davon haben Sie auf den Sitzmöbeln der Staatskanzlei platziert. Gleichzeitig haben Sie erklärt, das Beauftragtenunwesen müsse abgeschafft werden.

Parallel zu dieser Kultur des Verzichts, die uns heute noch einmal erklärt wurde, beginnen Sie, Parlamentarische Staatssekretäre zur Problemlösung einzusetzen. Warum? Weil offensichtlich einige der Kabinettsmitglieder den Schritt vom Schattenkabinetts zum richtigen noch nicht geschafft haben. Deshalb brauchen Sie parlamentarische Taschenlampen auf Kosten der Steuerzahler.

Zusammengefasst: Uns schwant Übles, wenn Sie für jedes Problem, das auf Sie zukommt, einen Parlamentarischen Staatssekretär beschäftigen wollen. Bei Frau Sommer fällt uns ein: Wie sage ich's meinem Kinde und setze das Schulgesetz um? – Bei Herrn Breuer fällt uns ein: Wie bekomme ich die Imagekampagne als Nicht-Image-Kampagne vermittelt? – Bei Herrn Laschet fällt uns ein: Wie bekomme ich die Jugendplanlüge als Wahrheit vermittelt?

Es gibt viele Punkte, bei denen wir damit rechnen müssen, dass nach Ihrem Begründungszusammenhang weitere Staatssekretärsstellen im parlamentarischen Bereich geschaffen werden. Wir wünschen Ihnen eine glücklichere Hand bei Ihrer Personalpolitik, stimmen dennoch der Vorlage zu und hoffen, dass wir solche Diskussionen hier nicht mehr oft führen müssen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Nun hat Herr Abgeordneter Sagel für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Rüdiger Sagel^{*)} (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bei der Rede von Herrn Luckey hatte man das Gefühl, es handle sich schon um einen karnevalistischen Beitrag, wie wir ihn heute Abend hören werden. Es geht aber immerhin um 46.000 €. Von daher ist es dann doch nicht ganz so karnevalistisch, wie man vielleicht den Eindruck haben könnte.

Es gibt ja auch dieses geflügelte Wort „Wolf unter Palmen“.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Florida-Wolf!)

Der Kollege Palmen ist uns natürlich auch schon in der Vergangenheit aufgefallen. Mich wundert es nicht, dass er sich damals lautstark darüber mokiert hat, als es in der Diskussion um einen Parlamentarischen Staatssekretär ging. Dass er jetzt selber einer wird, hätte er wahrscheinlich nicht gedacht. Sonst wäre er vielleicht damals etwas ruhiger gewesen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Was die Breite seiner Fähigkeiten anbelangt, kann man sicherlich geteilter Meinung sein. Er hat sicherlich gewisse Fähigkeiten. Dass die allerdings gerade in dem Bereich liegen, den Sie benannt haben, wage ich zu bezweifeln.

Herr Kollege Groschek, es ist doch etwas inkonsequent, einerseits dagegen zu polemisieren, an-

dererseits aber das Ganze mitzutragen. Dafür müsste ich Sie eigentlich rügen.

Zur Sache: Dieses Beauftragtenwesen, das Sie massiv reklamieren, sehen wir in diesem Fall ja auch bei Ihnen. Es ist interessant, dass Sie jemanden zum Parlamentarischen Staatssekretär machen und mit 46.000 € ausstatten. Das haben Sie im Übrigen ja auch schon in der Ministerialbürokratie insgesamt gemacht. Mit diesen 92 Stellen haben Sie massiv dazu beigetragen, dass die Personalkosten deutlich gestiegen sind.

Im Übrigen muss man die Frage stellen: Was macht Herr Palmen da eigentlich konkret? Wie man zumindest aus den Medien erfahren konnte, ist er besonders dafür vorgesehen, sich um die Strukturreformen insbesondere auch der Mittelebenen zu kümmern. Ich frage mich, ob das Chaos, das man da beobachten kann, tatsächlich der Aufgabe entspricht und ob die finanziellen Mittel, die er dafür bekommt, angemessen sind.

Wir kritisieren diesen Vorgang ganz eindeutig und werden dem auch nicht zustimmen. Ich möchte deswegen für Punkt 4 Einzelabstimmung beantragen. Wir werden uns dagegen aussprechen, wie wir das bereits im Haushalts- und Finanzausschuss bei der Abstimmung über die gesamte Vorlage getan haben, indem wir uns da enthalten haben. Deswegen bitte ich zu Punkt 4 um eine Einzelabstimmung. – Recht herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Als nächste Rednerin hat Frau Abgeordnete Freimuth für die FDP-Fraktion das Wort.

Angela Freimuth (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich hatte ich gedacht, es wäre nicht notwendig, an dieser Stelle noch etwas dazu zu sagen. Aber der Kollege Groschek hat gerade so ein schönes Stichwort gegeben. Er hat nämlich das Stichwort „Aufpasser“ genannt.

Herr Kollege Groschek, es mag sein, dass in der Regierung, die Sie bis Mai letzten Jahres mit gestaltet und mit verantwortet haben, ein Klima des Misstrauens herrschte und Sie tatsächlich Aufpasser brauchten. Ich kann Ihnen nur sagen: In der Kooperation, die wir zwischen CDU und FDP haben, ist das nicht erforderlich. Deswegen ist das wirklich ein völlig hinkender Vergleich. Er passt absolut nicht.

(Beifall von der FDP)

Es lässt tief blicken, wenn Sie das hier so bezeichnen. Das lässt Rückschlüsse auf Ihre damalige Zusammenarbeit mit den Grünen zu.

Probleme gibt es in der Tat genug. Die werden aber nicht in dieser Vorlage angesprochen. Unser Land erstickt in Bürokratie. Ich finde es Klasse, dass sich die Landesregierung im Zusammenwirken zwischen dem Ihnen ja bekannten Kollegen und Innenminister Ingo Wolf, FDP, dem Staatssekretär Karl Peter Brendel, den Sie ja auch noch aus der letzten Legislaturperiode als liberalen Kollegen kennen, und Manfred Palmen dieses Projekt Bürokratieabbau in Nordrhein-Westfalen vorgenommen hat und mit Verve und Elan angeht. Dieses Ziel ist aller Mühen wert. Ich bin zuversichtlich, dass der Kollege Palmen seinen Beitrag dazu leisten wird.

Dass der Kollege Sagel hier gerade gesagt hat, wenn Manni Palmen damals gewusst hätte, dass er irgendwann einmal selber als Parlamentarischer Staatssekretär in der Diskussion ist, dann wäre er vielleicht ruhiger gewesen, zeigt eindeutig, dass die Kenntnis über Manfred Palmen hier nicht so ausgeprägt ist. Denn eines ist Manfred Palmen garantiert nicht: Jemand, der aus irgendeinem Grunde ruhig zu stellen ist. Er ist immer für das eingetreten, was er für richtig hielt.

(Beifall von FDP und CDU)

Er ist ein unruhiger Geist. Diese Unruhe und dieses Engagement sind aber auch notwendig, damit wir in Nordrhein-Westfalen tatsächlich zu einer Entbürokratisierung kommen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Frau Abgeordnete, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage des Abgeordneten Remmel? – Offenbar nicht. – Dann hat als nächster Redner der Finanzminister, Herr Dr. Linssen, das Wort.

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zu der von Ihnen angesprochenen Stelle will ich zum Schluss noch einmal etwas sagen. Mit Vorlage 14/205 habe ich Ihnen im Rahmen der vierteljährigen Meldung der über- und außerplanmäßigen Ausgaben gemäß Art. 85 Abs. 2 der Landesverfassung und § 37 Abs. 4 Landeshaushaltsordnung die Haushaltsüberschreitungen für das dritte Quartal des Haushaltsjahres 2005 mit der Bitte um Genehmigung zugeleitet.

In der Ihnen vorliegenden Übersicht sind die Mehrausgaben unter Angabe der Haushaltsstelle,

des Haushaltsansatzes, des Betrages und der Begründung dargestellt. Ich möchte mich hier deshalb auf einige kurze Bemerkungen beschränken.

Im dritten Quartal des Haushaltsjahres 2005 habe ich in fünf Haushaltsüberschreitungen in Höhe von insgesamt rund 169,1 Millionen € eingewilligt.

Davon entfallen allein 165 Millionen € auf erhöhte Zahlungsverpflichtungen im Länderfinanzausgleich, denen mittlerweile im Rahmen des zweiten Nachtragshaushalts 2005 durch eine Erhöhung des Ausgabenansatzes Rechnung getragen wurde.

Weitere 3,5 Millionen € entfallen auf Maßnahmen zur Abwehr von Gefahren aus verlassenen Grubenbauen im Zusammenhang mit den Tagesbrüchen in Mülheim-Winkhausen und Essen-Frohnhausen. Auch darüber hatten wir ja im Haushalts- und Finanzausschuss eingehend gesprochen. Hier hat die Landesregierung aufgrund der Häufung entsprechender Schadensereignisse in den letzten Jahren den Haushaltsansatz für das Haushaltsjahr 2006 gegenüber dem Vorjahr um 3,3 Millionen € auf nunmehr 5,3 Millionen € erhöht.

Außerdem wurde bereits im ersten Nachtrag 2005 ein zusätzlicher Haushaltsvermerk ausgebracht, der es ermöglicht, Einsparungen beim zugehörigen Präventivprogramm zur Deckung von Mehrausgaben heranzuziehen.

Lassen Sie mich zu der hier debattierten Stellenausweitung vielleicht noch Folgendes ausführen: Ich rate Ihnen, einmal nachzulesen, was Sie damals gesagt haben, als Herr Rau in den 80er-Jahren die Stelle von Frau Ridder-Melchers hier im Landtag eingerichtet hat. Sie wissen, das Gesetz wurde damals geändert. Dann ist eine Stelle eingerichtet worden. Wir halten uns selbstverständlich an dieses Gesetz. Es bleibt bei dem einen Staatssekretär. Haushaltsmäßig ist das alles korrekt. Ich glaube, das haben Sie auch gar nicht bezweifelt. Sie müssten auch nur einmal bei den Kommentatoren nachlesen, wie so etwas gehandhabt wird.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Remmel?

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Ich bringe meinen Gedanken eben zu Ende. Dann gerne.

Sie wissen, dass das wichtige Thema der Verwaltungsstrukturreform hier in den 90er-Jahren und zu Beginn dieses Jahrtausends dreimal gescheitert ist. Anfang der 90er-Jahre wurde ein Verwal-

tungsstrukturreformausschuss eingerichtet. Dieser ist fruchtlos geblieben. Dann hat es Herr Clement ein zweites Mal mit seiner Regierungserklärung 1998 versucht. Sie können sich vielleicht an den großen Aufschlag erinnern: Wir schaffen das moderne Nordrhein-Westfalen. – Das ist wieder gescheitert. Dann haben wir kurz vor der Wahl einen dritten Versuch erlebt, als sich die beiden Fraktionsvorsitzenden zusammen mit dem Ministerpräsidenten darüber unterhalten haben. Auch das hat nicht geklappt.

Wir möchten 2010 vor die Wähler treten und verkünden: Wir haben Wesentliches geschafft; bis 2012 werden wir es endgültig schaffen, so wie es in der Koalitionsvereinbarung geschrieben steht.

Bei 430.000 Köpfen haben wir netto gut 60 Stellen geschaffen. Ich wiederhole mich, wenn ich sage: Es ist eine lohnende Investition, wenn es uns gelingt, den Haushalt zu sanieren. Ich glaube, es muss für Sie ein Albtraum sein, wenn wir 2010 tatsächlich mit einem sanierten Haushalt vor die Wähler treten und dann auch noch erklären können, dass unsere Kinder bei Pisa wesentlich besser abgeschnitten haben als einst.

(Beifall von der CDU)

Ich würde jetzt gerne die Zwischenfrage zulassen.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Remmel, bitte, Sie haben das Wort zu einer Zwischenfrage.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ich bedanke mich und möchte eine kurze Vorbemerkung machen. Der hier in Rede stehende Herr Palmen war seinerzeit einer derjenigen, die am lautesten gerufen haben, wenn es vermeintlich darum ging, noch Beförderungen unter der Rubrik „Aktion Abendsonne“ auszusprechen.

Ich hatte den Finanzminister bereits einmal gefragt, weil er an den Koalitionsverhandlungen beteiligt war, und frage ihn unter dem Stichwort „Aktion Morgensonne“ noch einmal, ob es bei den Koalitionsverhandlungen – davor oder danach – eine Art Personalpaket mit einem Parlamentarischen Staatssekretär auf der einen Seite und beispielsweise der Leitung der Landesvertretung in Brüssel auf der anderen Seite gab?

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Das ist mir unbekannt. Ich glaube, so etwas hat mit Sicherheit nicht stattgefunden.

Ich darf Ihnen aber sagen, dass der Ministerpräsident der Meinung war, dass wir die Verwaltungs-

strukturreform in diesem Land jetzt endlich voranbringen müssen. Deshalb hat er die Entscheidung für Herrn Palmen getroffen, was meines Erachtens ein sehr weiser Entschluss war. Sie müssen sich überraschen lassen, bis wir im Jahr 2010 tatsächlich weite Teile dieser Verwaltungsstrukturreform geschafft haben. Dann sollten Sie das Ganze bewerten. Ich glaube, der Wähler wird das positiv sehen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Vielen Dank. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe deshalb die Beratung.

Wir kommen damit zur Abstimmung über den Antrag des Finanzministers Vorlage 14/205. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung Drucksache 14/1200, die mit Vorlage 14/205 beantragte Genehmigung zu erteilen.

Herr Sagel hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eine Einzelabstimmung beantragt. Das kann nach § 41 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Landtags jedes Mitglied des Landtags tun. – Ich stelle fest, dass dagegen keine Bedenken erhoben werden.

Wir stimmen zunächst über die laufende **Nummer 4 der Vorlage 14/205** ab. Es geht um Kapitel 20 020 Titel 421 10. Wer dieser außerplanmäßigen Ausgabe zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Stimmenthaltungen? – Die laufende Nummer 4 ist mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, der SPD und der FDP gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei einer Stimmenthaltung aus der Fraktion der CDU **angenommen** worden.

Wir kommen zur Abstimmung über die laufenden **Nummern 1 bis 3 und 5** der Vorlage 14/205. Wer diesen vier außer- bzw. überplanmäßigen Ausgaben zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist einstimmig **angenommen**. Oder gibt es Gegenstimmen oder Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall.

Nach unserer Geschäftsordnung müssen wir seltsamerweise auch noch eine Gesamtabstimmung durchführen, obwohl wir eigentlich schon die Genehmigungen erteilt haben. Da ich mich aber sklavisch an die Geschäftsordnung halte, lasse ich Sie jetzt noch einmal eine Gesamtabstimmung über alle fünf Nummern durchführen. Wer allen fünf Nummern der Vorlage 14/205 zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Antrag ist mit den Stimmen der Fraktionen der CDU,

der SPD und der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der Grünen angenommen. Damit ist die Genehmigung erteilt und die **Beschlussempfehlung Drucksache 14/1200 angenommen**.

Ich rufe auf:

6 Verwaltungszustellungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Landeszustellungsgesetz – LZG NRW)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/913

Beschlussempfehlung und Bericht
des Innenausschusses
Drucksache 14/1201

zweite Lesung

Eine Beratung ist hierzu heute nicht vorgesehen. – Ich sehe keinen Widerspruch.

Wir kommen deshalb unmittelbar zur Abstimmung. Der Innenausschuss empfiehlt in seiner **Beschlussempfehlung Drucksache 14/1201**, den Gesetzentwurf Drucksache 14/913 unverändert anzunehmen. Wer stimmt dieser Empfehlung zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig **angenommen**. Damit ist der Gesetzentwurf in zweiter Lesung verabschiedet.

Ich rufe auf:

7 Zwölftes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung im Lande Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/834

Beschlussempfehlung und Bericht
des Rechtsausschusses
Drucksache 14/1159

zweite Lesung

Eine Beratung ist hierzu heute nicht vorgesehen.

Wir kommen deshalb unmittelbar zur Abstimmung. Der Rechtsausschuss empfiehlt, den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/834 unverändert anzunehmen. Wer stimmt dieser Beschlussempfehlung zu? – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Damit ist auch die **Beschlussempfehlung Drucksache 14/1159** einstimmig **angenommen** und der Gesetzentwurf

der Landesregierung in zweiter Lesung verabschiedet.

Wir kommen nun zu Tagesordnungspunkt

8 Neuwahl eines ordentlichen Mitglieds für den Kongress der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE) beim Europarat

Wahlvorschlag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/1202

Auch hierüber wollen wir heute Abend nicht mehr debattieren, sondern unmittelbar zur Abstimmung über den Wahlvorschlag kommen.

Wer stimmt diesem Wahlvorschlag zu? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist der **Wahlvorschlag Drucksache 14/1202** mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **angenommen**. Herr Dr. Berger ist als ordentliches Mitglied des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas – KGRE – beim Europarat gewählt. Herzlichen Glückwunsch zu dieser Wahl!

(Allgemeiner Beifall)

Wir kommen zu:

9 Beschlüsse zu Petitionen

Übersicht 14/8

Wird hierzu das Wort gewünscht? – Ich sehe keine Wortmeldungen.

Dann stelle ich gemäß § 91 Abs. 7 unserer Geschäftsordnung fest, dass diese **Beschlüsse zu Petitionen** durch Ihre Kenntnisnahme **bestätigt** sind.

Ich bin mir sicher, dass das ganze Haus dem Petitionsausschuss wie immer sehr dankbar ist, dass er diese Petitionen bearbeitet hat.

(Allgemeiner Beifall)

Meine Damen und Herren, wir sind, zwei Stunden früher als geplant, am Ende unserer heutigen Sitzung.

Sie wissen, dass heute das ganze Gebäude im Zeichen des Karnevals steht. Feiern Sie schön, aber seien Sie bitte morgen früh pünktlich um 10 Uhr wieder in diesem Saal. Dann geht es mit dem Landtagsplenum weiter.

Vielen Dank und schönen Abend!

Ich schließe die Sitzung.

Schluss: 17:32 Uhr

*) Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht
überprüft (§ 96 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.